Abgeordnetenhaus von Berlin

8. Wahlperiode

BERLIN

Plenarprotokoll 8/ 21

21. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 14. Februar 1980

Inhalt Seite

Mahnworte zur Wiedervereinigung . . . . . 858 (A)

Begrüßung

einer Delegation der Abgeordnetenkammer des Parlaments der Föderativen Republik Brasilien . . 898 (C)

Fragestunde

Polizei-Feuerwehr-Notrufeinrichtungen

Brinsa (CDU) . . . . . 858 (A)

Sen Ulrich . . . . . 858 (A)

Drogenberatungsstelle für die Bezirke Wedding und Reinickendorf

Hiersemann (SPD) . . . . . 858 (C)

Frau Sen Reichel . . . . . 858 (D)

Kontrolle von Fotoapparaten auf dem Flughafen Tegel

Swinne (F.D.P.) . . . . . 859 (A), 859 (B)

Bm Lüder . . . . . 859 (A), 859 (B), 859 (C)

Dr. Biewald (CDU) . . . . . 859 (B)

Tarifanhebungen der BSR

Buwitt (CDU) 859 (C), 859 (D), 860 (A), 860 (B)

Sen Pätzold . . 859 (C), 859 (D), 860 (A), 860 (B)

Unhaltbare Zustände in den Wohngeldstellen

Amonat (SPD) . . . . . 860 (B)

Sen Ulrich . . . . . 860 (C)

Statistiken über gebührenpflichtige Verwarnungen

Baetge (F.D.P.) . . . . . 860 (D)

Sen Ulrich . . . . . 860 (D), 861 (A)

Dr. Dittberner (F.D.P.) . . . . . 861 (A)

Ristocks Überzeugungsarbeit

Brinsa (CDU) . . . . . 861 (A)

Sen Ristock . . . . . 861 (B)

Die Veröffentlichungen des Abgeordnetenhauses sind beim Kulturbuchverlag Berlin, Passauer Straße 4, 1000 Berlin 30, Telefon 2 13 60 71, zu beziehen.

Inhalt Seite

Verhaltensempfehlungen bei Smog-Alarm

Swinne (F.D.P.) . . . . . 861 (C)
Sen. Pätzold . . . . . 861 (C), 861 (D), 862 (A) 862 (B), 862 (C), 862 (D)
Dr. Hassemer (CDU) . . 861 (D), 862 (A), 862 (C)
Schicks (CDU) . . . . . 861 (D)
Dr. Lehmann-Brauns (CDU) . . . . . 862 (A)
Boroffka (CDU) . . . . . 862 (B)
Momper (SPD) . . . . . 862 (C)

Satzung für das Studentenparlament und den AStA der FUB

Dr. Wruck (CDU) . . . . 862 (D), 863 (A), 863 (D) 864 (A), 864 (B)
Sen Dr. Glotz . 863 (A), 863 (B), 863 (C), 863 (D) 864 (A), 864 (B)
Dr. Dittberner (F.D.P.) . . . . . 863 (C)
Dr. Lehmann-Brauns (CDU) . . . . . 863 (C)
Adler (CDU) . . . . . 863 (D)

Aufstellung der Vorschlagslisten für Jugendschöffen

Raasch (SPD) . . . . . 864 (B)
Frau Sen Reichel . . . . . 864 (B), 864 (D)
Feilcke (CDU) . . . . . 864 (C)

Stellenverlagerung

Ulzen (CDU) . . . . . 864 (D), 865 (A), 865 (B)
SenDir Sötje . . . . . 864 (D), 865 (A), 865 (B)

Tausalzverwendung im Klinikum Westend

Stach (SPD) . . . . . 865 (B), 865 (C)
Sen Dr. Glotz 865 (B), 865 (C), 865 (D), 866 (A) 866 (B), 866 (C), 866 (D)
Swinne (F.D.P.) . . . . . 865 (D)
Dr. Hassemer (CDU) . . 865 (D), 866 (A), 866 (C)
Amonat (SPD) . . . . . 866 (B)
Schicks (CDU) . . . . . 866 (B)

Innerdeutscher Sportverkehr

Beitz (CDU) . . . . . 866 (D)
Frau Sen Reichel . . . . . 866 (D)

Einschulung türkischer Kinder aus Kreuzberg in Wilmersdorf

Klebba (SPD) . . . . . 867 (A)
Sen Rasch . . . . . 867 (A)

Verweigerung der Kostenübernahme für die Entwöhnungsbehandlung bei Alkoholkranken

Bock (CDU) 867 (B), 867 (C), 867 (D), 868 (A)
Sen Sund . . . 867 (C), 867 (D), 868 (A), 868 (B)
Schicks (CDU) . . . . . 867 (D)
Momper (SPD) . . . . . 868 (A)

II. Lesung

Gesetz zur Änderung des Schulverfassungsgesetzes

– Drs 8/312 –

Ulzen (CDU) . . . . . 868 (B)
Schürmann (SPD) . . . . . 868 (D)
Kayser (F.D.P.) . . . . . 869 (B)

Große Anfragen

Erziehungs- und Bildungsziele der Berliner Schule

– Drs 8/315 – . . . . . 869 (C)

verbunden mit

Bildungs- und Erziehungsziele

– Drs 8/316 – . . . . . 869 (D)
Kayser (F.D.P.) . . . . . 870 (A)
Lummer (CDU) . . . . . 871 (A)
Sen Rasch . . . . . 874 (D), 889 (C)
Ulzen (CDU) . . . . . 880 (C), 890 (C)
Dr. Dittberner (F.D.P.) . . . . . 881 (C), 887 (A)
Hucklenbroich (F.D.P.) . . . . . 882 (A), 883 (C)
Hauff (SPD) . . . . . 884 (A)
Dr. Lehmann-Brauns (CDU) . . . 885 (B), 886 (B) 896 (B)
Dr. Wruck (CDU) . . . . 889 (A), 889 (D), 890 (A) 890 (B)
Frau Dr. Besser (CDU) . . . . . 892 (A)
Longolius (SPD) . . . . . 893 (B)
Boroffka (CDU) . . . . . 894 (A)
Dr. Kunze (F.D.P.) . . . . . 894 (D)
Schürmann (SPD) . . . . . 897 (A)
Frau Rick-Petry (F.D.P.) . . . . . 897 (C)

Bericht

Finanzplanung von Berlin 1979 bis 1983 mit Investitionsplanung von Berlin 1979 bis 1983

– Drs 8/297 –

Sen Dr. Riebschläger . . . . . 898 (D), 906 (C)
Diepgen (CDU) . . . . . 900 (D), 905 (C)
Ehrke (SPD) . . . . . 903 (B)
Hucklenbroich . . . . . 904 (A)

Wahlen

ein Mitglied des Verwaltungsrats der Berliner Pfandbrief-Bank

– Drs 8/308 – . . . . . 907 (B)

ein Mitglied des Verwaltungsrats der Feuersozietät Berlin

– Drs 8/309 – . . . . . 907 (C)

Inhalt Seite

ein Mitglied des Verwaltungsrats der Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin

- Drs 8/310 – . . . . . 907 (C)

Vorlagen – zur Kenntnisnahme –

VO über die Beteiligung der Personalvertretung bei Prüfungen für den mittleren und gehobenen Steuerverwaltungsdienst

– Drs 8/298 – . . . . . 907 (C)

VO über die Festsetzung des Bebauungsplanes III-119

– Drs 8/299 – . . . . . 907 (D)

VO über die Festsetzung des Bebauungsplanes III-164

– Drs 8/300 – . . . . . 907 (D)

VO über das Stimmrecht der sonstigen Mitarbeiter in Hochschulgremien

– Drs 8/304 – . . . . . 907 (D)

VO über die Festsetzung des Bebauungsplanes XII-127

– Drs 8/313 – . . . . . 907 (D)

VO über die Festsetzung des Bebauungsplanes XII-194

– Drs 8/314 – . . . . . 907 (D)

Beschlußempfehlungen

Vermögensgeschäfte

– Drsn 8/301, 302, 303 – . . . . . 907 (D)

Ausländische Kinder in der Berliner Grundschule

– Drs 8/311 –

Longolius (SPD), Berichterstatter . . . . . 908 (A)

Berlinwerbung durch die Lizenzvereine

– Drs 8/318 –

Diepgen (CDU), Berichterstatter 908 (C), 911 (A)

Landowsky (CDU) . . . . . 909 (A)

Stach (SPD) . . . . . 910 (B)

Dr. Dittberner (F.D.P.) . . . . . 911 (B)

Lummer (CDU) . . . . . 912 (A)

(A) Präsident Lorenz eröffnet die Sitzung um 13.01 Uhr.

Präsident Lorenz: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 21. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und **bekunde unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fallen und daß Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden muß.**

Ich rufe auf

lfd. Nr. 1:

Fragestunde gemäß § 51 der Geschäftsordnung

Das Wort hat der Abgeordnete Brinsa zu einer Mündlichen Anfrage über

Polizei-Feuerwehr-Notrufeinrichtungen

Brinsa (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Wodurch ist der Ausfall von Notrufeinrichtungen bei der Polizei und Feuerwehr verursacht worden und durch welche Vorkehrungen wird sichergestellt, daß derartige Pannen bei Polizei und Feuerwehr künftig ausgeschlossen werden können?

2. Ist dem Senat bekannt, wieviel Anrufe durch den Ausfall nicht angenommen werden konnten?

Präsident Lorenz: Das Wort zur Beantwortung hat Herr Senator Ulrich.

Ulrich, Senator für Inneres: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Brinsa! Nach Abstimmung mit der Landespostdirektion Berlin beantworte ich Ihre Frage wie folgt:

(B) Zu 1: Die Notrufanschlüsse von Polizei und Feuerwehr sind am 7. und 8. Februar 1980 um die Mittagszeit zweimal kurz ausgefallen. Die Ausfallzeiten lagen zwischen 5 und 10 Minuten. Daneben gibt es Vermutungen, daß eine weitere Störung des Feuerwehrnotrufes am Abend des 7. Februar 1980 vorgelegen hat – dieser Vorgang ist aber zur Zeit noch nicht aufgeklärt.

Zu den Störungsursachen ist folgendes zu sagen:

Die erste Störung am 7. Februar 1980 lag in der Sonderdienst-Vermittlungsstelle der Deutschen Bundespost. Störungsursache war nach den Feststellungen der Landespostdirektion Berlin der Ausfall einer Sicherung, vermutlich hervorgerufen durch einen Drahtbruch an der Ruf- und Signalmaschine. Durch die in der Ortsvermittlungsstelle der Post für derartige Fälle vorhandene Signaleinrichtung wurde die Störung angezeigt; die daraufhin eingeleitete Fehlersuche sowie die Beseitigung der Störung dauerte acht beziehungsweise zehn Minuten.

Die ebenfalls kurzfristige Störung am 8. Februar 1980 lag wiederum in der Ortsvermittlungsstelle der Deutschen Bundespost. Störungsursache war in diesem Fall menschliches Versagen. Bei der Suche nach möglichen technischen Ursachen der ersten Störung wurde versehentlich die Ruf- und Signalmaschine außer Betrieb gesetzt. Dadurch entstanden Ausfälle von fünf beziehungsweise zehn Minuten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich feststellen: Die Notrufabfrageeinrichtungen bei Polizei und Feuerwehr sind nicht die Ursache der Störung gewesen.

Störungen werden sich bei umfangreichen technischen Anlagen nie völlig ausschließen lassen; dies gilt auch für Notrufeinrichtungen. Dennoch werden sich Fachleute der Polizei und Feuerwehr mit der Landespostdirektion gemeinsam um weitere Verbesserungen der Technik bemühen. Bereits jetzt sind in der Ortsvermittlungsstelle der Post verschiedene Überwachungseinrichtungen vorhanden, durch die Störungen an den Notrufeinrichtungen angezeigt werden. Darüber hinaus hat die Post als Sofortmaßnahme eine zusätzliche Überwachungsschaltung installiert, damit eventuelle Ausfälle an den kritischen Einrichtungen noch schneller erkannt werden können.

Die Feuerwehr überprüft durch Kontrollanrufe die Funktion des Notrufs 112; zu betriebsschwachen Zeiten verfährt die Polizei in gleicher Weise. (C)

Zu 2: Bei der Berliner Feuerwehr liegen vier Mitteilungen von Anrufern vor, die während der Ausfallzeiten des Notrufs 112 vergebens versucht haben, die Feuerwehr zu erreichen.

Die Polizei hat nur einen konkreten Hinweis erhalten, daß ein Anrufer den Notruf 110 nicht direkt erreichen konnte. Die Unfallmeldung ist bei der Polizei jedoch auf anderem Wege eingegangen.

Präsident Lorenz: Keine Zusatzfragen?

Dann erteile ich das Wort dem Abgeordneten Hiersemann zu einer Mündlichen Anfrage über

Drogenberatungsstelle für die Bezirke Wedding und Reinickendorf

Hiersemann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Hält der Senat an seiner Auffassung fest, daß die Einrichtung einer Drogenberatungsstelle für die Bezirke Wedding und Reinickendorf dringend geboten ist?

2. Wenn Frage 1 bejaht wird:

a) Welche Gründe haben dazu geführt, daß diese Stelle nicht wie geplant im Januar dieses Jahres in der Müllerstraße eingerichtet werden konnte?

b) Wann, wo und unter welcher Trägerschaft ist nun mit der Schaffung einer Drogenberatungsstelle für den Norden Berlins zu rechnen?

Präsident Lorenz: Das Wort zur Beantwortung hat Frau Senatorin Reichel.

(D)

Frau Reichel, Senatorin für Familie, Jugend und Sport: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Hiersemann!

Zu 1: Der Senat hält an seiner Auffassung fest, daß die Einrichtung einer Drogenberatungsstelle für den Norden Berlins, insbesondere für die Bezirke Wedding und Reinickendorf, höchste Priorität hat.

Zu 2: Die Tatsache, daß die Einrichtung nicht wie geplant zum 1. Januar 1980 ihre Arbeit aufnehmen konnte, ist ausschließlich dadurch begründet, daß keine geeigneten Räumlichkeiten für diesen Zweck gefunden wurden. Die Initiatoren der Einrichtungen haben bereits Mitte 1979 begonnen, nach Räumen im Bezirk Wedding zu suchen. Sie wurden dabei von Mitarbeitern meiner Verwaltung und des Bezirksamtes unterstützt. Nachdem weder das Grundstücksamt noch die Wohnungsbaugesellschaften helfen konnten, noch auf dem freien Markt etwas erreicht wurde, griffen die Initiatoren im vergangenen Monat zu einem ungewöhnlichen Mittel: Seitdem hängen an 70 Litfaßsäulen in Wedding Plakate, die die Situation darstellen und um Hilfe bei der Raumbeschaffung bitten.

Auch daraufhin ist bisher leider nichts erfolgt.

Es stehen sowohl ausreichende finanzielle Mittel als auch geeignete Mitarbeiter zur Verfügung, so daß von dieser Seite her keine Verzögerung zu erwarten ist.

Der Träger, von dem die Einrichtung geplant und die Vorbereitungen geleistet wurden, ist der „Verein zur Beratung Drogenabhängiger e. V.", der bereits die Beratungsstelle in der Hauptstraße 107 in Schöneberg betreibt.

Leider ist es im Bereich der Maßnahmen gegen den Drogenmißbrauch mehrfach zu Situationen gekommen, daß an der Raumfrage der Beginn einer Maßnahme in Frage gestellt ist, obwohl die Träger selbst und Mitarbeiter meines Hauses sich in dieser Hinsicht sehr bemühen. Ich möchte deshalb auch hier wieder öffentlich dazu auffordern, meine Verwaltung durch geeignete Hinweise auf Räume zu unterstützen.

(A) **Präsident Lorenz:** Wird das Wort zu einer Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Das Wort hat der Abgeordnete Swinne zu einer Mündlichen Anfrage über

Kontrolle von Fotoapparaten auf dem Flughafen Tegel

Swinne (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Welche Sicherheitsgründe sind bei der Abfertigungskontrolle auf dem Flughafen Tegel für die Anordnung an Fluggäste maßgebend, den Fotoapparat beziehungsweise die Filmkamera zu betätigen, und bestehen Ersatzansprüche der Fluggäste hinsichtlich der bei der Abfertigungskontrolle aufgezwungenen Filmbelichtung?

2. Warum werden die Foto- bzw. Filmkameras nicht – wie z. B. auf Flughäfen der Vereinigten Staaten – mit für die Filme unschädlichen Strahlen durchleuchtet?

Präsident Lorenz: Das Wort zur Beantwortung hat Herr Bürgermeister Lüder.

Lüder, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft und Verkehr: Herr Präsident! Herr Abgeordneter Swinne!

Zu 1: Die besondere Untersuchung von Fotoapparaten und Filmkameras ist Teil der Fluggast- und Handgepäckkontrollen. Die Art der Kontrollen ist vom Bundesminister des Inneren in seinem Rahmenplan „Luftsicherheit" und in ergänzenden Weisungen vorgeschrieben. Diese Anordnungen werden in Berlin im Benehmen mit der französischen Schutzmacht entsprechend angewendet.

(B) Speziell für Fotoapparate, Filmkameras, Radios, Transistorengeräte u. a. hat der Bundesminister neben der Durchleuchtung die Funktionskontrolle der oben genannten Geräte angeordnet. Eine Entschädigung für den Verlust von Filmmaterial ist nicht vorgesehen.

Zu 2: Auch in Berlin werden die vorgenannten Geräte mit unschädlichen Strahlen durchleuchtet. Wegen der Anordnung der Funktionskontrolle aber müssen die Geräte zusätzlich noch betätigt werden, d. h. es wird eine Leerbelichtung verlangt.

Präsident Lorenz: Zu einer Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Swinne!

Swinne (F.D.P.): Herr Senator, wenn nun jemand eine beschädigte Filmkamera mit sich führt, hat er dann Nachteile zu befürchten, da Sie ja erwähnt haben, daß stets die Funktion des Gerätes kontrolliert wird?

Präsident Lorenz: Herr Senator Lüder!

Lüder, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft und Verkehr: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Swinne! Es kommt darauf an, durch Betätigung der Kamera festzuhalten, daß dieses Gerät sich unschädlich verhält. Das ist der Zweck der Angelegenheit, und damit erübrigt sich die Antwort auf den übrigen Teil Ihrer Frage.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Dr. Biewald!

Dr. Biewald (CDU): Herr Bürgermeister, sind Sie mit mir der Meinung, daß der Verlust eines einzigen Bildes der geringere Nachteil ist gegenüber einem möglichen Umweg über einen afrikanischen Staat oder eventuell sogar gegenüber einem Flug in den Tod?

Präsident Lorenz: Herr Bürgermeister Lüder!

Lüder, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft und Verkehr: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Dr. Biewald! Ich bin mit Ihnen, Herr Abgeordneter, einer Meinung, und ich habe aus der Fragestellung keine Kritik an Kontrollmaßnahmen herausgehört, sondern sehe darin das Bemühen, nachzufragen, ob wir wirklich den für den Passagier geeignetsten und ihn am wenigsten treffenden Kontrollweg wählen. (C)

Präsident Lorenz: Keine weiteren Zusatzfragen?

Dann hat das Wort der Abgeordnete Buwitt zu einer Mündlichen Anfrage über

Tarifanhebungen der BSR

Buwitt (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Treffen Meldungen zu, wonach die Tarife der BSR bis zu 847 % erhöht werden sollen?

2. Hält der Senat eine solche Tarifanhebung für sozial gerechtfertigt und bei der gegenwärtigen Gewinn- und Rücklagensituation für vertretbar?

< Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten >

Präsident Lorenz: Meine Damen und Herren, darf ich bitten, jetzt wieder etwas leiser zu sein. Das Wort zur Beantwortung hat Herr Senator Pätzold.

Pätzold, Senator für Gesundheit und Umweltschutz: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Buwitt! Die Erwägungen der BSR und des Senats, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Weise die Entgelte bei den BSR gegebenenfalls verändert werden sollen, sind noch nicht abgeschlossen. Offensichtlich meinen Sie Überlegungen, die die Geschäftsleitung der BSR im Verwaltungsrat zu Tarifmaßnahmen unterbreitet hat und die kostenorientierte Erhöhungen bei den – seltenen – Annahmeentgelten auf den Deponien vorsehen. (D)

Der Ausdruck „sozial gerechtfertigt" erscheint in diesem Zusammenhang unangemessen, weil sich eine derartige Tarifmaßnahme auf einen außerordentlich kleinen Teil von Firmen beziehen würde, die wegen ihrer Fahrzeugausstattung (sogenannte Seitenkipperfahrzeuge) in den technischen Anlagen der BSR zur Zeit noch nicht abgefertigt werden können. Es erscheint nicht vertretbar, diesen Firmen aufgrund unterschiedlicher Tarifgestaltung erhebliche Vorteile gegenüber anderen Unternehmen einzuräumen, die nur in den technischen Anlagen abgefertigt werden können.

Präsident Lorenz: Zu einer Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Buwitt.

Buwitt (CDU): Herr Senator, mit Ihrer Antwort würden Sie bestätigen, daß von der sehr hohen Tariferhöhung, die sich nach meiner Meinung nur ein Monopolbetrieb leisten kann, in erster Linie die kleinen Firmen betroffen werden, die eigentlich gar keine andere Möglichkeit haben als diese Deponie dann zu benutzen und die – nach Ihren Worten – „kostengemäße" Tariferhöhung bezahlen müssen?

Präsident Lorenz: Herr Senator Pätzold!

Pätzold, Senator für Gesundheit und Umweltschutz: Herr Abgeordneter Buwitt, ich glaube nicht, daß diese Wertung gerechtfertigt ist. Wir hätten wohl davon ausgehen müssen, daß die jeweils unterschiedlichen Leistungen, die bei einem Entsorgungsunternehmen wie den BSR anfallen, auch jeweils mit dem kostenentsprechenden Preis abgegolten werden müssen. Wenn es hier darum geht, daß ein sehr sehr niedriger Annahmepreis aus früheren Deponiezeiten an die entsprechen-

Sen Pätzold

(A) den Strukturen, die für die Umladestationen gelten, angeglichen werden muß und wenn das eine ganz geringe Zahl von Fahrzeugen betrifft, dann werden Sie mir wohl zustimmen, daß, wenn wir die Entgelte jeweils kostenorientiert festsetzen, insoweit eine Anpassung erforderlich sein wird. Aber Ihre erste Frage zielte ja schon auf das Ganze. Und da will ich Ihnen noch einmal in aller Form sagen, daß denkbare Überlegungen über mögliche Tariferhöhungen immer nur bei ein- oder zweistelligen Prozentanstiegen liegen und daß es hier nur um eine ganz besondere, eingegrenzte Situation gehen kann, und ich dankbar wäre, wenn in der Art Ihrer Fragestellung nicht zum Ausdruck käme, als ob insgesamt Tariferhöhungen in solchen Größenordnungen erwogen würden.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Buwitt, zu einer weiteren Zusatzfrage!

Buwitt (CDU): Herr Senator, ist Ihnen bekannt – ich hatte Sie schon einmal im Hauptausschuß darauf angesprochen –, ob ein Protokoll der „Mittwochsrunde" geändert worden ist? Sie hatten ja damals gesagt, die Aussage im Protokoll ist verkehrt. „Mittwochsrunde", das sind ja wohl die leitenden Leute der BSR, die sich dort treffen. In dem Protokoll hieß es: Der Wirtschaftsplan muß noch einmal auf den Kopf gestellt werden; wir machen noch immer Gewinne. So läßt sich keine Tariferhöhung begründen. Frage: Ist dieses Protokoll geändert worden?

Präsident Lorenz: Herr Senator Pätzold!

Pätzold, Senator für Gesundheit und Umweltschutz: Herr Abgeordneter Buwitt, ich wundere mich, daß Sie diese Frage nun zum dritten Mal ansprechen. Es war Ihnen schon zweimal vermittelt worden, daß dieses Protokoll nicht nur so nicht zutreffen kann und von den inneren Zusammenhängen her nicht
(B) gerechtfertigt wäre, sondern daß es eine genau entgegengesetzte Situation gibt. Es wurden damals noch Gewinne und später Verluste erzielt, und es war davon die Rede, daß in einer solchen Situation natürlich ein Eigenbetrieb überhaupt nicht an Tariferhöhungen denken könnte. Es ging aber um rein objektive Werte, und der Geschäftsleiter der BSR, dessen Einzelhandlungen ich hier nicht zu beaufsichtigen habe, hat Ihnen damals schon klargemacht, daß eine solche Äußerung nicht zutrifft.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Buwitt!

Buwitt (CDU): Herr Senator, haben Sie eigentlich mal den Versuch gemacht, sich dieses Protokoll anzusehen?

Präsident Lorenz: Herr Senator Pätzold!

Pätzold, Senator für Gesundheit und Umweltschutz: Ich habe diesen Versuch nicht gemacht, und ich werde ihn nicht machen.

Präsident Lorenz: Keine weiteren Zusatzfragen?

Dann erteile ich das Wort dem Abgeordneten Amonat zu einer Mündlichen Anfrage über

unhaltbare Zustände in den Wohngeldstellen

Amonat (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Sind dem Senat die aus einer seit mehr als zwei Jahren immer noch nicht abgeschlossenen Zurückstufung der Vergütungsgruppen für die Sachbearbeiter in den bezirklichen Wohngeldstellen resultierenden arbeitsklimatischen Zustände bekannt?

2. Was ist der Senat bereit unverzüglich zu tun, um durch (C) klare, wenn auch vorläufige Regelungen dafür zu sorgen, daß Neueinstellungen für die ohnehin mit Arbeit überlasteten Wohngeldstellen reibungslos erfolgen können?

Präsident Lorenz: Das Wort hat Herr Senator Ulrich.

Ulrich, Senator für Inneres: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Amonat, ich beantworte Ihre Anfrage wie folgt:

Zu 1: Ja!

Zu 2: Bereits im Februar 1979 wurde vom Senat eine Regelung getroffen, die eine bezirkseinheitliche Verfahrensweise sicherstellt und auch Neueinstellungen auf der Grundlage der Personalbedarfsberechnungsformeln des einschlägigen Organisationsgutachtens jederzeit möglich macht.

Mit Fernschreiben vom Dezember 1979 konnte darüber hinaus auch die Frage des Verzichts auf die Einrede der Verjährung in einer den Belangen aller Wohngeldbearbeiter dienenden Weise gelöst werden.

Der Senat ist der Auffassung, daß durch seine abwägende und behutsame Behandlung dieser Angelegenheit ein Beitrag für ein positives Arbeitsklima und einen reibungslosen Ablauf der Dienstgeschäfte in Wohngeldämtern geleistet werden konnte.

Präsident Lorenz: Keine Zusatzfragen?

Dann erteile ich das Wort dem Abgeordneten Baetge zu einer Mündlichen Anfrage über

Statistiken über gebührenpflichtige Verwarnungen

(D)

Baetge (F.D.P.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Trifft es zu, daß Statistiken geführt werden über die Anzahl der in den einzelnen Bezirken erteilten gebührenpflichtigen Verwarnungen?

2. Wenn ja: Aus welchem Grunde werden diese Statistiken geführt?

Präsident Lorenz: Zur Beantwortung hat Herr Senator Ulrich das Wort.

Ulrich, Senator für Inneres: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Baetge, ich beantworte Ihre Anfrage wie folgt: Bei dem Polizeipräsidenten wird eine Geschäftsstatistik über Bußgeldbescheide bzw. gebührenpflichtige Verwarnungen bei Verkehrsordnungswidrigkeiten geführt, die vom Statistischen Landesamt im Statistischen Jahrbuch veröffentlicht wird. Sie ist nicht nach Bezirken gegliedert. Weitere Statistiken über Verwarnungsgelder führt das Statistische Landesamt nicht.

In den Bezirken werden Bußgeldangelegenheiten – einschließlich der Erhebung von Verwarnungsgeldern – nicht zentral, sondern von den jeweils zuständigen Ämtern, z. B. Abteilung Gesundheitswesen, das Schulamt, Abteilung Bauwesen – Gartenbauamt, Hochbauamt –, Abteilung Finanzen und Wirtschaft – Wirtschaftsamt –, bearbeitet. Eine stichprobenartige Anfrage beim Bezirksamt Wilmersdorf ergab, daß dort getrennte Listen über die verhängten Bußgelder und Verwarnungsgelder geführt werden. Dies dient unter anderem der Beantwortung von Anfragen der BVV und der Ermittlung des Personalbedarfs. Eine zentrale Statistik des Bezirks besteht nicht.

Weitere Anfragen, Herr Abgeordneter Baetge, haben wir nicht gestellt. Ich glaube, daß Ihre Anfrage damit auch ausreichend beantwortet ist.

(A) **Präsident Lorenz:** Herr Abgeordneter Dr. Dittberner zu einer Zusatzfrage.

Dr. Dittberner (F.D.P.): Herr Senator, ist in diesem Zusammenhang dem Senat bekannt, daß der Leiter des Referats Straßenverkehr der Direktion City den Polizessen vorgehalten hat, daß sie mit der Erhebung von Verwarnungsgeldern um 7,5 % zurückgefallen seien, während ihre männlichen Kollegen ihre Prozentzahlen erfüllt hätten?

< Zurufe: Oh, oh! >

Präsident Lorenz: Das Wort zur Beantwortung hat Herr Senator Ulrich.

Ulrich, Senator für Inneres: Das ist mir unbekannt! Das hat auch mit der Anfrage nichts zu tun, weil auch das nicht im Statistischen Jahrbuch veröffentlicht worden ist. Ich habe schon bei anderer Gelegenheit erklärt, daß ich es nicht für richtig halte, wenn etwa die Zahl der Anzeigen von Ordnungswidrigkeiten als Maßstab für Leistungsbereitschaft dienen sollte.

Präsident Lorenz: Keine weiteren Wortmeldungen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Brinsa für eine Mündliche Anfrage des Abgeordneten Rzepka über

Ristocks Überzeugungsarbeit

Brinsa (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Trifft es zu, daß es Senator Ristock trotz Bitten am 1. Februar 1980 abgelehnt hat, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen und eine erlaubterweise im Dienstgebäude stattfindende DAG-Betriebsgruppenvorstandssitzung gegen eine (B) von der Straße hereinkommende Chaotengruppe zu schützen, die damit auf die DAG-Mitglieder im Personalrat wegen ihres Abstimmungsverhaltens bei der Frage der Einstellung des SEW-Mitgliedes K. in den öffentlichen Dienst Pressionen ausüben wollten?
2. Sieht so die angekündigte Überzeugungsarbeit des Senators bei den Betriebsratsmitgliedern aus, mit der er Konflikte vermeiden helfen will?

Präsident Lorenz: Das Wort zur Beantwortung hat Herr Senator Ristock.

Ristock, Senator für Bau- und Wohnungswesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gebe die Antwort, obgleich er die Anfrage jetzt selbst nicht gestellt hat, doch gleich dem Abgeordneten Rzepka, weil sonst gewisse Schlußfolgerungen, die ich ziehe, auf Sie, Herr Brinsa, nicht zutreffen würden.

< Heiterkeit bei der CDU >

Zu 1: Es trifft nicht zu, daß eine von außen gekommene Chaotengruppe eine DAG-Versammlung im Hause des Senators für Bau- und Wohnungswesen gestört hat. Ich zitiere in diesem Zusammenhang aus einem mir heute zugegangenen Schreiben der DAG-Betriebsgruppe aus meinem Hause:

> Eine Sitzung des Betriebsgruppen-Vorstandes fand an diesem Tage nicht statt. Eine Bitte um Schutz an den Senator wurde von der DAG zu keinem Zeitpunkt ausgesprochen, da ein derartiger Schutz bisher nicht erforderlich war.

Zu 2: Dem Herrn Abgeordneten Rzepka sollte aufgrund seiner bisherigen politischen Tätigkeit, insbesondere auch als Bezirksverordneter in Tempelhof, bekannt sein, daß im öffentlichen Dienst, nicht nur in Berlin, keine Betriebsräte, sondern Personalräte gewählt werden. Im übrigen weise ich darauf hin, daß die Zusammenarbeit mit dem Personalrat bei meiner Verwaltung jederzeit vertrauensvoll im Sinne des Personalvertretungsgesetzes war und ist.

Präsident Lorenz: Werden Zusatzfragen gestellt? – Das ist (C) nicht der Fall. – Das war Ristocks Überzeugungsarbeit!

< Heiterkeit – Beifall bei der SPD >

Ich teile mit, daß die Anfrage Nr. 8 zurückgezogen worden ist. Deshalb erteile ich jetzt das Wort dem Abgeordneten Swinne zu einer Mündlichen Anfrage über

Verhaltensempfehlungen bei Smog-Alarm

Swinne (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat: Welche Verhaltensregeln empfiehlt der Gesundheitssenator bei Smog-Alarm der Stufe I den Schülern und dem Lehrpersonal in Schulräumen, die mit Klimaanlagen ausgerüstet sind?

Präsident Lorenz: Das Wort zur Beantwortung hat Herr Senator Pätzold.

Pätzold, Senator für Gesundheit und Umweltschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Swinne! Ihre Frage knüpft offenbar an die Empfehlung an, daß während einer Smog-Situation insbesondere Bürger mit Herz- und Kreislaufbeschwerden auf vermeidbare Wege und körperliche Anstrengungen verzichten sollten, also nach Möglichkeit zu Hause bleiben sollten. Aber auch dann ist es erforderlich, die verbrauchte Luft im Aufenthaltsraum der Wohnung in gewissen Abständen durch Öffnen der Fenster zu ersetzen. Im Prinzip geschieht auch bei den Klimaanlagen mit Luftzufuhr nichts anderes. Durch das Fensteröffnen oder eine Luftzufuhranlage wird ein Luftaustausch, nicht etwa eine Konzentration von Luftschadstoffen bewirkt.

Da die Luftschadstoffwerte der Smog-Stufe I – bloße Warnstufe – ohnehin nicht gesundheitsschädigend sind, kommen Empfehlungen der von Ihnen angesprochenen Art nicht in (D) Betracht. Daher muß ich diejenigen, die vielleicht an Unterrichtsausfall gedacht haben mögen, enttäuschen: Die Schüler würden nur vorzeitig auf die Straße kommen, wo die Luft zumindest nicht besser als in den Räumen ist.

< Heiterkeit >

Präsident Lorenz: Zu einer Zusatzfrage hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Hassemer.

Dr. Hassemer (CDU): Herr Senator, sind Ihnen denn die Untersuchungen tatsächlich immer noch nicht bekannt, die davon sprechen, daß bereits bei der ersten Smog-Alarmstufe für die Menschen Gesundheitsgefährdungen und Schädigungen, sogar lebensgefährlicher Art, eintreten können?

Präsident Lorenz: Herr Senator Pätzold!

Pätzold, Senator für Gesundheit und Umweltschutz: Verehrter Herr Dr. Hassemer! Wir hatten ja schon Gelegenheit, das zu diskutieren. Aber die Frage stellte doch auf Klimaanlagen und junge Menschen ab. Ich dachte, Sie hätten den Unterschied bemerkt.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Schicks!

Schicks (CDU): Herr Senator! Ist es nach der Auskunft, die Sie auf die Anfrage gegeben haben, nicht ein wenig fragwürdig, wenn Sie empfehlen, daß Kranke zu Hause bleiben sollten, wenn Sie die Meinung vertreten, daß zu Hause nach einer gewissen Zeit auch die gleiche, schlechte, smogverseuchte Luft herrscht wie draußen auf der Straße?

Präsident Lorenz: Herr Senator Pätzold!

(A) **Pätzold**, Senator für Gesundheit und Umweltschutz: Herr Abgeordneter Schicks! Ich dachte, ich hätte deutlich gemacht, daß es vor allem darum geht, daß Bürger mit Herz- und Kreislaufbeschwerden auf vermeidbare Wege und Anstrengungen verzichten, also nach Möglichkeit zu Hause bleiben. Ich habe im Wortlaut wiedergegeben, was ich schon auf die ursprüngliche Frage geantwortet hatte.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Dr. Lehmann-Brauns!

Dr. Lehmann-Brauns (CDU): Herr Senator! Teilen Sie mit mir die Auffassung, daß die von Ihnen eingeräumte Smog-Situation eine Verdoppelung des Risikos für Schüler darstellt, die ja nicht nur in klimatisierten Räumen leben müssen, sondern auch weitgehend in fensterlosen Räumen?

Präsident Lorenz: Herr Senator Pätzold!

Pätzold, Senator für Gesundheit und Umweltschutz: Herr Abgeordneter Dr. Lehmann-Brauns! Ich teile Ihre Auffassung deshalb nicht, weil mir die Frage zu vereinfacht erscheint. – Es unterliegt doch gar keinem Zweifel, daß in einer Smog-Situation die Schadstoffkonzentrationen draußen zunehmen und die Luft in Räumen über geöffnete Fenster oder Klimaanlagen dann auch den gleichen Grad der Schadstoffkonzentration wie draußen erreichen kann, aber mehr auch nicht.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Dr. Hassemer!

Dr. Hassemer (CDU): Herr Senator! Haben Sie dann überlesen, da Ihnen die Studien offenbar bekannt sind, daß die gefährdeten Gruppen sowohl Kinder als auch ältere Menschen sind?

(B)

Präsident Lorenz: Herr Senator Pätzold!

Pätzold, Senator für Gesundheit und Umweltschutz: Ich habe gar nichts überlesen, Herr Abgeordneter Dr. Hassemer. Ich habe nur vorhin schon deutlich gemacht, daß die Fragestellung auf Klimaanlagen und deren Wirkung zielte.

< Feilcke (CDU): Er kann gar nichts überlesen haben, weil er nicht gelesen hat! >

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Boroffka!

Boroffka (CDU): Herr Senator! Ist Ihnen bekannt, daß man zwischen Klimaanlagen auch Luftreinigungsanlagen einschalten kann, und was würde das im Fall der 14 Mittelstufenzentren wohl in etwa kosten?

Präsident Lorenz: Herr Senator Pätzold!

Pätzold, Senator für Gesundheit und Umweltschutz: Herr Abgeordneter Boroffka! Ich ahne ja, daß wir langsam das Thema wechseln. Wenn ich nicht aufpasse, dann muß mein Nachbar die Antworten geben. Trotzdem sage ich vor diesem Hintergrund in aller Form: Sie wissen, daß wir darüber nachdenken, ob man nicht der Klimaanlagen in anderer Weise Herr werden sollte als daß man sie etwa nur ausbaut.

< Dr. Kunze (F.D.P.): Sehr gut! >

Präsident Lorenz: Ich weise noch einmal darauf hin, daß nach Verhaltensregeln für Schüler und Lehrpersonal gefragt worden war.

Als nächster hat Herr Abgeordneter Dr. Hassemer das Wort.

Dr. Hassemer (CDU): Herr Senator, darf ich also im Ergebnis feststellen, daß Sie mit mir der Meinung sind, daß Konzentrationen dort zu befürchten sind, die die Kinder mit oder ohne Klimaanlage gefährden? (C)

Präsident Lorenz: Herr Senator Pätzold!

Pätzold, Senator für Gesundheit und Umweltschutz: Ich weiß nicht, woraus Sie diese Schlußfolgerungen ziehen! Sie dürfen nicht davon ausgehen.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Momper!

Momper (SPD): Herr Senator! Erinnere ich mich richtig, daß die CDU noch vor ein paar Monaten alle Klimaanlagen abreißen wollte und erst neuerdings noch zusätzliche Filter einbauen will?

Präsident Lorenz: Herr Senator Pätzold!

Pätzold, Senator für Gesundheit und Umweltschutz: Sie erinnern sich sicher richtig. Aber Herr Abgeordneter Boroffka hatte ja nur gefragt, was das kosten würde. Zu der Frage möchte ich mich nicht äußern. Im übrigen weiß ich wirklich nicht, ob das ganze mehr auf Klimaanlagen oder Schülerbefreiung zielt. Die erste Fragestellung war sicher eine etwas andere als die, die sich aus den Zusatzfragen ergeben hat.

Präsident Lorenz: Herr Dr. Hassemer!

Dr. Hassemer (CDU): Herr Senator, würden Sie vielleicht versuchen, Herrn Momper klarzumachen, daß wir nicht nur die Klimaanlagen abschaffen wollen, sondern den ganzen Irrsinn dieser Klimaanlagen und die Bauweise dieser Schulen versuchen wollen zu verändern, damit man dort wieder die Fenster öffnen kann, um gesund leben zu können? (D)

< Feilcke (CDU): Sehr gut! – Beifall bei der CDU >

Präsident Lorenz: Also, meine Damen und Herren, wir sind jetzt schon ziemlich weit weg vom Smog-Alarm. Herr Senator, wenn Sie wollen, können Sie die Frage beantworten, aber Sie brauchen das nicht zu tun.

Pätzold, Senator für Gesundheit und Umweltschutz: Ich beantworte solche Fragen immer gern. Wie ich schon bei anderer Gelegenheit – insbesondere beim Thema BSR – klarmachen durfte, antworte ich hier immer, obwohl eigentlich andere gefragt worden sind. Es ist nicht meine Aufgabe, dem Abgeordneten Momper etwas klarzumachen.

< Zuruf von der CDU: Das fällt auch schwer! – Heiterkeit >

Präsident Lorenz: Keine Zusatzfragen?

Dann erteile ich das Wort dem Abgeordneten Dr. Wruck zu einer Mündlichen Anfrage über

Satzung für das Studentenparlament und den AStA der FUB

Dr. Wruck (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Wird der Senator für Wissenschaft und Forschung die Satzung für das Studentenparlament und den AStA der Freien Universität Berlin bestätigen?

2. Hält der Senat ein allgemeinpolitisches und imperatives Mandat, wie es die Satzung auf Vorschlag der Basisgruppen und des Liberalen Hochschulverbands vorsieht, für zulässig?

(A) **Präsident Lorenz:** Das Wort zur Beantwortung hat Herr Senator Dr. Glotz.

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Herr Abgeordneter Dr. Wruck!

Zu Frage 1 darf ich bemerken, daß sich diese Frage zur Zeit in meinem Haus in Prüfung befindet.

Zu Frage 2: Der Senat hält ein allgemeinpolitisches und auch ein imperatives Mandat nicht für zulässig. Ob die vom Liberalen Hochschulverband und von den Basisgruppen vorgelegte Satzung allgemeinpolitisches und imperatives Mandat in diesem Sinne enthält, das muß noch geprüft werden.

Präsident Lorenz: Zu einer Zusatzfrage Herr Dr. Wruck.

Dr. Wruck (CDU): Ist Ihnen bekannt, Herr Glotz, daß ein Viertel der Präambel dieser Satzung eine Verächtlichmachung des Grundgesetzes enthält?

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Bisher ist mir dieses nicht bekannt. Aus einer vorläufigen Prüfung hat sich so etwas nicht ergeben; aber die endgültige Prüfung steht noch aus, und Ihre Frage wird mir selbstverständlich ein wichtiger Hinweis sein, dies ganz genau zu prüfen.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Dr. Wruck!

Dr. Wruck (CDU): Ist Ihnen nicht bekannt, daß es in der Satzung heißt:

(B)

> Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Kapital und Staat, von dem Willen beseelt, seine Fachaufsicht und Rechtsaufsicht zu wahren und als übermächtiges Glied über einen verschworenen Sumpf dem Frieden der Paläste zu dienen, hat der Senator für Wissenschaft und Forschung den Studenten der Fachbereiche der FU, um dem studentischen Leben für eine Übergangszeit eine restriktive Ordnung zu geben, kraft seiner gesetzlichen Gewalt diese Satzung der Studentenschaft der FU genehmigt.
>
> < Hauff (SPD): Schleichwerbung! >
>
> Er hat für alle Studenten gehandelt, denen mitzuwirken versagt blieb. Die gesamte Studentenschaft bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Vielfalt und Freiheit der Studentenbewegung zu verfechten?

Präsident Lorenz: Sehr eindrucksvoll! – Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Kollege Wruck! Diese Präambel ist ganz offensichtlich eine ironische Kritik an der Tatsache, daß der Senator für Wissenschaft und Forschung eine Beitragsordnung oktroyieren mußte, weil dieses ganze Studentenparlament selbst nicht fähig war, eine herzustellen. Ich bedauere außerordentlich, daß die Studentenschaft in diesen beiden letzten Semestern nicht in der Lage gewesen ist, das ihm vom Parlament zur Verfügung gestellte Instrument der verfaßten Studentenschaft wirklich sinnvoll anzuwenden. Für mich ist dies aber kein Grund, mich nun besonders über ironische Präambeln aufzuregen, sondern für mich ist dies ein Grund, alles zu tun, um die Studenten von heute in die Möglichkeit zu versetzen, wirklich wieder politisch zu handeln. Sie wissen, daß viele Mitglieder dieses Hohen Hauses früher in den ASten der Freien Universität führend tätig waren, und ich erhoffe mir, daß in zehn oder zwanzig Jahren auch wieder AStA-Vorsitzende der Freien Universität in den Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses tätig sind – dazu müssen wir die Voraussetzungen schaffen!

< Beifall bei der SPD >

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz, hoffentlich in den richtigen Fraktionen, würde ich sagen. Herr Dr. Dittberner! (C)

Dr. Dittberner (F.D.P.): Herr Senator, trifft es zu, daß der uns hier eben vom Kollegen Wruck vorgelesene Wortlaut nur einen Teil der Präambel darstellte und er uns einen Teil nicht vorgelesen hat? Und zweitens: Ist die Präambel überhaupt Gegenstand des Genehmigungsverfahrens?

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Das trifft zu. Zweitens: Die Präambel ist selbstverständlich nicht Gegenstand des Genehmigungsverfahrens. Und drittens: Herr Präsident, ich bin zur Zeit noch dabei zu prüfen, wie man Fraktionen in richtige und falsche unterscheidet.

Präsident Lorenz: Es wäre denkbar, daß es demokratische und undemokratische gibt, das meinte ich. Herr Abgeordneter Dr. Lehmann-Brauns!

Dr. Lehmann-Brauns (CDU): Herr Senator, gehen Sie wirklich im Ernst davon aus, daß eine vergleichbare politische Situation in der Zeit vor zwanzig Jahren und heute besteht, wenn Sie die Situation im AStA beurteilen, die ja – vereinfacht dargestellt – so aussieht, daß die Hälfte orthodoxe Kommunisten und die andere Hälfte Chaoten sind?

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Lehmann-Brauns, also erstens muß ich davon ausgehen, daß die Situation heute nicht so ist wie vor zwanzig Jahren, und dieses bedauere ich, aber Ihre Charakterisierung, daß die Hälfte orthodoxe und die andere Hälfte chaotische Kommunisten sind, (D) unterschlägt in jedem Fall eine ganze Reihe von Jungsozialisten, Jungliberalen und auch einige, die Ihrer Partei nahestehen – insofern haben Sie die Mehrheiten da ein bißchen falsch eingeschätzt. Im übrigen warne ich – weil ich mit Ihnen gern ernsthaft diskutiere – auch davor, sämtliche Spontis, das heißt also sämtliche politisch entfremdeten Söhne und Töchter des deutschen Bürgertums, als Kommunisten einzustufen. Das wäre falsch!

< Beifall bei der SPD >

Präsident Lorenz: Herr Kollege Dr. Wruck!

Dr. Wruck (CDU): Ist Ihnen nicht bekannt, Herr Glotz, daß ein Satzungsvorschlag von Jungsozialisten und den von der SEW gesteuerten ADSen gemeinsam vorgelegt wurde?

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Mir ist bekannt, daß ein Satzungsvorschlag von den Jungsozialisten und den ADSen gemeinsam vorgelegt wurde.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Adler!

Adler (CDU): Herr Senator Dr. Glotz, Sie haben uns doch auf die vorvorige Frage – wenn ich mich recht erinnere – gesagt, daß Sie – nachdem heute führende Mitglieder dieses Hauses vor zwanzig Jahren dort waren und von da gekommen sind – auch wieder eine ähnliche Hoffnung für die Zeit in zwanzig Jahren haben werden; stellen Sie sich da nun andere vor als heute da sind und, wenn ja, welche Art von Vertretern aus den ASten stellen Sie sich denn für die Zeit in zwanzig Jahren vor?

< Momper (SPD): Oh, oh! >

(A) **Präsident Lorenz:** Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Kollege, einmal stelle ich mir vor, daß es in der Tat auch irgendwann Studentenvertreter mit anderen Auffassungen geben wird, als sie jetzt in den Studentenparlamenten vertreten sind – und was ich dazu tun kann, tue ich auch. Ich würde mich sehr freuen, wenn dasselbe auch für die Union gälte. Zweitens aber glaube ich in der Tat, daß sich in zwanzig Jahren Leute, die heute 20 und 21 Jahre alt sind, noch ein bißchen ändern können und daß manche von ihnen auch noch ein bißchen vernünftiger werden können. Ich habe auch schon heute 60- und 50jährige Politiker erlebt, die vor zwanzig oder vor dreißig Jahren weniger abgewogen geurteilt und auch weniger abgewogen politisch waren als heute, das heißt also: Ich hoffe, daß sich hier noch manches ändern kann, und ich hoffe, daß die CDU kräftig dazu beiträgt durch Überzeugungsarbeit, damit die Überzeugungsarbeit nicht allein dem Kollegen Ristock überlassen bleibt.

< Beifall bei der SPD >

Präsident Lorenz: Herr Dr. Wruck!

Dr. Wruck (CDU): Herr Senator, wie lange werden Sie noch prüfen, ob die Satzung ein allgemeinpolitisches, imperatives Mandat für Studentenvertreter enthält?

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Höchstens vierzehn Tage!

Präsident Lorenz: Zu einer weiteren Zusatzfrage Herr Dr. Wruck!

(B) **Dr. Wruck** (CDU): Herr Senator, sehen Sie nicht in § 4 der Satzung – in der es heißt, daß die Vertretungsorgane durch Urabstimmungen kontrolliert werden – einen Teil dieses imperativen Mandats verwirklicht?

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Die Antwort auf diese Frage wird sich als Ergebnis der Prüfung mit Sicherheit ergeben.

< Heiterkeit >

Präsident Lorenz: Keine weiteren Zusatzfragen? – Dann ist dieser Komplex abgeschlossen.

Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Raasch zu einer Mündlichen Anfrage über

Aufstellung der Vorschlagslisten für Jugendschöffen

Raasch (SPD): Herr Präsident! Ich frage den Senat: Welche Gründe waren maßgebend, erst Ende Januar 1980 – mit einer Frist von 4 Wochen – die Bezirksämter aufzufordern, Vorschläge für die Aufstellung der Vorschlagslisten für Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 1981 bis 1984 zu unterbreiten?

Präsident Lorenz: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senator Reichel.

Frau Reichel, Senator für Familie, Jugend und Sport: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Raasch! Nach den Ausführungsvorschriften über die Wahl der Schöffen und Jugendschöffen vom 3. September 1975, die im Amtsblatt erschienen sind, teilen der Präsident des Landgerichts und der Präsident des Amtsgerichts zum 1. Februar jedes vierten Jahres (C) mit, welche Anzahl von Jugendschöffen und Hilfsschöffen für die vier folgenden Geschäftsjahre voraussichtlich benötigt wird. Wegen der knappen Fristen – Auslegung der Vorschlagslisten für jedermann vom 15. bis 22. April, Übersendung der Vorschlagslisten an die Gerichte bis zum 1. Mai – versucht der Senator für Familie, Jugend und Sport stets, die erforderliche Zahl frühzeitig in Erfahrung zu bringen.

Am 22. Januar 1980 konnten die Angaben fernmündlich erfragt werden. Vom selben Tag datiert das Schreiben an die Bezirke mit der Bitte um Erstellung der Vorschlagslisten.

Zwischen der ersten Erstellung der Vorschlagslisten durch die Bezirksverwaltung und deren Auslage muß vom Senator für Familie, Jugend und Sport geprüft werden, ob Ausschlußgründe nach §§ 32 ff. Gerichtsverfassungsgesetz vorliegen. Dies erfordert erfahrungsgemäß einige Zeit.

Die gesetzten Termine entsprechen dem, was in früheren Jahren ebenfalls üblich war. Aber auch bei geringer Überschreitung der Frist für die Aufstellung der Vorschlagslisten wird die Einhaltung des in den genannten Ausführungsvorschriften bestimmten Zeitplanes möglich sein. Daß die Neuwahl von Schöffen und Jugendschöffen wieder ansteht, war den Bezirken durch Schreiben des Senators für Inneres vom 6. November 1979 und aus den üblichen Verfahren der Vorjahre bekannt; da es aber vier Jahre her ist, gerät es manchmal in Vergessenheit.

Präsident Lorenz: Zusatzfragen werden nicht gestellt. – Doch, der Abgeordnete Feilcke.

Feilcke (CDU): Frau Senatorin, sehen Sie nicht auch eine große Schwierigkeit für die Bezirksverordnetenversammlungen darin, daß ihnen eine Liste mit 3 % der vorschlagsberechtigten Personen übergeben wird, aus der dann eine Auswahl zu treffen ist, in Anbetracht der Tatsache, daß eine Personenkenntnis bei diesem so kleinen ausgewählten Personenkreis nicht vorausgesetzt werden kann? (D)

Präsident Lorenz: Frau Senator Reichel, bitte!

Frau Reichel, Senator für Familie, Jugend und Sport: Ich sehe darin auch Schwierigkeiten, aber wir haben alle bisher darin Schwierigkeiten und keinen Weg gefunden, wie wir diese überwinden können. Auch nach Absprache mit den Gerichten können wir die Fristen nicht erweitern. Wir sind als Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport für den Bereich der Jugendschöffen nur Vermittler.

Präsident Lorenz: Weitere Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Das Wort hat der Abgeordnete Ulzen zu einer Mündlichen Anfrage über

Stellenverlagerung

Ulzen (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Trifft es zu, daß eine Leitende Angestelltenstelle aus der Senatskanzlei zur Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße verlagert werden soll?

2. Wenn ja; ist über die Stellenbesetzung bereits entschieden worden?

Präsident Lorenz: Das Wort zur Beantwortung hat der Chef der Senatskanzlei, Herr Sötje.

Sötje, Chef der Senatskanzlei: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Ulzen! Zu Ihrer ersten Frage kann ich wie folgt antworten: Es gibt seit längerem Erwägungen, zu einer Intensivierung und Verbesserung der Arbeit in der Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße zu kommen. Im Rahmen dieser Überlegungen

SenDir Sötje

(A) gibt es verständlicherweise auch personelle Erwägungen, die jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sind. Darüber gibt es konkurrierende Vorstellungen. Die Frage zwei kann ich eindeutig mit Nein beantworten.

Präsident Lorenz: Eine Zusatzfrage; bitte, Herr Abgeordneter Ulzen!

Ulzen (CDU): Herr Senatsdirektor, trifft es zu, daß es der Wunsch der Landeszentrale war, diese Position mit einem Fachhistoriker zu besetzen?

Präsident Lorenz: Herr Senatsdirektor Sötje!

Sötje, Chef der Senatskanzlei: In dieser Form trifft dies nicht zu. Es gibt eine Konzeption für den Ausbau der Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße, die die Wunschvorstellung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit enthält, dort einen anerkannten und ausgewiesenen Fachhistoriker, einen Neuhistoriker, an der Spitze dieser Einrichtung zu haben. Dies ist jedoch durch die bisherigen stellenplanmäßigen Entscheidungen auch des Abgeordnetenhauses nicht möglich gewesen, so daß dies allenfalls für eines der folgenden Rechnungsjahre möglich wäre.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Ulzen!

Ulzen (CDU): Herr Senatsdirektor! In welcher Form ist es haushaltsmäßig abgesichert, daß die Stellenverlagerung auch dem entspricht, was nach dem Haushalt für das Jahr 1980 beschlossen worden ist?

Präsident Lorenz: Herr Senatsdirektor Sötje!

(B) **Sötje,** Chef der Senatskanzlei: Herr Abgeordneter Ulzen, ich darf an das erinnern, was ich eingangs gesagt habe. Es gibt mehrere konkurrierende personelle Vorstellungen. Es ist keineswegs entschieden, welche Vorstellung zur Realisierung kommt.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Ulzen!

Ulzen (CDU): Herr Senatsdirektor, wann wird mit einer Entscheidung Ihrerseits zu rechnen sein?

Präsident Lorenz: Herr Senatsdirektor Sötje!

Sötje, Chef der Senatskanzlei: Ich denke, daß die Entscheidung im Laufe des nächsten Monats fallen wird.

Präsident Lorenz: Keine weiteren Zusatzfragen?

Das Wort hat der Abgeordnete Stach zu einer Mündlichen Anfrage über

Tausalzverwendung im Klinikum Westend

Stach (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Treffen Hinweise von Mitarbeitern und Besuchern des Klinikums Westend zu, daß die Wege innerhalb des Geländes des Klinikums durch reichliche Verwendung von Tausalz begeh- bzw. befahrbar gemacht werden?

2. Wenn ja; ist diese Handlungsweise gesetzlich erlaubt?

Präsident Lorenz: Das Wort zur Beantwortung hat Herr Senator Dr. Glotz.

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident, Herr Abgeordneter! Zu eins darf ich bemerken, daß auf dem Westend-Gelände des Universitätsklinikums Charlottenburg (C) am Nachmittag des 5. Februar und am Morgen des 6. Februar 1980 auf Fahr- und Gehwegen ein Streugemisch aus Granulat und Tausalz verwendet worden ist. Dies wurde als außerordentlich notwendig empfunden, weil an diesem Tag ein sogenannter Eisregen eingesetzt hatte. Als Begründung werden insbesondere die schrägen Rampen angeführt, über die bei den Versorgungseinrichtungen auch Patienten befördert werden müssen. Zu zweitens: Gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 7 des Berliner Naturschutzgesetzes vom 30. Januar 1979 ist dies, was dort geschehen ist, grundsätzlich verboten. Man kann entsprechende Ausnahmen beantragen, eine solche Ausnahme ist vom Klinikum Charlottenburg nicht beantragt worden. Der Senat muß daher feststellen, daß die Verwendung des Streugemischs im Klinikum Charlottenburg nicht zulässig war. Der Senat hat die Freie Universität darauf hingewiesen und hat gleichzeitig angeregt, daß gegebenenfalls die erforderlichen Schritte zur Erlangung einer Befreiung gemäß § 50 des Berliner Naturschutzgesetzes unternommen werden müssen.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Stach!

Stach (SPD): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß, obwohl ich Ihre Anordnung nicht anzweifle, heute morgen ein Viertel vor zehn Uhr diese Säcke dort im Gelände zu besichtigen waren?

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Nein, Herr Kollege, das ist mir jetzt als Faktum im einzelnen nicht bekannt. Meine Antwort entspricht auch nicht dieser Feststellung. In der Tat muß die Freie Universität die Praxis, die sie bisher angewandt hat, ändern. Daran kann kein Zweifel sein.

Präsident Lorenz: Keine Zusatzfragen? – Doch, Herr Abgeord- (D) neter Swinne!

Swinne (F.D.P.): Herr Senator, wird der Senat bei privaten Benutzern von Tausalz auf ihrem eigenen Gelände auch so großzügig verfahren, wie Sie hier angedeutet haben gegenüber dem Klinikum Westend, daß zunächst einmal hingewiesen wird, daß man dies zu unterlassen habe und daß man ein Gespräch führen werde? Sind Sie auch so bürgerfreundlich, wenn private Benutzer betroffen sind?

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Kollege, ich will mich nicht herausreden, daß das nicht in meine Zuständigkeit fällt. Ich will darauf antworten, daß es der richtige Weg wäre, wenn es die Universität für unausweichlich hält, denn noch ist es nicht ausreichend geprüft worden, ob es nicht doch unausweichlich ist, in einem solchen Klinikum mit den besonderen Bedingungen für die Patienten: Dies geht dann nur bei ordnungsgemäßer Beantragung der Ausnahmegenehmigung. Ich will offen lassen, ob man nicht irgendwelche Maßnahmen gegen die Universität ergreift, weil sie nämlich nicht von vornherein diese Ausnahme beantragt hat. Allerdings wird man auch dabei berücksichtigen müssen, daß, wenn plötzlich ein Eisregen einsetzt und plötzlich unzumutbare – ich setze hier voraus, daß es so war – Verhältnisse in einem Krankenhaus entstehen, erst einmal gehandelt werden muß und nicht ein langer bürokratischer Weg gegangen werden kann. Dafür haben sicher alle Fraktionen dieses Hohen Hauses Verständnis.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Dr. Hassemer!

Dr. Hassemer (CDU): Wenn Sie auch heute noch mögliche Maßnahmen offen lassen, was hat Sie denn zu der Hoffnung berechtigt, daß dies dort in Zukunft rechtmäßig durchgeführt wird?

(A) **Präsident Lorenz:** Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Dazu berechtigt mich die Tatsache, daß ich nicht davon ausgehen muß, auch nicht davon ausgehen kann, daß hier absichtlich rechtswidrig gehandelt worden ist, sondern, daß hier ein Notstand vorlag oder subjektiv empfunden wurde. Es war das Motiv, die Patienten vernünftig über das Gelände transportieren und versorgen zu können. Die Universität wird einerseits alles tun, um sich diesen Aufgaben vernünftig zu stellen, und andererseits aber auch alle gesetzlichen Bestimmungen einhalten.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Dr. Hassemer!

Dr. Hassemer (CDU): Herr Senator, da ja Ausnahmen möglich sind, sind Sie mit mir der Auffassung, daß ein wenig Einfallsreichtum dazu ausgereicht hätte, um vorauszusehen, daß in unseren Breiten eine solche Situation an schon als abschüssig bekannten Stellen in einem Winter hätten eintreten können und daß die Vermutung naheliegt, daß man die Ausnahmegenehmigung deshalb nicht beantragt hat, weil man vielleicht generell mit dem Tausalzverbot an solchen Stellen nicht so ganz penibel umgeht?

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Ich kann nicht ausschließen, daß, wie es ja auch in Ihrer Frage drinsteckt, mangelnde Voraussicht bei den zuständigen Beamten der Verwaltung des Klinikums Charlottenburg vorgelegen hat. Es ist in der Tat durchaus denkbar, daß die betroffenen Verwaltungsangestellten dies hätten vielleicht voraussehen und entsprechend eine Ausnahmegenehmigung vorneweg beantragen können.

(B) **Präsident Lorenz:** Herr Abgeordneter Amonat!

Amonat (SPD): Herr Senator! Gibt es für solche Notsituationen, wie Sie sie eben zitiert haben oder wie Sie sie möglicherweise einschätzen würden, gibt es für solche Ausnahmesituationen Regelungen? Wenn diese Ausnahmeregelungen nicht bestehen, sind diese dann von Ihnen möglicherweise aufgrund dieser Diskussion oder anderer Gespräche vorgesehen?

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Es gibt bisher, Herr Kollege, keine solchen Einsatzpläne. Man muß auch sehen, daß – wie wir ja aus ausführlichen Diskussionen in verschiedenen Verfassungsorganen des Landes Berlin wissen – das Tausalzproblem erst erneut sozusagen in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gehoben worden ist. Ich schließe nicht aus, daß dieses Bewußtsein, das in den Verfassungsorganen nun schon vorhanden ist, noch nicht vollständig in allen Teilen der Verwaltung vorhanden ist. Sie haben völlig recht; bei den Verhandlungen, die jetzt notwendig sind, wird nachdrücklich darauf hingewiesen werden müssen, daß auch Eisregensituationen gefälligst von vornherein vorbereitet sein sollten. Dem kann ich nur zustimmen, Herr Kollege.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Schicks!

Schicks (CDU): Ich frage den Senat in diesem Zusammenhang: Wie ist die Situation in den übrigen großen Krankenhäusern, insbesondere solchen mit Erste-Hilfe-Stellen? Sie dürfte doch wohl nicht viel anders sein. Wird hier der Senat auch Hinweise geben, damit entsprechende Vorsorge getroffen wird?

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Kollege! Ohne dem Kollegen Pätzold, der dazu vielleicht auch etwas sagen muß, vorgreifen zu wollen, muß ich darauf hinweisen, daß allerdings das Gelände im Klinikum Westend besonders problematisch ist. Dort muß man berg- und talfahren, es geht rauf und runter. So ist es wahrscheinlich nicht überall. Ich bin also nicht sicher, ob die Notwendigkeiten, die im Gelände Westend gegeben sind, auch bei den anderen Krankenhäusern vorliegen. Im übrigen wird Ihre Anregung sicher vom zuständigen Senatsmitglied zu prüfen sein. (C)

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Dr. Hassemer!

Dr. Hassemer (CDU): Herr Senator! Da Ihre Überlegungen sehr interessant waren, frage ich: Kann ich davon ausgehen, daß Sie die anderen Einzelfälle geprüft haben und festgestellt haben, daß dort solche Situationen nicht bestehen? Oder sind es jetzt nur Überlegungen nach der Art, man könnte sie ja mal anstellen, wenn man mal zufälligerweise darüber spricht?

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz!

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Ich habe bisher Prüfungen, insbesondere bei den Krankenhäusern, die nicht in meinen Zuständigkeitsbereich gehören, natürlich nicht angestellt. Aber, ich bin ganz sicher, daß Ihre kritischen Fragen Anregung für alle zuständigen Senatsmitglieder sein werden, die Sachverhalte entsprechend präzise zu überprüfen.

Präsident Lorenz: Herr Dr. Hassemer!

Dr. Hassemer (CDU): Sie sind sich also, was das Klinikum Steglitz angeht, sicher?

Präsident Lorenz: Herr Senator Dr. Glotz! (D)

Dr. Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung: Ich bedanke mich! Da ich da auch nicht sicher bin, werde ich mich insoweit sicher machen, Herr Kollege!

< Gelächter bei der CDU >

– Im Winter! –

Präsident Lorenz: Keine weiteren Zusatzfragen?

Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Beitz zu einer Mündlichen Anfrage über

innerdeutschen Sportverkehr

Beitz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Wie viele Vereine oder Verbände aus unserem Teil der Stadt waren 1979 am innerdeutschen Sportverkehr beteiligt, und zwar an Veranstaltungen innerhalb und außerhalb Berlins?

2. Entspricht diese Teilnahme den Vereinbarungen?

Präsident Lorenz: Das Wort zur Beantwortung hat Frau Senatorin Reichel.

Frau Reichel, Senator für Familie, Jugend und Sport: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Beitz! Im Jahr 1979 haben folgende Sportbegegnungen im Rahmen des innerdeutschen Sportverkehrs stattgefunden, an denen Berliner Vereine oder Verbände beteiligt waren: am 8. Mai 1979 – Fußball – Hertha BSC : Dynamo Dresden in Berlin, am 17. August 1979 – Leichtathletik – Internationales Stadion-Fest (ISTAF) in Berlin, am 8. September 1979 – Handball – SC Madgeburg : GutsMuths Berlin in Madgeburg, am 24. und 25. November 1979 – Eisschnellauf – Internationaler Sprintwettkampf in Berlin.

Frau Sen Reichel

(A) Dies entspricht dem vereinbarten Sportkalender, der zwischen dem Deutschen Sportbund und dem Deutschen Turn- und Sportbund festgelegt worden ist.

Präsident Lorenz: Keine Zusatzfragen?

Dann erteile ich das Wort dem Abgeordneten Klebba zu einer Mündlichen Anfrage über

Einschulung türkischer Kinder aus Kreuzberg in Wilmersdorf

Klebba (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat: Weshalb hat der Senator für Schulwesen einen Antrag Kreuzbergs abgelehnt, türkische Schüler in Wilmersdorf einzuschulen, obwohl ein Angebot des Bezirks vorlag?

< Dr. Wruck (CDU): Sehen Sie mal an! –
Ulzen (CDU): So einen Senator haben wir! >

Präsident Lorenz: Das Wort zur Beantwortung hat Herr Senator Rasch.

Rasch, Senator für Schulwesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Klebba! Ich beantworte Ihre Anfrage wie folgt: Der Senat hat in den Leitlinien zu neuen Maßnahmen zur Ausländersituation in Berlin im Herbst 1979 beschlossen, bei der Betreuung ausländischer Schüler einen überbezirklichen Ausgleich vorzunehmen. Im Falle Ihrer Frage handelt es sich um Schüler im Grundschulalter. Einen überbezirklichen Ausgleich auch bei Grundschülern einzuleiten, ist pädagogisch bedenklich. Die Schüler sind, da neu zugezogen, noch kaum mit ihrer neuen Umgebung vertraut. Sie haben Schwierigkeiten, sich in der Stadt zu orientieren. Die Stadträtekommission „Ausländer" hat in der Sitzung am 26. November 1979 beschlossen,
(B) die Erfahrungen aus dem Sekundarbereich I bei dem überbezirklichen Ausgleich vor weiterreichenden Maßnahmen abzuwarten, das heißt ehe generell der Ausgleich auch für Grundschüler über die Bezirksgrenzen hinaus Anwendung findet.

Der Senator für Schulwesen hat am 13. Februar 1980, also gestern, gemeinsam mit den Volksbildungsstadträten erneut geprüft, ob die Maßnahme des überbezirklichen Ausgleichs schon für ausländische Schüler der Klasse 6 der Grundschule ermöglicht werden kann. Es wurde übereinstimmend beschlossen, versuchsweise eine Klasse türkischer Schüler der Altersstufe einer 6. Klasse einer in unmittelbarer U-Bahnnähe gelegenen Wilmersdorfer Grundschule zuzuweisen. Um das Risiko der persönlichen Sicherheit der ortsunkundigen Schüler so gering wie möglich zu halten, ist eine Transportbegleitung durch eine Lehrkraft für eine Übergangszeit vorgesehen.

Das Bezirksamt Kreuzberg hat auf seinen Antrag, Grundschüler der 5. und 6. Klasse in Schulen des Bezirks Wilmersdorf betreuen zu lassen, zunächst keinen ablehnenden Bescheid erhalten, sondern es ist lediglich gebeten worden, nur Schüler der Klassenstufe 6 für eine solche Maßnahme vorzusehen.

Präsident Lorenz: Zusatzfragen?

Das Wort hat der Abgeordnete Bock zu einer Mündlichen Anfrage über

Verweigerung der Kostenübernahme für die Entwöhnungsbehandlung bei Alkoholkranken

Bock (CDU): Ich frage den Senat:

1. Wie bewertet der Senat von Berlin die Weigerung der Renten- und Krankenversicherungen, die Kosten der Entwöhnungsbehandlung bei Alkoholkranken in der Nervenklinik Spandau zu übernehmen?
2. Wie stellt der Senat sicher, daß Alkoholkranke die erforderliche Entwöhnungsbehandlung in Berlin beginnen und beenden können?

Präsident Lorenz: Das Wort zur Beantwortung hat Herr Senator (C) Sund.

Sund, Senator für Arbeit und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Bock! Zu 1.: Die Ablehnung der bundes- und landesunmittelbaren Versicherungsträger, die Kosten der Entwöhnungsbehandlung bei Alkoholkranken in der Nervenklinik Spandau zu übernehmen, ist dem Senat zur Kenntnis gelangt. Zu einer Wertung dieses Vorgangs ist der Senat erst in der Lage, wenn sowohl die zu diesem Verhalten führende abschließende Einschätzung der Versicherungsträger als auch die des betreffenden Krankenhauses den beteiligten Senatsverwaltungen vorliegen. Dazu sind Gespräche geführt worden, zusätzliche Informationen wurden vereinbart.

Zu 2.: Der Senat wird auf die Beteiligten mit dem Ziel einwirken, daß sie sich über die Voraussetzungen für die Durchführung von Entwöhnungsbehandlungen in der Nervenklinik Spandau einigen.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Bock!

Bock (CDU): Herr Senator! Können Sie mir sagen, seit wann Ihnen bzw. dem Senat bekannt ist, daß es in dieser Frage eine Problematik geben müßte? – Soweit mir bekannt ist, bestehen die Schwierigkeiten mindestens seit Ende des Jahres 1978, spätestens seit November 1979.

Ist Ihnen bekannt, daß bereits Patienten der Nervenklinik Spandau ihre Therapie abgebrochen haben aus Angst davor, die Kosten dafür übernehmen zu müssen?

Präsident Lorenz: Herr Senator Sund!

Sund, Senator für Arbeit und Soziales: Herr Abgeordneter! Wenn ich Ihre Frage richtig verstehe, dann stellen Sie jetzt ab auf die Vereinbarungen, die geschlossen worden sind mit den zuständigen Versicherungsträgern bzw. Rehabilitationsträgern. Diese (D) Vereinbarungen sind bekannt. Hier geht es um die unterschiedliche Auslegung seitens der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und die davon abgeleitete Verhaltensweise der Landesversicherungsanstalt Berlin. Die unterschiedlichen Auffassungen, die daraus resultieren, sind gerade Gegenstand der derzeitigen Erörterung und Bewertung, die mir in der praktischen Anwendung erst aus jüngeren Presseveröffentlichungen bekannt geworden sind.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Bock!

Bock (CDU): Herr Senator Sund! Wie bewerten Sie eigentlich die Tatsache, daß von in der Einweisung erfahrenen Ärzten, die das teilweise seit Jahrzehnten machen, die Gutachten für Alkoholkranke so aussehen, daß eine Therapie dringend empfohlen wird, während die Gutachter der Renten- oder Krankenversicherungsträger neue Gutachten erstellen und darin die von den privaten Gutachtern geäußerte Meinung verneinen?

Präsident Lorenz: Herr Senator Sund!

Sund, Senator für Arbeit und Soziales: Herr Abgeordneter! Ich sehe mich zu einer Bewertung nicht in der Lage, solange mir die Voraussetzungen, die jetzt ermittelt werden, nicht bekannt sind.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Schicks!

Schicks (CDU): Herr Senator, Sie können mir doch bestätigen, daß Entwöhnungsbehandlungen bzw. entwöhnungsähnliche Behandlungen bei Alkoholkranken in anderen Krankenhäusern von den Krankenkassen übernommen werden und daß hier – bedauerlicherweise, so meine ich – eine Ungleichbehandlung von Bürgern dieser Stadt erfolgt?

Präsident Lorenz: Herr Senator Sund!

(A) **Sund,** Senator für Arbeit und Soziales: Ich kann Ihnen bestätigen, daß hier eine, wie Sie es formuliert haben, ungleiche Einschätzung in der Beurteilung und Bewertung der Behandlung in den verschiedenen Krankenhäusern vorliegt. Hier geht es gerade darum, die auf die Nervenklinik Spandau bezogenen Fragen zu klären, und ich bitte um Verständnis, wenn ich dargelegt habe, daß mir dazu bestimmte Kenntnisse noch fehlen, die für eine abschließende Bewertung erforderlich sind. Ich habe aber zugleich dargelegt, mit welchem Ziel der Senat versuchen wird, bei den zu führenden Gesprächen auf die Regelung dieses Problems einzuwirken.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Momper!

Momper (SPD): Herr Senator, gestatten Sie mir, daß ich die Frage des Kollegen Bock noch einmal präzisiere: Mit Schreiben vom 21. Dezember 1979 hat die Landesnervenklinik Ihr Haus informiert: Was ist daraufhin von seiten Ihres Hauses geschehen?

Präsident Lorenz: Herr Senator Sund!

Sund, Senator für Arbeit und Soziales: Mir ist diese Information, Herr Abgeordneter, so nicht bekannt geworden, und ich vermag jetzt nicht aus dem Stand darauf einzugehen.

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Bock!

Bock (CDU): Herr Senator, können Sie mir zusichern, daß Sie, durch die Fragestunde informiert, die Eilbedürftigkeit einsehen und unverzüglich handeln werden?

Präsident Lorenz: Herr Senator Sund!

(B) **Sund,** Senator für Arbeit und Soziales: Ich kann Ihnen das zusichern und glaubte auch, es schon deutlich gemacht zu haben, als ich von vereinbarten Terminen und Besprechungen berichtete.

Präsident Lorenz: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Fragestunde; die restlichen Fragen werden schriftlich beantwortet.

Ich darf mich ausdrücklich bei allen Senatsmitgliedern bedanken, die die Fragen kurz beantwortet haben; dadurch unter anderem sind wir diesmal bis Frage 16 gekommen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 2, Drucksache 8/312:

II. Lesung des Antrags der Fraktion der CDU über Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Schulverfassung für die Schulen des Landes Berlin (Schulverfassungsgesetz) gemäß Beschlußempfehlung des Ausschusses für Schulwesen vom 28. Januar 1980

Wird das Wort zur Berichterstattung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die II. Lesung und schlage vor, die Einzelberatung der zwei Artikel miteinander zu verbinden. Besteht dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahre ich so. Ich rufe auf die Artikel I und II, die Überschrift und die Einleitung im Wortlaut des Antrags Drucksache 8/214. Wird das Wort gewünscht? – Das Wort hat der Abgeordnete Ulzen.

Ulzen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedauere eigentlich, daß hier keine Berichterstattung über diesen Antrag der CDU-Fraktion gegeben worden ist, und möchte folgendes feststellen:

< Zurufe von der SPD: Liegt doch schriftlich vor!
Können Sie denn nicht lesen?
Einstimmiger Beschluß des Ausschusses! >

– Entschuldigen Sie bitte, einstimmiger Beschluß des Ausschusses war, daß hierüber gesprochen wird, das hätten Sie respektieren sollen. (C)

Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat diesen Antrag eingebracht, nachdem im Ausschuß allgemeine Zustimmung zu dem Anliegen, das hier vorgebracht worden ist, erteilt wurde. Wir sind der Meinung, daß die Fachbeiräte im Bereich der beruflichen Bildung das Recht haben, in entscheidenden Fragen mitzustimmen. Und wir bedauern es außerordentlich, daß durch die Änderung ds Schulverfassungsgesetzes dieses Mitspracherecht nicht mehr gewährleistet ist. Aus diesem Grunde haben wir im Ausschuß noch einmal eindringlich an die Koalitionsfraktionen appelliert, unserem Anliegen nachzukommen. Ich bedaure das auch deshalb besonders, weil die Koalitionsfraktionen in Gesprächen mit den Beteiligten, in Gesprächen mit den Fachbeiräten, signalisiert haben, daß sie das Anliegen der Beiräte akzeptieren und daß sie unsere Initiative unterstützen werden. Deswegen waren wir besonders überrascht, daß beide Fraktionen, SPD und F.D.P., nicht bereit waren, unserem Anliegen nachzukommen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir den Grundsatz der dualen Ausbildung akzeptieren – und das tun auch die SPD und die F.D.P. immer wieder mindestens verbal –, dann müssen wir dafür sorgen, daß die Stellung der Wirtschaft – und ich gehe davon aus, daß die beiden Lernorte Betrieb und Schule gleichberechtigt sind –, daß der Lernort Betrieb nicht schlechtergestellt werden darf als vor der Änderung des Schulverfassungsgesetzes.

Aus diesem Grunde appellieren wir hier noch einmal an die Koalitionsfraktionen, daß sie unserem Antrag zustimmen und eine Änderung des Schulverfassungsgesetzes in dem Sinne, wie ich ihn skizziert habe, akzeptieren. Wir sind der Meinung, die Beiräte haben ein ganz entscheidendes Wort mitzureden bei der Ausbildung unserer jungen Menschen, bei der Ausbildung im dualen System. Wenn wir dieses System ernstnehmen, dann sollten wir nicht die Beiräte dadurch schlechterstellen, daß wir ihnen im entscheidenden Moment das Stimmrecht entziehen, was übrigens vor der Novellierung des SVG nicht der Fall war.

Aus diesem Grunde bitten wir Sie, unserem Antrag zuzustimmen und die Beschlußempfehlung des Ausschusses abzulehnen. (D)

< Beifall bei der CDU >

Präsident Lorenz: Das Wort hat der Abgeordnete Schürmann.

Schürmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Ulzen, ich darf zu dem Formalen doch noch einmal richtigstellen: Es ist nicht korrekt, daß ein mündlicher Bericht gefordert wurde, ein schriftlicher Bericht ist gegeben worden. Dies war die Beschlußlage des Schulausschusses. Der Schulausschuß ist damit einer Empfehlung des Präsidenten und des Ältestenrats gefolgt, nach Möglichkeit schriftlich zu berichten, um die Debatten hier nicht zu verlängern.

< Beifall bei der SPD >

Herr Kollege Ulzen, darf ich in Erinnerung rufen, daß bei einem zweiten Punkt, bei der Frage ausländischer Kinder in den Berliner Schulen, beschlossen wurde, Bericht zu erstatten; möglicherweise bringen Sie diese beiden Punkte durcheinander.

< Ulzen (CDU): Mitnichten! >

Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokraten haben auch in Gesprächen, so wie es hier angesprochen worden ist, deutlich gemacht, daß sie die Frage der Änderung des Schulverfassungsgesetzes, Stimmrecht für Fachbeiräte, sehr ernst nehmen und diese Angelegenheit gründlich überprüfen wollen. Die gründliche Überprüfung hat uns allerdings dazu geführt, daß die Argumente, die dagegen sprechen, Ihrem Antrag zu folgen, schwergewichtiger sind. Ich wiederhole noch einmal: Die Aufgabe der Fachbeiräte an Berufsschulen, Berufsfachschulen und auch an den Oberstufenzentren ist es, in berufsbezogenen Fragen der Ausbildung dieser Schüler im Sekundarbereich II beratend wirksam zu werden. Diese Beratungsfunktion in den Fachbeiräten wird von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer wahrgenommen. In diesen Fachbeiräten ist auch jeweils die Schulleitung der betroffenen Schulen vertreten. Damit wird deutlich, daß die Fachbeiräte an

Schürmann

(A) den Schulen nicht im luftleeren Raum agieren, sondern aufs engste angekoppelt sind an die Schulleitungen aller betroffenen Schulen.

Mit der Einrichtung der Oberstufenzentren müssen wir feststellen, daß diese Schulen der Berufsausbildung nicht allein dienen, sondern auch zu allgemeinbildenden Schulabschlüssen führen. Die Schulkonferenz daher, die über gewisse Fragen des schulischen Rahmens insgesamt zu beschließen hat, wird aufgrund der Novellierung des Schulverfassungsgesetzes vom Ende der letzten Legislaturperiode an diesen Schulen gleichberechtigt aus Lehrern einschließlich dem Schulleiter und Schülern zusammengesetzt. Es findet also paritätische Mitbestimmung statt in diesen Gremien zwischen den beiden vor Ort Beteiligten, Schülern und Lehrern.

Die schwere und zu prüfende Frage war: Kann den Fachbeiräten in diesem Gremium eine zusätzliche Stimme eingeräumt werden? – Dabei ergeben sich zwei Probleme. Die eine für uns schwerwiegende Frage ist: An welcher Stelle soll die Parität verändert werden? – Wird dies zu Lasten der von den Pädagogen auszuübenden Stimmen sein oder zu Lasten der Schülerstimmen? Wie also wird diese Veränderung des Stimmengewichts in der Schulkonferenz eingeschätzt?

Der zweite zu entscheidende Punkt war: Läßt sich klar abgrenzen, welche Fragen berufsbezogen sind und welche den allgemeinen schulischen Rahmen betreffen? – Hier kommen wir sehr leicht in eine Gemengelage, in die Gefahr, entweder sehr umständliche Ausführungsvorschriften zu haben, um dieses im Vorfeld festzulegen, oder aber die Tatsache, daß von Schule zu Schule in dieser Frage, wann man Fachbeiräten in der Schulkonferenz Stimmrecht geben kann und wann nicht, es zu Differenzen zwischen den einzelnen Oberstufenzentren kommen könnte. Wir gehen davon aus, daß die bestehenden Regeln des Schulverfassungsgesetzes den Fachbeiräten nicht die Möglichkeit geben, gemeinsam in diesem Gremium als Arbeitgeber und Arbeitnehmer Fragen der Schule zu diskutieren, sondern auch in der Form der Vertretung in der Schulkonferenz ohne Stimmrecht

(B) ihre Anliegen dort vorzutragen. Es besteht dort für die Fachbeiräte volles Antragsrecht und uneingeschränktes Rederecht. Wenn die Anliegen der Wirtschaft, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, schwergewichtig sind und ihre Argumente durchschlagen, wird dies auch die Schulkonferenz in ihrer Willensbildung berücksichtigen.

< Ulzen (CDU): Und deswegen wollen Sie kein Stimmrecht! >

Daher können wir dem Antrag der CDU unsere Zustimmung nicht geben; wir plädieren dafür, das Schulverfassungsgesetz in der geltenden Fassung beizubehalten. –

< Ulzen (CDU): Sehr bedauerlich! >

Vielen Dank!

< Beifall bei der SPD und der F.D.P. >

Präsident Lorenz: Das Wort hat der Abgeordnete Kayser.

Kayser (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben den Vorschlag der CDU im Schulausschuß sehr eingehend erörtert. Es ist dort, wie der Kollege Schürmann schon dargestellt hat, nicht sichtbar geworden, daß die Reform des Schulverfassungsgesetzes in der letzten Wahlperiode zu Unzuträglichkeiten geführt habe. Die CDU meinte, daß Fachbeiräte sich in ihrer Arbeit künftig gehemmt fühlten. Dem Ausschuß konnte nicht dargestellt werden, daß sich Fachbeiräte konkret beschwert hätten. Deshalb hat kein Anlaß bestanden – auch nicht für die F.D.P.-Fraktion –, den CDU-Antrag zu unterstützen oder ihn auch nur teilweise aufzugreifen, zumal wir alle vor einigen Monaten mit großer Mehrheit die Änderung des Schulverfassungsgesetzes gerade in diesem Punkt verabschiedet haben mit dem Ziel, die Organisation und die Struktur der schulischen Gremien nach ganz bestimmten Paritäten festzulegen. Diese Paritäten würden für die zunehmend verwirklichten Oberstufenzentren bei Realisierung des CDU-Vorschlages nicht mehr vorhanden sein. Wir haben uns deshalb nicht davon überzeugen können, daß auf diesem Sektor etwas Zukunftsträchtiges passiert. Die F.D.P.-Fraktion wird den (C) CDU-Antrag ablehnen und damit der Ausschußempfehlung zustimmen. – Vielen Dank!

< Beifall bei der F.D.P. und der SPD >

Präsident Lorenz: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Einzelberatung und verbinde die Einzelabstimmungen mit der Schlußabstimmung.

Wie Sie wissen, empfiehlt der Ausschuß für Schulwesen, den Gesetzesantrag abzulehnen. Wir stimmen daher jetzt über den Antrag ab. Wer der Änderung des Schulverfassungsgesetzes im Wortlaut des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 8/214, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Wer ist dagegen? – Danke schön! Das letzte ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 3, Drucksache 8/315:

Große Anfrage der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion der SPD über Erziehungs- und Bildungsziele der Berliner Schule

1. Wie beurteilt der Senat die augenblickliche Diskussion über Erziehungs- und Bildungsziele der Berliner Schule?
2. Welche Erziehungs- und Bildungsziele gelten für die Berliner Schule und in welchem Umfang sind sie verbindlich festgelegt?
3. Werden die Lehrerbildung und die pädagogische Praxis in Berlin dem Erziehungsauftrag der Schule gerecht, was ist gegebenenfalls verbesserungsbedürftig?
4. Teilt der Senat die Auffassung, daß in den letzten Jahren in Berlin der Erziehungsauftrag der Schule wegen zu zahlreicher Struktur- und Organisationsreformen und einer Überbetonung der Wissensvermittlung vernachlässigt worden ist? (D)
5. Sind nach Ansicht des Senats Maßnahmen notwendig, um die Erziehungs- und Bildungsziele der Berliner Schule zu verdeutlichen, gegebenenfalls welche?

und

lfd. Nr. 4, Drucksache 8/316:

Große Anfrage der Fraktion der CDU über Bildungs- und Erziehungsziele

1. Worauf führt der Senat die Tatsache zurück, daß in der Öffentlichkeit zunehmend über Erziehungsdefizite diskutiert wird?
2. Teilt der Senat unsere Auffassung, daß die in der Öffentlichkeit diskutierten 30 Thesen des Landesschulrats zur Erziehung und Bildung ein nützlicher Beitrag zur Erläuterung der im Schulgesetz festgelegten Aufgaben der Berliner Schule sind?
3. Wie ist sichergestellt, daß im Unterricht die Grundwerte des Grundgesetzes und ihnen zuzuordnende Tugenden vermittelt werden und damit der Auftrag der Berliner Schule erfüllt wird?

Der Ältestenrat empfiehlt, die beiden Großen Anfragen in der Besprechung miteinander zu verbinden und die Redezeit je Fraktion auf 45 Minuten festzulegen, und zwar ohne zeitliche Begrenzung für den einzelnen Redner. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall; dann wird so verfahren.

Präsident Lorenz

(A) Wird das Wort zur Begründung der Großen Anfrage der Fraktionen der F.D.P. und der SPD verlangt? – Das Wort hat der Abgeordnete Kayser.

Kayser (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In unserer Stadt und darüber hinaus findet zur Zeit eine lebhafte Diskussion über Erziehung und Bildung und über die Aufgaben der staatlichen Schule in diesen beiden Bereichen statt.

< Ulzen (CDU): Das steht doch schon in der Anfrage drin! >

Seit Menschengedenken gehört es zu den beliebtesten Themen jedes Gesprächskreises, sich über Erziehung oder vermeintlich falsche Erziehung anderer Menschen zu unterhalten. Kinder von Familienangehörigen, Nachbarskinder, gesamte Schülerschaften benachbarter Schulen waren und sind stets der ungeteilten und kritischen Aufmerksamkeit, leider auch allzu häufig ablehnenden Interesses der Umwelt sicher. Diese zwischenmenschliche Ebene des Interesses an Erziehung ist nun durch die Diskussion in der Öffentlichkeit ergänzt worden.

Die öffentliche Diskussion hat sich besonders auf den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule, hier in Berlin also auf den der Berliner Schule erstreckt. So viele Menschen es gibt, so viele Meinungen gibt es daher auch über Inhalt, Umfang und Ziele organisierter Erziehung und Bildung. Beide Begriffe lassen sich nicht trennen, weil das pädagogische Vorgehen jedes Lehrers auf einer sinnvollen, das heißt situationsbezogenen, altersgemäßen, den Schüler als heranwachsende Persönlichkeit achtenden und seine Sozialisation berücksichtigenden Einstellung beruht.

< Unruhe – Glocke des Präsidenten >

Wie es öffentliche Erörterungen so an sich haben, werden sie oft durch Einzelpunkte ausgelöst und weiten sich zum allgemeinen Thema aus, ohne daß nun alle Beteiligten eine umfassende Sachkunde zur Verfügung haben. Beim Thema „Erziehung" sieht das, wie ich eben angedeutet habe, anders aus. Jeder fühlt sich kompetent aufgrund seiner Lebenserfahrung, mag die nun umfassend
(B) sein oder rudimentär, gut oder schlecht – jeder fühlt sich in der Lage, hierzu möglichst umfassend und breit sein Wort zu erheben.

Um nun gerade Einseitigkeiten und Voreingenommenheiten entgegenzuwirken und um eine breitestmögliche Chancengleichheit sicherzustellen, wird das öffentliche Schulwesen nach allgemein anerkannten Bildungs- und Erziehungszielen organisiert. Diese Ziele sind im Allgemeinen und im Speziellen sowohl altersbezogen als auch unterrichtsfachbezogen nach Meinung der anfragenden Fraktionen in den Rahmenplänen für die Berliner Schule dargestellt. Die anfragenden Fraktionen begrüßen das gestiegene öffentliche Interesse an allen schulischen Fragen, ist dies doch ein Beweis für die zunehmende Überwindung obrigkeitsstaatlicher Haltung in unserer Bevölkerung zugunsten engagierter, kritischer und demokratischer Verhaltensweisen.

Leider sind jedoch wesentliche Einseitigkeiten in der Diskussion zu beobachten, die dahin weisen, als ob Sauberkeit, Pünktlichkeit und Ordnungssinn neben allen anderen Inhalten von Unterricht und Erziehung gleichwertig, um nicht zu sagen gleichgewichtig seien. Für sozial-liberale Bildungspolitik und auch Erziehungspolitik steht in unserer pluralistischen Gesellschaft das Hinlenken unserer Jugend zu engagierten, gutausgebildeten, freiheitsliebenden, toleranten und sich sozial verantwortlich fühlenden Staatsbürgern an vorderster Stelle. Dies schließt die Beachtung von Ordnungssinn, Pünktlichkeit und Sauberkeit nicht aus, aber natürlich nur in dem Sinne, daß diese als sogenannte Sekundär- oder Hilfstugenden eine dienende Funktion bei der Erlernung und Anwendung der anderen Kenntnisse und Tugenden haben. Wir wollen weder den angepaßten, funktionierenden, sein Wissen unkritisch anwendenden Untertanen noch wollen wir den halbgebildeten, arroganten, bevormundenden Ellenbogenmenschen, denn sozial-liberale Bildungspolitik basiert auf den individuellen und demokratischen Menschenrechten, den humanistischen Prinzipien und dem Toleranzgebot. Für uns ist unsere Jugend ein Teil und gleichzeitig ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

< Unruhe – Glocke des Präsidenten >

Manche Erscheinungen in unserer Schule mögen kritikwürdig sein, gelegentlich auch das Verhalten einzelner Pädagogen oder Pädagogengruppen. Dennoch besteht nach unserer Meinung kein (C)
Anlaß zu Kulturpessimismus oder zu einem wehmütigen Blick zurück in sogenannte „gute alte Zeiten", wie das allerdings des öfteren in Form von Leserzuschriften gerade in den letzten Wochen zu beobachten war. Durch viele öffentliche Stellungnahmen schillert durch, daß die Berliner Schule eines Bades bedürfe, einer rückwärts gewandten Reinigungsprozedur. Wir sehen dies nicht so. F.D.P. und SPD nehmen natürlich die öffentliche Diskussion über Sinn und Aufgabe der staatlichen Schule ernst und sind, wie Sie alle wissen, daran in vorderster Linie beteiligt. Artikel in der „Berliner Liberalen Zeitung", in der „Berliner Stimme", öffentliche Veranstaltungen von F.D.P. und SPD sind ein beredtes Zeichen dafür.

Es ist – ich sage das als persönlichen Aspekt – bedauerlich, daß die öffentliche Diskussion doch in mancher Hinsicht mit beeinflußt worden ist von einer unausgewogenen Zusammenfassung des Berliner Rahmenplans in Form von zweieinhalb Dutzend Thesen. Diese Unsicherheiten haben dazu geführt, daß die Diskussion nicht mehr sachbezogen, sondern aufgeregt und sehr emotional geführt wird.

Die antragstellenden Fraktionen sind der Meinung, daß es erforderlich ist, daß das Vertrauen in die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Berliner Schule auch bei der Beachtung der Bildungs- und Erziehungsziele im Parlament öffentlich dargestellt wird. Aus diesem Grunde ist die Große Anfrage an den Senat gerichtet worden. Sie hat ihre Struktur darin, daß der Senat um die Stellungnahme gebeten wird, wie er den augenblicklichen Diskussionsstand beurteilt, welche Erziehungs- und Bildungsziele in welcher Form verbindlich für die Berliner Lehrerschaft geregelt sind, inwieweit die Lehrerschaft – genauso auch wie die Institutionen der Lehrerbildung – für diesen Erziehungsauftrag engagiert sind, und ob der Senat der Meinung ist, daß – wie öffentlich des öfteren zu hören war – Reformen mit angeblichen curricularen und didaktischen Einseitigkeiten Anlaß dafür sind, daß die öffentliche Diskussion sich zu diesem Zeitpunkt so verstärkt hat, und – wenn der Senat dieser Meinung ist – welche Maßnahmen er
für notwendig hält, um den Erziehungs- und Bildungsauftrag zu (D)
verdeutlichen und mit welchen Maßnahmen er das bewerkstelligen will.

Ein abschließendes Wort möchte ich hier noch anfügen: Es ist bemerkenswert, daß es auch zur heutigen parlamentarischen Beratung dieses bewegenden und wichtigen Themas erneut sozialliberale Bildungspolitiker waren, die sich um dieses Thema in erster Linie kümmern. Nicht nur Diskussionen im Rahmen des SFB haben deutlich gemacht, daß die CDU sich hier in einem Rückstand befindet, sondern auch die parlamentarische Beratung zeigt, daß es der Opposition nicht gelungen ist, dieses durchaus wichtige Thema maßgeblich in die parlamentarische Diskussion einzuführen, sondern auf eine

< Frau Dr. Besser (CDU): Wir sind noch nicht fertig, wir fangen erst an! >

umfängliche Stellungnahme der Koalitionsfraktionen reagierend, mit einer Kleinen Anfrage nachhakt. Es mag sein, daß man Kleine Anfragen als Große Anfragen ausgibt und sie dann auch vielleicht des breiteren begründet, vielleicht sogar mit kulturpessimistischen Aspekten, aber das mag dann der öffentlichen Bewertung überlassen bleiben, inwieweit die Fragen, die im Parlament gestellt werden, vom Senat sachgerecht beantwortet werden.

Die Koalitionsfraktionen sind der Ansicht, daß es erforderlich ist, daß zu dieser öffentlichen Diskussion die Position des Berliner Senats klar dargestellt wird, auch im Hinblick darauf, welche Konsequenzen er im allgemeinen und im einzelnen auch in personeller Hinsicht in der Bewertung von öffentlichen Stellungnahmen einzelner zu ziehen gedenkt. Wir hoffen, durch diese Anfrage ein Teil dazu beizutragen, daß die öffentliche Diskussion versachlicht und nicht von Einseitigkeiten geprägt wird. Vielen Dank!

< Beifall bei der F.D.P. >

Präsident Lorenz: Wird das Wort zur Begründung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU gewünscht? Das Wort hat der Abgeordnete Lummer.

(A) **Lummer** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es kann, wie mir scheint, kein Zweifel daran bestehen, daß diese Diskussion aktuell und daß sie notwendig ist. Es wäre sicherlich nicht angemessen, wenn dieses Parlament die Diskussion um Werte im Bereich von Erziehung und Bildung einfach dem vorparlamentarischen Raum überließe und selbst dazu nicht Position bezieht. Daß diese Diskussion im vorparlamentarischen Raum in Gang gekommen ist, darüber haben wir vielerlei gelesen, und ich glaube, es gibt niemanden in diesem Land, dem das entgangen ist. Es handelt sich gewissermaßen um eine Basisdiskussion, die ganz zweifellos auch ihre Ursachen hat. In jedem Falle ist es wohl so, daß jene Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts immer noch gilt, die da besagt, daß die Festlegung der Bildungs- und Erziehungsziele von den Parlamenten, vom Gesetzgeber selbst, vorzunehmen sei, und nicht von der Verwaltung. Insofern kann es hier und heute nicht darum gehen, daß der Senat seine Position festlegt oder bezieht, sondern, daß er das wiedergibt, was der Gesetzgeber für richtig hält. Wenn es hier Interpretationsprobleme geben sollte, dann wäre das ein Thema für die weitere Diskussion im Parlament.

Der zweite Grund ist wohl der, daß es kaum ein wichtigeres Thema im innenpolitischen Bereich gibt, als die Frage nach den Grundwerten, weil letztendlich doch die Chancen für ein ebenso gedeihliches wie geordnetes Zusammenleben davon abhängen, ob in diesen Fragen primär Konflikt oder primär Konsens herrscht.

Damit möchte ich auch andeuten, daß von uns aus gesehen jedenfalls das Ziel sein muß – es kann gar nicht anders lauten –, den Versuch zu unternehmen, einen möglichst breiten Konsens in solchen Fragen zu erzielen, weil Streit hier zwar unvermeidbar notwendig ist, aber wenn es bei diesem Streit nicht mehr zu einem Konsens kommt, dann stellen sich wesentliche Grundfragen für unsere parlamentarische Demokratie.

Das Thema ist also, wie die beiden Großen Anfragen deutlich machen, Bildung und Erziehung. Bei der Anfrage der Koalition taucht da noch der Begriff Schule auf. Auch wir haben das erwogen, aber wir sind der Meinung – und auch das sei eingangs
(B) sehr deutlich gesagt –, wenn es um eine Frage der Krise der Werte geht oder der Wertevermittlung, dann ist das nicht primär eine Frage der Jugend, daß da etwas kaputt sei, sondern in erster Linie eine Frage an die Erwachsenen.

< Beifall bei der CDU >

Da ist Krise, und da herrschen die Probleme. Dies wird, glaube ich, ganz schnell deutlich, wenn man einmal versucht, ein paar von den Ursachen aufzuzeigen, die für diese Diskussion verantwortlich sind. Sicherlich ist dabei zu nennen die Tatsache, daß die Generationen, die nach dem 2. Weltkrieg Deutschland aufgebaut haben, Generationen waren, die in zwei Weltkriegen einen ungeheuren Konsumverzicht geleistet haben. Sie haben in dieser Nachkriegszeit ihre erste Aufgabe in dem wirtschaftlichen Aufbau, vielleicht sogar bis hin zum wirtschaftlichen Sichausleben gesehen. Das war nicht unverständlich, sondern dafür muß man Verständnis haben. Aber, in diesem Zeitabschnitt unserer Geschichte ist, wenn ich es so salopp sagen darf, der Geist zu kurz gekommen.

Ein zweiter Grund ist sicherlich darin zu erkennen, daß wir 1919, 1933 und 1945 so etwas wie Traditionseinbrüche erlebt haben. Traditionseinbrüche, die gleichzeitig bedeutet haben, daß bestimmte Werte, die in unserer Gesellschaft gesichert und fest zu sein schienen, fragwürdig wurden, aus gutem Grund fragwürdig wurden, und eine stabilisierende Leistung für die Gesellschaft nicht mehr bieten konnten. Dazu gehört zum Beispiel auch der Begriff der Nation; aber das war nicht das einzige.

Es gehört sicherlich als Ursache für diese Situation auch die Erkenntnis dazu, daß sich aus der modernen Massen- und Industriegesellschaft eine Reihe von Problemen ergeben, Arbeitsteilung, Entfremdungsproblematik, bürokratische Verkrampfung und vieles andere mehr, was zu Belastungen geführt hat bei der Selbstdarstellung des Staates und auf die Frage der Autorität des Staates genauso wie auf die Wertevermittlung.

Gewiß kommt als entscheidendes Argument hinzu – wenn es nicht gerade das Argument schlechthin ist –, daß wir heute in einer Demokratie leben, die davon ausgeht, daß die politische Frage nach der endgültigen Wahrheit nicht beantwortet werden (C) kann. Keine Partei kann das, alle ihre Aussagen sind relativ, es gibt einen Wertrelativismus. Dieser Wertrelativismus hat verständlicherweise eine Reihe von Konsequenzen, denn er bedeutet Unsicherheit gegenüber Werten, bedeutet natürlich auch eine Unsicherheit für die Parteien, die manchmal nicht recht wissen, was sie den Leuten sagen sollen, was gesicherte Existenz ist. Müssen wir uns für dieses oder jenes entscheiden, oder kann die Wissenschaft etwas dabei helfen? Die Wissenschaft hat bisher nicht viel dazu geleistet, und die ist hier wohl auch an eine Grenze ihrer Fähigkeiten gestoßen. Jedenfalls ist das Bekenntnis zur Konkurrenz, zum Konflikt ganz naturgemäß ein Ausdruck einer Demokratie, die vom Wertrelativismus ausgeht. Das ist gar keine Frage.

Dennoch bleibt die Frage: Ist das alles oder müssen wir, um das Überleben zu sichern, überhaupt ein Mindestmaß an Konsens haben? Diese Fragen müssen im Rahmen einer solchen Diskussion ganz gewiß gestellt werden, vor allen Dingen die Frage: Welche Werte können im Konsens sein? Oder vielleicht die Vorfrage: Sind Werte überhaupt notwendig, oder kann es sich der Staat leisten, auf ein Bekenntnis zu Werten und auf die Vermittlung solcher Werte zu verzichten?

Ich glaube, wenn man Bildung so versteht, wie es Karl Jaspers getan hat, als „Daseinserhellung zum Zweck der Daseinsmeisterung", dann lautet die Antwort ganz eindeutig – schon, wenn man nur diese Frage stellt –: Die Vermittlung von Werten, die Anerkennung von Werten von seiten des Staates ist unverzichtbar! Die Werte sind also notwendig, meine ich, weil sich einmal sonst die Frage stellen würde der Funktionsfähigkeit, der Regierungsfähigkeit eines Systems. Ohne einen Minimalkonsens ist ein Staat schlechterdings nicht funktionsfähig.

Ich darf an dieser Stelle – weil ich glaube, daß hierin noch Einigkeit herrscht, das ist jedenfalls zu hoffen – den Bundeskanzler zitieren aus einer Grundsatzrede in der Akademie Tutzing, wo er gesagt hat:

> Eine Gesellschaft, in welcher der Konsens über elementare Grundwerte verloren gegangen ist, treibt auf Anarchie zu, es (D) sei denn, sie träte die Konsensbildung an einen total reglementierenden Staat, an einen Obrigkeitsstaat, an eine Diktatur ab.

Wenn also die Regierungsunfähigkeit mangels Konsens in Grundwerten gegeben ist, dann ist Chaos die Alternative oder die Diktatur. Das ist, glaube ich, die richtige Formulierung in diesem Beitrag. Und auch in anderen Schriften, die sich mit diesem Thema und mit der Formulierung von Bildungszielen beschäftigen, kann man Entsprechendes nachlesen.

Ich möchte noch einen Beitrag hier zitieren von Ludwig Kerstiens, der sagt:

> Soweit ich sehe, genügt es, von der einfachen Existenzsicherung des Menschen auszugehen. Mindestens unter den Bedingungen unserer Großgesellschaften mit hoher Bevölkerungsdichte kann kein Mensch für sich überleben und seinen Teil zur Sicherung der Gesamtgesellschaft beitragen, wenn er nicht ein Mindestmaß von Disziplin, Ordnung und Leistungswillen zeigt.

Er führt das dann weiter aus.

> Ohne Werte – so ist das Ergebnis – ist die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft, eines Staates schlechterdings in Frage gestellt.

Man muß es nicht nur von diesem extremen Gesichtspunkt aus sehen, sondern man könnte auch die Argumentation in der verringerten Dichte vollziehen, wenn man darauf verweist, daß eine Zerstörung von Werten ganz zwangsläufig zu einer Verstärkung der Kriminalität führt und daß dies natürlich Rückwirkungen auf die Funktionsfähigkeit allein schon unter finanziellen Gesichtspunkten für einen Staat hat.

Der zweite Gesichtspunkt, der hier zu nennen ist, scheint mir mindestens genau so wichtig, nämlich der Gesichtspunkt, daß auch die Selbstverwirklichung des einzelnen in Frage gestellt ist, wenn es keine Werte und keine Wertevermittlung gibt oder wenn dies nur Indoktrination bedeutet.

Lummer

(A) Wir haben hier eine Diskussion gehabt im Bereich der Bildung und Erziehung, in der der Begriff der Emanzipation eine entscheidende Rolle gespielt hat. Man hat manchmal den Eindruck, wenn man die Schriften dieser Theoretiker liest, daß sie sich so etwas gewünscht haben oder wünschen wie die Gnade der Stunde Null – für den Bereich der Erziehung. Losgelöst von aller Fremdbestimmung, von allen historischen Fesseln, wollten sie am liebsten Erziehung machen. Nun, daß dies in der Praxis nicht funktioniert, ist klar, aber ich meine, dies ist auch nicht wünschenswert, deshalb, weil ja doch für junge Menschen Fremdbestimmung durch Eltern zweifellos vorhanden ist; das bedeutet eine Schutzfunktion, die unverzichtbar ist. Es wäre ihr Weg in das Leben und in die Mündigkeit erschwert, wenn es ein solches Stück Fremdbestimmung nicht gäbe. Und auch der Weg ganzer Generationen in den Fortschritt oder in mehr Mündigkeit und mehr Selbständigkeit würde doch erschwert, wenn jeder traditionelle Bezug aufgegeben würde. So dürfte man fragen: Sollen denn alle ihre eigenen schlechten Erfahrungen machen? Soll denn jeder Jugendliche selber lernen, wohin der übertriebene Genuß von Drogen führt? Wir müssen doch die Werte, die man im Laufe einer Geschichte gewonnen hat, soweit sie positiv sind, bewußt weitervermitteln.

Ich möchte an dieser Stelle einen wirklich ganz unverdächtigen Zeugen für diese Behauptung zitieren, einen Mann, der sicher persönlich einen teilweise faszinierenden Lebensweg gehabt hat, aber dabei auch eine Veränderung seiner Positionen vollzogen hat. Es ist Gerhard Szczesny, der sicherlich wegen seiner früheren Schriften unverdächtig ist, der aber später gesagt hat:

> Die Freiheit als Wegfall jeder Art von Fremdbestimmung findet einen Menschen vor, dem nun der unerläßliche Maßstab für die Selbstbestimmung fehlt. Er steht orientierungslos den auf ihn von innen und außen eindringenden Wünschen und Reizen gegenüber.

Und gewiß ist das nicht wünschenswert. Auch Felix von Cube kommt zu dem Ergebnis, daß die Vermittlung von Werten an nachfolgende Generationen ein existentielles Anliegen unserer Gesell-
(B) schaft ist.

Ich betone das deshalb so ausdrücklich, weil, wie Sie wissen, ja gerade die Frage des Geschichtsunterrichts und die Tradition im Unterricht im Laufe der letzten zehn Jahre so sehr in der Kritik gewesen ist.

Ich sehe, wenn es um die Frage der Wertvermittlung, der Wertorientierung geht, im wesentlichen zwei Gefahren, die ich hier beschreiben möchte, weil nur dann die Möglichkeit besteht, die richtigen Antworten zu geben.

Die eine Gefährdung, die heute offenbar vorhanden ist, ist, daß in der Schule eine bloße Vermittlung von Wissen betrieben wird, die Überladung mit Stoff, vielleicht sogar die Akademisierung der Schulen, die ein bestimmtes Maß an Wertneutralität einschließt. Schon aus zeitlichen Gründen ist die Möglichkeit der Wertvermittlung nicht gegeben.

Ich will an dieser Stelle auch gar nicht verheimlichen, daß eine solche Grundsatzposition für die Schule bei manchen Konservativen eine gewisse Neigung hatte. Dies war sicherlich solange richtig oder hätte richtig sein können, als der gesellschaftliche Raum für die Wertevermittlung funktionierte und der Konsens vorhanden war.

< Hauff (SPD): Im Sinne der Konservativen! >

– Im Sinne der jeweiligen Gesellschaft, Herr Kollege! – Das ist eine ganz andere Frage, in welchem Sinne nun. Entscheidend ist hier zunächst erst einmal die Frage, ob Gesellschaft überhaupt im Konsens in der Lage ist, Werte zu leisten und Werte zu vermitteln. Und die nächste Frage ist dann, unter welchen Gesichtspunkten, in welche Richtung und mit welchen Mitteln man sie zu verändern beabsichtigt. Auf diese Frage werde ich aber noch kommen.

Das zweite, das hier für mich an Gefährdung besteht, ist das, was ich eine parteilich-emanzipatorische Erziehung bezeichnen möchte, die verbreitet ist, weiter verbreitet, als man gelegentlich annimmt, und sicherlich losgelöst ist von den jeweiligen Rechtsetzungen des Staates. Hier will man offenbar mit Hilfe von Erziehung in erster Linie gesellschaftspolitische Veränderungen erreichen, die, zum Teil zumindest, den Charakter von Indoktrination haben. Damit hier keine Mißverständnisse auftauchen, meine Damen und Herren: Ich rede hier nicht gegen die SPD, weil ich der Überzeugung bin, daß dies auch den größten Teil der SPD überhaupt nicht betrifft. Aber Sie alle wissen, daß es im Bereich der Lehrerschaft Persönlichkeiten gibt, die weit außerhalb der SPD, die weit links stehen. Und dieses Thema spielt nicht nur bei der Diskussion um die hessischen Rahmenrichtlinien eine Rolle, sondern überall, wenn man die Entwicklungen an den Pädagogischen Hochschulen in Deutschland betrachtet. Es ist immer noch eindeutig, daß es hier Kräfte gibt, die die affirmativen Elemente in der Wertevermittlung ablehnen; bei ihnen dominieren ganz eindeutig die Konflikttheorien; die Fremdbestimmung durch Eltern wird bei ihnen diskreditiert, Autorität wird abgelehnt, Leistung minimalisiert, es interessiert nicht die Mündigkeit des einzelnen, sondern es interessiert die Jugend als Konfliktpotential für morgen. Dieses ist einseitige Parteilichkeit – oder, wenn Sie so wollen, parteiliche Einseitigkeit. Und hier liegt das eigentliche Problem. Ich muß es kurz beschreiben mit Äußerungen derer, die selbst dazugehören: In einem Beitrag in einem Mitteilungsblatt evangelischer Erzieher wird Emanzipation als ein Erziehungsziel wie folgt begründet und beschrieben: (C)

> Wesensmerkmale
>
> – so heißt es da –
>
> freiheitlicher Demokratien sind Veränderungen statt Stillstand, Kritik und Konflikt statt Harmonie und Synthese, Infragestellung von Herrschaft statt Kritikverbot.

Es wird nicht etwa gesagt, es soll auch Entwicklung geben, es soll auch Konflikt geben, sondern Harmonie wird abgelehnt um des Konfliktes willen. Das ist die einseitige Betonung dieser bestimmten Werte, die in der Tendenz gefährlich sind für jeden Staat und für jede Gesellschaft, insbesondere aber auch für die Demokratie.

Und in einem Bericht aus dem Bereich der Frankfurter Schule im Rahmen einer Auseinandersetzung über die kritische Theorie heißt es zu diesem Thema: (D)

> Erst in der solidarischen politischen Aktion selbstbewußter Objekte, die den ideologischen Schleier des bestehenden Manipulations- und Repressionssystems durchbrochen haben, kann sich Umwälzung der autoritären Leistungsgesellschaft realisieren.

– Und hier ist die Bundesrepublik gemeint. –

> Emanzipatorische Erziehung

– so heißt es weiter –

> geht dann in allgemeine politische Praxis über, ist nicht mehr subversives Bildungsprinzip, sondern Erziehung zu Sozialismus als Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, als Konkretisierung einer kritischen Gesellschaftstheorie.

Und das, Herr Kollege Hauff, ist genauso abzulehnen, wie wenn Sie sagen, daß da bestimmte Wertvorstellungen von gestern, von vorgestern oder sonstwann, bestimmte festgefügte Glaubens- oder ideologische Richtungen zum alleinigen Ziel erhoben werden. Das Problem ist bei uns vorhanden, und wir haben uns damit auseinanderzusetzen in der Erkenntnis, daß wir es in diesem Bereich, wie mir scheint, mit dialektischen Strukturen zu tun haben, was die Entscheidung vielleicht schwerer, aber auch zugleich leichter macht. Es gibt keine Freiheit ohne Bindung und keine Freiheit ohne ein bestimmtes Maß an Ordnung. Es geht darum, bei der Entwicklung das Sinnvolle zu erhalten und das Verbesserungsbedürftige zu verändern. Und sicher gehört in diesen Bereich auch die Erkenntnis, daß es Erziehung zum Mut geben muß. Das ist gar keine Frage. Aber nur mit Konflikten kann kein Mensch leben, er braucht irgendwo Konsens und Ruhe, er braucht auch irgendwo eine Basis, von der aus er Kritik zu üben vermag. Sie kann nicht irgendwo im luftleeren Raum stehen.

< Beifall bei der CDU >

Und meine Damen und Herren, Kinder sind ja doch nicht mündig; sie müssen zur Mündigkeit – ich sage jetzt bewußt – geführt werden. Daraus ergibt sich die Pflicht der Erzieher und

(A) des Staates, sie weder in Isolation allein zu lassen noch in den Dienst von Ideologien zu stellen, die nicht im Konsens sind. Man muß hier den Weg finden zwischen zwei Fehlhaltungen, der gestaltungsunwilligen Resignation und dem Utopismus ohne Augenmaß für das Mögliche, wobei alles auf übermorgen oder einen Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird.

Nun aber konkret die Fragen: Wo ist Konsens vorhanden? Gibt es etwas, worauf wir uns zu einigen vermögen? Gelegentlich habe ich gelesen, namentlich bei solchen, die sich liberal nennen – aber es sind nicht die Liberalen schlechthin –, es genüge eigentlich ein Minimalkonsens im Sinne eines Einverständnisses über Spielregeln in einer Demokratie. Das würde natürlich bedeuten können, daß in der Schule oder anderswo die Vermittlung von Werten verzichtbar sei. Allenfalls bliebe dann noch eine Wissensvermittlung über Werte, wie es sie da und dort gegeben habe oder sie verstanden worden sind. Ich meine, daß in der Praxis eine solche Beschränkung des Wertkonsenses auf die bloße Beachtung von Spielregeln widerlegt worden ist. Und ich glaube, daß jener Journalist, der jüngst in einer namhaften deutschen Zeitung gerade zu diesem Thema sich äußerte, recht hatte, wenn er sagt:

> Wertneutralität bekommt einer Gesellschaft nicht besser als die Verabsolutierung endlicher Werte.

Nun habe ich vorhin schon angedeutet, daß uns die Wissenschaft einigermaßen im Stich läßt und daß es tatsächlich so ist, wie Felix von Kube geschrieben hat:

> Aus dem Unvermögen der Wissenschaft, den Lernzielstreit zu entscheiden, und aus der mangelnden Objektivität von Vernunft oder Einsicht ergibt sich folgende Konsequenz: Das Problem der unterschiedlichen Lernziele und deren Verbindlichkeit in der Schule kann nur auf politischer und rechtlicher Ebene geregelt werden.

Die Entscheidung der Politik ist also unvermeidbar. Und ich meine, die Entscheidung der Politik muß zunächst einmal eine negative sein, das heißt, eine Absage an alle Lehren, die Indoktrination, möglicherweise mit Tendenz zum Totalitären, bedeuten.

(B)

< Beifall bei der CDU >

Und dies heißt auch eine Absage an solche Emanzipationslehren, wie sie in den hessischen Rahmenrichtlinien zum Ausdruck gekommen sind – damit wir uns über die Konsequenzen im klaren sind! Und dabei muß man wohl zunächst einmal schauen, welche Orientierungshilfen wir haben, das Grundgesetz, die Länderverfassungen. Dabei wird man feststellen, daß in sechs Bundesländern – Berlin gehört nicht dazu – Erziehungswerte und -ziele schon formuliert worden sind.

< Hauff (SPD): Hier auch! >

– Nein! –

< Ulzen (CDU): Wo denn? – Hauff (SPD): Das wird Ihnen Herr Rasch gleich erklären! >

– Nein, also, in der Verfassung von Berlin können Sie das vielleicht aus den Grundrechten ableiten; in den sechs genannten Verfassungen, Sie können das nachlesen, Herr Kollege Hauff, ist es definitiv formuliert, bezogen auf die Begriffe Bildungs- und Erziehungsziele, und es sind ganz bestimmte Werte in diesem Zusammenhang genannt. Ob in allen Verfassungen alle diese Werte heute noch so ihre Berechtigung haben, das ist eine Frage, die wir stellen müssen. Aber wenn Sie das durchsehen, und nicht nur dieses, sondern zum Beispiel auch das, was die Ständige Kommission für die Studienreform verfaßt hat, oder auch das, was die Parteien an Vorarbeit geleistet haben, die haben sich ja in den letzten Jahren mit diesen Themen beschäftigt, oder auch die Kirchen, dann können Sie doch einen Konsens formulieren in einer ganzen Reihe von wichtigen Werten. Ob man dies nun „demokratische Tugenden" nennt, wie die Ständige Kommission, die wesentlich seien für das spätere Berufsleben und die Rolle als Staatsbürger, oder anders, das sei dahingestellt. Aber es ist möglich, hier einen Kernkonsens zu ermitteln.

Sicherlich wird man dabei feststellen – wenn man das so liest – einen ungeheuer hohen Grad an Übereinstimmung. Und dann wundert man sich eigentlich, wieso überhaupt noch Streit und Auseinandersetzung existieren. Man muß in der Tat an dieser Stelle auch die Frage aufwerfen, die Susanne Miller in einem Beitrag über die Grundwerte in der Geschichte der Sozialdemokratie gestellt hat. Es ist die Frage, ob es denn angesichts der verbalen Übereinstimmung und des praktischen Konfliktes hier nicht um eine Art semantischen Betruges geht, daß wir bei gleichen Worten und Begriffen etwas ganz anderes wollen und uns vorstellen. Eine berechtigte Frage, der wir in diesem Zusammenhang nachgehen müssen, wenn wir endgültig eine Antwort haben wollen. In dem genannten Aufsatz ist das so formuliert: „Die parteipolitische Szene in der Bundesrepublik Deutschland war in den letzten Jahren durch ein von vielen als verwirrend empfundenes Phänomen gekennzeichnet: Während sich der Streit zwischen Regierung und Opposition verschärfte, erklärten sich alle Beteiligten in ihren programmatischen Äußerungen für die gleichen Grundwerte. Dies mag einerseits als ein für jedes demokratische Gemeinwesen notwendiger Grundkonsens gedeutet und begrüßt werden, andererseits erweckt diese Übereinstimmung im Bekenntnis bei gleichzeitiger Gegensätzlichkeit in der praktischen Politik den Verdacht, daß diese Grundwerte über die wirklichen Motive, Absichten und Zielvorstellungen der Parteien nichts besagen, ja, daß die Berufung auf sie nur deren Camouflierung dienen soll." – Ich will also sagen, daß wir diese Frage in der Diskussion durchaus noch vor uns haben. (C)

Aber, wenn man nun mal befragt, ich orientiere mich hier an dem Katalog der Ständigen Kommission, dann würden als unbestritten folgende Werte gelten: Vorurteilslosigkeit und Toleranz, Solidarität und der Wille zur Verständigung und Zusammenarbeit, Bereitschaft zu verantwortlichem Handeln, Kompromiß- und Konfliktfähigkeit. Und dies sind Werte, die sich wohl ganz unmittelbar auf den demokratischen Staat beziehen.

Aber nun haben wir daneben noch einen Konflikt um jene Werte, bei denen die Frage auftauchte: Wem nutzt das eigentlich? Wem nutzen diese Werte, Sekundarwerte – oder wie sie gelegentlich bezeichnet werden? – Und hier muß ich mal erwähnen die Äußerungen der GEW zu den 30 Thesen des Landesschulrats, eine bestimmte Stelle. Die GEW schreibt da, indem sie ihre kritische Gegenposition, wie sie sagt, beschreibt: „Die kritische Gegenposition zu Baths Thesen beruht nicht auf der einfachen Ablehnung der zitierten Tugenden – Ordnung, Fleiß, Pflichterfüllung – oder Werte wie Heimatliebe, sondern auf der Einsicht in die autoritär gelenkte, systemdienliche und undemokratische Ausnutzung dieser Tugenden. Nicht der Fleiß als solcher ist das Übel, sondern der Fleiß im Dienste eines Herrschaftssystems, in dem Humanität und Demokratie oft nur noch Worthülsen sind." Nun die Frage: Welches Herrschaftssystem ist denn wohl gemeint? (D)

< Schmitz (CDU): DDR! >

Ich glaube, man kann das nicht anders interpretieren, als daß hier auch die Bundesrepublik Deutschland in eine solche kritische Betrachtung mit einbezogen wird, meine Damen und Herren. Und wenn das so ist, dann glaube ich, sind wir genau an dem kritischen Punkt und an eine der Gretchenfragen gelangt. Natürlich ist die Gefahr immer, daß solche Werte Worthülsen sind, und wir müssen schon hinterfragen, worum es eigentlich geht. Hier stellen wir dann fest, daß doch offenbar Personen vorhanden sind, die der Bundesrepublik Deutschland Ordnung, Fleiß und Pflicht deshalb verweigern wollen, weil Demokratie hier nur noch eine Worthülse sei. Sie haben eine solche Distanz zu diesem gegenwärtigen, unserem Staat, daß sie sich partiell weigern, die Wertevermittlung zu betreiben, ja, die Autorität dieses Staates in Frage stellen.

Das ist ein kritischer Punkt, um den es hier geht, und ich meine, meine Damen und Herren, das hat dieser Staat nicht verdient. Er ist wie jeder ein Staat mit Mängeln, aber er ist in der Geschichte doch d e r deutsche Staat, der sich bisher als der beste erwiesen hat. Und wir können uns doch mit allen Demokratien in der Welt messen, wenn es um die Frage nach Freiheit und Demokratie geht.

Meine Damen und Herren, ich meine, daß hier vielleicht etwas zum Ausdruck kommt bei einigen in der GEW, die letztendlich den Revisionismusstreit in der deutschen Sozialdemokratie noch nicht überwunden haben, die Godesberg noch gar nicht erlebt haben, die irgendwie noch auf dem Weg zwischen Erfurt und Godesberg sind, ohne daß sie die entscheidende Grenze passiert hätten, weil sie immer noch fragen: Was ist entscheidend, Reform oder Revolution? – Und ich meine, die deutsche Sozialdemokratie hat sich doch schließlich für die Reform entschieden; es war ein

Lummer

(A) mühsamer Prozeß, wir haben ihn ja alle beobachten können in diesen letzten hundert Jahren, aber ein Prozeß, der zu einem bestimmten Ergebnis geführt hat, das wir – –

< Heiterkeit bei der SPD >

Sie mögen darüber lächeln, aber ich glaube, wir haben alle unsere geschichtlichen Werdegänge: und unsere Veränderungen müssen wir durchmachen, wir müssen Irrlehren einsehen und uns entwickeln. Das ist doch gar keine Frage. Und wenn dieser Prozeß erkenntlich ist – ich berufe mich da gar nicht auf mich selber, sondern Sie brauchen doch nur Ihre eigenen Theoretiker zu lesen, was da vor sich gegangen ist –, dann ist das etwas, was als Voraussetzung festgestellt werden kann für einen Konsens aller Demokraten, und dann muß man sich von denen, die das noch nicht erreicht haben, auch wenn sie in derselben Partei sind, distanzieren und die Auseinandersetzung betreiben. Es hat ja der schon erwähnte Journalist in der „Frankfurter Allgemeine" jüngst geschrieben, das sei ja gerade der Vorteil, daß dieser Konflikt weniger zwischen Regierung und Opposition bestehe als innerhalb der SPD, weil da die Hoffnungen größer seien, daß er erfolgreich ausgetragen werde.

Ich meine jedenfalls, daß es so richtig beschrieben ist, wie das Richard Löwenthal getan hat, das heißt, im Ergebnis kommt es auf eine Veränderung, eine Reform an und nicht auf irgend etwas Revolutionäres, wie es bei diesen Emanzipationstheorien immer noch eine Rolle spielt. Richard Löwenthal hat gesagt: „Es heißt ja nicht, daß wir menschenunwürdige Formen der Produktion, starre, ständische Formen der Klassenscheidung oder unkontrollierte Formen der Herrschaft fatalistisch akzeptieren müssen; im Gegenteil, erst der Verzicht auf die romantische Utopie – und dazu zählt auch, was Emanzipation beinhaltet –, erst die Akzeptierung der immanenten Notwendigkeiten der Industriegesellschaft macht es uns möglich, uns realistisch, und das heißt also wirksam um ihre Vermenschlichung zu bemühen." – Und so fährt er im weiteren fort. Ich glaube, dies ist eine für uns alle sehr wichtige Erkenntnis, die natürlich auch deutlich macht, daß eine Pädagogik des Madigmachens unseres Staates, die

(B) darauf abstellt, Sand ins Getriebe zu werfen, daß eine solche Pädagogik schlecht ist und nicht geeignet ist, einen Wertkonsens zu erzielen, sondern das ist ja gerade der Grund, weshalb es eine Basisdiskussion ist; weil viele Eltern eben von ihren Kindern erfahren, was bei manchem Lehrer geredet und getan wird,

< Beifall bei der CDU >

daß er nichts anderes als das Ziel verfolgt, hier Sand ins Getriebe zu streuen, daß er die Eltern und den Staat madig macht und eben die Werte madig macht. Das geht nicht! Und deshalb, meine ich, müssen wir uns hier klar abgrenzen. Aber daran wird auch deutlich, es handelt sich hier primär um ein Problem, das für die Erwachsenen existiert und nicht primär für die junge Generation.

Ich darf noch einmal, meine Damen und Herren, anknüpfen bei Richard Löwenthal, der gesagt hat, daß für die Lebenskraft einer Kultur zwei Prüfsteine existieren: Der eine ist die Fähigkeit, der jungen Generation die wesentlichen Werte zu vermitteln; der zweite Prüfstein ist die Fähigkeit, eine Ausstrahlung nach außen zu haben im Hinblick auf diese Werte. Und genau das gleiche finden Sie auch bei dem schon erwähnten Szczesny, wenn er sagt und geradezu die Forderung erhebt, es müßten sozial- und individual-ethische Prinzipien gefunden werden, auf die sich nicht nur die Christen, welcher Konfession auch immer, sondern alle berufen können. Er sagt:

> Die Suche nach einem kleinsten, aber tragfähigen gemeinsamen Nenner für das friedliche und fruchtbare Zusammenleben ist einer der Grundzüge der ganzen neueren Geschichte, da einerseits die Vielfalt von Glaubensüberzeugungen, Lebensformen, Geschmacksrichtungen immer mehr als Vorzug und weniger als Mangel empfunden wird und andererseits die Entwicklung der industriellen Zivilisation eine ungestörte Zusammenarbeit möglichst vieler Völker auf möglichst vielen Gebieten immer dringender macht.

Ich will daran deutlich machen, das ist auch nicht nur eine Frage für uns hier innen, sondern letztlich auch eine Frage für alle Länder in dieser Welt, ob man etwa einen Konsens über die Menschenrechte, über eine Reihe von Grundwerten erzielt, weil nur davon eine positive Zukunft abhängig gemacht werden kann.

Diese Wertevermittlung, das ist richtig gesehen und das zeigt (C) eben die Diskussion, befindet sich in der Gefährdung. Ich meine, die wesentliche Voraussetzung für die Wiedererlangung oder Stabilisierung ist die Besinnung der Demokraten auf gemeinsame Grundwerte. Wir müssen darüber politisch, aber, meine Damen und Herren, auch persönlich entscheiden, und zwar deshalb persönlich entscheiden, weil es ja nicht nutzt, was irgendwo in der Verfassung steht. Einer der Lehrer in Berlin hat gesagt, es ist alles Käse, was sie da reden, alles Worthülsen, auf das Vorbild komme es an. Ja, es kommt in der Tat auch darauf an, wie wir selber zu unserem Staat stehen und wie wir es den Jungen beibringen.

< Beifall bei der CDU >

Da müssen wir diesen jungen Menschen und auch den Lehrern vielleicht einmal klarmachen, daß die heile Welt immer noch besser ist als eine kaputte.

< Beifall bei der CDU >

Da müssen wir ihnen klarmachen, daß dieser Staat bei all seinen Mängeln unser Staat ist, ein wertvoller Staat, ein wertbezogener Staat ist.

< Beifall bei der CDU >

Leider habe ich von dem zuständigen Senator zu diesem Thema, wenn ich das lese, was er dazu gesagt hat, nicht viel gehört. Na ja, wenn man es bescheiden ausdrückt, Wassersuppe oder so etwas hat es gegeben, kein Brot, sondern eher sind das Steine, was er der jungen Generation hier geboten hat.

< Dr. Kunze (F.D.P.): Brot und Spiele sind auch nicht das Wahre! – Unruhe bei der CDU >

Das darf man doch nicht einfach irgendwo überlassen dem Freilauf, was gewissermaßen in der Gesellschaft hervorkommt, sondern da muß auch mal von der Stelle, die dafür verantwortlich zeichnet, eine klare Formulierung erfolgen.

Meine Damen und Herren, neben dieser Aufgabe, Werte zu stiften, meine ich, müssen wir auch das ins Auge fassen, was der Bundeskanzler einmal in die Frage gekleidet hat, ob denn der (D) Staat verpflichtet sei, wertorientierte Gruppen im Staat zu unterstützen. Seine Antwort darauf war, es kann durchaus Aufgabe des Staates sein, das ethosbezogene Wirken gesellschaftlicher Kräfte zu fördern, weil dem Staat des Grundgesetzes Grundwerte vorgegeben sind, auf denen er aufbaut, und deshalb weiß sich dieser Staat bei Strafe der eigenen Preisgabe verpflichtet, den vorhandenen Bestand an Grundwerten, an ethischen Grundüberzeugungen und Werthaltungen zu schützen. Dies, meine Damen und Herren, ist genau unsere Auffassung, und dies alles ist der Hintergrund, weshalb wir heute eine Große Anfrage eingebracht haben. Diese Diskussion ist eine schwierige Diskussion, aber eine Diskussion, der sich niemand entziehen darf. Und es ist dies wohl eine Diskussion, an der sich die Bundesrepublik Deutschland und ihre Parteien bewähren können. Dies ist ja auch einer der Punkte, weshalb in der jungen Generation das Ansehen der Parteien nicht zum besten dasteht. Ich meine, wir täten allen, unserem Staat, unserer jungen Generation, aber auch uns selbst als Parteien einen guten Dienst, wenn wir diese Herausforderung nicht nur annehmen, sondern über das Parlament hinaus diskutieren mit der echten und innerlichen Bereitschaft, zu einem Konsens zu kommen, und nicht mit dem Willen, Konflikte zu kultivieren.

< Anhaltender Beifall bei der CDU >

Stellv. Präsident Sickert: Das Wort zur Beantwortung der beiden Großen Anfragen hat Herr Senator Rasch.

Rasch, Senator für Schulwesen: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Lummer hat seine Begründung abgeschlossen mit einem Appell, zu einem Konsens zu gelangen. Soweit wird sich dem, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier jeder anschließen.

Und ich darf mir schon vorab die Bemerkung erlauben, daß zumindest die Aussagen, die in wesentlichen Bereichen der Rede des Kollegen Lummer enthalten sind, sehr interessante Töne darstellen, und zwar im Verhältnis zu dem, was die Diskussion über

Sen Rasch

(A) den Erziehungsauftrag – und sie wird ja sehr stark über den Erziehungauftrag der Schule geführt – derzeit bundesweit auszeichnet. Es ist ja weniger, Herr Kollege Lummer, ein Streit, der – auch von Ihrer parteipolitischen Seite – vom Harmoniestreben getragen ist, sondern es ist ein Streit, der sich stärker trägt mit dem Ziele der deutlichen Abgrenzung. Ich nenne nur einige Schlagworte, um den konservativen Charakter der Auseinandersetzung zu beleuchten: Da wird auf der einen Seite vom Mut zur Erziehung, vom Erziehungsnotstand gesprochen, dem wird von der anderen Seite der Vorwurf restaurativer Tendenzen in der Gegenwartspädagogik entgegengehalten. Zwei Eindrücke drängen sich mir dabei auf: Es ist einerseits außerordentlich begrüßenswert – und das ist ja hier auch schon angesprochen worden –, wenn sich Politiker, Wissenschaftler, Pädagogen und eine interessierte Öffentlichkeit verstärkt um den Erziehungsauftrag der Schule kümmern. Kollege Lummer hat die Dimension dieser Diskussion über den unmittelbaren Bereich der Schule hinausgeführt in Bereiche hinein, die ich nicht allein hier vor dem Hohen Hause zu vertreten habe. Andererseits fällt aber auf, daß diese Diskussion, die wir hier so sachlich begonnen haben, sehr häufig nur von Polemik und pauschalen Urteilen bestimmt wird. Ich bedauere dies, weil die Diskussion um den Erziehungsauftrag der Schule – und dies ist meine unmittelbare Aufgabe – nur dann einen Sinn haben kann, wenn sie die Erziehungswirklichkeit, das heißt den pädagogischen Alltag mit einbezieht. Es ist wenig hilfreich, sich abstrakt mit angeblich verderblichen Einflüssen der Erziehungswissenschaften auseinanderzusetzen.

Ich möchte zugleich einem Mißverständnis entgegentreten: Es wäre schlicht unzutreffend – und das ist auch in den einleitenden Worten beider Fraktionen, die hier gesprochen haben, deutlich geworden –, würde in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, in Berlin begänne eine ganz neue Diskussion über Werte und Erziehungsfragen.

< Ulzen (CDU): Ganz alte Diskussion! >

Parteien, Kirchen und andere gesellschaftliche Gruppen diskutieren ja seit geraumer Zeit über die Grundwerte. Sie haben
(B) Kommissionen zur Überprüfung ihrer Grundwertaussagen einberufen. Dabei ist das Wort von der „Orientierungskrise" geprägt worden.

Wissenschaftliche Foren, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kongresse und ähnliche Veranstaltungen haben das Thema Erziehung in den Vordergrund gerückt, wie „Mut zur Erziehung" Anfang 1978 in Bonn und wenig später der Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft in Tübingen, der sich kritisch mit den Thesen „Mut zur Erziehung" auseinandersetzte. Ich weise auch darauf hin, daß z. B. die Sozialdemokratische Partei in ihrem Forum „Zukunft" im Mai 1979 sich ebenfalls mit dieser Frage auseinandergesetzt hat und, wie ich meine, mit wesentlichen Aussagen. Nun findet auch diese Diskussion in Berlin ihre Fortsetzung.

Einen Zwischenruf des Kollegen Ulzen aufgreifend möchte ich bestätigen, daß es eine Diskussion über Ziele und Werte von Erziehung schon immer gab und insoweit nichts grundlegend Neues darstellt.

< Ulzen (CDU): Bloß haben Sie dazu nichts beigetragen! >

Wir haben im Deutschland der Nachkriegszeit jetzt die dritte Phase in dieser Diskussion erreicht, ich glaube, das ist zum Verständnis der gegenwärtigen Debatte notwendig. Der Kollege Lummer hat ja, und ich meine in der für die CDU unnachahmlichen Weise, die geistige und kulturelle Epoche der fünfziger Jahre, in der ja auch insbesondere die CDU die Regierungsverantwortung trug, hier vor dem Hohen Hause gekennzeichnet.

Nach der geistigen Verödung der Zeit des Nationalsozialismus und der Gleichschaltung von Bildung und Erziehung wurde nach dem Krieg der Versuch unternommen, an die fruchtbare pädagogische Auseinandersetzung der zwanziger Jahre anzuknüpfen. Ich erinnere nur an die damalige Diskussion über das soziale Lernen. Ich möchte diese Zeit der fünfziger Jahre als Anfangsjahre, als Phase der Orientierung bezeichnen. Geglückt ist diese Anknüpfung an die zwanziger Jahre nur sehr unvollkommen. Sie führte in der Phase des Aufbaues – und hier kann ich mich noch einmal auf Herrn Lummer beziehen – zu einem scheinbaren Konsens, bei dem wichtige Bereiche der Reform- (C)
pädagogik und damit auch Aussagen zu Werten und Erziehungszielen in Vergessenheit blieben.

Die zweite Phase, beginnend mit den sechziger Jahren, war – und das kann man auch in Anspruch nehmen, auch gegenüber der Opposition in diesem Hause – getragen durch den gemeinsamen Aufbruch in die Reform. Das Maß an Gemeinsamkeit ist heute vielleicht manchem nicht mehr verständlich. Es ist aber belegt, meine Damen und Herren, in wichtigen Dokumenten, so z. B. im Strukturplan des Bildungsrates aus dem Jahre 1970. Schauen Sie einmal nach, wer dort damals an einem Tisch saß! Am deutlichsten wurden die gemeinsamen Reformbestrebungen bei der Neugestaltung der Gymnasialen Oberstufe, den über bildungspolitische Abgrenzungen hinaus unterstützten Planungen für die Orientierungsstufe und den gemeinsamen Bestrebungen um die Humanisierung der Schule. Der Bildungsgesamtplan der Bund-Länder-Kommission aus dem Jahre 1973 spiegelt noch den damaligen föderativen Konsens wider. Ich rufe in Erinnerung, welche Persönlichkeiten sich seinerzeit dort bei manchem abweichenden Votum – wenn wir die Papiere uns heute betrachten – dennoch in einem erheblich größeren Konsensfeld zusammenfanden, Namen wie die Kultusminister Maier, Hahn, von Friedeburg und von Oertzen seien hier genannt.

< Ulzen (CDU): Herr Präsident! Gestatten Sie eine Zwischenfrage? >

– Herr Präsident, ich möchte ganz gern erst einmal meine Ausführungen abschließen. Im Rahmen der Debatte stehe ich dann gern zur Verfügung.

Die dritte Phase ist gekennzeichnet durch das Zerbrechen des Reformkonsenses, gerade aus der damaligen Zeit.

< Ulzen (CDU): Die sechziger Jahre waren geprägt durch die antiautoritäre Erziehung! >

Die Aufforderung der Ministerpräsidenten an die Kultusminister bei der Verabschiedung des Bildungsgesamtplanes aus dem Jahre 1973, die Reste an Uneinigkeit in den folgenden Jahren zu (D)
überwinden, blieb aufgrund der tatsächlichen Auseinanderentwicklung ein Wunschtraum.

Der Ausbau der Bildungseinrichtungen führte stellenweise zu Widersprüchen. Aus den Konflikten und Problemen, die sich beim Ausbau der Bildungseinrichtungen und der Durchführung der Reformen ergaben, wurden allerdings völlig unterschiedliche Folgerungen gezogen.

< Unruhe >

Nun haben sich natürlich die Bildungspolitiker und Kultusminister jener Zeit in den großen bildungspolitischen Dokumenten und Vereinbarungen auch – meine Damen und Herren, hören Sie zu, bevor Sie unruhig werden – zu Erziehungszielen und Wertfragen geäußert. Ich erinnere in diesem Zusammenhang besonders an den Versuch, einen pädagogischen Leistungsbegriff durchzusetzen, d. h. Leistung am individuellen Lernerfolg und nicht am Leistungsvergleich mit anderen zu messen. Daran wird deutlich, daß nicht die abstrakte Artikulation von Werten im Vordergrund stand, diese waren eher in jener Zeit selbstverständlich. Im Vordergrund stand vielmehr die Realisierung von mehr Chancengleichheit und Mitbestimmung durch die verabredeten oder wenigstens tolerierten Formen des Bildungswesens. Wenn Sie allerdings bereit und in der Lage sind, meine Damen und Herren, Chancengleichheit und Mitbestimmung nicht als Wert und Ziel zu definieren, so überlasse ich dies Ihnen, auch im Zusammenhang mit dieser Debatte.

Ein wichtiges bildungspolitisches Dokument ist die 1979 formulierte Aussage, die unter dem Titel „Sicherung der pädagogischen Aufgabe im Bildungswesen" in den Entwurf des neuen Bildungsgesamtplanes aufgenommen wurde. Bundesregierung und Kultusminister einigten sich auf die Aussage, daß im Rahmen der Expansion des letzten Jahrzehntes es vor allem notwendig war, die Kapazitäten des Bildungswesens auszubauen und seine innere Struktur flexibler zu gestalten, daß aber auf der anderen Seite die innere Reform, d. h. auch hier die pädagogische Verwirklichung von Werten, mit dem strukturellen Ausbau nicht immer Schritt gehalten hat. Damit wurden die Aussagen über die pädagogische Aufgabe im Bildungswesen nunmehr stärker betont.

Sen Rasch

(A) Die Kultusminister und die Bundesregierung sind sich im neuen Entwurf des Bildungsgesamtplanes darüber einig, daß die Jugendlichen Wertvorstellungen und Werthaltungen entwickeln müssen und die Schule dazu eine notwendige Orientierungshilfe zu leisten hat. Sie sind sich allerdings aber auch darüber einig, daß sich bei der Formulierung und Festlegung von Handlungs- und Erziehungsnormen – wie auch der Kollege Lummer hier ausgeführt hat – große Schwierigkeiten zeigen, die in der Situation der pluralistischen Gesellschaft begründet sind.

In unserer offenen Gesellschaft können Werte, Normen und Erziehungsziele nicht einfach verordnet werden. Sie müssen vielmehr in einer ständigen Auseinandersetzung bestimmt und in ihrer Rangordnung festgelegt werden.

< Ulzen (CDU): Und vorgelebt werden! >

Auch die Pädagogen müssen sich dieser Auseinandersetzung stellen und können sich nicht mit falscher Selbstsicherheit aus dieser Verantwortung herausstehlen.

Stellv. Präsident Sickert: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Rasch, Senator für Schulwesen: Nein, Herr Präsident, ich möchte erst meine Ausführungen beenden. – Der Wissenschaftler Horst-Eberhard Richter hat dies auf dem Forum

< Ulzen (CDU): Auf den kann man sich doch nun wirklich nicht berufen! >

„Zukunft" der SPD, das ich hier schon zitiert habe, im Mai 1979 folgendermaßen charakterisiert. Ich zitiere:

> Und deshalb bedeutet Mut zur Erziehung eigentlich etwas ganz anderes, als was die Mehrzahl der Pädagogen und Bildungspolitiker bei ihrem Gesprächsforum 1978 darunter verstanden und propagiert hat. Jene Experten dachten an den eigenen Mut, selbstsicherer, entschlossener und fordernder an die Kinder heranzugehen. Dies bedeutet in-
> (B) dessen gerade eine Absage an eine andere und letztlich richtige Art von Mut, nämlich die kritische Selbstbesinnung und Selbsterziehung der Erzieher als zentralen Teil der Gesamtaufgabe Erziehung ernst zu nehmen. Man redete sich geradezu ein, diesen selbstkritischen Teil der Erziehung als zweitrangig zurückzustellen und die Bedenken verdrängen zu dürfen, ob wir im Augenblick überhaupt selbst wissen, wie Probleme unserer Gesellschaft zu lösen sind und welchen Weg wir dazu zusammen mit der nachfolgenden Generation einzuschlagen haben. Tatsächlich befinden wir uns aber gegenwärtig in einer solchen Orientierungskrise, und es gehört wahrhaftig mehr Mut dazu, sich diese Lage einzugestehen, als sich zu suggerieren, man müsse nur das Gute, das man genau kenne und besitze, wieder nachdrücklicher und offensiver den Kindern vermitteln.

– So weit das Zitat von Herrn Richter. Und, Herr Abgeordneter Ulzen, ich würde nicht so einfach mit einem Zwischenruf die Persönlichkeit und die Aussage von Herrn Richter abzuqualifizieren suchen.

< Ulzen (CDU): Es ist bloß bedenklich, daß Sie sich auf diesen Mann beziehen! >

Wir sollten hier eine sachliche Diskussion führen, und dazu gehört auch das Zuhören. Und wenn Sie gerade Erziehungsziele in den Vordergrund rücken, dann müssen Sie auch den Respekt und die Fähigkeit haben, insbesondere vor der Jugend zu demonstrieren, daß man zuhören kann, bis der andere ausgesprochen hat.

< Dr. Wruck (CDU): Und daß man auch so viel Toleranz hat, Zwischenfragen zuzulassen! – Weiterer Zuruf des Abgeordneten Ulzen (CDU) >

– Sie geben hier ein blendendes Beispiel dafür, Herr Abgeordneter Ulzen, daß es eben nicht möglich ist, auch der jungen Generation einmal darzulegen, daß man in diesem Haus einen sachlichen, fairen Dialog führen kann mit dem Ziel, zu mehr Gemeinsamkeit zu gelangen. –

< Ulzen (CDU): Den führen wir auch! >

Sie machen hier nur billige Zwischenrufe, und die nutzen nichts. (C)

< Ulzen (CDU): Sie lassen ja keine Zwischenfrage zu! >

– Nein, weil ich gern meine Ausführungen abschließen möchte. –

< Ulzen (CDU): Weil Sie weiter ablesen wollen! >

Mein Kollege Dr. Glotz hat diese zentrale Aussage von Richter in seinem Schlußwort, das er damals vorgetragen hat, mit dem Hinweis bewertet, damit habe sich nach seiner Meinung die ganze Diskussion um die Thesen „Mut zur Erziehung" als Spuk entlarvt.

Es würde nun den Rahmen dieser Großen Anfrage sprengen, wollte ich die gesellschaftlichen Veränderungen und Entwicklungen der letzten 35 Jahre hier systematisch analysieren, um daraus die jetzige Situation unserer Gesellschaft zu interpretieren. Die folgenden Aussagen können deshalb keine Vollständigkeit beanspruchen. Nicht alle Probleme können oder müssen sich direkt in erweiterten oder revidierten Erziehungsgrundsätzen widerspiegeln, aber zumindest bilden sie den Hintergrund, auf dem entsprechende Überlegungen angestellt werden sollten. Ihre Einbeziehung oder bedachte Ausschließung setzt einem unreflektierten Mut zur Erziehung wirklichkeitsbezogene Grenzen. Herr Lummer hat hier – wenn ich es richtig verstanden habe und wie auch in der Diskussion mehrfach vorfindlich – deutlich auf die Entwicklung einer modernen Industriegesellschaft und viele gesellschaftspolitische Entwicklungen, die sich in der Erwachsenenwelt begründen und dort zu suchen sind, hingewiesen. Ich nenne hier einige Beispiele, die damit zu tun haben und die man mit einbeziehen muß:

- Wir haben zum Beispiel die neue Irrationalität in politischen und religiösen Bewegungen – Beispiel: Jugendsekten.
- Wir haben die Konsequenzen und die Folgen des Drogenproblems.
- Wir haben die Diskussion um die humane Schule, das heißt das Verhältnis von Bürokratisierung, Demokratisierung und Eigenverantwortlichkeit. (D)
- Wir haben das Problem der Jugendarbeitslosigkeit.
- Wir sehen außerparlamentarische Bewegungen, die an der politischen Willensbildung teilnehmen wollen.
- Wir haben Grundsatzdiskussionen über Menschenrechte und Grundwerte im Zusammenhang mit dem Grundgesetz, die Diskussion um die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und den Extremistenbeschluß, die Wachstumsdiskussion und in diesem Zusammenhang vor allem auch die Auseinandersetzung über die Nutzung der Kernenergie.
- Wir haben die Diskussion über Neonazismus und Neofaschismus und die Fragen nach den Gefahren dieser Tendenzen für unsere demokratische Grundordnung.

< Dr. Wruck (CDU): Was hat denn das mit Werten zu tun? >

Aus diesen Beispielen soll deutlich werden, daß das gesellschaftliche Umfeld die Erziehungssituation – auch der Schule – prägt und eine wichtige Rolle in der Debatte über Erziehungsziele spielt.

< Feilcke (CDU): Und neue Werte setzt! >

Der Senat begrüßt deswegen grundsätzlich die gegenwärtige Diskussion über Erziehungs- und Bildungsziele in der Berliner Schule oder, wie Herr Lummer das Thema ausgedehnt hat, in Berlin – was aber dann nicht meine unmittelbare Aufgabe in dieser Gesamtschau angeht. Es wird aber entscheidend darauf ankommen, ob diese Diskussion von dem politischen Engagement getragen ist, die Reform und Entwicklung sowie die Konsolidierung des Berliner Schulwesens – und auf dieses muß ich mich jetzt zunächst einmal konzentrieren –

< Dr. Wruck (CDU): Auf die Werte! >

fortzusetzen oder ob sie dazu benutzt wird, über die Kritik an einigen Mängeln die grundsätzlichen Wertvorstellungen und Erziehungsziele, die hinter den Reformbestrebungen stehen, zu diskreditieren. In diesem Zusammenhang muß ich all jenen, die

Sen Rasch

(A) sich lediglich polemisch mit der Rolle der Erziehungswissenschaften für den Reformprozeß auseinandersetzen, widersprechen.

< Dr. Wruck (CDU): Reform ist doch kein Wert an sich! >

Die Bedeutung von erziehungswissenschaftlichen Theorien ist unterschiedlich und sehr differenziert zu bewerten: eine pauschale Wissenschaftsschelte ist wenig hilfreich. - Nun will ich Ihnen eines gleich zwischendurch sagen: Reformen sind natürlich kein Wert an sich, aber sie werden von Wertvorstellungen getragen,

< Dr. Wruck (CDU): Die müssen Sie nennen! >

und daß Sie das nicht wissen, zeigt eben, wo Sie stehen, meine Herren.

Ich möchte nun auf die Frage 2 der Großen Anfrage der Fraktion der CDU eingehen. Der in der Öffentlichkeit diskutierte Vortrag und die daraus entwickelten 30 Thesen des Landesschulrats Herbert Bath zur erzieherischen Aufgabe der Schule stellen, wie er ja selbst ausgeführt hat, seine persönliche Auffassung dar. Sie sind keine amtliche Aussage des Senators für Schulwesen

< Ulzen (CDU): Das könnte man ja nachholen! >

und erst recht keine Erläuterungen der im Schulgesetz festgelegten Aufgaben der Berliner Schule. Erläuterungen hätten ja im übrigen auch mit mir abgestimmt und auch von mir parlamentarisch verantwortet werden müssen.

< Dr. Wruck (CDU): Sie behandeln das alles viel zu technisch und bürokratisch! >

Die amtlichen und verbindlichen Erläuterungen der im Schulgesetz - und nun hören Sie sehr gut zu - festgelegten Aufgaben der Berliner Schule finden sich sowohl im Schulgesetz als auch im Allgemeinen Teil der Rahmenpläne der Berliner Schule.

Ich gehe nun zur Beantwortung der Frage 2 der Großen Anfrage von SPD und F.D.P. und der Frage 3 der Großen Anfrage der CDU über. Der § 1 - und das ist die gesetzliche Grundlage, Herr
(B) Lummer - des Schulgesetzes für Berlin in der Fassung vom 17. Januar 1979 nennt die wesentlichen erzieherischen Aufgaben der Schule. Mit ihnen wird der Bildungsauftrag der Schule im Grundsatz beschrieben. Zur Persönlichkeitsentfaltung der Schüler werden gefordert ein Höchstmaß an Urteilskraft sowie gründliches Wissen und Können. Es sollen Persönlichkeiten herangebildet werden, die fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit und der Menschenwürde zu gestalten. Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit, die Anerkennung einer grundsätzlichen Gleichberechtigung aller Menschen, die Achtung jeder ehrlichen Überzeugung sind Haltungen, die als Erziehungsziele zu verfolgen sind - und diese stehen im § 1 des Schulgesetzes. Wir haben also eine gesetzliche Grundlage für die Definition der Erziehungsziele. Und dieser § 1 kann nun - wie ich meine - in zwei Grundbestandteile aufgegliedert werden: Auf der einen Seite wird die Aufgabe der Schule im Hinblick auf den Menschen und die Entwicklung seiner Anlagen bestimmt und auf der anderen Seite wird dargelegt, für welche gesellschaftlichen Zwecke innerhalb der Demokratie erzogen werden soll. In bezug auf das Kind wird also von der Berliner Schule gefordert, alle wertvollen Anlagen zur vollen Entfaltung zu bringen und ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründlichem Wissen und Können zu vermitteln. Es wird von der Schule verlangt, daß ohne Differenzierung alle wertvollen Anlagen der Schüler entwickelt werden sollen. Die Berliner Schule muß sich an dieser Stelle fragen lassen, ob auch zum Beispiel Phantasie und Kreativität in der Vergangenheit genügend angeregt worden sind. Sie muß sich auch fragen lassen, ob die Forderung „ein Höchstmaß an Urteilskraft zu vermitteln" in der Vergangenheit genügend berücksichtigt worden ist. Oder hat nicht doch die Vermittlung von gründlichem Wissen und Können den Vorrang gehabt? An dieser Stelle waren ja auch die Ausführungen in der Begründung des Kollegen Lummer sehr interessant, der zum ersten Mal eine gewisse Relativierung im Verhältnis von Wissensvermittlung und erzieherischen Aufgaben für die CDU-Fraktion, was sonst anders geklungen hat, vorgetragen hat.

Die zweite Aufgabe nun - sie haben das hier selbst eingeräumt, Herr Lummer -, (C)

< (Ulzen (CDU): Das stimmt doch auch! >

die dem § 1 zu entnehmen ist, wird durch den Bezug auf die Gesellschaft und den demokratischen Staat bestimmt. Bildung dient demnach der Heranbildung von Persönlichkeiten, die bestimmte Haltungen einnehmen und bestimmte Werte der Demokratie anerkennen. Dementsprechend hat der Pädagoge innerhalb des Erziehungsprozesses eine doppelte Rolle. Er ist Anwalt des Kindes und des Jugendlichen und zugleich Repräsentant unserer demokratischen Grundordnung und auch ihrer Ansprüche. Unterhalb der gesetzlichen Normierung finden sich im allgemeinen Teil der Rahmenpläne in zwölf Grundsätzen die wesentlichen Erziehungs- und Bildungsziele. Der allgemeine Teil der Rahmenpläne gibt verbindliche Erläuterungen für die Gestaltung der pädagogischen Praxis. Er zeigt die Richtung an, in der Erziehung in der Demokratie gestaltet werden soll. Er zeigt auch, welche zentralen Erfahrungen Kinder und Jugendliche in unserem Bildungssystem machen sollen. Er gibt nicht die Handhabe, bestimmte Wertmaßstäbe in die Schüler hineinzustopfen. Was wertvoll ist, was seinem Leben Orientierung gibt, muß der Schüler aufgrund eigener Erfahrungen entscheiden. Der pädagogische Alltag soll ihn prägen und nicht die Merksätze vom Lehrerpult. Ich möchte Ihnen nun einige demokratische Erziehungs- und Bildungsziele nennen, die von besonderer Bedeutung sind und wie sie auch in den Grundsätzen niedergeschrieben sind:

1. Für alle Schüler sollen gleiche Bildungschancen verwirklicht werden.

2. Der Schüler soll schrittweise zur Mündigkeit hingeführt werden. Erziehung soll das Bedürfnis und die Fähigkeit des Jugendlichen entwickeln, sein Wissen zu erweitern, sein Können zu verbessern und sich sozial zu verhalten, nicht aber Wissen aufpfropfen und Gesinnung indoktrinieren.

3. Der Schüler muß in Unterricht und Erziehung die Fähigkeit zu verantwortlicher und kritischer Stellungnahme entwickeln. (D)
Er soll zum Widerstand gegen unangemessene Machtansprüche, gegen die Manipulation des Menschen durch zweifelhafte Formen der Massenbeeinflussung und gegen seine Degradierung durch übermächtige gesellschaftliche Institutionen ermutigt werden.

4. Der Schüler soll erkennen, daß die Förderung jedes Jugendlichen und nicht die Auslese vordringliche Aufgabe

< (Zuruf des Abg. Ulzen (CDU): Beides richtig! >

der Schule ist und darauf sein Verhalten zum Mitschüler einstellen.

5. Der Schüler soll erkennen, daß die Schule keine isolierte pädagogische Provinz, sondern ein Teil der Gesellschaft ist und durch sie beeinflußt wird. Es ist Aufgabe der Schule, Jugend auf das Leben in der Gesellschaft vorzubereiten. Daraus ergibt sich, daß die Erziehung nicht allein auf zeitlos gültigen Gedanken beruht; sie ist vielmehr auch eine zeitbedingte gesellschaftliche Realität. Dennoch ist die Schule nicht bloß Abbild der gesellschaftlichen Gruppierung und Tendenzen: Sie muß als Anwalt der Jugend pädagogisch antworten und sich verantworten.

6. In der politischen Bildung sollen die Schüler lernen, daß bestehende Gegensätze nicht harmonisiert, vorhandene Mängel nicht verschwiegen werden sollen. Dennoch ist es notwendig, den Sinn für ein faires Austragen der Konflikte zu entwickeln. Auf diesem Wege ist am ehesten ein bewußtes Engagement des Schülers zu erreichen.

Dies sind nur einige wenige Grundsätze und Überlegungen,

< Zuruf der Abg. Dr. Besser (CDU): Überlegungen, Herr Rasch! >

wie sie im allgemeinen Teil des Rahmenplans für die Berliner Schule festgelegt sind. Sie werden durch die fachspezifischen Rahmenpläne ergänzt bzw. erweitert. Jeder Lehrer hat diese Grundsätze und Überlegungen zu beachten. Und ich glaube, an dieser Stelle feststellen zu können und feststellen zu dürfen, daß damit in nicht unbeachtlicher Weise die Erziehungsziele der Berliner Schule vor dem Hintergrund des § 1, den Sie ja hier erläutern und verbindlich für die Praxis normieren, ausgesagt

Sen Rasch

(A) worden sind. Ich stelle zumindest in Teilen ein interessantes Maß an Übereinstimmung mit den Begründungsüberlegungen und Aussagen des Kollegen Lummer fest.

Aus Punkt 3 der Großen Anfrage von SPD und F.D.P. greife ich zunächst die Frage der Lehrerbildung auf. Zu antworten ist also auf die Frage, ob die Lehrerbildung in Berlin dem Erziehungsauftrag der Schule gerecht wird und was gegebenenfalls verbesserungsbedürftig ist.

Die Lehrerbildung in Berlin wird durch das Lehrerbildungsgesetz eindeutig auf die Erziehungswirklichkeit der Berliner Schule bezogen und verpflichtet. Der § 1 des Berliner Lehrerbildungsgesetzes legt fest: „Maßgebend für die Lehrerbildung sind die Unterrichts- und Erziehungsziele der Berliner Schule, insbesondere der sich hieraus ergebende Auftrag des Lehrers, die Schüler zu sachbezogenem Denken und selbständigem Urteil zu befähigen."

Dieser Auftrag wird noch klarer, wenn es im folgenden heißt: „Die Ausbildung muß den Lehrer in die Lage versetzen, seine berufliche Aufgabe unparteiisch im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung zu erfüllen. In dem Studium ist er mit den für Unterricht und Erziehung wichtigen theoretischen Grundlagen und Forschungsergebnissen bekannt zu machen."

Dementsprechend wird der künftige Lehrer phasenweise nach unserer Praxis an den Erziehungsauftrag der Berliner Schule herangeführt.

Verbesserungen für die erste Phase der Lehrerbildung wird die Integration der Pädagogischen Hochschule in die anderen lehrerausbildenden Hochschulen bringen. Mit der Integration wird der erziehungswissenschaftliche Studienanteil bei der Ausbildung für das Amt des Studienrats erweitert. Die Einführung eines Orientierungspraktikums wird das Studium stärker auf Erziehungsfragen ausrichten. Ferner wird für das Amt des Studienrats – und das hat ja in der Großen Anfrage vor nicht allzu langer Zeit eine nicht unerhebliche Rolle gespielt – auch ein Studium der Didaktik eingeführt.

(B) Durch die Aufteilung der Lehrerbildung in zwei Phasen, das heißt in die Phase der Hochschulausbildung und der Ausbildung in schulpraktischen Seminaren, ist institutionell bedingt, daß der Lehrer schrittweise an die Praxis herangeführt wird. Junge Lehrer haben beim Eintritt in die schulpraktische Ausbildung häufig Schwierigkeiten, Probleme der Unterrichtsgestaltung zu lösen.

< Zuruf des Abg. Ulzen (CDU): Also machen wir doch was! >

Nicht ohne Grund spricht man häufig vom „Praxisschock", der geradezu als eine natürliche Erscheinung anzusehen ist. Die Kenntnisse und Fähigkeiten von Hochschulabsolventen in Didaktik und Methodik des Unterrichts, in Mediendidaktik und Sozialisationsfragen sind zwar eine wesentliche Voraussetzung für die Gestaltung der praktischen Arbeit. Aber der konkrete Fall der einzelnen Unterrichtsstunde ergibt noch eine besondere Anforderung, die nur in der unmittelbaren Erfahrung und unter der Anleitung von erfahrenen Praktikern zu leisten ist.

Aus diesem Sachverhalt ergeben sich die besonderen Aufgaben, die in der zweiten Phase der Lehrerbildung, das heißt in schulpraktischen Seminaren, von jedem zu lösen sind:

1. Kritische Auseinandersetzungen mit Erziehungszielen,

2. Überprüfen des eigenen Unterrichts im Hinblick darauf, ob die Erziehungsziele erfüllt sind,

3. Überprüfen des eigenen Verhaltens gegenüber Schülern, um mögliche Widersprüche mit den Erziehungszielen aufzudecken,

4. Beobachten des eigenen Lehrverhaltens mit Hilfe von modernen Techniken – wie z. B. von Fernsehaufnahmen.

Es würde hier zu weit führen, alle Kurse der Lehrerfort- und -weiterbildung in den letzten Jahren aufzuzählen, die sich mit dem Erziehungsauftrag der Schule konkret beschäftigt haben. Ich möchte nur wegen des aktuellen Bezugs einen Punkt nennen: Wir sind gerade dabei, die Fragen der Erziehung der ausländischen Kinder in allen Phasen der Lehrerbildung verstärkt auszubauen.

(C) Die Bemühungen für Didaktik und Methodik des Unterrichts sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten ständig verstärkt worden. In diesem Zusammenhang ist auch die Reflektion über Erziehungsziele intensiviert worden. Der Senat kann also feststellen, daß die Lehrerbildung insbesondere im Hinblick auf die Erziehungsaufgaben der Praxis ständig verbessert worden ist. Niemand vermag jedoch zu sagen, ob die Lehrerbildung damit dem Erziehungsauftrag der Schule voll und ganz gerecht wird. Vielmehr ist die Schule immer aufgefordert, ihre Bemühungen kritisch zu beobachten und im Hinblick auf die ihr gesetzten Ziele zu verbessern.

Zu den Fragen 3 und 4 der Koalition sowie zu Frage 3 der CDU ist aus der Sicht der pädagogischen Praxis folgendes auszuführen:

Alle Struktur- und Organisationsreformen in der Berliner Schule hatten selbstverständlich das Ziel, den Erziehungsauftrag des Schulgesetzes zu erfüllen. Es wäre also verfehlt, zwischen äußerlichen, rein organisatorischen Reformen und den erzieherischen Gehalten zu unterscheiden und das eine gegen das andere auszuspielen. Der Erziehungsauftrag des § 1 Schulgesetz war Grundlage für das Grundschulreformprogramm, für die Einrichtung von Gesamtschulen, für die Reform der gymnasialen Oberstufe und für die Einrichtung von Oberstufenzentren.

< Zuruf des Abg. Ulzen (CDU): Das muß doch sein! >

An der zuweilen als reine Organisationsreform – hören Sie ruhig zu, Herr Abgeordneter Ulzen – kritisierten Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe läßt sich, wie ich meine, exemplarisch zeigen, daß in der Schule Organisationsformen und pädagogische Ziele und Wirkungen einander bedingen. Das Kurssystem dient dazu, die wissenschaftspropädeutische Arbeit und Erziehung zur Persönlichkeit und zur sozialen Verantwortung miteinander zu verbinden. Gerade in den selbstgewählten Schwerpunkten können Prinzipien und Formen selbständigen Arbeitens geübt werden, wie die Fähigkeit, Themen und Aufgaben sachbezogen, vorurteilsfrei und geistig beweglich aufzugreifen, planvoll und zielstrebig zu (D) arbeiten, Informationen gegenstands- und problembezogen einzusetzen. Aus der vertieften Arbeit im selbstgewählten Schwerpunkt ergeben sich in besonderer Weise Einsichten in sachbezogene Notwendigkeiten ebenso wie in die Möglichkeiten und Grenzen eigener und anderer Theorie und Wertvorstellung. Die Verantwortung für den eigenen Lernprozeß wird gestärkt. Der Schüler steht im Übergang zur Arbeitsweise der Hochschule und Berufswelt. Er erprobt seine Fähigkeiten, sich mit anderen in der gemeinsamen Arbeit zu verständigen, gemeinsame Lösungen zu suchen, deren Grenzen zu erkennen und unterschiedliche Vorstellungen auszuhalten, zu prüfen und sich zu entscheiden.

So deutlich die Behauptung zurückzuweisen ist, daß Reformen nur äußere Veränderungen gebracht hätten, so klar ist aber auch zuzugeben, daß die organisatorischen Veränderungen meist den inhaltlichen Fortschritten vorauseilten. Nicht immer lagen für Reformen ausgereifte Konzepte vor,

< Frau Dr. Besser (CDU): Was heißt „lagen": liegen! >

bevor mit der Strukturveränderung begonnen wurde. Daher war auch meine Arbeit der letzten Jahre vor allem von den Bemühungen gekennzeichnet, Reformen zu konsolidieren, Planungsfehler zu korrigieren und die neue Struktur mit erzieherischem Gehalt aufzufüllen. Das aktuellste Beispiel ist hier die Entwicklung der Gesamtschule. Ich glaube, das Grundkonzept der Gesamtschule ist überzeugend. Aber die Einrichtung war eng verknüpft mit der erzieherischen Intention, mehr Chancengleichheit zu verwirklichen, das Prinzip des sozialen Lernens durchzusetzen und Unterricht und Erziehung auf einen pädagogischen Leistungsbegriff zu verpflichten.

< Frau Wiechatzek (CDU): Was heißt denn das? – Ulzen (CDU): Was heißt denn „soziales Lernen". Mensch? >

Dennoch bin ich der Meinung, daß einige benutsam vorgenommene Korrekturen am Konzept der Berliner Gesamtschule notwendig sind, um den Erziehungsauftrag der Gesamtschule in noch stärkerem Maß zu sichern. Es soll nicht verkannt werden, daß

Sen Rasch

(A) eine Fülle von Problemen bei den Reformmaßnahmen ohne Zweifel vorhanden war. Zum Beispiel die Altersstruktur der Kollegien.

< Dr. Wruck (CDU): Was wollen Sie damit sagen? >

Die Anzahl der Lehrer unter 35 Jahren ist von ca. 35 % im Jahre 1967 auf ca. 53 % im Jahre 1976 gestiegen. So verfügen neu gegründete Schulen über keine gewachsenen Lehrerkollegien mit dem üblichen Altersaufbau und einer breiteren pädagogischen Erfahrung. Dies hat ohne Zweifel zur besonderen Belastung dieser Kollegen, aber auch der gesamten Unterrichtssituation geführt.

< Ulzen (CDU): Haben wir schon immer gesagt! >

Das bedeutet auch, daß dies eine Belastung darstellt bei der Verwirklichung von Erziehungsaufträgen. Sie haben das häufig selbst dargestellt, versuchen es aber, wenn hier zurückgegriffen wird, aus Ihrer Sicht zu leugnen. Sie müssen aber dabei bleiben und können nicht aus der eigenen Argumentation aussteigen.

< Wronski (CDU): Ihre Behauptungen sind nicht seriös, Herr Senator! >

– Dann können Sie sich ja dazu bekennen! –

Ich möchte an dieser Stelle den 17 000 Berliner Lehrerinnen und Lehrern für ihr Engagement und ihre Aufgeschlossenheit gerade bei der Realisierung der Erziehungsziele der Berliner Schule danken. Es geht nicht an, wenn hier und da der Eindruck verbreitet wird, die Berliner Lehrerschaft hätte in den letzten zehn Jahren nicht mehr erzogen. Ich wehre mich entschieden gegen derartige pauschale Vorwürfe, die Herr Lummer, das muß ich einräumen, nicht einmal in seiner Begründung vorgetragen hat.

Aus alledem wird erkennbar, daß der Senat die Auffassung, entweder Strukturreform oder Verwirklichung des Erziehungsauftrags für eine falsche Gegenüberstellung hält. Ein ebenso verhängnisvoller Ansatz wäre es auch, die Wissensvermittlung ohne weiteres in einen Gegensatz zur Erfüllung des Erziehungsauftrags zu bringen. Unterricht und Erziehung bilden eine Einheit. Neben
(B) den kognitiven Lernzielen werden immer selbstverständlicher auch Lernziele für das soziale Lernen und die emotionalen Bereiche bestimmt. Schule betont heute in immer stärkerem Maße die menschliche Beziehung im Erziehungsvorgang und den Wert musischer Bildung.

Ich möchte noch einen Punkt nennen, der für die Erziehungspraxis an der Berliner Schule von großer Bedeutung ist: Die Umsetzung von demokratischen Erziehungs- und Bildungszielen hängt in sehr großem Maße davon ab, inwieweit Pädagogen bereit sind, sich dienstlich oder außerdienstlich für diese Ziele zu engagieren. Dabei kommt es darauf an, dieses Engagement zu ermutigen. Der Schulaufsicht kommt dabei eine besondere Rolle zu.

< Dr. Wruck (CDU): Technokratischer Apparat! >

Nicht etwa kleinkariertes Überwachen von Unterrichtspraxis – wie oft gemeint wird – ist ihre Aufgabe, sondern gerade pädagogische Beratung und Hilfe. Persönliches Engagement des Lehrers hat eine große Bedeutung für den Unterricht, weil die Schüler daran lernen, daß unsere demokratische Grundordnung mehr als Lippenbekenntnisse verlangt. Es ist dabei selbstverständlich, daß Lehrer nicht versuchen, ihre persönlichen Auffassungen den Schülern aufzuzwingen.

< Feilcke (CDU): Aber wie ist die Praxis? >

Wir Politiker müssen offen fragen, ob die Überprüfungspraxis im Zusammenhang mit dem Radikalenerlaß in den vergangenen Jahren nicht Folgen für das Engagement gerade von jungen Lehrern hatte. Ich habe – auch unter dem Eindruck persönlicher Gespräche – den Verdacht, daß wir noch immer unter diesen Folgen dieser falschen Politik leiden, auch was die Werte-Debatte angeht.

Meine bisherigen Darlegungen enthalten im Grunde schon die Antwort auf die Frage 5 der Koalitionsfraktionen, ob die Erziehungs- und Bildungsziele der Berliner Schule zu verdeutlichen sind. Sie sind ausführlich im Schulgesetz, im Schulverfassungsgesetz, im Lehrerbildungsgesetz, in den Schulentwicklungsplänen und vor allem in den Rahmenplänen festgelegt. Sie sind aber auch Grundlage der Reformbemühungen der letzten 20 Jahre.

Zusätzlich habe ich in vielen Artikeln in der Zeitung „die schule", auch in Reden vor Schulleitern und Schulaufsichtsbeamten und gegenüber der Öffentlichkeit – auch wenn der Kollege Lummer das etwas anders sieht – sowie in Schreiben an Lehrerkollegien zur Erziehung in der Berliner Schule Stellung genommen, insbesondere auch im Zusammenhang mit den bestürzenden und empörenden neonazistischen Vorgängen an einzelnen Berliner Schulen habe ich darauf hingewiesen, daß die überzeugende Darstellung demokratischer Erziehungs- und Bildungsziele Aufgabe der Schule sein muß. Was macht denn stärker deutlich, daß Wertbewußtsein in der Erwachsenenwelt fehlt, wenn es zu derartigen Vorfällen in Schulen kommt? – Dies ist doch eine entscheidende Wertfrage! Ich erinnere daran, daß ich vor kurzem die Durchführung eines antifaschistischen/antinazistischen Tages an den Berliner Schulen angeregt habe; eine Anregung, die viele Schulen positiv aufgenommen haben. (C)

Die Diskussion um den Erziehungsauftrag der Schule, die wir heute im Parlament führen, dient sicher zur Verdeutlichung von demokratischen Bildungs- und Erziehungszielen. Wir alle leisten damit einen Beitrag, um pädagogische Fragestellungen einer breiten Öffentlichkeit transparent zu machen. Ich habe nicht die Vorstellung, daß man sich nach Abschluß dieser Debatte beschaulich zurücklehnen und sagen könnte: Die Probleme der Realisierung von Erziehungs- und Bildungszielen seien für die Berliner Schule nun endlich gelöst. Die Gesellschaft knüpft bestimmte Erwartungen an die Schule. Diese Erwartungen zu akzentuieren und zu formulieren, ist in einer parlamentarischen Demokratie ohne Zweifel Aufgabe des Parlaments. Ich muß allerdings deutlich davor warnen, der Schule in unserer Gesellschaft eine Rolle zuzuordnen, die ihre Möglichkeiten überschreitet. Schule ist eine Einrichtung, die den jungen Menschen auf seinem Entwicklungsweg begleitet und ihm helfen soll, seine Fähigkeiten und Fertigkeiten und seine Wertvorstellungen zu entfalten. Die Schule kann aber andere Einrichtungen nicht ersetzen, sie kann schon gar nicht gesellschaftliche Zerrissenheit, Uneinigkeit in Wertfragen und Konflikte lösen oder in einer Art von „Heiler-Welt-Ideologie" überbrücken.

Gewiß dient auch die Diskussion über die Erziehungs- und Bildungsziele in der Schule dazu, allen Beteiligten erneut die Bedeutung des § 1 des Schulgesetzes und die konkreten Aufgaben des Unterrichts und der Erziehung, die sich aus den grundsätzlichen Überlegungen des Allgemeinen Teils der Rahmenpläne ergeben, zu verdeutlichen. Maßnahmen, die neue Ziele produzieren, sind nach meiner Überzeugung gewiß nicht notwendig. Versteckt sich aber hinter der Forderung nach mehr Erziehung die Aufforderung, die umfassend niedergelegten Bildungs- und Erziehungsziele in der Schule zu korrigieren und andere Akzente zu setzen, als sie jetzt in § 1 und auch in den 12 Grundsätzen in den Rahmenplänen niedergelegt sind, so ist höchste Aufmerksamkeit geboten. (D

Wer wollte leugnen, daß Jugendliche Leitbilder brauchen? – Nur, welche Leitbilder sind gemeint? – Die eines Berufsstandes, oder soll das konkrete Verhalten eines Lehrers Leitbild sein,

< Ulzen (CDU): Jeder kann Leitbild sein! >

der durch sein persönliches Engagement in der Demokratie im schulischen Alltag den Schülern Wertvorstellungen vorlebt? – Natürlich soll ein Lehrer Autorität haben; aber Autorität beruht nicht auf Befehl und Gehorsam,

< Ulzen (CDU): Hat auch keiner gesagt! >

sondern muß aus Überlegenheit und Überzeugungsfähigkeit der Persönlichkeit erwachsen.

Natürlich sind die viel zitierten Tugenden wie Fleiß, Ordnung, Pünktlichkeit u. ä. Arbeitshaltungen, auf die unsere Schule und unsere Gesellschaft insgesamt nicht verzichten kann. Aber ich wehre mich dagegen, daß durch eine Überbetonung der Eindruck entsteht, sie seien d i e Eckpfeiler der Erziehung.

< Dr. Wruck (CDU): Können Sie mal sagen, wo S i e den Akzent setzen? >

An dieser Stelle scheint mir noch einmal ein Zitat von Horst-Eberhard Richter auf dem Forum „Zukunft der SPD" angebracht zu sein. Er sagte dort:

Sen Rasch

A) Dies ist ja eben eine der wichtigsten und peinlichsten Erklärungen für die Möglichkeit von Holocaust: So etwas funktioniert reibungslos, indem das reibungslose Mitfunktionieren als solches zur Tugend schlecht verklärt worden und als Maßstab der sittlichen Integrität verinnerlicht worden war.

Nun unterstelle ich niemandem, der heute von diesen Tugenden spricht, daß er dieses wieder anstrebt. Wir müssen aber immer daran denken, wenn wir von eben diesen Tugenden sprechen.

< Frau Dr. Besser (CDU): Tugenden werden nicht dafür vermittelt, sondern für den einzelnen! >

Und wer wollte leugnen, daß jeder Mensch nach Glück strebt und auch streben soll?

< Dr. Wruck (CDU): Ist das der Sinn der Erziehung? >

Dies ist ja eine wichtige Wertaussage, um die wir womöglich hier zu ringen haben. Das Glück unserer Kinder kann aber nicht erreicht werden, indem Schule lehrt, Glücksansprüche zu stellen. Diese werden jeden Tag durch die Erwachsenenwelt, durch Werbung und Konsumverhalten dem Kind suggeriert. Es wäre ja absurd, Schule dafür verantwortlich machen zu wollen. Wir sollten gerade zur Kritik derartiger Glücksvorstellungen erziehen, statt uns diesem Vorwurf auszusetzen. Es gibt aber gewiß viele Möglichkeiten, durch Mitgestaltung gerade im Bereich der Schule auch persönliches Glück zu erfahren. Glück allein schon in der Pflichterfüllung zu sehen, halte ich für eine unvertretbare Einschränkung.

< Ulzen (CDU): Das hat doch auch niemand behauptet! >

– Herr Abgeordneter Ulzen, wenn Sie immer sagen, das hat niemand behauptet, dann ist es mir ein Leichtes, Ihnen darzulegen vor dem Hintergrund der Diskussion, die auf Bundesebene geführt wird, daß eben genau dieses zu den Thesen gehört, die auf dem Kongreß „Mut zur Erziehung" ausgeführt worden sind. Sie entlarven doch hier Ihre Unwissenheit über die Qualität der Diskussion, die bundesweit geführt wird, und glauben jetzt, mit der Begründung des Abgeordneten Lummer sei für die Berliner CDU
B) das Problem der Diskussion, indem er zum Konsens aufgerufen hat und auch zu Toleranz gesprochen hat, erledigt.

< Dr. Wruck (CDU): Sie haben doch überhaupt keinen Akzent gesetzt! Hören Sie doch auf damit! Derartige Intoleranz, nicht einmal Zwischenfragen zuzulassen! – Ulzen (CDU): Toleranz üben heißt auch Zwischenfragen zuzulassen. >

Ich glaube, Hartmut von Hentig hat im Zusammenhang mit der Frage des Glücks einmal gesagt, daß er glücklich wäre, wenn die Schule die Schüler nicht unglücklich macht.

Es gibt bestimmt viele Möglichkeiten, den schulischen Alltag zu verbessern, Erziehung zu verstärken. Eine Voraussetzung dazu ist, daß Eltern, Lehrer und Schüler gemeinsam an der Verwirklichung der Erziehungsziele arbeiten.

Keiner, weder die Opposition noch die Regierung noch die Regierungsfraktionen, hat hier in der Umsetzung von einzelnen vorhandenen Defiziten Geheim- oder Spezialrezepte zur Verfügung, und nur das Proklamieren und das Feststellen eines Mangels an Erziehungshilfen oder der Tatsache, es würde nicht mehr genügend erzogen, reicht nicht aus. Die Debatte über die Erziehungsziele, die bundesweit geführt wird, ist im Grundsatz eine Wertdebatte, die weit über das Schulwesen hinausgeht, die in den gesellschaftlichen Bereich generell hineingeht, die die Frage der Grundwerteaussage des Grundgesetzes mit aufgreift. Es ist und kann nicht meine Aufgabe sein, im Rahmen dieser Großen Anfrage diesen Gesamtkomplex hier vor Ihnen im Rahmen einer bildungspolitischen Debatte auszubreiten. Ich habe hier die Aufgabe für den Senat, das Verhältnis von Erziehungszielen und ihrer Realisierung im Zusammenhang mit der Großen Anfrage zu beantworten. Die Debatte, die Sie anstreben, geht weit über die Schule hinaus.

< Dr. Wruck (CDU): Richtig! >

Ohne Zweifel, wir können und sollen sie auch in diesem Hohen Hause über diesen Rahmen hinaus führen. Aber auch dann, darf ich Ihnen sagen, nützt es herzlich wenig, im Rahmen von relativ unverbindlichen allgemeinen Konsensformeln zu bleiben. Auch (C)
dann müssen, um den Konsens herzustellen, die Dissenspunkte und die Kritikpunkte herausgestellt werden. – Ich danke Ihnen.

< Beifall bei der F.D.P. und der SPD >

Stellv. Präsident Sickert: Das Wort in der Besprechung hat der Abgeordnete Ulzen.

Ulzen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hochverehrter Herr Senator, Sie haben die Chance vertan, mit diesen beiden Großen Anfragen einen neuen Anfang zu setzen.

< Beifall bei der CDU – Diepgen (CDU): Nicht nur diese Chance, sondern überhaupt etwas zu sagen! >

Das, was Sie zur Beantwortung der beiden Anfragen ausgeführt haben, das hat nun wirklich die Berliner Schule und die Erziehung in der Berliner Schule in diesem Niveau nicht verdient!

< Beifall bei der CDU >

Das sage ich jetzt nicht nur als Parlamentarier, das sage ich auch für alle, die als Lehrer, als Pädagogen tätig sind, und das sage ich auch selbst als Pädagoge. Hier kann man als Pädagoge nur zornig sein, wenn man diese inhaltlosen Aussagen, diese Worthülsen über sich ergehen lassen muß, obwohl es um Erziehungsfragen geht!

< Beifall bei der CDU >

Herr Senator, Sie haben überhaupt nichts dazu beigetragen, der Erziehungsdebatte durch Ihre Ausführungen irgendwelche neuen Impulse zu geben. Diese Chance hätten Sie gehabt. Noch viel schlimmer: Wenn sich in diesem Land Berlin einer erdreistet, sich eigene Gedanken zur Erziehung zu machen, wie der Landesschulrat, dann hätten Sie hier und heute die Pflicht gehabt, sich vor diesen Mann zu stellen und zu sagen: Das sind Ihre Aussagen zu den Erziehungszielen. Diese Chance haben Sie nicht wahrgenommen, aber das hätte dieser Mann verdient gehabt! (D)

< Beifall bei der CDU >

Was Sie von Erziehung und über Erziehung denken, das zeigte sich ja schon ganz deutlich daran, wie Sie auf eine Kleine Anfrage aus Ihrer eigenen Fraktion reagiert haben, als nach den Erziehungszielen gefragt wurde. Sie haben sich ausschließlich auf den § 1 des Schulgesetzes und auf das Schulverfassungsgesetz bezogen. Sie haben mit keinem Wort das Grundgesetz bei dieser Antwort erwähnt. Ich kann Ihnen nur sagen: Das Grundgesetz ist Voraussetzung für alles, was wir an Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland tun, und deshalb hätten Sie auch das Grundgesetz in Ihrer Antwort erwähnen müssen!

Josef Isensee hat gesagt, daß das Grundgesetz den ethischen Grundkonsens für uns alle darstellt. Das Grundgesetz ist der Ausgangspunkt für alles das, was wir über Erziehung und Bildung sagen. Und wenn das richtig ist, dann ist auch das Grundgesetz der Ausgangspunkt bei der Diskussion über Werte. Nun haben Sie natürlich recht: Die Begriffe „Werte" und „Grundwerte" kommen im Grundgesetz nicht vor. Aber der Artikel 1 bindet alle staatliche Gewalt an die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die zu achten und zu schützen ist. Und der Katalog der Grundrechte, der dann folgt, beinhaltet die Grundwerte unserer Gesellschaft, wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Pluralität. Das sind die Grundwerte, und diese Grundwerte sind nicht irgendeiner Beliebigkeit unterworfen, sondern sie sind ganz klar definiert, und hierzu hätten Sie etwas sagen sollen. Und Freiheit – Sie haben diesen Begriff aufgegriffen – heißt ja nicht irgendwelche schrankenlose Willkür. Freiheit ist Freiheit von unrechtmäßiger Gewalt. Aber Freiheit ist auch Freiheit zur Mitwirkung und Mitbestimmung in Gesellschaft und Staat,

< Beifall bei der CDU >

und dafür müssen wir erziehen. Wir müssen fähig machen für diese Demokratie, die eine wehrhafte Demokratie ist. Deshalb ist jede Diskussion über Erziehung und Erziehungsziele ohne Bezug auf das Grundgesetz undenkbar. Ihnen blieb es vorbehalten, uns klarzumachen, das es auch ohne diesen Bezug geht. Ich kann

(A) Ihnen nur sagen, Herr Senator: Es besteht ein bedenkliches Mißverhältnis zwischen dem, was Sie hier geboten haben, und unserem Verständnis von Demokratie.

Sie haben nicht den richtigen Stil gefunden, wenn Sie die Aussagen des Landesschulrats damit kommentieren, daß es zwar einen Senator für die Schulverwaltung gebe, aber keinen Senator für Pädagogik. Wir haben den Eindruck, daß es diesen Senator für Pädagogik in diesem Lande sinnvollerweise geben müßte! Dann hätten wir bessere Aussagen und konkretere Vorstellungen von Erziehung geboten bekommen. Und wie verträgt sich das mit der Forderung, die Sie einmal erhoben haben: „Mut zum Risiko"? Was fordern Sie denn von den Pädagogen? Ich habe den Eindruck, daß weite Teile in dieser Stadt den Mut der Pädagogen bewundern, mit dem sie in der Berliner Schule tätig sind. Manchmal muß man sich fragen, wie gut ist eigentlich die Schule, daß sie trotzdem noch funktioniert. Dazu haben Sie einmal etwas Richtiges gesagt: Sie funktioniert, weil sich die Pädagogen in dieser Stadt für diese Schule engagieren, obwohl sie von Ihnen nicht die Hilfe bekommen, die sie verdient haben.

Ich muß feststellen, daß Sie auf unsere Frage nach Erziehungsdefiziten nicht richtig geantwortet haben. Sie haben nicht geklärt, daß es Erziehungsdefizite gibt. Dabei haben Sie selbst in mehreren Aufsätzen – ich habe das einmal verfolgt – von Defiziten in der Berliner Schule gesprochen. Das erste Mal haben Sie im März 1979 in Ihrer Zeitschrift „die schule" geschrieben, daß wir zu wenig Wertebewußtsein haben. Zweitens haben Sie im November 1979 erklärt, daß eine Diskussion über Erziehung grundsätzlich begrüßt wird. Dann haben Sie in der „Liberalen Zeitung" vom 25. Mai vorigen Jahres erklärt: „Keine neue, sondern eine bessere Schule". Sie haben aber in diesen Schriften kein Wort über Erziehung gesagt. Des weiteren haben Sie in der „Liberalen Zeitung" vom 18. Januar dieses Jahres auf den „Mut zum Risiko" hingewiesen. Damit beweisen Sie doch, daß wir Erziehungsdefizite haben, doch haben Sie sich nicht dazu bequemt, dazu etwas auszuführen. Weiter haben Sie zum Beispiel am 27. Mai vorigen Jahres in der „Berliner Morgenpost" gesagt: „Was fehlt, ist einfach ein Stück Heimat". Alles das sind doch Dinge, die letzten Endes
(B) zeigen, daß es Defizite gibt. Schließlich haben Sie in der Dezember-Ausgabe 1979 der „schule" gesagt: „Die innere Schulreform, das heißt die Hinwendung zu den Werten und Inhalten demokratischer Erziehung, muß in den nächsten Jahren Vorrang haben." Das alles beweist doch, daß wir Defizite in der Erziehung, in der Schule haben. Wenn es sie gibt, dann können sie auch klar angesprochen werden. Nicht umsonst hat meine Fraktion die Große Anfrage eingebracht, um Sie zu Aussagen zu zwingen. Nun müssen wir uns fragen, wo die Gründe für Erziehungsdefizite liegen. Fest steht, daß der Aspekt der Erziehung in der Lehrerbildung zu kurz kommt. Er findet mindestens nicht genug Beachtung. Es war mit Sicherheit auch nicht modern. Wir haben früher – Sie wissen das – von „Konfliktpädagogik", von „Hinterfragungsmechanismen" gesprochen, von „Hinterfragungskultur", von „Werthierarchien", die aufgebaut und kritisch hinterfragt werden sollen. Und da Sie sich wahrscheinlich mit modernen und fortschrittlichen Pädagogen beschäftigen, darf ich Ihnen einmal einiges vorlesen. Da heißt es zum Beispiel bei Becker: „Identität entwickeln und bewahren lernen – kritische Distanz zu sich selbst gewinnen – Werthierarchien aufbauen – Selbstgenuß lernen – Stilgefühl entwickeln – Achtung vor der Autonomie des anderen lernen". Hier fehlt es an Aussagen, die dazu gemacht werden müßten. Das haben Sie, Herr Senator, versäumt.

< Sen Rasch: Sie haben bloß nicht zugehört! >

Wenn wir diese Bücher hier aufgreifen wie das von Rolff, aus dem ich eben zitiert habe – „Strategisches Lernen in der Gesamtschule" –: Allein diese militärischen Vokabeln! In diesem Buch steht nichts über Erziehung drin, kein einziges Wort! Und im „Jahrbuch für Lehrer 1978" findet man ebenfalls nichts über Erziehung, Herr Senator! Das zeigt doch, daß wir überall Defizite haben und daß selbst die Erziehungswissenschaft diesen Begriff, dem sie ihren Namen verdankt, aufgegeben hat. Dann „Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland" von der Arbeitsgruppe am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: Auch hier steht nichts über Erziehung, zwar viel über „soziales Lernen" – der Begriff wird fünfmal erwähnt –, aber kein einziges Mal das Wort „Erziehung".

< Hauff (SPD): Noch ein Buch! >

Das unterstützt unsere Argumentation, daß über Erziehung viel zu (C) wenig gesprochen wird. Sie hätten die Chance gehabt, diese Diskussion heute neu zu beginnen.

Stellv. Präsident Sickert: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ulzen (CDU): Aber selbstverständlich!

Stellv. Präsident Sickert: Bitte schön, Kollege Dittberner!

Dr. Dittberner (F.D.P.): Kollege Ulzen, hat Senator Rasch die Bücher, die Sie gerade zitiert haben, alle verfaßt, oder wer?

< Heiterkeit – Widerspruch bei der CDU >

Ulzen (CDU): Herr Kollege Dittberner, ich will Ihnen parlamentarisch fair antworten: Nach der Antwort auf die beiden Großen Anfragen durch den Schulsenator dürfte sich diese Frage von selbst beantworten!

< Beifall bei der CDU –
Hucklenbroich (F.D.P.): Sie haben damit argumentiert! >

Ich komme zu einem weiteren Aspekt. Senator Rasch hat hier gefährlicherweise das Problem der antiautoritären Erziehung angesprochen. Diese antiautoritäre Erziehung der 60er und 70er Jahre hat uns in der Erziehung genau die Probleme gebracht, von denen wir heute sprechen. Aber dazu haben Sie nichts gesagt.

< Sen Rasch: Das stimmt nicht! >

Wir sind gegen antiautoritäre Erziehung, wir sind auch gegen autoritäre Erziehung, aber wir sind für Autorität in der Erziehung!

< Beifall bei der CDU >

Es ist keine Erziehung möglich ohne Autorität, und Erziehung muß mit Autorität geführt werden. Ziel der antiautoritären Erziehung ist (D) gewesen, feste Strukturen alternativlos zu zerstören, eben keine Alternativen zu bieten. Das ist ein ganz gefährlicher und verhängnisvoller Ansatz. Dazu hätten Sie etwas sagen sollen. Sie haben die Chance, sich von dieser Art der Erziehung zu distanzieren, nicht genutzt. Im Gegenteil, Sie haben versucht, über die Reform der Organisation in den 60er Jahren Erziehung zu definieren. Das ist der denkbar falscheste Ansatz, den man wählen kann.

Wie es ohne Autorität keine Erziehung gibt, kann auch kein Staat ohne Autorität auskommen. Und da muß ich Sie nun fragen: Sie haben sehr sinnvoll dargestellt, daß der Lehrer auf der einen Seite Vertreter der Gesellschaft sein muß und auf der anderen Seite Anwalt des Kindes und der Jugendlichen sein soll. Wie können Sie aber von jemandem, der diese Gesellschaftsordnung, die Gesellschaftsordnung der Bundesrepulik Deutschland akzeptiert, noch mehr Engagement erwarten, wenn er auf der anderen Seite sieht, daß jemand, der diese Gesellschaftsordnung nicht akzeptiert, genauso von Ihnen gefördert wird. Für uns ist es undenkbar, daß jemand, der die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht akzeptiert, diesen Erziehungsauftrag erfüllen kann. Und deswegen ist Ihre Definition falsch.

< Beifall bei der CDU >

Auch etwas anderes hat noch dazu geführt, daß wir eine Erziehungskrise haben: Die Wissenschaftsgläubigkeit. Sie haben sich auf das Schulgesetz und auf die Richtlinien für Unterricht und Erziehung berufen. Da heißt es:

> Die Erziehungswissenschaft liefert Beiträge zu allgemeinen Ordnungsprinzipien für den ständig anwachsenden Wissensstoff.

Wo steht dort etwas von Erziehung? – Und es heißt im Abschnitt „Die Berliner Schule" weiter:

> Unsere Welt ist in hohem Grade durch Wissenschaft geprägt und ermöglicht gleichzeitig den Austausch von Informationen in einem Ausmaß wie nie zuvor. Deshalb muß die Schule mehr als bisher Abstraktion und Kommunikation vorbereiten.

Ulzen

(A) Herr Senator, das ist richtig, aber dazu gehört eben auch die Erziehung. Das eine tun, ohne das andere zu lassen – das ist die Konsequenz, die man daraus ziehen muß.

< Beifall bei der CDU >

In einem Punkt muß ich die Koalitionsfraktionen ausdrücklich loben. Mit Ihrer Frage 4 haben Sie eine sehr mutige Frage gestellt. Sie haben genau nach dem gefragt, was wir in diesem Hause immer wieder kritisiert haben: Wir haben immer wieder kritisiert, daß die Reformeuphorie der vergangenen zehn, fünfzehn Jahre die Arbeitskraft der Lehrer völlig in Anspruch genommen hat. Und ich bewundere Ihren Mut, den ich als Anfang für ein neues Besinnen auf Werte betrachte, die wir dann gemeinsam vertreten können.

Stellv. Präsident Sickert: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Ulzen (CDU): Aber selbstverständlich!

Stellv. Präsident Sickert: Herr Abgeordneter Hucklenbroich!

Hucklenbroich (F.D.P.): Wer war in den letzten 15 Jahren Landesschulrat, Herr Kollege? – Der von Ihnen so gelobte Bath?

Ulzen (CDU): Hochverehrter Herr Kollege Hucklenbroich! Das ist ja das Schlimme dabei, daß leider die Senatoren nicht immer auf den Landesschulrat gehört haben!

< Wronski (CDU): Sehr richtig! und Beifall bei der CDU >

Ich würde mir wünschen, Herr Hucklenbroich, daß die Senatoren mehr auf die Leute hörten, die von Pädagogik und Schule Ahnung haben und die nicht kraft eines politischen Amtes in diese
(B) Funktionen hineinkommen.

< Zemla (CDU): So ist es! und Beifall bei der CDU >

Aber Sie können gern weiterfragen, Herr Kollege Hucklenbroich. Ich bin nämlich in der glücklichen Lage, diesen Bereich personell besser zu kennen als Sie, aber ich überlasse es Ihnen, Fragen zu stellen.

Zurück zur Frage 4 der Koalitionsfraktionen. Ich muß einfach feststellen, daß die Arbeitskraft und das Ethos der Pädagogen für die Struktur und Organisationsreform verbraucht worden ist wie noch nie. Wir haben uns nicht um das kümmern können, was eben Schule auch ist: Erziehung. Ich muß Sie noch eins fragen: Warum haben Sie das jetzt erst gemerkt? Bedurfte es noch eines Anstoßes, um dieses heute zu merken? Ich kann wirklich nur hoffen, daß wir hier gemeinsam weitergehen wollen. Arbeiten wir gemeinsam an der Erziehung, und geben wir der Jugend ein Vorbild, wie man gemeinsam Aufgaben lösen kann!

Und dann zur Frage 3, der Lehrerbildung. Herr Senator, gerade dort, in der Lehrerbildung, müssen sich Werte und Normen, das heißt, der Erziehungsauftrag der Schule, verdeutlichen. Aber das tut es nicht. Die Lehrerbildung ist viel zu wenig an dem Erziehungsauftrag orientiert. Das ist keine Vorbereitung auf die Aufgaben der Schule. Ich will Ihnen dafür ein Beispiel geben; Sie können das alles prüfen, ich bin auch bereit, Ihnen dafür die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, falls Sie zu Ihrer Verwaltung nicht die Beziehung haben, die Sie als Schulsenator haben sollten. Hier heißt es zum Beispiel „Unterricht planen"; da wird von Planung und Lernzielen gesprochen, Lernziele bestimmen, Lernziele beschreiben, Lernziele begründen, normative Implikationen der Lernziele festlegen, Lehrinhalte didaktisch aufbereiten, Unterrichtseinheiten profilieren und strukturieren.

Herr Senator, ich könnte so fortfahren. Erstens ist es eine Herrschaftssprache, was hier gesagt wird, zum anderen dient alles nicht dem, was wir unter Erziehung verstehen. Das ist keine Erziehung. Erziehung muß Gegenstand der theoretischen wie praktischen Ausbildung der Lehrer sein, und zwar in einem handlungsorientierten Sinne.

Eines allerdings ist typisch. Nirgends wird bei der Anfrage der (C) Koalition – und auch nicht beim Senator – die Erziehung auf das bezogen, was auch zur Erziehung beiträgt, nämlich auf das Elternhaus. Für uns sind Elternhaus und Schule eine Einheit. Ohne das Zusammenwirken von Elternhaus und Schule gibt es keine Erziehung. Und, Herr Senator, Sie hätten natürlich den Mut haben sollen, sich einmal hier vor Ihre sozialliberalen Kollegen zu stellen. Ich finde es einfach einen Skandal, wenn in der letzten Ausgabe der „Berliner Stimme" steht – und wir lesen sie, das kann ich Ihnen versichern, im Augenblick sehr, sehr aufmerksam; das muß man sich einmal anhören –:

> „So darf und muß Erziehung der Schule auch im Gegensatz zur Erziehung der Eltern stehen."

Nein, meine Damen und Herren, genau das Umgekehrte ist der Fall. Erziehung muß in Schule und Elternhaus gemeinsam geführt werden und nicht gegeneinander!

< Beifall bei der CDU –
Zwischenruf des Abg. Dr. Meisner (SPD) >

– Herr Dr. Meisner, ich würde mich sehr freuen, wenn Sie hier vorn reden würden. Ich bin sehr gespannt, was Sie dazu sagen.

Ich hätte eigentlich gewünscht, daß in der Begründung für die Große Anfrage – und ich möchte mir die Bemerkung erlauben, es war eine bemerkenswerte Begründung, die für die Große Anfrage seitens der Koalitionsfraktionen geleistet wurde – von diesen Formulierungen eine Distanzierung erfolgt wäre, denn so vergiften Sie die Atmosphäre, aber Sie nützen ihr nicht.

Aber selbst der Senator macht bedenkliche Ausführungen. Er sagt zum Beispiel in der „Morgenpost" vom 27. Mai:

> „Die Schule muß häufig Aufgaben des Elternhauses mitübernehmen."

Und jetzt kommt es:

> „Nicht alle Familien können Grundwerte vermitteln."

Allein die Formulierung „Nicht alle Familien", darüber kann man (D) streiten, aber, Herr Senator, was für Grundwerte sollen denn die Familien vermitteln, was für Grundwerte setzen Sie denn? Da haben Sie eine Antwort verfehlt, diese Antwort haben Sie nicht gegeben!

< Unruhe bei SPD und F.D.P. >

Wie wollen Sie erziehen, Herr Senator, wenn Sie keine klaren Erziehungsziele haben? Wer keine Ziele hat, kann diese Ziele nicht realisieren und damit nicht Erziehung betreiben,

< Beifall bei der CDU >

denn Erziehung, Herr Senator, um Ihnen das als Definition zu geben, Erziehung ist Realisierung von Erziehungszielen.

Und dann, meine Damen und Herren, kommt das schönste, was der Senator sich geleistet hat. Herr Senator, Sie haben in Ihrer Hauspostille in der Ihnen eigenen Art sich auf Hartmut von Hentig bezogen. Ich gebe zu, auf Hartmut von Hentig kann man sich immer beziehen, denn er sagt vieles, und man kann, wie bei Aristoteles, sehr viel Nektar saugen, für jede Meinung etwas. Aber, Herr Senator, Sie haben hier folgendes gesagt:

> „Ich stimme Hartmut von Hentig zu, wenn er formuliert: Wenn wir Schulleiter und Lehrer zu Buchhaltern machen, geben wir die Pädagogik auf."

Und jetzt kommt es:

> „Mut zur Erziehung muß auch heißen können: Mut zur Unregelmäßigkeit, zur Ausnahme, zum Risiko."

Das, Herr Senator, ist fatal. Wie kann

< Zwischenruf von Senator Rasch >

ich erziehen, wenn ich die Lehrer auffordere, oder den, der erziehen soll, auffordere zur Ausnahme, zum Risiko! – Ich habe Sie genau zitiert, Herr Senator, ich habe Sie nicht nur ganz zitiert, sondern, da ich sogar davon ausgehe, daß Sie gelegentlich falsch zitieren, habe ich mir die Schrift besorgt und nachgelesen, ob Sie richtig zitiert haben.

< Heiterkeit bei der CDU >

Ulzen

(A) Und was ich eben vorgelesen habe, ist genau der Absatz, den Sie zitiert haben. Deswegen kann ich Ihnen nur sagen, Mut zur Erziehung kann eben nicht heißen, Mut zur Unregelmäßigkeit, zur Ausnahme, zum Risiko.

Und das Schlimme ist noch dabei, Sie haben dieses Zitat aus der Schrift von Hartmut von Hentig genommen:

„Die Reform der Schule war nicht radikal genug."

Ich will Ihnen ja nicht unterstellen, daß Sie die Schrift gelesen haben, aber wenn Sie sich Zitate besorgen lassen, dann sollten Sie wenigstens wissen, was das heißt und was das besagt. Das haben Sie schlicht und ergreifend versäumt. Sie haben damit eine ganz verhängnisvolle Formulierung gewählt, Sie hätten gut daran getan, diese Formulierung zu revidieren. Was heißt denn Mut zur Ausnahme? Haben Sie da vielleicht an Carl Schmitt gedacht, Ausnahmezustand und Norm? Oder wollen Sie damit zur Revolution erziehen? Wollen Sie zum Revolutionären erziehen oder vielleicht gar zur Elite? Das ist bei Ihnen alles denkbar, man erwartet immer wieder etwas Neues. Oder wollen Sie vielleicht zum Außenseiter in der Gesellschaft erziehen, oder wozu wollen Sie erziehen, Herr Senator? Das hätten Sie sagen sollen; wenn man über Erziehung spricht, dann muß man wirklich ganz klare Vorstellungen haben.

Damit ich Ihnen nun den Gefallen tue, auch noch weiter auf das einzugehen, was Sie da ausgeführt haben: Sie sagen dann:

Der Pädagoge darf nicht nur Beamter sein.

Also, erstens möchte ich Sie einmal bitten, bei den Beamten nachzufragen, die bloß Beamte sind, weil sie keine Pädagogen sind.

< Heiterkeit bei der CDU >

Ich kann Ihnen nur sagen, was Sie da gesagt haben, das ist so hanebüchen, das ist so mehrdeutig, das ist so vieldeutig, daß man sich wirklich fragen muß, was für eine Diskussion Sie mit dieser Bemerkung überhaupt heraufbeschwören wollten.

(B) Zur Bildung haben Sie allerdings überhaupt nichts gesagt. Nun nehme ich Ihnen das nicht übel. Aber, wenn Sie dazu nichts sagen wollen, dann versuchen Sie doch wenigstens zu erklären, warum Sie dazu nichts sagen wollen. Es gibt immer Leute, die versuchen, Bildung zu definieren. Wir sind der Meinung, daß Bildung sich aus Erziehung und Unterricht ergibt. Wenn das aber eine unlösbare Einheit ist, wenn das ein Regelkreis ist, dann muß auch die Bildung hier einen ganz festen Standort haben, denn ohne Erziehung ist kein Unterricht möglich.

Das sind alles Fragen über Fragen, die Sie nicht bei der Diskussion über Erziehungsziele beantwortet haben, die übrigens nicht erst heute begonnen hat. Der Kollege Lummer hat schon mehrere Beispiele zitiert, er hat den Bundeskanzler zitiert. Ich will, um Sie hier etwas aufzumuntern, noch ein Zitat bringen, das der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft im März 1979 in der Evangelischen Akademie in Tutzing gebracht hat. Da hat er zum Beispiel gesagt, daß dem jungen Menschen als Grundwert die Menschenwürde einsichtig zu machen sei. Und dann führt er aus, und nun hören Sie einmal zu, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, da sagt er:

> Natürlich wird kein Mensch die schwierigen Aufgaben seines Lebens ohne die Tugenden des Fleißes, des Ordnungssinnes, der Sauberkeit, der Pünktlichkeit einigermaßen ordentlich bewältigen können.

< Zwischenrufe der SPD >

Und dann ist der Absatz zu Ende.

< Heiterkeit bei der CDU >

Natürlich gibt es noch einen zweiten Absatz, aber das ist ein ganz anderes Thema, ich will Sie nicht überfordern, Herr Kollege Hucklenbroich, sonst müßte ich den auch noch zitieren.

< Gelächter bei der CDU >

Sehen Sie, meine Damen und Herren, dem ist nichts hinzuzufügen. Wenn das so deutlich gesagt wird, Herr Senator, und das ist immerhin ein Bundesminister, kein Landesminister, dann hat das eine Bedeutung, die Sie sicherlich abschätzen können.

Stellv. Präsident Sickert: Gestatten Sie eine Zwischenfrage? (C)

Ulzen (CDU): Aber selbstverständlich!

Stellv. Präsident Sickert: Bitte, Herr Abgeordneter Hucklenbroich, Ihre Zwischenfrage!

< Heiterkeit bei der CDU >

Hucklenbroich (F.D.P.): Herr Kollege Ulzen, wenn Sie diesen Satz des Bundesbildungsministers zitieren – natürlich ist das eine Voraussetzung –, dann ist doch nach logischen Denkgesetzen vorauszusehen, daß noch dies oder jenes hinzukommt. Warum zitieren Sie nicht vollständig?

< Zwischenruf von der CDU: Frage, Frage! >

Warum zitieren Sie nicht vollständig, wenn Sie anderen Leerformeln und Unvollständigkeit vorwerfen?

Ulzen (CDU): Hochverehrter Herr Kollege Hucklenbroich, ich schätze Sie außerordentlich, nur dürfen Sie nicht den Fehler machen, an der falschen Stelle Zusatzfragen zu stellen.

< Gelächter bei der CDU >

Herr Hucklenbroich, wenn Sie jetzt Fragen stellen, dann müßte ich den Präsidenten bitten, daß er mir die Zeit gibt, Ihnen den ganzen Artikel vorzulesen. Da steht sehr vieles drin, was ich akzeptiere. Aber ich kann doch nicht mehrere Absätze hintereinander zitieren, nur damit Sie befriedigt sind. Sie wissen als Jurist, man liest einen Satz davor und auch noch einen danach, und den in der Mitte habe ich vorgelesen.

< Zwischenruf des Abg. Hucklenbroich (F.D.P.) >

Aber, Herr Kollege Hucklenbroich, ich bin bereit, Ihnen hinterher einen propädeutischen Kurs zu bieten, wie man zitiert. Ich kann Ihnen das auch genau erklären, im Augenblick aber führt uns das nicht weiter und dient der Sache überhaupt nicht; denn das, was (D)
der Minister Schmude gesagt hat, ist voll akzeptiert, ohne etwas hinzuzufügen.

< Sen Rasch: Sie haben unvollständig zitiert! >

Stellv. Präsident Sickert: Herr Ulzen, ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen: Sie haben noch 23 Minuten Zeit – falls Sie den Artikel vorlesen wollen.

< Heiterkeit >

Ulzen (CDU): Herr Präsident! Ich verstehe diesen Hinweis schon, aber man muß natürlich noch einiges zu dem sagen, was der Herr Senator ausgeführt hat, damit das nicht im Raume stehen bleibt.

Ich finde es außerordentlich bedenklich, wenn er sich auf die Tagung der SPD in Böblingen bezieht. Es blieb einem Exponenten der Linken in der SPD vorbehalten, auf diese Böblinger Tagung auch in der „Berliner Stimme" deutlich einzugehen. Um die Diskussion hier etwas abzukürzen, sage ich ganz freimütig: Wenn Kollege Lummer betont hat, daß wir einen gemeinsamen Anfang finden wollen, daß wir den Konsens der Demokraten praktizieren und pflegen wollen, dann kann ich in diesem Zusammenhang nur sagen, ich bin dem Kollegen Löffler außerordentlich dankbar, daß er in der letzten Ausgabe der „Berliner Stimme" sich klar von dem distanziert hat, was der Exponent der Linken, der SPD-Bundestagsabgeordnete Egert, gesagt hat.

< Beifall bei der CDU >

Das verstehen wir unter Konsens der Demokraten, daß man sich von dem auch distanziert, was der andere sagt. Wir sind so frei, zuzugeben, daß wir das begrüßen. Wir bedauern nur, daß das hier nur von einer Seite gekommen ist, doch gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß die Diskussion bei der SPD weitergeht.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Das, was der Senator geantwortet hat, ist letzten Endes – ich hatte es schon einmal gesagt – eine sehr bedauerliche Aussage gewesen. Er hat die

Ulzen

(A) Fragen sehr formal beantwortet. Ich bin der Meinung, die Chance, die wir in Berlin gehabt hätten durch die Großen Anfragen der beiden Fraktionen, diese Chance, Herr Senator, haben Sie vertan! Wir hätten in der Schulpolitik in Berlin einen neuen Anfang machen können,

< Zuruf des Abg. Hucklenbroich (F.D.P.) >

wir hätten in Berlin mit der Beantwortung der Großen Anfragen uns auf Werte verständigen können. Ich kann nur hoffen, daß die Diskussion noch weitergeht. Dazu waren diese beiden Großen Anfragen ein Anfang. Ich verspreche Ihnen, daß wir auf der Basis des demokratischen Konsensus diese Diskussion führen werden. Allerdings habe ich nicht die Hoffnung, daß Sie, Herr Senator, dazu wesentlich beitragen werden. – Ich danke Ihnen!

< Beifall bei der CDU >

Stellv. Präsident Sickert: Das Wort hat der Abgeordnete Hauff.

Hauff (SPD): Herr Präsident! Lassen Sie mich am Beginn meiner Ausführungen den gebührenden Dank an den Senator für Schulwesen für seine Antwort auf die beiden Großen Anfragen richten.

< Zuruf von der CDU: Gebührend! – Heiterkeit bei der CDU >

Im selben Atemzug möchte ich dem ersten Redner der Opposition, der die Große Anfrage der CDU-Fraktion begründet hat, ausdrücklich Respekt bezeugen für das Niveau, das er, so war es jedenfalls am Anfang der Diskussion, geboten hat. Herr Kollege Lummer hat sich in mehreren Passagen seiner Rede jenes Gebots befleißigt, das im Thema selbst liegt, in einem Thema, das sich besonders wenig zu parteipolitischen Kontroversen eignet. Nicht jeder Teilnehmer an dieser Diskussion innerhalb und außerhalb
(B) des Parlaments ist diesem Gebot gefolgt. Ich bedauere dies außerordentlich.

< Zuruf von der SPD: So ist es! >

Gerade an dieser Stelle möchte ich, Herr Kollege Ulzen, zwei Punkte aufgreifen, die Sie genannt haben. Erstens haben Sie mit einem Zitat aus der „Berliner Stimme", der Zeitung der Sozialdemokraten, zitierend geglaubt nachweisen zu müssen, daß man einen Gegensatz zwischen Lehrern und Familien konstruieren könnte. Ich möchte es kurz machen und dazu nur einen einzigen Satz aus dem uns heute zugänglich gemachten Plenarprotokoll der Sitzung am 13. Dezember 1979 vorlesen, wo der Kollege Ulzen wörtlich folgendes sagte: „In der Schule muß, und das ist die Meinung, die wir hier als CDU vertreten, mehr Mut zum Risiko angelegt sein." – Dies ist der Bezug, den ich jetzt herstelle zu dem, was Sie über Herrn von Hentig gesagt haben, der mit vollem Recht ausführte, daß in der Pädagogik Mut zum Risiko da ist. Hinsichtlich der Frage mit der Familie möchte ich ein Beispiel aus der eigenen beruflichen Erfahrung bringen.

Es ist noch nicht lange her, daß der Vater eines meiner Schüler zur Sprechstunde in die Schule kam und zu mir sagte: Mein Sprößling macht mir Kummer, und wenn Sie auch mal Kummer mit ihm haben, dann hauen Sie ihm mal richtig eine runter! – Jetzt möchte ich Sie fragen, ob an einer solchen Stelle nicht auch einmal ein Gegensatz der pädagogischen Praxis zwischen Elternhaus und Schule richtig ist.

< Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU – Zurufe von der CDU >

– Angesichts einiger Zwischenrufe glaube ich, auch nach dem, was ich heute schon gehört habe, daß es angemessen ist, über manches den Mantel der Nächstenliebe – christlicher oder nicht – zu breiten.

< Heiterkeit >

Die Berliner Schule und darüber hinaus, Herrn Lummer folgend, Berlin überhaupt kann nur profitieren von einer qualitativ hochstehenden Diskussion über die Erziehungsaufgaben in unserer Gesellschaft. Der Landesschulrat Herbert Bath hat vor ungefähr einem halben Jahr die Gelegenheit dazu gegeben, über die (C) Erziehungs- und Bildungsaufgaben der Schule und die dahinterstehenden gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen zu sprechen. Ich will ausdrücklich sagen, daß ihm dafür Dank gebührt.

< Frau Dr. Besser (CDU): Sehr schön! >

Auch, wenn dieser Dank nicht bedeutet, daß man mit jeder seiner Thesen inhaltlich übereinstimmen muß.

< Frau Dr. Besser (CDU): Wir sind Demokraten! >

Erstens wird er das selbst nicht erwarten, und zweitens glaube ich, daß die Qualität einer Diskussion sich darin zeigt, daß man in der Lage ist, ohne sachfremde Polemik und ohne unzulässige Personalisierung – ich sage dies nicht ohne Anlaß – man also in der Lage ist, mit jemandem, der eine ernsthafte Diskussion begonnen hat, sich auch ernsthaft auseinanderzusetzen, um möglicherweise zu ganz anderen Antworten zu kommen. Dies gehört auch zu unserem Thema. Ich komme auf diesen Punkt zurück. Wie ich auch heute sehe, ist die Gefahr nicht vorbei, daß wir das Niveau der Diskussion nicht im Auge behalten könnten.

Ich sprach von dem Anlaß der Diskussion vor einem halben Jahr, und es ist wohl richtig, zu sagen, daß die Verkürzung inhaltlicher Positionen in Thesen notwendigerweise zu Mißverständnissen führen mußte und daß dies zumindest teilweise begründet, warum die anschließende Diskussion nicht immer zum Kern des Problems vorgedrungen ist.

In der sechsten dieser Thesen spricht Herbert Bath von der Verabsolutierung von Teilwahrheiten. Das ist eine Denk- und Sprechfigur, die wir mehrfach beobachten und erleben mußten.

< Zuruf des Abg. Dr. Kunze (F.D.P.) >

Es ist im übrigen die Wahrheit, die sich auch gegen den Autor selbst wendet, weil Thesen notwendigerweise verkürzen und Teile so darstellen, als ob sie etwas Ganzes wären. Ich glaube, daß das jedem, der ernsthaft diskutiert hat, klar ist.

Ich möchte, weil nun eben Horst Eberhard Richter zitiert (D) worden ist und weil ich selber meinen Part in der Diskussion in Böblingen gespielt habe und die dortige Veranstaltung sehr sorgfältig beobachtet und miterlebt habe, er ist ja mehrfach zitiert worden, eine Bemerkung dazu machen.

Ich halte die Ausführungen von Horst Eberhard Richter damals im Mai 1979 in Böblingen in einer Hinsicht für höchst angemessen, nämlich dort, wo er mithilft, die Selbstgerechtigkeit der Erwachsenengeneration etwas zu verunsichern, wo er die Erwachsenen praktisch mahnt, nicht ihre Wertwelt und ihre katalogisierten Werte zu verabsolutieren. Auf der anderen Seite wäre ein solches Zitat, wenn es für sich allein stehengelassen würde, ebenfalls nicht mehr wahr geblieben. Vielleicht kann man das auf folgende Formel bringen, daß es angemessen wäre, daß man diejenigen, die zur Zeit zu sicher sind in ihren Wertvorstellungen und ihrem Denken über die Gesellschaft, wirklich verunsichern sollte, daß man aber andererseits die vielen – und es gibt sehr viele in der Gesellschaft, die unsicher sind, und das ist von vornherein nichts Schlechtes, es kann ein Zeichen von Nachdenken sein –, die sich nicht so ganz sicher sind, ob das, was sie gerade für richtig halten, auch später noch Bestand haben kann, ermuntert und in ihrem Nachdenken und in ihrem Dialog mit anderen fördert. Es ist mehr als zweitausend Jahre her, daß es Menschen gegeben hat, die gesagt haben: Ich weiß, daß ich nichts weiß! Sie haben schon früher Schwierigkeiten gehabt mit der staatlichen Ordnung, und wir sollten nicht den Fehler machen, der damals gemacht worden ist.

< Frau Dr. Besser (CDU): So treten aber unsere Junglehrer nicht auf! >

Ich komme zu einigen Begriffen, die in der Debatte eine Rolle gespielt haben, und beziehe mich ausdrücklich auf einiges, was auch außerhalb des Parlaments gesagt wurde, weil sonst die Diskussion nicht angemessen breit wäre. Aber eines zu den Begriffen, die heute gefallen sind – bei allem, was wichtig ist an dem, was Sie heute gesagt haben, wir haben ja sehr viel gehört an Kontroversem über die sogenannen Sekundärtugenden Pünktlichkeit, Fleiß und derartige Dinge: Sie, Herr Senator, haben

Hauff

(A) heute zum zweiten Mal öffentlich diese Tugenden als Arbeitshaltungen bezeichnet. Bei allem Respekt, Herr Senator, ich glaube, wir sollten dies ein wenig revidieren,

< Beifall bei der CDU >

weil der Begriff der Arbeitshaltung, was öffentlich auch schon nachlesbar ist, den Anschein erweckt, als ob er sich lediglich auf die Arbeitswelt bezöge.

< Zuruf von Senator Rasch >

– Gut, wenn dies ein Mißverständnis ist und von Ihnen korrigiert wird, dann sind wir uns einig. – Ich will es einmal ausdrücklich sagen: Diese Sekundärtugenden wie Ordnung, Fleiß, Pünktlichkeit sind doch etwas, was das ganze Leben durchzieht und es mitbestimmt.

< Frau Dr. Besser (CDU): Eben! >

Ich habe ausdrücklich von Sekundärtugenden gesprochen und warne davor, diese Mißverständnisse, die monatelang im Raum standen, zu wiederholen. Ich finde diese Mißverständnisse auch besonders peinlich, weil in den ursprünglichen Thesen selbst der Versuch gemacht worden ist, jene Mißverständnisse auszuräumen, was etwa den Mißbrauch solcher Begriffe im Dritten Reich oder früher angeht. Aber so geht es bei vielen dieser Begriffe, weil man dem anderen nicht so gut zuhören kann; wenn einer sagt, es ist zuwenig erzogen worden, dann hört der andere schon, es sei gesagt worden, es sei gar nicht erzogen worden, und daraus ergeben sich dann tage- und wochenlange Diskussionen, die mich, ehrlich gesagt, langweilen.

Ich halte es für ein außerordentlich gutes Zeichen, lassen Sie mich dies in aller Bescheidenheit für meine Fraktion und für meine Partei sagen, daß aus der Mitte der Sozialdemokraten, auf Berliner Ebene jedenfalls, diese Diskussion begonnen worden ist, daß wir innerparteilich in öffentlich zugänglichen Veranstaltungen auf verhältnismäßig gutem Niveau die Auseinandersetzung über die Interpretation des Vorgetragenen geführt haben und daß auch hier im Parlament die Koalitionsfraktionen die ersten gewesen
(B) sind, die das Thema mit der Großen Anfrage parlamentarisch zur Debatte gestellt haben.

Stellv. Präsident Sickert: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hauff (SPD): Bitte sehr!

Stellv. Präsident Sickert: Bitte, Herr Dr. Lehmann-Brauns!

Dr. Lehmann-Brauns (CDU): Herr Hauff, Sie haben eben den Begriff Niveau gebraucht. Wären Sie bereit, diesen Begriff auch in die von Ihnen sogenannten Sekundärtugenden einzureihen?

Hauff (SPD): Ich zögere. –

< Ulzen (CDU): Jetzt kommen Sie in Verlegenheit! >

– Ich komme überhaupt nicht in Verlegenheit! Aber ich halte Niveau für etwas Erstrebenswertes, und ich kann mir, im Augenblick jedenfalls, keine Situation vorstellen, wo das Niveau vernachlässigenswert wäre. Ich glaube, daß es jeder Diskussion und jeder Lebenssituation gut bekommt, wenn sie niveauvoll ist. Insofern habe ich nicht ganz verstanden, worauf Sie hinauswollen.

< Beifall bei der SPD – Momper (SPD): Ich habe auch den Wert der Frage nicht verstanden! >

Aber wo Konsens ist, soll dies auch deutlich gemacht werden, das soll mir sehr recht sein. – Ich halte jedenfalls fest: Nicht nur im letzten halben Jahr, ich habe hier die Stationen gekennzeichnet, haben wir Sozialdemokraten diese Wertediskussion geführt; dies liegt ein wenig in der Tradition unserer Partei, das wird ein Kenner wissen. Und ich sage auch dies mit Bedacht und im Zusammenhang mit anderen Argumenten: Wir haben auch schon in den 60er Jahren diese Diskussion geführt, ich nenne nur ein Beispiel: Wenn 1962 eine Denkschrift nicht zur Organisation oder zur äußeren Schulreform geschrieben wurde, sondern diese Denkschrift die Bezeichnung trug „Denkschrift zur inneren Schulreform", dann ist dies ein Zeichen dafür, daß man bei dem Gedanken an Reform von der inneren Ausgestaltung des schulischen Lebens ausgegangen ist und daß das, was an reformerischen Maßnahmen getroffen wurde, darauf fußt. Das ist nun immerhin 18 Jahre her; man könnte auch andere Beispiele nehmen: Als wir die Gesamtschule 1968/1970 eingeführt haben, hat es Schriften gegeben, in denen dieser Schultyp begründet wurde und in denen sehr ausführlich von Wertvorstellungen und von Zielen weit über Kognitives hinaus die Rede war. Das läßt sich sehr gut nachlesen, und ich glaube, daß die Bilanz in diesem Punkt gut ist. (C

Aber, und das ist für mich erstaunlicherweise in der heutigen Debatte zu kurz gekommen, es gibt in unserer Gesellschaft, wenn man zehn, zwanzig, dreißig Jahre zurückblickt, ohne allen Zweifel – ein Vakuum ist vielleicht etwas übertrieben – aber doch so etwas wie ein Vakuum, das vielen Menschen Probleme bereitet. Darüber sollte man sehr ruhig und sachlich reden, weil viele Erscheinungen unserer Zeit und viele Probleme der Menschen damit zu tun haben. Ich greife hier angesichts der Kürze der Zeit nur ein einziges Beispiel heraus: Wer wollte etwa die Zunahme von religiösen und politischen Sekten anders verstehen als vor diesem Hintergrund, daß es Heranwachsende und Erwachsene gibt, die sich nicht ausreichend in einem Wertrahmen befinden, die etwas suchen, an dem sie Orientierung finden können. Und so fern es uns auch liegt, Menschen fremdbestimmen zu wollen, muß man dieser Suche nach Orientierung gerecht werden. Das ist eine Aufgabe, die diese Wertediskussion, die wir zu führen begonnen haben, leisten kann, wenn wir dem hohen Anspruch des Themas gerecht werden.

Ich möchte auch ausdrücklich von einer Gefahr dieses Themas sprechen, und zwar von der Gefahr der Katalogisierung. Wenn man von Werten redet in einer Gesellschaft, die ausdrücklich und nach dem Verständnis aller Beteiligten eine pluralistische Gesellschaft ist, dann ist es sehr naheliegend festzustellen: In dem Moment, in dem wir uns über den Katalog der Werte und über die Hierarchisierung von Werten unterhalten, wird es schwierig. Da werden wir miteinander streiten müssen. Und wo so unter- (D
schiedliche Meinungen vorhanden sind, soll man dies auch nicht verkleistern; da muß gestritten werden. Und man sollte nicht eine falsche Idealvorstellung haben, daß man einen einheitlichen Katalog findet, weil dies unserem Verfassungsverständnis und unserem Demokratieverständnis widerspräche. Es könnte sich hier nur um etwas Oktroyiertes handeln. Und dies kann nicht unsere Absicht sein. Wenn man diese Thesen, von denen wir schon sprachen, falsch lesen würde, könnte man falsch interpretierend den Schluß ziehen, es ginge darum, eine Rangordnung bestimmter Werte aufzustellen; dies würde aber zu einer unzulässigen Verfestigung führen, was nicht unsere Absicht sein kann.

Ich muß der Versuchung nachgeben und kurz auf das Land Baden-Württemberg zu sprechen kommen – der eine oder andere wird wissen, worauf ich hinauswill. Im Januar 1979 hat die CDU-Fraktion des baden-württembergischen Landtages von der Landesregierung von Baden-Württemberg, die christdemokratisch ist, gefordert – ich zitiere –,

> die sich aus Grundgesetz, Landesverfassung und Schulgesetz ergebenden Werte und Bildungs- und Erziehungsziele und anthropologischen Grundelemente zusammenzustellen, zu erläutern und jedem Mitglied einer Lehrplankommission und jedem Lehrer an die Hand zu geben.

< Ulzen (CDU): Ist denn das falsch? >

Hier ist die Gefahr ganz deutlich, wo das hinführen könnte. – Ich sage auch gleich, wie es mit diesem Beschluß weitergegangen ist. Die CDU hat in regelmäßigen Abständen den zuständigen Minister, der sich das hat aufdrücken lassen, gefragt, wie es denn nun sei mit der Ausführung des Auftrages. Dieser hat seine Parteifreunde, die Mehrheit im Parlament, vertröstet. Im Januar dieses Jahres hat er dann endlich einem ungeduldigen sozialdemokratischen Mitglied des Landtages die Antwort gegeben: Vor den Landtagswahlen werde man damit nicht rechnen können, daß er den Auftrag ausführe.

< Ulzen (CDU): Das kennen wir doch aus Berlin, nicht wahr! >

Hauff

(A) Ich halte das für ein Zeichen von Klugheit des Ministers, nicht nur aus wahlkampftaktischen Gründen, sondern auch aus inhaltlich-sachlichen Gründen.

< Wronski (CDU): Das wäre ja Schläue! >

Ich habe das so einmal in die Debatte geworfen, weil das für den einen oder anderen eine Warnung sein kann, wie mit einer solchen unzulässigen Katalogisierung umgegangen werden könnte.

Noch ein Gedanke zu dieser Frage der unzulässigen Ideologisierung oder einseitigen Interpretation solcher Werte und der Verfestigung. Es hat ja in der Diskussion der letzten Monate so etwas wie einen roten Faden gegeben, der sich, unzulässig verkürzt vielleicht, zusammenfassen läßt zu drei Stichworten: Man sollte Werte erkennen, man sollte bestimmte Normen anerkennen, und bestimmte Bindungen sind einzugehen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dem irgend jemand widerspricht, solange dies so formuliert bleibt. Wenn man den nächsten Schritt täte und sagte, welche Werte von jedem erkannt werden sollten, welche Normen von jedem anerkannt und welche Bindungen eingegangen werden sollten, dann gäbe es genau den Streit, von dem ich vorhin schon einmal gesprochen habe. Und dies ist nun einmal die Qual und Mühe einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft, daß über solche Dinge gestritten werden kann. Und ich rede nicht der Wertneutralität das Wort; das ist erfreulicherweise von Vorrednern klar gesagt worden, daß Wertneutralität genauso schlimm wäre wie Verabsolutierung einer einzelnen Meinung,

< Beifall >

und es wäre eine völlig falsche Toleranz zu sagen: Mir ist alles egal, dann kann ich auch den anderen akzeptieren. – So kann man nicht miteinander umgehen.

Stellv. Präsident Sickert: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hauff (SPD): Selbstverständlich!

(B)

Dr. Lehmann-Brauns (CDU): Herr Kollege Hauff, ich kann mir im Moment nichts Drittes zwischen Wertneutralität und Wertbezogenheit vorstellen. Vielleicht können Sie mir da helfen?

Hauff (SPD): Können Sie die Frage bitte noch einmal wiederholen? Ich habe sie akustisch nicht verstanden.

Dr. Lehmann-Brauns (CDU): Ich kann mir nichts Drittes vorstellen zwischen einerseits Wertneutralität und andererseits Wertbezogenheit.

Hauff (SPD): Ich bin versucht zu antworten mit einem Beispiel, weil es wirklich ein sehr umfangreiches Thema ist. Das geht modernen Menschen manchmal nicht leicht in den Kopf, daß es manche Spannungen gibt – auch geistiger Art –, die sich nicht auf einer Linie nacheinander aufzeichnen lassen, und deshalb muß ich Ihnen mit einem Bild antworten: Ich würde mir wünschen, der eine oder andere würde mal wieder den alten Lessing lesen und die Ringparabel. Da ist nämlich sehr viel von Werten die Rede und von Toleranz und von Beharren auf eigenem Standpunkt und gleichzeitigem Anerkennen von etwas, was mit dem eigenen im Widerspruch steht. Ich würde sehr viel davon halten, wenn wir das läsen,

< Beifall >

und bin Ihnen dankbar, daß Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, darauf hinzuweisen.

Wir sollten nicht vergessen, was eigentlich die Eltern unserer Schüler im Lande Berlin wünschen für ihre Kinder. Das sollte in der Diskussion, die ja nicht immer so gradlinig ist, doch auch mal gesagt werden, und ich glaube, das läßt sich auch sagen. Diese Kinder sollen nach dem Wunsch ihrer Eltern – soweit wir das erfahren und erleben – Wissen und Fertigkeiten lernen und sie sollen gleichzeitig Mündigkeit und ein selbständiges Urteil sich erwerben. Ich füge ausdrücklich hinzu, diese beiden Ebenen, sowohl Wissen und Fertigkeit wie auch Mündigkeit und selbständiges Urteil, können im positiven Sinne nur erreicht (C) werden in einer persönlichen Beziehung zwischen lehrender Person und dem Lernenden. Diese persönliche Beziehung hat sehr viel mit dem zu tun, was in der allgemeinen Formel von Bindung wohl gemeint sein kann.

Was wir vermeiden sollten – ich spitze es jetzt mal zu –, ist eine gesellschaftliche Schizophrenie, die ab und zu zu beobachten ist, nämlich, daß die einen von dem berechtigten Ziel der Kritikfähigkeit reden – und von nichts sonst –, und die anderen reden von dem berechtigten Ziel der Bindungen – und von nichts sonst. Und das ist auch intellektuell langweilig, weil man das eine von dem anderen nicht trennen kann; beides sind Ziele, und das macht eine der Schwierigkeiten, aber auch Chancen in der Diskussion aus, in der wir uns befinden. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück. Es steckt doch dahinter das allgemeine Problem von Freiheit und Bindung, und es hat Ralf Dahrendorf vor kurzem in einem interessanten, neu erschienenen Band „Stichworte zur geistigen Situation der Zeit" – von Habermas herausgegeben – auf diese Probleme hingewiesen. Er meinte fast wörtlich, daß Freiheit etwas sei, das man sehr wohl durch Regelungen und Gesetze ermöglichen könne, zumindest könne der Raum dafür geschaffen werden, daß aber das, was dazu gehöre, nämlich die Ligatur – sagt er, ich sage: Bindung – nicht durch Gesetze und Verordnungen erzwingbar und herbeiführbar sei, sondern solche Bindungen seien doch wohl nur durch persönliche Beziehungen, durch unmittelbare Lebenssituationen erreichbar. Das macht das so schwierig, auch für eine Schulverwaltung beispielsweise, zu sagen: Nun schafft mal Bindungen! – Das ist nicht so einfach, sondern das muß in der Praxis des Schulalltags, das muß in der Praxis der Familie, das muß in der Praxis der beruflichen Situation, das muß im Bus, in der U-Bahn, überall, wo Menschen einander begegnen und miteinander zu tun haben, geleistet werden, und das kann man einander nicht gut vorschreiben. Aber wir können einander wieder aufmerksam machen, daß dies etwas Wichtiges sei, wenn es dem einen oder anderen in der Vergangenheit etwas aus dem Blick geraten ist. Es kommt darauf an, wie man mit Wertfragen umgeht, ohne den Blick für Veränderungen und Verbesserungen zu vernachlässigen. (D)

Einer der Fehler, die in der Diskussion auch gemacht worden sind, ist das Ausspielen der inneren gegen die äußere Schulreform. Ich habe vorher bereits ein Beispiel genannt, wo man sehr genau nachlesen könnte, daß dies so nicht geht. Jedenfalls gibt mir das Stichwort „Soziales Lernen" noch einmal Veranlassung, darauf hinzuweisen. Wir haben bei der Einführung der Gesamtschule dieses Ziel des sozialen Lernens sehr hoch gehalten, und ich bin dem Kollegen Lummer auch an dieser Stelle nochmals ausdrücklich dankbar, daß er – ich würde sagen: in Souveränität – die ihm Nahestehenden indirekt doch gerügt hat, daß man früher in konservativen Kreisen mehr auf intellektuelle Lernziele, auf kognitive Lernziele Wert gelegt und daß das auch weitgehend den hergebrachten Kanon von Lernzielen des traditionellen Gymnasiums ausgemacht hat. Ich erwähne es deshalb, weil es in der Auseinandersetzung um die verschiedenen Schultypen, die nebeneinander stehen, eine polemische Rolle gespielt hat. Ich will dies, verstehen Sie mich bitte nicht falsch, jetzt nicht polemisch verwenden, sondern nur darauf hinweisen, daß es gerade solche Wertfragen waren und sind, die es manchmal etwas schwerer haben, sich in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung dann auch Geltung zu verschaffen.

Ein weiterer Punkt ist das Auseinanderdividieren von erzieherischem und fachlichem Lernen. Ich habe mich immer gewundert, daß sich das so leicht hinsagt – jedenfalls haben es manche getan. Erzieherisches und fachliches Lernen ist kein Gegensatz. Jede Praktizierung von Unterricht und Erziehung würde zeigen, daß dies nicht geht. Und ich nehme die Gelegenheit, in diesem Zusammenhang auf eine für mich jedenfalls sehr anregende Rede hinzuweisen, die der Kultusminister des größten Bundeslandes, Nordrhein-Westfalen, Herr Girgensohn, im Frühsommer des letzten Jahres gehalten hat mit dem Thema „Erziehung – wozu?" Da hat er ein sehr schönes Beispiel gebracht. Beispiele sind ja schön zum Veranschaulichen. Er hat nämlich gerade dieses Zusammengehören von fachlichem und erzieherischem Lernen anschaulich gemacht mit dem Beispiel der Radioaktivität. Ich darf zitieren: „Wer mit dem Begriff der Radioaktivität nichts anzufangen weiß, versteht weder, was in Harris-

(A) burg passiert ist, noch was in Gorleben passieren soll, noch warum sich Menschen über beides aufregen" —. Sehen Sie hier diese innere Beziehung, daß man auf fachlichem Wissen aufbauend überhaupt erst Erziehungsfragen entwickeln und auch Lernziele erreichen kann. Insofern gehört das nun mal zusammen.

Wir sind, wenn wir im Parlament und auch außerhalb des Parlaments in öffentlichen Veranstaltungen über diese Themen diskutieren, immer in der Verlegenheit, daß wir quasi programmatische Äußerungen abgeben; und wir müssen doch ganz genau wissen — und ich sage das hier an dieser Stelle —, daß sich jede programmatische und theoretische Äußerung messen lassen muß an der Praxis. Und ich kenne so manchen Lehrer im Land Berlin, der nicht so sehr interessiert ist an einer theoretischen Diskussion über Werte, über Erziehungsziele, der aber im Klassenzimmer, in der Schule eine ganze Menge tut, um das zu verwirklichen, was wir hier theoretisch diskutieren. Ich finde, das sollten wir, wenn wir darüber sprechen, nicht außer acht lassen. Es gibt eine ganze Menge Energie und Idealismus bei Lehrern, die eine große erzieherische Leistung vollbringen, ohne daß sie sich immer ausdrücklich auf programmatische oder theoretische Handreichungen stützen können. Entscheidend ist die Praxis zwischen Lehrern und Schülern und Schülern und Mitschülern.

Und lassen Sie mich abschließend sagen — weil dies alles ja auch vor dem Hintergrund der Diskussion über Bildungsreform stattfindet —: Wir sollten nicht das Kind der Bildungsreform mit dem Bad einer Wertediskussion ausschütten, sondern die Chance der Reinigung nutzen. — Ich danke Ihnen!

< Beifall bei der SPD und der F.D.P. >

Stellv. Präsident Sickert: Das Wort hat der Abgeordnete Dittberner.

Dr. Dittberner (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der bisherigen Diskussion ist wohl von allen Rednern die
(B) richtige These vertreten worden, Grundwerte seien notwendig in unserer Gesellschaft, ein Grundkonsens müsse bestehen, damit diese auch demokratische Gesellschaft überhaupt einen Bestand haben kann, Grundwerte seien für die Integration der Gesellschaft notwendig. Dies ist eine allgemeine Feststellung, die richtig ist, die aber, wie vieles, was wir hier diskutieren, einer Präzision bedarf.

Ich würde sogar der These zustimmen, die hier von vielen vertreten worden ist, wonach die Schule Grundwerte vermitteln soll.

< Feilcke (CDU): Was heißt „sogar"? >

— Dieses „sogar" will ich gerade begründen. — So richtig es ist, wenn man eine solche Forderung aufstellt, so schwierig sind auch die Probleme bei der Verwirklichung und bei der Konkretisierung dieser Forderung. Wenn hier vorhin davon gesprochen worden ist, daß wir in unserer Gesellschaft feststellen können, in vielen Bereichen ein teilweises Vakuum hinsichtlich gültiger Werte zu haben; wenn wir feststellen, daß wir einen sehr schnellen Wandel der Werte haben und wegen der Pluralität der Werte manch einer möglicherweise überhaupt nicht mehr weiß, was denn noch gilt, was gut und böse ist, dann stellt sich doch gleichzeitig die Frage, wer entscheidet eigentlich darüber, welche Werte in dieser pluralistischen Gesellschaft noch Gültigkeit haben? Ich meine, hier muß noch weiter diskutiert werden. In der bisherigen Diskussion ist dieser Punkt — jedenfalls für meine Vorstellungen — noch nicht scharf genug gefaßt worden. Das kann in einer demokratischen Gesellschaft auch nicht von oben her verordnet werden. Dies scheint mir nicht möglich zu sein. Selbst wenn wir durch Parlamentsbeschlüsse einen Wertekatalog für die Berliner Schulen schafften, dann würden diese Werte allein dadurch, daß wir sie hier beschlossen haben, noch keine „automatische" Gültigkeit haben. Die Parlamentsgeschichte der Bundesrepublik liefert dafür Beispiele genug. Das heißt also, die Werte können eigentlich nur entwickelt, herausgeschält werden durch die Diskussion der gesellschaftlichen Gruppen, wozu unter anderem auch die politischen Parteien gehören. Insofern ist es von einem Liberalen natürlich zu begrüßen, wenn wer auch immer sich mit — möglicherweise angreifbaren — Thesen zu dieser Problematik zu Worte meldet und diese Thesen, was sie im vorliegenden Falle ja getan (C) haben, zu einer Diskussion und möglicherweise auch zu einer Abklärung der Fronten beitragen.

Ich meine, die Schule ist nicht der Wertgeber der Gesellschaft, sondern wir haben viele andere. Und manch ein Irrtum — auch in den Beiträgen der CDU-Fraktion — scheint mir darin zu liegen, daß man die Vorstellung hat, wir hätten noch so etwas wie eine religiös legitimierte Gesellschaft, in der die Kirche, in der die Religion beispielsweise sagt, was wahr und was falsch ist. Manchmal und manche Zeit lang haben wir geglaubt, daß die Wissenschaft diese Aufgabe der Kirche übernehmen kann; inzwischen sind wir so klug, zu wissen, daß auch die Wissenschaft der alleinige Wahrheitsgeber in unserer Gesellschaft nicht sein kann.

Die Diskussion, die wir hier im Augenblick in Berlin führen, ist sozusagen ein Fortsatz der Diskussion, die an anderen Stellen auch schon geführt worden ist, das ist hier mehrfach gesagt worden. Ich meine, es ist falsch, wenn wir sagen, die Diskussion habe damit angefangen, daß der oberste Schulbeamte des Landes Berlin die 30 Thesen veröffentlicht hat. Die Diskussion hat natürlich schon sehr viel früher angefangen, und wir hier im Parlament haben am 31. Mai 1979 zum Beispiel die Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters gehört. Er hat an dieser Stelle gesagt:

> Wir werden die soziale Öffnung unseres Bildungswesens fortführen und einen Rückfall hinter unsere Politik der Chancengleichheit nicht zulassen.

Das ist vom Senat und vom Abgeordnetenhaus gebilligt worden und Teil der offiziellen Politik in dieser Stadt. Damit hat der Senat seinen politischen Willen kundgetan, den in der Bildungspolitik in der Bundesrepublik eingeschlagenen Weg der Reform fortzusetzen.

Nun ist „Reform" auch ein Wort, das gebe ich zu, das der Präzision bedarf. Die bisherige Debatte hat wohl auch zum Teil darunter gelitten. Wir erinnern uns alle daran, daß die Bildungsreform im Grunde in Gang gekommen ist durch Ereignisse wie (D den Sputnik-Schock, durch Veröffentlichungen wie die von Georg Picht, der vor einer „deutschen Bildungskatastrophe" gewarnt hat, und durch Ralf Dahrendorfs „Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik". Und damals, da unterstreiche ich das, was der Schulsenator hier ausgeführt hat, ist diese Reform mit großer Übereinstimmung in der Bundesrepublik allgemein eingeleitet und verwirklicht worden. — Welches waren nun eigentlich die zentralen Themen dieser Reformpolitik, und sind dies nicht auch Grundwerte für die Bildungspolitik überhaupt. Dietrich Goldschmidt hat mit anderen in einem jüngst veröffentlichten wissenschaftlichen Aufsatz zu dem Thema Entwicklung der Bildungssoziologie, wie ich meine zu Recht, diese Reformpolitik mit zwei Begriffen umschrieben: Der erste Begriff ist der der „Chancengleichheit", der zweite Begriff ist der der „Anpassung des Bildungssystems" an die gewandelte und die sich wandelnde gesellschaftliche Umwelt. Ich meine, diese Werte umschreibenden Begriffe bestimmen auch heute noch das, was man in der gegenwärtigen Situation unter „Reformpolitik" verstehen kann.

In den 30 Thesen des Landesschulrats Bath aber, meine Damen und Herren, ist doch an keiner Stelle von Chancengleichheit als gesellschaftspolitischem Ziel der Schule die Rede.

< Frau Abg. Dr. Besser (CDU): Alle These dienen dem doch! >

Und es ist auch an keiner Stelle die Rede von einer Anpassung des Bildungssystems an den sozialen, an den gesellschaftlichen Wandel: Ich vermute, und ich sage das hier, um diesen Punkt in der weiteren Diskussion zu klären, eher im Gegenteil.

< Frau Abg. Dr. Besser (CDU): Ist aber eine falsche Vermutung! >

In den Thesen wird doch letzten Endes das Konzept der Abkoppelung der Pädagogik von der Entwicklung in der Gesellschaft und in der Wissenschaft gefordert. Und ich meine, hier haben wir den Versuch, der vielleicht sympathisch ist, der mir aber unrealistisch zu sein scheint, eine Situation herbeizuführen, die durch klare Wertgebung, wie sie zum Beispiel die Kirche, die Religion in früheren Zeiten hat leisten können, gekennzeichnet

Dr. Dittberner

(A) ist, wie sie aber ein für allemal vorbei ist. Ich bin der Auffassung, daß der Landesschulrat mit seinen Thesen und mit dieser Abkoppelung von der – sicher auch als problematisch zu betrachtenden – Wissenschaft und von der Gesellschaft sich im Grunde als Gegenreformer dargestellt hat und sich damit dem schon seit langem erhobenen – und hier ja auch wieder angesprochenen – Schlachtruf konservativer Bildungspolitik angeschlossen hat, der da – fälschlicherweise – lautet: „Mut zur Erziehung".

Diesen Aspekt will ich nicht weiter würdigen; das ist nicht das Thema eines Abgeordneten in einer solchen Debatte. Aber der sachliche Gehalt dessen, was im Rahmen der Diskussion von allen Seiten vorgetragen worden ist, der sollte ernst genommen werden, und er sollte diskutiert werden. Hier ist vielfach der Versuch der Bildung eines Konsensus angesprochen worden, und wenn wir einen solchen Konsens bilden wollen, dann können wir nicht über die Probleme hinweg diskutieren, sondern dann müssen wir überhaupt erst einmal alle – jeder für sich – sagen, wo wir diese Probleme eigentlich sehen.

Ich stimme denen zu, die sagen, die bildungspolitische Reformeuphorie von einst ist vorbei und ist zu Recht vorbei. So hat zum Beispiel gerade die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in diesen Tagen in ihrer Zeitung „Erziehung und Wissenschaft" Ergebnisse veröffentlicht, die bei einer Befragung von Lehrern aus Baden-Württemberg herausgekommen sind. In dieser Befragung haben 60 % der Lehrer geäußert, sie wünschten sich mehr Freiheit bei der Auswahl des Unterrichtsstoffes. 75 % der Lehrer sogar haben gesagt, daß das Erziehungsziel „Verantwortungsbewußtsein und soziales Verhalten" – wie man das so nennt in der Bildungssprache – in der Schule vernachlässigt werde. Ich meine, wenn wir solche Zahlen vorzuliegen haben, und die Reihe ließe sich ja beliebig verlängern, dann sollten wir nachdenklich werden. Wir sollten auch aufgrund der Diskussion hier in Berlin nachdenklich werden. Wir sollten die Mängel der Reform ganz realistisch sehen, und auch als Koalitionsfraktionen sollten wir das durchaus auch in dem Rahmen, in dem wir hier diskutieren, tun.

(B) Ich habe jedenfalls eine Reihe von Fragen, ob die gegenwärtige Entwicklung des Schul- und Bildungssystems allgemein so weitergeführt werden kann, wenn das Ziel der Reform mit der Absicht der Verwirklichung von Chancengleichheit und der Anpassung des Bildungssystems an den sozialen Wandel verwirklicht werden soll.

Ich habe vor allen Dingen Zweifel in sechs Punkten:

1. Der Schulalltag droht – und das sagen alle, die in der täglichen Praxis stehen, und wir kennen ähnliches von den Hochschulen – in einem Verordnungsgestrüpp zu ersticken.

< Frau Dr. Besser (CDU): Ja, das ist ja die Unsicherheit! >

2. Die Mitbestimmung in den Schulen ist sicherlich ein von Grund auf zu befürwortendes Konzept. Aber hat es nicht in der Praxis, in der Ausführung, zu einem komplizierten und nervenaufreibenden Gremienwirrwarr geführt, bei dem manchmal die Verantwortlichkeiten gar nicht mehr zu erkennen sind?

3. Die an sich richtige Mitbestimmung hat aber auch häufig die Fraktion – ich sage es jetzt einmal sicherlich schlagwortartig – der „Gegenreformer" in den Schulen gestärkt und damit Bildungsziele überhaupt torpediert und insbesondere die Bildungsziele der Reform.

4. Wohl ein ganz wichtiger Punkt: Der Arbeitsmarkt und das Verfahren, das wir bei der Vergabe von Studienplätzen praktizieren, haben Konkurrenzdruck in einer Weise in die Schulen hineingetragen, wie dies dort gar nicht zu verkraften ist. Bei diesem Konkurrenzdruck können wir immer wieder feststellen – fast könnte man sagen, wie eh und je –, daß die Kinder, wie Goldschmidt es genannt hat, mit „kulturell-privilegierter Herkunft" am ehesten noch die Nase vorn haben und am besten bestehen.

5. Für die Schule sind neue Rahmenpläne entwickelt worden, die den Lehrern und Schülern mehr und leichtere Orientierungsmöglichkeiten vermitteln sollten. Ich meine, gerade das Gegenteil ist wirklich eingetreten; Orientierungslosigkeit von Lehrern und Schülern ist das Ergebnis mancher Rahmenpläne. Ich erinnere nur an das nach meiner Meinung unselige Vorhaben, das (C) Fach Geschichte aufzulösen. Ich erinnere auch an die Tatsache, daß wir im Grunde genommen an unseren Schulen keinen Heimatkundeunterricht mehr haben. Wir haben dies anläßlich einer Fragestunde hier im Abgeordnetenhaus schon einmal besprochen.

6. Und schließlich ist, meine Damen und Herren, der Glaube, daß man durch eine Reform des Bildungssystems diese Gesellschaft, was wir wohl alle wollen, gerechter machen kann, ein Glaube gewesen, der sich im Nachhinein als ein naiver Irrtum herausgestellt hat, weil doch die Schule und das Bildungssystem nur ein Teil dieser Gesellschaft sind und auf Prozesse zu reagieren haben, die sich in anderen Bereichen abspielen.

< Frau Dr. Besser (CDU): Eben! Eben! >

Ich meine, man muß eine Analyse solcher Fakten aufstellen, und ich behaupte gar nicht, daß das, was ich jetzt eben gesagt habe, nicht auch bestritten werden könnte oder daß nicht auch andere Punkte ebenfalls noch genannt werden könnten. Aber diese Fakten müßten sich doch eigentlich feststellen lassen! Darüber sollte man sich dann auch nicht mehr streiten.

Streiten sollte man sich allerdings aber – und das ganz klar, damit die Positionen nicht verwischt werden – über die Konsequenzen, die sich aus dieser Analyse ergeben. Und so, wie ich die bisherige Diskussion und auch die heutige verstanden habe, gibt es hier immer noch eine klare Trennungslinie. Zunächst gibt es immer noch den Reformweg, der für mich lautet: Beseitigung der festgestellten Mängel – wozu ich einiges gesagt habe –, aber Aufrechterhaltung der Reformziele im Prinzip. Und soweit ich es verstehe, versucht der Senat in seiner Bildungspolitik insgesamt, die Mängel der Vergangenheit, die ja nicht nur hier gemacht worden sind, sondern unter anderen Voraussetzungen in anderen Bundesländern z. B. auch, vorsichtig zu korrigieren. Dann wird uns aber noch auf der anderen Seite dieser Trennlinie der Weg der Gegenreform angeboten, den ich persönlich aufgrund der bisherigen Diskussion ablehnen muß. Dieser Weg der Gegenreform kommt z. B. in den 30 Thesen, die wir hier in der Stadt diskutieren, zum Ausdruck. Er kommt aber auch zum Ausdruck (D) in der Feststellung des Abgeordneten Lummer, die zu dem sonstigen Niveau seiner Rede gar nicht passen will: „Lieber eine heile Welt als eine kaputte". Als ob wir darüber entscheiden könnten! Dann wäre das Problem ja sehr leicht zu lösen, und dann wären wir uns sicher auch sehr schnell einig.

Ich meine auch, der Weg, der durch die 30 Punkte aufgezeigt wird, ist ein unrealistischer Weg, die Suche nach einer sympathischen Idylle, die wir aber nicht bekommen werden. Ich verstehe z. B. die Zitate, die in dem Thesenpapier enthalten sind und von dem französischen Soziologen aus dem 19. Jahrhundert, Emile Durkheim, stammen, so. Denn das Thema von Emile Durkheim war doch – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – der mögliche Zerfall der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts wegen der zurückgehenden Gültigkeit der religiösen Werte. Demgegenüber hat Durkheim unter anderem empfohlen, die Werte der bürgerlichen Gesellschaft z. B. und insbesondere auch durch die Schule zu vermitteln, sozusagen als Kompensation. Nun wissen wir aber doch mittlerweile, daß ein so weitgehender und fester Wertkonsens wie in einer religiös-legitimierten Gesellschaft bei uns überhaupt nicht möglich ist! Er ist nicht mehr erreichbar, man kann dies bedauern, man kann dies befürworten, aber das ist im Augenblick überhaupt nicht das Thema. Der Konsens ist eben nicht mehr erreichbar, und besonders nicht mehr in der pluralistischen Gesellschaft unserer Zeit. Infolgedessen müssen wir sehr viel komplizierter diskutieren, und wir können uns z. B. darüber unterhalten, ob wir den Wertefundus, wie er im Grundrechtskatalog des Grundgesetzes zum Ausdruck kommt, stärker in den Mittelpunkt der Bemühungen setzen wollen – mit dem Ziel, in der Diskussion einen Grundkonsens herbeizuführen. Nun wissen wir aber alle, daß die Grundrechte, wie sie im Grundgesetz enthalten sind, ja doch gelegentlich der Interpretation bedürfen und daß auch hierüber in der Vergangenheit heftig gestritten worden ist, ob der eine das richtig oder der andere das falsch interpretiert hat.

Stellv. Präsident Baetge: Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Wruck?

(A)

Dr. Dittberner (F.D.P.): Ja, bitte!

Stellv. Präsident Baetge: Bitte, Herr Dr. Wruck, sie haben das Wort.

Dr. Wruck (CDU): Herr Dr. Dittberner, glauben Sie nicht, daß es bestimmte Wertvorstellungen gibt, die unabhängig von bestimmten gesellschaftlichen Ausrichtungen, unabhängig von bestimmten Jahrhunderten immer existieren?

Dr. Dittberner (F.D.P.): Ich habe ja gerade versucht, deutlich zu machen, daß Werte einem sozialen Wandel unterliegen, genau wie alles andere, was menschliche Gesellschaft ausmacht. Auch Werte sind einem sozialen Wandel unterlegen, und wir leben heute eben in einer Gesellschaft, in der die unterschiedlichsten Werte aus der Vergangenheit und aus der ganzen Welt, z. B. über die Massenmedien, auf uns einstürmen. Und in einer solchen Gesellschaft der Wertevielfalt wäre es sehr gut, herauszufinden, ob wir so etwas wie „ewige Werte" haben. Wir haben sicherlich einen Fundus von Grundwerten, wie er z. B. im Grundgesetz angesprochen worden ist, von dem wir ausgehen können, wobei ich allerdings meine, daß dieser Fundus interpretationsbedürftig ist.

Lassen Sie mich aber noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Das Konzept der Gegenreform, wie ich es nenne, ist in vieler Hinsicht unaufrichtig! Und dies schließt genau an das an, was ich eben angesprochen habe: Der Landesschulrat Bath schreibt zum Beispiel in seinen 30 Thesen: „Erzieher müssen den Mut und die Kraft haben, unermüdlich das gegenüber denjenigen darzustellen, was sie für den Sinn des Lebens halten." – Das schreibt er in einer pluralistischen Gesellschaft. Meine Damen und Herren, vielleicht malen Sie es sich bitte selbst aus, wie Schulverwaltungen hierzulande reagieren würden, wenn zum Beispiel – ich will gar keine Kommunisten nennen, weil die ja in den Schuldienst, wie wir uns hier geeinigt haben, nicht gehören – überzeugte Zeugen Jehovas oder überzeugte Sozialisten oder überzeugte Freidenker oder meinetwegen auch überzeugte Vegetarier

(B)

< Frau Dr. Besser (CDU): Das ist ja eine Zusammenstellung! >

nach diesem Motto in der Schule und im Schuldienst arbeiteten und das gegenüber den Jugendlichen darstellten, „was sie für den Sinn des Lebens halten": Wir hätten sicherlich eine unendliche Diskussion.

Deshalb sollten wir versuchen, das Erziehungsziel der Berliner Schule klar zu definieren. Für mich kommt es vor allen Dingen darauf an, eine kritikfähige, eine demokratische Persönlichkeit zu entwickeln, die die Möglichkeiten hat und die Fähigkeiten besitzt, sich mit sich wandelnden Lebensumständen auseinanderzusetzen – und dies im Respekt vor anderen. So ähnlich ist es auch – ich will auf das Zitat verzichten – in den Rahmenplänen für den Unterricht und die Erziehung in der Berliner Schule vom März 1970 angesprochen worden – in einer Bildungssprache allerdings –, und mir ist nicht bekannt, daß dieser Formulierung damals aus dem Verwaltungsapparat der Schulbehörde in Berlin widersprochen worden ist.

Ich meine, so sollte es auch bleiben – nach dem Willen von Abgeordnetenhaus und Senat. Allerdings sollte jeder Mitarbeiter des Berliner Schulwesens und überhaupt jeder Bürger konkrete Mängel der Schule klar benennen – worum auch ich mich eben bemüht habe –, damit Abhilfe geschaffen werden kann. Unfair, meine ich, und mit einem Beamtenethos wohl auch nicht vereinbar wäre es aber, wenn das teilweise selbst mitverschuldete Unbehagen an den konkreten Mängeln des Berliner Bildungssystems entgegen der Politik des Senats aus der Verwaltung heraus in die Kanäle der Gegenreform umgeleitet werden sollte. Das ist gerade der Weg, den wir nach dem, was wir hier bisher diskutiert haben, nicht gehen sollten. Das ist der Weg, der zum Konflikt hinführt, und nicht der Weg, der zum allseits beschworenen Konsensus hinführt. – Ich danke Ihnen!

< Beifall bei der F.D.P. und SPD >

Stellv. Präsident Baetge: Nächster Redner, meine Damen und Herren, ist Herr Senator Rasch.

Rasch, Senator für Schulwesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal kurz auf einige Ausführungen des Kollegen Lummer und des Kollegen Ulzen eingehen, weil ich das für wichtig halte. Ich will vorab eines ganz deutlich sagen, daß ich doch der Ansicht bin, daß es einen Konsens, einen Wertekonsens in unserer Gesellschaft gibt. Ich möchte ihn nicht als „ewig" bezeichnen, aber er dauert immerhin schon Jahrtausende an, und dieser Wertekonsens ist, glaube ich, definierbar in den Grundwertaussagen in den ersten Artikeln unseres Grundgesetzes. Darüber dürfte wohl kein Streit bestehen. Ob man das nun als ewig bewertet oder nicht und wie man den Einfluß der Gesellschaft auf die Entwicklung in den Jahrtausenden betrachtet, das vermag ich nicht zu übersehen – ich bin kein Philosoph.

< Zuruf von der SPD: Sie können sich ja bemühen, einer zu werden! >

Ich weiß aber, daß in den vergangenen 2000 Jahren die Nächstenliebe als besonderer Wert hinzugekommen ist durch das Christentum, aber sonst hat sich an den Grundwerten, die wir sogar schon im Altertum finden, so furchtbar viel – wenn ich das einmal ganz nüchtern feststellen darf – nicht geändert. Das ist eine Basis, auf die man sich gewiß verständigen kann; auch der Kollege Dr. Dittberner hat sich davon nicht abgesetzt.

< Dr. Wruck (CDU): Der wußte es nicht so genau! >

Nun hat aber, meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund einer klaren Wertaussage natürlich die ganze Erziehung und die Definition von Erziehungszielen ihren Bezugspunkt; dort finden wir die Definition der Erziehungsziele wieder. Und die Reformbemühungen, die wir im Land Berlin oder wo auch immer gemacht haben, können nur dann einen Sinn und einen Bezug haben, wenn sie auf Werte bezogen sind. Dies habe ich vorhin auch ganz deutlich ausgeführt, und hier besteht bestimmt auch ein Konsens, daß dies so sein muß.

< Dr. Wruck (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage >

Insofern, Herr Abgeordneter Dr. Wruck, ist die Diskussion über Reformen natürlich auch – und das muß so sein – eine Diskussion über Erziehungsziele und -werte.

Jetzt können Sie gern eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie es wollen. Ich bin gern bereit, sie zu beantworten.

Stellv. Präsident Baetge: Herr Senator, Sie erlauben also eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Wruck?

Rasch, Senator für Schulwesen: Ja.

Stellv. Präsident Baetge: Herr Dr. Wruck, Sie haben das Wort.

< Ulzen (CDU): Ein völlig neues Senatorengefühl – er läßt Zwischenfragen zu! >

Dr. Wruck (CDU): Herr Rasch, glauben Sie nicht, daß es einen entscheidenden Unterschied gibt zwischen den äußeren Umständen, das heißt Reform der Umwelt, und Reform innerer, geistiger, ideeller Werte?

Rasch, Senator für Schulwesen: Genau das ist, Herr Abgeordneter, Ihre Anschauungsart von Reformen im Verhältnis von Inhalt zu Organisation. Ich kann doch die Organisation der Schule nur dann begründen, abgesehen von reinen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten, wenn sie Zielen und Werten dient. Das ist doch genau der Punkt, den Sie nicht sehen. Da ist doch der Zusammenhang zwischen Reform und Inhalt und Wert gegeben. Warum machen wir denn Reformen, wie sie in den Rahmenplänen im Allgemeinen Teil ja wertmäßig niedergelegt sind? Förderung statt Auslese – darum Grundschulreform. Wir können über die Unzu-

Sen Rasch

A) länglichkeiten reden, aber das ist eine Wertaussage, die in der Reform steckt. Warum machen wir denn Gesamtschule? Weil wir die Leute fördern wollen, und weil wir sie – –

< Ulzen (CDU): Auch „fordern" ist ein Wert! >

– Auch Fordern ist ein Wert, Herr Abgeordneter Ulzen, da gibt es doch gar keinen Dissens. Produzieren Sie doch keine Dissense, wo sie gar nicht vorhanden sind, und sehen Sie den Zusammenhang zwischen Organisation, äußeren Strukturen und Inhalt. Dann müssen Sie nämlich bekennen und sagen: Diese Organisationsformen, diese Reformen haben einen Wert, den wir nicht wollen! – oder Sie konnten den Wert nicht realisieren. Auf dieser Ebene müssen Sie diskutieren, und da müssen Sie sich auch einmal bekennen.

Stellv. Präsident Baetge: Herr Senator, Sie erlauben, wie ich sehe, eine Zwischenfrage. – Herr Abgeordneter Dr. Wruck, Sie haben das Wort.

Dr. Wruck (CDU): Herr Rasch, können Sie dann erläutern, welche Grundwerte Sie reformieren wollen? Können Sie mir das bitte einmal sagen?

Rasch, Senator für Schulwesen: Das ist, Herr Abgeordneter Dr. Wruck, ja wirklich ein Selbsttor, wenn ich das so sagen darf. Ich will ja nicht die Grundwerte reformieren –

< Dr. Wruck (CDU): Genau! >

ist denn Chancengleichheit die Reformation eines Grundwertes? Das ist die Realisierung eines Wertes!

< Beifall bei der F.D.P. und der SPD >

Ist ein Förderprogramm die Revision eines Grundwertes, oder ist es die Durchsetzung eines Grundwertes? Sie haben überhaupt nicht begriffen, worum es hier bei der gesamten Reform geht!

B) < Ulzen (CDU): Oh, oh, oh! >

Stellv. Präsident Baetge: Herr Senator, der Kollege Dr. Wruck hat noch eine Zwischenfrage. Erlauben Sie die?

Rasch, Senator für Schulwesen: Ja.

Stellv. Präsident Baetge: Bitte schön, Herr Dr. Wruck, Sie haben das Wort.

Dr. Wruck (CDU): Herr Rasch, ist Ihnen meine erste Frage nicht in Erinnerung, daß man Reformen auf Umwelt, auf äußere Einflüsse beziehen muß und nicht auf Grundwerte?

Rasch, Senator für Schulwesen: Es gibt' Reformen, Herr Abgeordneter Dr. Wruck, die man ohne Zweifel auf äußere Verhältnisse beziehen muß, weil man nämlich auf bestimmte Dinge, die von außen kommen, reagieren muß – selbstverständlich.

< Dr. Wruck (CDU): Ja, aber nicht auf die Reform der Grundwerte! >

Es gibt aber Reformen, und das ist im Bildungswesen an sich aufgegeben gewesen, die Realisierung von Grundwerten durch die Organisation von Schule mit Hilfe von Pädagogen und Didaktik umzusetzen. Das ist doch der Punkt, worum es geht, und da müssen Sie sich nach meiner Ansicht bekennen.

Nun hat der Abgeordnete Ulzen nach meiner Überzeugung etwas ganz Schlimmes gemacht, was auch im parlamentarischen Raum nicht ganz unproblematisch ist; er hat dem Senat vorgeworfen, die Erziehungsziele, die von mir vorgetragen worden sind, hätten keinen Bezug zum Grundgesetz.

< Ulzen (CDU): Habe ich gesagt? – Dr. Kunze (F.D.P.): Und das vom Abgeordneten Ulzen! >

– Haben Sie gesagt! Ich hätte ja nicht einmal auf das Grundgesetz abgehoben, haben Sie wortwörtlich gesagt. Dies sei ein Offenbarungseid, haben Sie gesagt. Herr Abgeordneter Ulzen, Sie müssen sich Ihre Formulierungen manchmal genauer überlegen, oder lesen Sie sie wenigstens hinterher nach. Es ist so, daß natürlich die Werte vom Grundgesetz definiert werden, und wir haben ja – das ist Ihrer parlamentarischen Arbeit wahrscheinlich entgangen – gerade den § 1 des Schulgesetzes in 1978 neu formuliert. Warum denn wohl, Herr Abgeordneter Ulzen? Doch um in diesen § 1, der noch vor der Zeit des Grundgesetzes formuliert worden ist, die Grundwerteformulierung aufzunehmen, die dort enthalten ist. Ich sehe, daß der Abgeordnete Ulzen nicht einmal mehr weiß, was er gesagt hat, weil er schon bei der SPD rücknachfragen muß. Dies ist nicht der Stil, meine Damen und Herren, wie wir hier miteinander umgehen sollten. – Die Novellierung des § 1 nimmt ausdrücklich Bezug auf das Grundgesetz und dessen Formulierungen, und darauf aufbauend nimmt der allgemeine Teil der Rahmenpläne Bezug auf den § 1. (C)

< Ulzen (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage >

Ich glaube, Herr Präsident, der Abgeordnete Ulzen möchte mich fragen, was er gesagt hat.

Stellv. Präsident Baetge: Der Herr Abgeordnete Ulzen hat mit Ihrer Genehmigung das Wort. – Bitte schön!

Ulzen (CDU): Hochverehrter Senator, würden Sie mir abnehmen, daß alle meine Ausführungen auf dem Boden des Grundgesetzes standen und daß das deswegen eine mißverständliche Äußerung gewesen sein muß?

< Heiterkeit >

Rasch, Senator für Schulwesen: Herr Abgeordneter Ulzen, daß Sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen oder gestanden haben bei Ihren Aussagen, ist aber auch das einzige, was ich Ihnen konzedieren kann. (D)

< Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P. und der SPD – Wischner (CDU): Ganz schön arrogant! >

Sie sollten sich einmal, Herr Abgeordneter Ulzen, Ihre großartigen und weitschweifigen Äußerungen, die einen politischen Gehalt haben, einmal ansehen, wenn Sie § 1 des Schulgesetzes, der eine Art Credo enthält, so gering schätzen. Der Abgeordnete Lummer hat ja gerade deutlich gemacht, daß dem Parlament, dem Gesetzgeber, diese Aufgabe der Definition von Erziehungszielen obliegt. Genau da ist der Konsens vorhanden hier im Hause, nämlich in der gemeinsamen Formulierung des § 1. Zumindest auf dieser Ebene könnten wir uns verständigen. Nun geht es doch darum, uns über Erziehungsziele zu unterhalten und noch nicht über die Praxis, um festzustellen, ob wir überhaupt neue Ziele brauchen. Sind denn die zwölf Grundsätze, die im Allgemeinen Teil des Rahmenplanes enthalten sind und die Sie kennen müßten, ergänzungsbedürftig? Sind sie denn falsch, stehen sie im Widerspruch zum § 1? Das sind die Intentionen, die wir mit den Reformen verfolgt haben, und dazu müssen Sie sich bekennen, und das habe ich genau vorgetragen. Das sind die Grundzüge der Erziehung in unserer Schule, und zwar in Anlehnung an den § 1 und die Aussagen im Rahmenplan.

Sie müssen sich doch einmal klar äußern und nicht nur mit Worthülsen Ihre Enttäuschung über den Senator formulieren.

Ich möchte noch einen anderen Punkt kurz ansprechen, den ich gerade im Hinblick auf den Erziehungsauftrag der Schule für außerordentlich interessant und wichtig halte: Wer soll erziehen? Schule oder Elternhaus? Darf Schule gegen das Elternhaus erziehen? Das war die Frage. Schule muß immer mit dem Elternhaus erziehen.

< Ulzen (CDU): Da kann ich Ihnen ausnahmsweise einmal zustimmen! >

Hier sehen wir ja gerade den Sinn der Partizipation im Schulverfassungsgesetz. Aber, Herr Abgeordneter Ulzen, was soll denn die Schule machen, wenn das Elternhaus, und das gibt es ja auch, kaputt ist? Wenn dort die Werte, die wir vermitteln wollen, mit

Sen Rasch

(A) Füßen getreten werden. Muß denn hier nicht die Schule gegen das Elternhaus erziehen? Zum Beispiel: Wenn Kinder Judenwitze erzählen und Wände beschmieren. Woher haben sie denn das?

< Dr. Besser (CDU): Mit Publikumsbeschimpfungen kommt man hier nicht mehr weiter! >

Gewiß nicht einfach aus der Schule. Hier fehlen doch die Wertmaßstäbe des Elternhauses. Hier muß die Schule kompensieren; eine sehr schwierige Aufgabe! Was ist denn, wenn im Elternhaus getrunken wird, Alkoholsucht besteht? Kann denn die Schule das Drogenproblem alleine lösen? Sie muß es sogar gegen das Elternhaus lösen. Diese aktuellen politischen Fragen, die natürlich immer abgeleitet werden, die kann man nicht so simplifizieren, Herr Abgeordneter Ulzen, wie Sie das hier tun.

Der Abgeordnete Lummer sagt zum Begriff der Harmonie, daß wir nicht das kaputt machen sollen, was noch heil ist. Dann muß ich nur sagen, wenn es eben kaputt ist, wenn vieles in unserer Gesellschaft problematisch ist und sogar Werte zerstört worden sind, dann nützt es doch nichts, wenn ich hingehe und eine heile Welt verkünde. Ich muß dem Schüler klarmachen, daß er auch in einer kaputten Welt oder zumindestens in Teilbereichen mit großen Konflikten in seinem Elternhaus und in seiner Umwelt leben kann. Dazu wollen wir ihn ja gerade erziehen. Das heißt, dieses Beispiel des Abgeordneten Lummer geht genau ins Leere. Keiner will heile, glückliche und positive Verhältnisse zerstören. Das darf auf keinen Fall die Schule noch ein anderer. Aber da, wo es kaputt ist, müssen wir helfen oder zumindest versuchen, zu helfen, Herr Abgeordneter Ulzen, sogar – da nicken Sie freundlich – gegen das Elternhaus. Da kann man keine Patentrezepte entwickeln. Da kann man nur erst einmal den Grundsatz formulieren.

< Ulzen (CDU): Mit dem Elternhaus! >

– Herr Ulzen, darauf könnte man sich, so glaube ich, doch noch einmal verständigen.

(B) Und dann fand ich sehr interessant, was der Abgeordnete Ulzen hier aussprach, und das sollten wir uns doch einmal vor Augen führen. Wir wollten hier, das war die Erwartungshaltung gegenüber meiner Antwort, einen neuen Anfang machen. Herr Abgeordneter Ulzen, wo denn? Der einzige, der aus dem parlamentarischen oppositionellen Bereich den Anfang gemacht hat, das will ich gestehen, war der Abgeordnete Lummer. Ich hätte so eine Begründung nicht erwartet, die soviel Konsens enthielt, wie keiner aus den Regierungsfraktionen oder aus dem Regierungslager erwartet hat. Der Abgeordnete Lummer hat hier, vielleicht ein bißchen wie Weizsäcker, einen neuen Anfang gemacht. Da kann man anknüpfen. Ich wäre der letzte, der nicht bereit wäre,

< Zuruf von der CDU: Da schließen Sie sich mal an! >

um Lummer da heranzuziehen, wo wir meinen, daß die Bildungsziele und Aussagen voll und ganz mit dem, was in § 1 steht, übereinstimmen. Nur Sie haben eben nicht den Konsens gesucht, sondern Sie haben einen äußerlichen Dissens formuliert. Wo ist denn der Dissens in den Erziehungszielen? Sagen Sie mir dies doch ganz klar bei den zwölf Grundsätzen und beim § 1, ich will diese nicht noch alle einmal aufführen, wo liegt denn da der Dissens. Sie haben neue Ziele gefordert, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion. Welche Ziele sollen denn neu sein? Sagen Sie doch einmal genau, welche Ziele neben den bereits niedergelegten, zu denen ich mich bekenne, neu formuliert werden sollen? Da haben Sie nichts gesagt. Lummer hat sein Bekenntnis der Konsensfähigkeit vor diesem Hintergrund hier abgelegt; Sie haben neue Ziele gefordert, und Sie müßten diese einmal vortragen.

Wir können uns aber darüber unterhalten, ob die Ziele mit der Praxis übereinstimmen. Ohne Zweifel gibt es Defizite im Schulalltag, ohne Zweifel gibt es Unvermögen von Pädagogen. Ohne Zweifel gibt es auch Unvermögen in der Verwaltung und in der Schulaufsicht. Ohne Zweifel ist dieses alles vorhanden. Und wir müssen versuchen, dieses alles abzubauen, indem wir die Pädagogen verpflichten, das, was wir als Erziehungsziel und Wert erkannt haben, eben umzusetzen, und zwar durch das beispielhafte Verhalten der Einzelpersönlichkeit.

Wenn ich aber bei einem Beispiel bleibe, dann muß auch das (C Parlament – ich habe das vorhin schon angemerkt – beispielhaft bleiben. Und dieser Stil, der hier auch gegenüber dem Senat vom Abgeordneten Ulzen praktiziert worden ist, den halte ich allerdings für problematisch. Ich habe mich in der Zeitung „Die Schule", Herr Abgeordneter Ulzen, auf Hentig bezogen. Und ich habe, und das will ich noch einmal vortragen, damit es ganz klar wird, dies auch sehr eindeutig eingebettet in eine Formulierung. Ich habe gesagt, wenn wir Schulleiter und Lehrer, das ist das Zitat von Hentig, zu Buchhaltern machen, geben wir die Pädagogik auf. Erziehung muß auch heißen Mut zur Regelmäßigkeit, zur Ausnahme und zum Risiko. Das ist eine pädagogische Aussage und sie ist jetzt kursiv – –

< Ulzen (CDU): Genau das habe ich zitiert! >

– Herr Abgeordneter Ulzen, das haben Sie nicht mehr zitiert; so sind Sie eben, so ist Ihr Stil. Sie sind nicht, wie der Abgeordnete Lummer, auf Konsens, sondern auf Dissens aus. Sie haben das Zitat abgeschlossen und haben meinen Kommentar dazu nicht mit vorgelesen, obwohl Sie mir das Zitat vorhalten wollten. Ich halte das für unredlich, Herr Abgeordneter Ulzen. Und das ist der Stil, mit dem Sie hier Konsens suchen, das ist doch gar nicht möglich. Und es geht noch weiter;

< Beifall bei der SPD und der F.D.P. >

ich habe nämlich gesagt, damit keine Mißverständnisse aufkommen können: Dies bedeutet keine Aufforderung zur Vernachlässigung dienstlicher Pflichten; aber die Pädagogen müssen mehr sein – da haben Sie wieder zitiert – als bloße Beamte. Nicht nur Pflichterfüllung, sondern großes Engagement für die erzieherische Aufgabe ist der Versuch einer Steigerung, die über die normalen Dienstpflichten in der Zeit von 8.00 bis 16.00 Uhr hinausgeht. Das, was wir wollen, ist noch mehr als den hohen Anspruch an einen normalen Beamten. Darum geht es nämlich. Sie müssen nämlich unseren Kindern und Jugendlichen Mut machen, das habe ich gesagt, Herr Abgeordneter Ulzen. Warum verschweigen Sie denn (D hier in dieser Debatte, daß der Senator für Schulwesen dazu auffordert? Weil Sie zur Verdummung beitragen wollen und nicht zur Aufklärung!

Das ist der Stil, wo man sich durchaus einigermaßen leidenschaftlich fragen muß, wie sieht es denn aus mit der Konsensfähigkeit, wie sieht es denn aus mit dem Beispiel der jungen Generation und der Wahrnehmung der Demokratie? Wir wollen doch zur Partizipation, zur Mitbestimmung und zu einer lebendigen Demokratie unsere Schüler anregen. Und das waren keine optimalen Beispiele, die hier geliefert worden sind.

Und das will ich auch noch ansprechen. Was wird denn hier für ein Buhmann aufgebaut, der zur antiautoritären Erziehung auffordert? Der Senator für Schulwesen Walter Rasch? Der Senator für Schulwesen Gerd Löffler? Nehmen Sie doch einmal den § 1 des Schulgesetzes und die allgemeinen Ziele! Es gibt aber ohne jeden Zweifel eine Diskussion über die antiautoritäre Erziehung, die einen politischen und geistigen Hintergrund hatte. Dies ist und war nicht meine Position gewesen. Aber ich will umgekehrt auch keine autoritäre Erziehung.

< Ulzen (CDU): Das war doch die Erziehung der 60er Jahre! Das ist der entscheidende Punkt, und das müssen Sie sagen! >

Ich finde es sehr erfreulich, daß die CDU mittlerweile schon Choreigenschaften entwickelt hat und sich im Chor äußert. Sie haben vorgeworfen, der Senat hätte nichts zur antiautoritären Erziehung gesagt, obgleich es gar nicht unsere Aufgabe ist, da dies nicht unsere Politik ist. Damit haben Sie den Eindruck vermittelt, Herr Abgeordneter, das habe ich schon längst getan, daß wir das propagieren wollten. Worum es geht, habe ich hier gesagt. Wenn ich sage, man muß auch eine Autorität anerkennen, das muß nur innerlich aufgefüllt sein, innerlich begründet sein, dann ist das schon ein Bekenntnis gegen die antiautoritäre Erziehung. Da können Sie nicht mit Ihrem Buhmann wieder kommen. Dies zeigt einmal mehr, daß der Abgeordnete Ulzen

Sen Rasch

weder bereit noch in der Lage war, überhaupt den Ausführungen des Senats zur Großen Anfrage zu folgen. Das einzige, was wirklich

< Wischner (CDU): Ist das ein arroganter Mensch! >

Die Arroganz habe ich vom Abgeordneten Ulzen, Herr Wischner. – Das einzige, was hier wirklich beeindruckend war, das muß ich wirklich sagen, waren die Ausführungen des Abgeordneten Lummer. Ich sage dies hier noch einmal ganz offen, weil Sie diese Dimension in die Debatte geführt haben. Sie werden noch bald heilig gesprochen, Herr Abgeordneter Lummer, weil Sie der Debatte eine Dimension eröffnet haben, die weit über den schulischen Bereich hinausging. Interessant fand ich vor allen Dingen, und das sollten Sie sich sehr genau überlegen, daß die Hauptzitate, die Hauptbelegungspunkte für Ihre Argumentation im wesentlichen bei Bundeskanzler Schmidt lagen. Das finde ich interessant!

< Beifall bei der F.D.P. und der SPD >

Stellv. Präsident Baetge: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Besser. Bitte schön!

Frau Dr. Besser (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst in einem Übereinstimmung mit Senator Rasch feststellen: Ich bin wie er der Auffassung, daß es bestimmte Grundwerte gibt, die durch die Jahrtausende gültig sind. Wenn Sie Verfassungen, egal aus welchem Jahrhundert, egal aus welchem Gesellschaftssystem, miteinander vergleichen, dann werden Sie ganz bestimmte Grundwerte überall dahinter wiederfinden.

Das Problem, um das es geht, ist die Ausformung dieser Grundwerte und die Entwicklung der Normen, die man davon ableitet. Wenn wir heute über Erziehung diskutieren, dann diskutieren wir in Wahrheit über die Widerspiegelung der Normenunsicherheit der Erwachsenen in unserem Staate. Erziehung, vor allem Schule, ist ja letztlich viel mehr Ergebnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit, als daß sie die Voraussetzung dafür ist. Das muß man meines Erachtens an dieser Stelle sehen.

Uns beschäftigen doch einige Probleme, die für uns bis heute ungelöst sind: Das erste Problem ist die Tatsache, daß in einem Staat – und das gehört sicher zu dieser Form der Demokratie – von verschiedenen Seiten mit aller Energie und hohem Einsatz um die Gestaltung dieses Staates gerungen wird. Daher ist der totale Konsens, mit Ausnahme des Konsenses darüber, daß wir mit allen unseren Mitteln darum ringen können, nicht vorhanden. Wenn Sie sagen, wir knüpfen an an die zwanziger Jahre, dann ist das sehr schön; aber ich habe den Eindruck, daß man nicht alles aus den zwanziger Jahren in unsere Zeit so einfach übertragen kann und daß man das, was man zu übertragen versucht hat, nicht in allen Fällen glücklich übertragen hat. Ich möchte das jetzt nicht weiter vertiefen, aber doch darauf hinweisen, daß der bloße Rückgriff auf die zwanziger Jahre – die ja auch am Schluß bestimmte Fehlentwicklungen aufwiesen – nicht ausreicht, um für die Zukunft daraus immer etwas abzuleiten.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen, der mir viel wesentlicher zu sein scheint für die Auseinandersetzungen, die wir hier führen. Mir ist bei Diskussionen, die um die Thesen von Herrn Bath geführt worden sind, etwas aufgefallen, was mich auch ein bißchen beunruhigt. Etwas, das uns alle gemeinsam beunruhigen sollte: Die Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit ist noch nicht von uns bestanden worden, und dies verstellt uns in vielem den Blick auf die Probleme der Gegenwart. Ohne aber die Gegenwart zu bewältigen, können wir für die Zukunft gar keine Grundsätze aufstellen. Ich will das präzisieren. Ich bin nämlich der Auffassung – und das haben Sie vorhin auch so erwähnt, Herr Senator Rasch –, daß die ganze Diskussion um die sogenannten mißbrauchten Tugenden mit dieser Nichtbewältigung unserer jüngeren Vergangenheit – die schließlich nur 15 Jahre einer mehrtausendjährigen Geschichte ausgemacht hat – zusammenhängt. Was heißt denn „Tugenden mißbrauchen" für ein politisches Ziel? Wozu und wem dienen denn die Tugenden, zu denen hier erzogen werden soll? – Sie dienen und nützen doch dem einzelnen, damit er sein Leben besteht!

< Beifall bei der CDU >

Und keiner kann denjenigen, die wir in der Schule zu diesen Tugenden erziehen, die politische Entscheidung vorweg abnehmen – und das darf auch keiner –, die sie selbst zu treffen haben, wenn sie als Erwachsene mit diesen Tugenden in der Lage sein werden, ihr Leben zu bestehen. Was jetzt geschieht, ist doch vielfach, daß man sagt, die Tugenden seien mißbraucht, darum zerstören wir die Tugenden. Aber, was geschieht denn dann? – Damit werden doch die Menschen in diesem Land lebensuntüchtig! Davor, das sage ich Ihnen ganz offen, habe ich die größte Sorge.

< Beifall bei der CDU >

In den Diskussionen habe ich Lehrer erlebt, die keine andere Vokabel als „Auschwitz" in den Saal zu setzen hatten, Lehrer, die nichts anderes zu sagen hatten als: Wir müssen die Menschen von diesen Tugenden wegerziehen, um die Zukunft dieses Staates zu garantieren. – Da kann ich nur sagen, so garantieren sie genau die Zukunft dieses Staates nicht. So zerstören sie sie. Ich bin der Auffassung, daß es überhaupt bei dem von uns allen anerkannten Grundgesetz in der Schule das Problem der Zielsetzung, der politischen Zielsetzung, nicht gibt. Ich habe deshalb überhaupt kein Verständnis für die Diskussion um die Einstellung von Lehrern, die genau dieses Grundgesetz ablehnen und diesen Staat zerstören wollen.

An dieser Stelle müssen wir tatsächlich klare Entscheidungen treffen. Wenn wir an dieser Stelle nicht klare Entscheidungen treffen, dann tragen wir selber zur Verwirrung bei, und zwar in einem Umfang, der nicht wiedergutzumachen ist, wie wir es ja an manchen Ergebnissen aus den Schulen inzwischen ablesen können. Aus diesem Grunde kann ich hier nur sagen, dies können wir uns nicht leisten.

Da man sich aber nicht einigen konnte und diese politisch grundsätzlichen Fragen nicht richtig geklärt sind, hat man es mit der Verwissenschaftlichung versucht. Man hat sozusagen die Verwissenschaftlichung als Ausweg gewählt. Wir brauchen uns doch nichts vorzumachen, es gibt doch genügend Lehrer, die sich weigern zu erziehen, weil sie die Zielsetzung für die Erziehung nicht kennen, Lehrer, die auf dem Standpunkt stehen, Wertneutralität sei die notwendige Zielsetzung. Zur Wertneutralität können sie aber überhaupt nicht erziehen, man braucht die Werte der Erziehung. Soweit es sich um Schule, um öffentliche Schule als staatliche Veranstaltung handelt, kann sie nur stattfinden auf der Grundlage der Werte, die das Grundgesetz in den Grundrechten vorgibt. An der Stelle gibt es kein Infragestellen der Grundrechtsartikel. Man kann sie nachher in der gesellschaftlichen Wirklichkeit mit verschiedenen Prioritäten versehen, aber in der Schule sind die Grundwerte an sich und als solche zur Grundlage der Erziehung zu machen.

Wenn ich mir heute ansehe, daß das Zentralinstitut für Unterrichts- und Curriculumwissenschaften, das jetzt neu gegründet wird in der Freien Universität, bereits in seinem Vorwort den Grundsatz für sein Programm vertritt, nunmehr sollten die pädagogischen Grundsätze der Studentenrevolte durchgesetzt werden, da frage ich mich, was das für ein Ziel sein soll für eine Lehrerausbildung!

< Ulzen (CDU): Sehr richtig! >

Denn sehen Sie, auch eine Lehrerausbildung ist eine staatliche Veranstaltung. Wir haben dauernd Krach mit den Lehrerprüfungen, weil sie nicht in Übereinstimmung sind mit dem, was an den Hochschulen gelehrt wird. Wenn ich Lehrerbildung betreibe als staatliche Veranstaltung für staatliche Schulen, die gleichzeitig wieder eine staatliche Veranstaltung sind, dann muß auch die Lehrerbildung grundsätzlich auf der Grundlage des Grundgesetzes erfolgen. Da gibt es überhaupt keine Ausnahmen für mich. Wir alle kennen das „fabelhafte" – bei Gott „Fabel"-hafte – Beispiel der Diplomarbeit von Frau Gaede, es hat uns ja alle reichlich beschäftigt, sowohl innerhalb als auch außerhalb dieses Hauses. Solche Diplomarbeiten können einfach nicht möglich sein an einer Hochschule, die Lehrer für die Schulen unseres Staates ausbildet.

Frau Dr. Besser

(A) Es tut mir leid, ich sage das hier mit aller Klarheit: Wenn Hochschullehrer nicht in der Lage sind, künftigen Lehrern die richtige Lehre zu erteilen, dann gehören sie nicht an die Hochschule. Auch das muß klar und deutlich gesagt werden, denn nur klare Entscheidungen führen weiter und nicht unklare Meinungsäußerungen.

Ich möchte nun nur noch ein paar Dinge kurz ansprechen, die mir sehr wichtig zu sein scheinen. Das eine ist, was uns in den Schulen infolge der Verwissenschaftlichung, die wir betrieben haben, fehlt. Darum nämlich ist heute die Hauptschule eine Restschule, weil wir die Schulen in einem unzulässigen Maße verwissenschaftlicht haben. Ich zitiere Ihnen hier Herrn Becker, der sehr richtig sagt:

> Nachdem wir eingesehen haben, daß die Volksschule nicht nur unterrichten, sondern erziehen soll, müssen wir den Mut haben, mit dem ausschließlichen Intellektualismus zu brechen und die Charakterbildung in den Vordergrund treten zu lassen.

< Dr. Kunze (F.D.P.): Welcher Becker? >

Sehen Sie, das ist eine ganz zentrale Frage, die wesentlich wichtiger für den jungen Menschen ist, daß er als reife Person im Rahmen seines Lebensalters aus der Schule hinausgeht und nicht mit einem vielleicht für ihn gar nicht brauchbaren vergänglichen Wissen statt dessen belastet wird. Ich lege allerdings auch Wert darauf, daß er das notwendige Wissen mitbekommt. Wie oft erlebe ich bei Studienreferendaren, daß sie mir in Diskussionen in der Landeszentrale sagen: So etwas Überflüssiges wie Rechnen, Lesen, Schreiben; das sind Kulturtechniken, die heute überhaupt nicht mehr notwendig sind, die brauchen wir nicht mehr in ausreichendem Maße zu vermitteln. – Sicherheit für den einzelnen, gerade auch in solchen Kulturtechniken, halte ich für eine ganz wesentliche Voraussetzung, auch für einen der wichtigen Punkte, wenn Sie von sozialem Lernen reden. Denn es wird immer die schöne Vokabel „soziales Lernen" in die Landschaft gesetzt, aber keiner definiert sie genau. Jeder redet sie auch nach und fragt auch nicht, was damit im einzelnen gemeint ist. – Zum
(B) sozialen Lernen gehört z. B. – so unbequem Ihnen das vorkommen mag – nach meinem Selbstverständnis in erster Linie in der Schule auch der Gehorsam. Nicht jeder Schüler und vor allen Dingen auch nicht jedes Kind vermag zu erkennen, was aus welcher Verhaltensweise herauskommt. Aus diesem Grunde muß er um seiner selbst, um seines eigenen Überlebens willen Gehorsam üben an der Stelle, wo er vor Schaden bewahrt werden soll. Auch dies ist ein Teil sozialen Lernens. Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum man sich darüber aufregt, daß heute wieder so etwas verlangt wird.

Und ich möchte Ihnen noch ein letztes sagen: Ich komme aus einer Widerstandsfamilie. Ich habe diese Tugenden gebraucht, die jetzt in Rede stehen, um diesen Widerstand zu leisten und um ihn glaubhaft zu machen.

Und noch ein zweites: Wir haben Widerstand geleistet im nationalsozialistischen Reich, und mein Vater hat trotzdem bis zu seinem 70. Lebensjahr unter der kommunistischen Herrschaft in der heutigen sogenannten DDR in Haft gesessen; meine Schwägerin, die Auschwitz entgangen war, fand ihren Tod durch die verirrte Kugel eines palästinensischen Freischärlers in Israel. – Das heißt, es handelt sich hier um urmenschliche Gefährdung in bezug auf Gewaltanwendung, und gegen diese urmenschliche Gefährdung haben wir anzugehen; das hat nichts mit politischen Systemen zu tun, das hat damit zu tun, daß wir in den Schulen diese Gefährdung so weit wie möglich zurückdrängen und den Menschen dazu befähigen, mit dieser seiner Gefährdung fertig zu werden. – Recht schönen Dank!

< Beifall bei der CDU >

Stellv. Präsident Baetge: Nächster Redner ist der Abgeordnete Longolius. Bitte schön, Herr Longolius, Sie haben das Wort.

Longolius (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige kurze Vorbemerkungen machen und mich dann im wesentlichen auf einen Gedanken beschränken und ihn etwas länger ausführen.

1. Einige Redner haben bereits ausgeführt, daß die Diskussion (C) keineswegs mit den Großen Anfragen heute begonnen hat; sie wird auch nicht mit dieser Debatte zu Ende gehen. Das heißt, wir haben uns selber eigentlich eine Hausaufgabe verpaßt, in der Öffentlichkeit mit den Bürgern weiter zu diskutieren. Ich sage dies ganz bewußt noch einmal, weil es in den Zusammenhang der Beiträge gehört, die hier möglichst viel Konsens gefordert haben. Wir werden uns sicherlich alle gegenseitig prüfen können, wieviel davon übrig bleibt, wenn wir außerhalb dieses Plenarsaals darüber reden und wenn wir vor allem auch außerhalb dieser Stadt darüber diskutieren und z. B. Fragen der Abstimmung in der KMK oder andere Dinge in Richtung Konsens oder Dissens zu entscheiden haben. Hier müssen wir davor warnen, diese Wertediskussion allzu eng zu führen. Wir kennen die Schwierigkeiten, die wir auf Bundesebene haben, und wir wollen nicht durch eine allzu starke Verengung dieser Diskussion ein Auseinanderleben der Schulen noch weiter forcieren. Das ist eine von mir wirklich sehr ernst gemeinte Warnung, und ich bitte Sie alle, sie auch in Zukunft ernst zu nehmen.

2. Ich glaube, daß es bereits die Darstellung eines Grundwertes ist, wenn wir uns gemeinsam darüber einig sind, daß in unserer Gesellschaft Wahrheiten nicht staatlich verordnet werden. Das ist von niemandem anders gesehen worden, und es ist mehr als ein bloßer Satz, der mit einem Punkt abgeschlossen wird, sondern das ist schon Handlungsanleitung. Das heißt also, daß wir politische Entscheidungen von vornherein in diese ganze Diskussion miteinbeziehen wollen, sie als solche akzeptieren werden und die Wertediskussion und die Debatte um Normen an diese politischen Entscheidungen binden.

Ich gestehe offen, daß ich den Schwung nicht habe, diesen schwarz-weißen Schwung, mit dem hier Normen und Werte diskutiert werden, als seien ihre Bestimmung, als seien ihre Inhalte, als sei ihre Zielsetzung bereits allen klar und endgültig entschieden und nicht mehr diskutabel, als seien sie bereits Realität, als seien sie Grundlage bis hin zu der Formulierung in der CDU-Anfrage, daß die Grundwerte im Grundgesetz stehen. – Ich habe sie da nicht gefunden. Das Grundgesetz formuliert Grundrechte. Natürlich bestehen diese auf einer ganz bestimmten (D) Grundlage – das ist ja richtig, und Herr Ulzen hat die Formulierung insofern auch schon selber korrigiert. Aber ich würde mich lieber nicht nur vielen klugen Formulierungen meines Freundes Sigurd Hauff anschließen, sondern auch dem Stil, den ich nicht unsicher, sondern vorsichtig nennen möchte. Ich glaube, daß es uns allen guttun würde, etwas nachdenklicher an diese Dinge heranzugehen und nicht mit dem Schwung von Herrn Ulzen Gut und Böse klar zu verteilen. So einfach ist das wohl nicht.

Nun lassen Sie mich zu einem Gedanken kommen, der sich im wesentlichen auf der Nr. 3 der Anfrage der CDU aufbaut. Dort wird nach der Vermittlung von Grundwerten des Grundgesetzes gefragt und der ihnen zuzuordnenden Tugenden. – Diese Frage ist für mich tatsächlich der Kern der Diskussion. Ich will versuchen herauszuarbeiten, warum hinter dieser scheinbar konsensfähigen Formulierung für mich hier der eigentliche Dissens liegt.

Die Frage der CDU klingt zunächst so, als hätten diese Dinge Verfassungsrang und seien damit eigentlich für die öffentliche Diskussion tabu. – Ich sage noch einmal: Ich bin dankbar, daß das relativiert worden ist; das gibt eine bessere Debatte. Denn es gibt sie tatsächlich nicht. Unsere Verfassung formuliert – sehr zu Recht – Grundrechte. Dahinter steht eine bestimmte Vorstellung vom Menschen und von seiner Rolle in einer demokratischen und sozialen Gesellschaft. Die Frage ist hier für uns enorm wichtig, weil wir natürlich wissen wollen, für welch einen Staat wir eigentlich unsere Schüler in der Schule erziehen und bilden. Das ist doch die Kernfrage. Ist es z. B. dieser unser Staat des Jahres 1980, ist es unsere Grundordnung, ist es die gesellschaftliche Realität, die Wirklichkeit, in der wir leben, ist es unser Maß an Freiheit, an Gleichheit, an Demokratie, ist es vielleicht auch unsere Ellenbogengesellschaft, Arbeitslosigkeit, die Verweigerung von Chancen für Teile der Gesellschaft – ich nenne hier Behinderte, ausländische Schüler, Frauen – oder ist es z. B. die klare Forderung nach dem „Recht auf Arbeit, das durch eine Politik der Vollbeschäftigung und Wirtschaftslenkung zu verwirklichen" ist? – Ich entschuldige mich an dieser Stelle ausdrücklich: Dies ist das einzige Zitat in meinen Ausführungen; ich komme mir

(A) ein bißchen nackt vor, hier nicht mehr vorweisen zu können, aber ich habe mich trotzdem hier heraufgetraut; ich bitte um Verständnis. Ist es die Forderung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau endlich zu verwirklichen, ist es das Gebot, das Eigentum zu gewährleisten, oder ist es die Forderung nach seiner Sozialverpflichtung?

< Wronski (CDU): Beides! >

In anderen Worten: Erziehen wir für die Erhaltung unserer Wirklichkeit oder für die Möglichkeiten einer im Grundgesetz begründeten besseren Welt? Das ist für mich die Kernfrage. Ich plädiere dafür, unseren Schülern vor allem die Dynamik unserer Gesellschaftsordnung klarzumachen und damit zu ihrer Erhaltung beizutragen. Ich möchte gerne Schülergenerationen sehen, die sich ihre Umwelt besser vorstellen können, als wir sie ihnen bieten. Wir sollten ihnen dazu Mut machen und sie erziehen, das Grundgesetz als Chance für Entwicklungen zu sehen, nicht so sehr als von Vätern übernommenes Instrument der Erstarrung. Und ich fasse dies zusammen: Erziehung darf nicht die zeitlich versetzte Fremdbestimmung über spätere Generationen sein, die sich nun einmal aus einer allzu unkritischen Weitergabe eigener Wertvorstellungen ergibt, sondern muß die Grundlage für die Selbstbestimmung jeder uns nachfolgenden Generation werden.

Stellv. Präsident Baetge: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Longolius (SPD): Ich bitte um Verständnis, daß ich jetzt nur Ihre zulasse, Herr Boroffka, weil sie von der Redezeit der Nachredner in meiner Fraktion abgeht und insofern auch Fremdbestimmung wäre.

Stellv. Präsident Baetge: Herr Boroffka hat Verständnis.

Boroffka (CDU): Herr Kollege Longolius! Muß ich aus Ihrer (B) Äußerung, daß Sie so stark die dynamische Fortentwicklung bevorzugen, den Schluß ziehen, daß Sie in der Gegenwart unseres Staates mehr für schlecht als für gut halten?

Longolius (SPD): Nein, das können Sie ganz sicher nicht. Ich bin sogar besonders stolz auf unsere Gegenwart, weil sie in sich dynamisch ist, weil die Vergangenheit der Bundesrepublik gezeigt hat, daß das Grundgesetz und die gesellschaftliche Realität sich in einem dauernden Veränderungsprozeß befinden und weil gerade dies ein erhebliches Maß unserer Freiheit ausmacht. Darauf bin ich stolz, dieses will ich erhalten.

< Beifall bei der SPD >

Ich möchte, um andere Mißverständnisse auszuschließen, auch sagen, daß das natürlich nicht die Aufforderung zum Chaos ist, von der Herr Lummer – glaube ich – gesprochen hat. Aber wenn Werte, wenn Grundwerte für die Selbstverwirklichung wichtig sind, dann natürlich auch die Erziehung für den Weg dorthin. Darüber kann es ja wohl keinen Zweifel geben.

Wir Sozialdemokraten haben die Chance, unsere Umwelt zu verbessern, als einen lebenswichtigen Teil unserer Geschichte erlebt. Wie sonst als aus einer kritikbereiten Gesellschaftsanalyse hätte die Arbeiterbewegung für Veränderungen kämpfen können, die für Millionen Untertanen staatsbürgerliche Freiheit brachten? Und ich frage, ob das auch für die CDU die Grundwerte sind, denen sie Tugenden zuordnen will, die Grundwerte, nach deren Vermittlung sie gefragt hat. Das müßte hier noch stärker diskutiert und beantwortet werden, falls die CDU hierzu noch Redezeit hat.

Dies hat übrigens nichts mit Zerstörung von Autorität zu tun. In einer Demokratie muß sich Autorität immer wieder neu bewähren, immer neu erworben werden. Es reicht nicht, Autorität zu fordern.

< Beifall des Abg. Dr. Kunze (F.D.P.) >

Das Ziel muß sein, Persönlichkeiten in die Schulen zu schicken, die Autorität auch glaubwürdig entwickeln können.

Ich will die Antwort auf die Frage nach den Werten erleichtern und noch einige nennen. Dabei bleibe ich, der CDU-Anfrage entsprechend, beim Grundgesetz. Die Achtung vor der Würde des (C) Menschen, das demokratische Zusammenspiel gleichberechtigter Anschauungen, damit also auch die Fähigkeit, Konflikte auszutragen und demokratisch zu regeln, die absolute Absage an die Diskriminierung anderer wegen ihrer Sprache, ihrer Heimat, ihrer Herkunft, ihrer politischen Anschauung, aber auch die militante Auseinandersetzung mit Haltungen, die nationalsozialistische Ideen fördern oder zu kriegerischen Handlungen führen, Toleranz also und Friedensfähigkeit – das sind Werte, die für mich aus der deutschen Geschichte und aus der Geschichte der Arbeiterbewegung ihre hohe Bedeutung haben. Unserer Jugend sollten wir sie überzeugend vermitteln. Wofür wir erziehen, ist also die politische Grundauffassung, die wir auch nur politisch beantworten können.

Ich will hier keinen Gegensatz aufbauen. Ich versuche nicht, die beschriebenen Normen nur für eine Partei zu beanspruchen. Der absolute Anspruch auf das Gute ist nun wirklich nicht die Sache der SPD. Aber ich merke trotzdem an, daß die im Godesberger Programm enthaltenen Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität für mich noch immer der überzeugendste Katalog von Forderungen für ein humanes Zusammenleben von Bürgern sind. Wenn unsere Schulen Menschen erziehen, die für die Freiheit überall in der Welt eintreten, Gerechtigkeit bei uns und in anderen Ländern verteidigen und die gelernt haben, solidarisch zu handeln, dann handeln die Schulen auch ihrem Auftrag gemäß. Schulgesetz und Rahmenpläne – das ist ausgeführt worden – sagen nichts anderes. Beide können aber auch nicht die Frage der Vermittlung erfassen. Sie ist nun einmal nicht durch Verordnungstexte zu regeln, sie richtet sich nicht an Curricula, sondern an Vorbilder und an die schulische Wirklichkeit.

Wie erlebt der junge Bürger in der Schule seinen wichtigsten gesellschaftlichen Raum? Ist die Schule eine soziale Einheit, in der Demokratie eingeübt wird, oder wird er als Zögling oder – wie es nach dem Schulverfassungsgesetz sein sollte – als ein Partner behandelt? Und selbstkritisch frage ich auch uns – uns Abgeordnete –, die wir auch Vorbilder sein sollten: Sind wir selbst alle davon überzeugt, daß wir vor jeder Klasse glaubwürdig wären, (D) wenn wir unser politisches und privates Leben ganz offenlegten? Ich bin sehr dafür, daß wir der Jugend positive Leitbilder geben. Dabei kann die Schule eine wichtige Rolle spielen. Wir überfordern sie aber, wenn wir die Hoffnung haben, sie könne allein Vorbilder schaffen.

Erzogen wird nicht nur zu Hause oder von Lehrern, sondern auch durch die Gesellschaft, durch die Medien. Und hier wird doch niemand behaupten, daß Königshäuser deshalb die Regenbogenpresse beleben, weil sie soziale Großtaten vollbracht hätten, daß die Schlagzeilen unserer Massenblätter Friedensfähigkeit propagieren oder daß sich Fernsehserien besonders gut verkaufen, wenn ihre Helden besonders demokratisch handeln. Unsere Grundwerte und Normen verblassen eben leider manchmal sehr schnell, wenn wir uns draußen umsehen. Daß die Jugend da ihr Interesse verliert, kann ich verstehen. Daß sie kritisch reagiert, begrüße ich ausdrücklich.

Mein Versuch war es, in unsere kritische Diskussion Elemente von selbstkritischer Nachdenklichkeit einzuführen. Auf dieser Grundlage, davon bin ich fest überzeugt, kann man anschließend besonders gut erziehen und bilden.

< Beifall bei der SPD und der F.D.P. >

Stellv. Präsident Baetge: Nächster Redner, meine Damen und Herren, ist der Abgeordnete Dr. Kunze. Bitte schön, Herr Dr. Kunze.

Dr. Kunze (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich in den Diskussionen der letzten Monate sehr oft gefragt, wo die inhaltlichen Positionen sind, für die Sozialdemokraten und Liberale seit Beginn der sozial-liberalen Koalition so entschieden gestritten und die sie so oft mühsam durchgekämpft haben. Ich habe sie manchmal in den Feldern der Diskussion nicht wiedergefunden, und ich will für meine Person sehr deutlich und klar sagen, daß die Ausführungen meines Vorredners mir erneut die Gewißheit gegeben haben, daß man nicht zufällig koaliert,

(A) sondern daß man koaliert, um politische Ziele gerade auch im Bildungsbereich durchzusetzen. Aus einer solchen inhaltlichen Position, wie sie der Kollege Longolius in voller Übereinstimmung mit mir entwickelt hat, läßt sich dieser Punkt verdient schon weiterhin Interesse, finde ich – allerdings nicht gerade ein besonderes Maß an Dankbarkeit und Zustimmung gegenüber den Ausführungen des Herrn Bath in der Öffentlichkeit ableiten.

Ich will an einem Beispiel deutlich machen, welche Schwierigkeiten ich mit dem Denkansatz, mit dem pädagogischen Leitbild in diesen Thesen habe. Ein Zitat aus diesen Thesen: „Selbstkritik ist die reifste Form der Kritik."

< Wronski (CDU): Fangen Sie an! >

Diesem Satz kann man sehr viel Positives abgewinnen,

< Feilcke (CDU): Wenn man will! >

sehr viel Negatives,

< Feilcke (CDU): Wenn man kann! >

und jeder für sich persönlich ist ja nicht gehindert, wenn er sich um seine persönliche Entwicklung sorgt, danach zu streben. Wenn das aber als eine staatliche Erziehungsmaxime für die Berliner Schule verkündet wird, dann – das sage ich sehr deutlich – erschreckt mich dieser Satz, denn dann muß ich ja die Vielfalt von historischen Erfahrungen hinzunehmen. Und es ist nun einmal so, daß es immer dann, wenn irgendwo die Selbstkritik gefordert wurde, die öffentliche Selbstkritik – ist Ost oder West –, um die Durchsetzung von Staatsnormen gegen Individualität und oft genug gegen Menschenrechte gegangen ist; um Anpassung und Unterordnung ging es. In dieser Tradition steht eine öffentlich geforderte Selbstkritik, und deshalb muß das beunruhigen. Eine staatliche Verkündung des Erziehungsziels „Selbstkritik" verbindet sich dann auf beunruhigende Weise mit dem Ziel Gehorsam und Mut, den ja sehr sympathischen sekundären Tugenden Fleiß, Ordnung, Pünktlichkeit. Damit entsteht ein Erziehungsbild, in dem die notwendige und berechtigte Frage nach der Autorität des Erziehers sich sehr gefährlich in Richtung auf autoritäre Erziehung
(B) verengt. Autorität im Erziehungsprozeß wird dabei zu Unrecht entworfen vor einem Schreckensbild antiautoritärer Erziehung. Eine solche Betrachtung – der Schulsenator hat darauf zu Recht hingewiesen – ist eine Verzerrung und Verfälschung der sozialliberalen Bildungsreformpolitik der siebziger Jahre. Ich habe den Eindruck, daß diese Verzerrung eine Gelegenheit bieten soll, sich zurück zu verfehlten Bildungsidealen der deutschen Vergangenheit zu bewegen, der sehr langen, nicht dieser kurzen schrecklichen, der sehr langen deutschen Tradition. Das kommt zum Ausdruck in der pauschalen Verurteilung, Abqualifizierung der Leistungsfähigkeit der Curriculum-Theorie, als ob es stimmen würde, daß Curriculum-Theorie die technokratische Machbarkeit von Erziehung in den Mittelpunkt gestellt habe. Es ist einfach eine unzulässige Vereinfachung und Pauschalierung der Auseinandersetzung über Curricula. Aber, in dieser pauschalierten Auseinandersetzung mit Wissenschaft, mit Erziehungswissenschaft, mit Curriculum-Theorie gelingt in diesen Thesen die Wiederbelebung eines alten pädagogischen Leitbildes, das mich persönlich am meisten erschreckt hat. Ich sage das sehr deutlich. Die Schüler-Lehrer-Beziehung erscheint in den Thesen als eine Beziehung zwischen Erzieher und Zögling. Kollege Longolius hat diesen Begriff gerade auch zu Recht kritisch angesprochen.

Meine Damen und Herren, eine pädagogische Maxime, die den Schüler wieder zum Zögling macht, ist auf dem Weg, statt notwendiger Autorität im Erziehungsprozeß zu autoritärer Normierung dieser Zöglinge zu kommen. Ich komme zu dem Ergebnis, diese Thesen sind kein pädagogischer Neubeginn. Sie sind keine Klärung von Grundwerten, sie sind vielmehr die Kapitulation vor dem höheren pädagogischen Anspruch, den sozialliberale Bildungsreformpolitik zum Beginn der siebziger Jahre sich gestellt hat.

< Beifall bei der F.D.P. >

Das ist ein Stück Flucht aus der konkreten pädagogischen Verantwortung; wenn man sich ansieht, von wem sie kommt, ist dieses ganz besonders erschreckend. Das ist eine Flucht in Worthülsen der vorreformatorischen Zeit. Im Kern, und das ist das eigentlich Schlimme daran, im Kern ist dabei die Gefahr der Geringschätzung der Persönlichkeit des Schülers, seiner Individualität, das (C) eigentliche Problem. Das ist ein so wichtiges Problem, daß es wirklich den konzentrierten Widerstand und die konzentrierte Kritik herausfordern muß.

Die Denunzierung der Inhalte und Ziele der Bildungsreform der siebziger Jahre muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Lassen Sie mich den zentralen Ausgangspunkt der Bildungsreform in den siebziger Jahren am Strukturplan des Deutschen Bildungsrates kurz skizzieren. Ich hatte beruflich Gelegenheit, Anfang der siebziger Jahre einige Jahre dort beim Deutschen Bildungsrat mitzuarbeiten, und im Unterschied zu anderen finde ich das, was der Deutsche Bildungsrat mit dem Strukturplan für das Deutsche Bildungswesen vorgelegt hat, noch heute eine hervorragende bildungs- und gesellschaftspolitische Tat.

< Feilcke (CDU): Weil Sie da mitgearbeitet und Ihr Geld verdient haben! >

Ich seile mich von diesem nicht ab.

< Beifall bei der F.D.P. >

Zwei Leitlinien gab es damals, zwei zentrale Leitlinien für die Bildungsreform, aus der Sicht des Strukturplans. Erste Leitlinie: Wissenschaftsorientierung. Zweite Leitlinie: Individualisierung. Nun, was ist mit Wissenschaftsorientierung gemeint? Wissenschaftsorientierung ist etwas, was man sich heute kaum noch öffentlich vorzutragen wagt, weil ein modischer Trend der Diskriminierung von Wissenschaft allseits um sich greift. Es ist ein nicht nur konservativer Trend, es ist ein reaktionärer Trend. Die Diskriminierung von Wissenschaft ist immer die Vorstufe einer Diskriminierung von abweichenden Positionen, von Infragestellen herkömmlicher Sichtweisen und Zusammenhänge. Die Wissenschaftsorientierung zu diskriminieren als reine Wissensvermittlung und sie damit wieder zurückzudrängen, das ist aus meiner Sicht ein außerordentlich gefährlicher Weg.

< Lummer (CDU): Jetzt arbeitet er nur noch mit Unterstellungen! >

Die Wissenschaftsorientierung meint die Vermittlung realer (D) Lebens- und Sachzusammenhänge an alle Schüler, um ihnen ein eigenes, fundiertes Urteil zu ermöglichen, Urteilskraft aufgrund von Sachkenntnis zu stärken. Das meint Wissenschaftsorientierung. Es war ein politischer Kampf vor allen Dingen gegen die Traditionen der Volksschule. Die Volksschule hat sich in Bayern ausdrücklich bis in diesen Zeitraum hinein zu dem Ziel der Volkstümlichkeit bekannt. Volkstümlichkeit ersetzt aber gerade Urteilsbildung aufgrund von Sachkenntnis durch Urteilsbildung aufgrund von Normenvermittlung. Diesen Zusammenhang, der Urteilskraft eines großen Teils unserer Bevölkerung, nämlich den mit geringeren Einkommen, wesentlich geringer und wesentlich weniger an unserem tatsächlichen Wissen über Lebens- und Sachzusammenhänge entwickelt, dieses Konzept von volkstümlicher Bildung hat der Deutsche Bildungsrat bekämpft, mit aufgeklärten Mitgliedern der CDU zusammen. Dieses Stück Aufklärung führt zur Wissenschaftsorientierung in der Schule. Ich will davon nicht wieder weg, und deswegen werde ich diese modische Neigung, Wissenschaft zu diskriminieren, nicht mitmachen.

Die zweite Leitlinie: Individualisierung. Hier ist Kritik an der Schulverwaltung, an allen deutschen Schulverwaltungen, an allen Kultusministern, nötig. Die Leitlinie des Deutschen Bildungsrats, die mit dem Stichwort „Individualisierung der Lernprozesse" umschrieben ist, ist durch die Schulverwaltung aller Länder auf eine schreckliche Weise auf die Frage reduziert worden, welche Klassenverbände lösen wir denn möglichst schnell auf? Ein ganz schreckliches Mißverständnis zu Lasten der betroffenen Schüler. Wir sind dabei, das zu korrigieren; aber die eigentliche Zielsetzung von Individualisierung, die meinte etwas anderes, die meinte, daß im Gegensatz zur Tradition der deutschen Schule als im wesentlichen Verwaltungsanstalt für die Schüler nicht so sehr der geordnete Schulbetrieb im Zentrum von Schulpolitik und Schulbemühungen stehen sollte, sondern in das Zentrum der schulischen Bemühungen sollte der Prozeß der Selbstfindung der Schüler, der Entwicklung der Eigenart des jeweiligen Schülers, der Entwicklung der Individualität und der Persönlichkeit der Schüler, stehen. Das war mit dem Begriff „Individualisierung der Lernprozesse" als eigentliche pädagogische Botschaft zur Ver-

Dr. Kunze

(A) änderung der Realität einer normierten und standardisierten Schule gemeint. Am Ende dieses pädagogischen Anleitungsprozesses, der so umschrieben ist, steht dann die freie Entscheidung des Schülers und des jungen Erwachsenen für solche Tugenden wie Mitverantwortung, wie Leistungsbereitschaft, für insgesamt zusammengenommen eben diese demokratischen Tugenden, die wir für unsere Gesellschaft auch tatsächlich brauchen.

Der Weg zu diesen Tugenden ist aber der entscheidende Unterschied zu der Zeit vor der Reform. Der Weg zu solchen Tugenden geht über den Respekt vor der Individualität des Schülers. Er geht nicht über die Einübung von Gehorsam gegenüber Autoritäten, die als solche nur noch amtlich vorgestellt werden und die sie nie als Menschen konkret erwerben müssen.

< Beifall bei der F.D.P. >

Dieser Weg ist viel schwieriger als der frühere, als der alte, der Erzeugung von Tugenden durch Normierungen und Anweisungen. Aber dieser Weg ist notwendig. Wir sollten die Diskussion über Erziehungsziele führen, sie ist ganz dringend. Aber wir sollten sie führen unter der Fragestellung: Wie können wir diesen hohen pädagogischen Anspruch, Respekt vor der Persönlichkeit des Schülers, vor seiner Eigenart, verbinden mit dem Ziel, daß sie sich dann zum Schluß entscheiden für solche Tugenden, für solche Grundwerte?

Die Schlußbemerkung von mir ist die: Ich würde mir wünschen, daß diese Diskussion über Erziehungsziele der Schule sehr viel stärker einmal der Frage nachgeht, wieso zum Beispiel freie Schulen, die Waldorf-Schulen insbesondere, mit so außerordentlich viel Respekt vor der Eigenart ihrer Schüler ein so außerordentlich hohes Maß an Tugenden bei den Erwachsenen herbeiführen. Diese Frage ist für mich die spannendste Frage. Die Thesen von Herrn Bath führen dagegen völlig ins Abseits.

< Beifall bei der F.D.P. und der SPD
sowie des Abgeordneten Lummer >

(B) **Stellv. Präsident Baetge:** Das Wort hat jetzt Herr Dr. Lehmann-Brauns. – Sie haben noch acht Minuten Redezeit.

Dr. Lehmann-Brauns (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wegen der Kürze der Zeit nur einiges zur Klarstellung und Klärung, auch wenn dies einem vordergründigen politischen Harmoniebedürfnis zu widersprechen scheint.

Ich muß anfangen bei der alten Schule, gegen die sich die Reform, die heute hier auf dem Prüfstand steht, richtete. Die alte Schule hatte ihre Mängel, sie war lebensfremd, der Schulmeister war introvertiert, und die Schule hatte die Chance, den Dialog zwischen den Generationen zu beginnen und zu verfeinern, nie richtig wahrgenommen. Aber nicht alles war schlecht. Gut war an ihr, was von Humboldt kam, eben dem Wilhelm von Humboldt, der die wohlwollende Geringschätzung unseres Wissenschaftssenators hat, meiner Ansicht nach nur deshalb, weil er älter ist als dieser.

< Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD >

Aus seiner, Humboldts, Schule, kam die sittliche Forderung des einzelnen an sich selbst, eine unegoistische, gewissenhafte Schulung, Vorrang vor Latein, die Gewöhnung an Pflichten wie Fleiß, Gründlichkeit, Wahrhaftigkeit, die Geringschätzung materiellen Behagens, die Verachtung persönlicher Vorteile.

Gegen diese alte Schule, befördert durch das, was Georg Picht zu Recht die Bildungskatastrophe genannt hatte, trat nun die antiautoritäre Alternative an.

< Sen Rasch: Zu Recht! >

Die neuen Sterne hießen O'Neill und Karl-Heinz Evers. Beide beseitigten die angeblich formale Autorität des Lehrers, sprachen ihm die Erziehungsaufgabe ab und versuchten, ihn zum Unterhalter, zum Partner zu reduzieren. Das alles im Namen einer eingebildeten Autarkie und Autonomie von Kindern. Lernen ohne Zwang, ein laissez aller von spontanen Bedürfnissen, Kritikfähigkeit und Kreativität als einziges und letzte Ziele der Persönlichkeitsbildung. Wir stehen heute unstreitig am Ende dieser Reform, befinden uns in einer Wertparalyse, insoweit einem Kraftfahrer (C) ähnlich, der an einer Kreuzung anlangt, an der die Ampel ausgefallen ist. Die Frage ist: Wer hat Vorfahrt, wo geht die Reise hin?

Konrad Lorenz, der Verhaltensforscher, hat als erster formuliert, daß die antiautoritären Kinder ungeliebt seien. Der Schüler, selbst noch ohne Maßstäbe, bindungsbereit, autoritätsgläubig, je jünger desto mehr, gedieh einfach nicht unter dem partnerschaftlichen Soziologiedeutsch. Der Streit zwischen uns beginnt nun bei der Frage – Herr Kunze hat darauf noch einmal hingewiesen –, ob das Erziehungsloch mit den alten Basistugenden wie Aufrichtigkeit, Fleiß, Pünktlichkeit, Opferbereitschaft und Wahrheitsliebe gestopft werden kann oder nicht oder womit sonst.

Beiträge, beispielsweise von Herrn Egert und Herrn Weil, sind, das sei in aller Demut gesagt, zuwenig belangvoll, deuten Vorurteile an, weichen im Grunde jeder inhaltlichen Diskussion aus. Sie haben nur Hohn und Hitler als Gewährsmann dafür, daß jede Tugend und jeder Wert mißbraucht werden kann.

< Dr. Meisner (SPD): Mißbraucht worden ist! >

Aber, meine Damen und Herren, das ist nur eine Binsenweisheit, jeder Wert unterliegt dem Mißbrauch, Herr Meisner, auch heute noch, auch in Teilen unserer Stadt, die uns zur Zeit nicht zugänglich sind.

< Beifall bei der CDU >

Mißbrauchsgefahr ist also nur eine Binsenwahrheit. Es drängt sich eher die Frage auf, ob sich die linken Führer der Koalition, die Emanzipierten, eigentlich wirklich wünschen oder vorstellen können, daß die Erlangung von Urteilskraft ohne Ordnung im Denken möglich wäre.

< Beifall bei der CDU – Dr. Kunze (F.D.P.):
Da sind wir uns völlig einig! >

Wollen diese am Rand stehenden Politiker wirklich behaupten, daß Papageien und Dilettanten, Gewerkschaftswerte vor sich hinschnatternd, d e n Menschentyp des 20. Jahrhunderts ausmachen, oder wäre geistige und persönliche Unabhängigkeit das (D) Ziel?

< Beifall bei der CDU >

Das öffentliche Mißbehagen über politische Roboternaturen greift ja doch immer mehr um sich. Ich nehme an, das wir den einen oder anderen von Ihnen nicht überzeugen; ich will mich deshalb auch nur auf einen Sozialdemokraten als Gewährsmann beziehen, auf Erhard Eppler nämlich, der von diesen Basistugenden, über die heute soviel die Rede war, mit Recht gesprochen hat als von europäischen Tugenden, die tief verwurzelt sind und die zu verteidigen wichtig wäre. Ich glaube, mindestens das unterscheidet Sie von uns, daß wir Stil als Tugend und Charakter als Wert anerkennen. Stil und Charakter und im Höchstfall Kultur: Alle diese Dinge sind nicht ohne Erziehung erreichbar.

Lassen Sie mich zum Schluß vier Andeutungen konstruktiver Art versuchen, die ich als Mitglied der Opposition zu sagen habe:

1. Zweck der Schule ist es, ein Höchstmaß an Urteilskraft, Unabhängigkeit, Leistungsfähigkeit, Kreativität und Verantwortungsbewußtsein zu erreichen.

< Dr. Kunze (F.D.P.): Völlige Übereinstimmung! >

2. Schluß mit der Illusion, die Härte des Lebens verwandle sich nur deshalb in Wohlgefallen, weil man unvorbereitet in sie hineintaumelt.

< Zuruf von der CDU: Sehr gut! –
Beifall bei der CDU >

3. Die Errungenschaften der Schulreform, die im wesentlichen in einer erweiterten Praxis und Weltoffenheit zu sehen sind, sind beizubehalten, jedoch zu ergänzen durch Anerkennung der Notwendigkeit einer Erziehung zu Basistugenden inklusive einer möglichst umfassenden Allgemeinbildung.

Schließlich: Die Erreichung dieser Ziele ist nicht möglich ohne Training, ohne Selbst- und Fremdschulung, ohne den Mut zur Erziehung. – Ich danke Ihnen!

< Beifall bei der CDU >

(A) **Stellv. Präsident Baetge:** Jetzt hat der Abgeordnete Schürmann das Wort. – Sie haben noch fünf Minuten!

Schürmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es bleibt in der Tat nur die Zeit, zusammenzufassen. Ihre Ausführungen, Herr Dr. Lehmann-Brauns, sind weit unter Wert gewesen. Wenn Herr Lummer am Anfang Töne gesetzt hat, die mich und auch meine Vorredner dazu gebracht haben, davon zu sprechen, daß wir ein gutes Stück gemeinsam gehen können in dieser Diskussion um die Grundwerte in der Erziehung, dann war das ein Ansatz, der uns alle hoffen ließ. Aber wir sind uns auch darüber im klaren, daß wir dann, wenn hier von der Pädagogik des Madigmachens, des Sand-ins-Getriebe-Werfens gesprochen wird, wir uns auf diese Art und Weise auch von Ihnen, Herr Lummer, nicht über den Tisch ziehen lassen. Allerdings glaube ich nicht, daß dieses Niveau, das uns hier am Anfang hoffnungsfroh stimmte, dann bei den weiteren Rednern, besonders vom Kollegen Ulzen und von Herrn Dr. Lehmann-Brauns, fortgesetzt wurde.

Woran mag das liegen, meine Damen und Herren?

< Wronski (CDU): Nutze die Zeit! >

Ich habe das Gefühl, daß ein Bedauern bei Ihnen, bei der CDU, vorhanden ist, weil dieses Thema, um das es geht, um die Grundwerte der Erziehung, in diesem Lande zunächst von einem Sozialdemokraten in der Diskussion besetzt wurde. Sie wollen übrigens an dieser Person nur diesen einen Teil, der Ihnen möglicherweise ins Konzept paßt, sehen. – Und da setzt allerdings auch eine leise Kritik an den Kollegen von der Koalition ein. So sehr ich Ihnen, Herr Kollege Dr. Kunze, zustimme zu dem, was Sie im zweiten Teil Ihrer Rede gesagt haben, so bin ich nicht bereit, ihre Kritik zu akzeptieren, daß die Diskussion um die Erziehungsfragen so, wie sie vom Landesschulrat eingeleitet wurde, eine Kapitulation oder eine Denunzierung der Inhalte und Ziele der Reformpolitik darstellen. Ich bin nicht bereit, dies zu akzeptieren, und ich wäre im übrigen auch dankbar gewesen, wenn der Schulsenator deutlicher Stellung bezogen hätte und auf diese Thesen in der Tat
(B) selbst eingegangen wäre, um sie aus seiner Sicht ein wenig mit Inhalt zu füllen.

< Zuruf: Sehr richtig! - Unruhe bei der CDU >

Wir sagen Ja zur Wertediskussion, und wir Sozialdemokraten sehen beides: Denjenigen, der die Reform vorangebracht hat, und denjenigen, der auch das Recht hat, kritisch zu resümieren.

< Beifall bei der SPD >

Wir sagen Ja zur Wertediskussion, wir sagen Ja zur Pädagogisierung der Schule, aber wir sagen nach wie vor Ja zu den Reformen und dabei auch Ja zu Denkpausen, zum Bilanzziehen.

< Zurufe von der CDU >

Es handelt sich um keine Kehrtwendung, wie Sie uns – –

< Landowsky (CDU): So oft können Sie gar nicht Ja sagen! – Heiterkeit bei der CDU >

– Oh ja, das läßt sich noch einige Male wiederholen, Herr Landowsky. – Wir lassen uns nicht dazu hinreißen, davon zu sprechen, daß es sich um eine Kehrtwendung in der bildungspolitischen Diskussion handelt. Es handelt sich hier nicht um eine Kurskorrektur, es handelt sich nicht um das Aufgeben unserer Grundpositionen: Erziehung zur Emanzipation, zur Chancengleichheit. Es handelt sich auch nicht um eine Absage an die Wissenschaftlichkeit, um eine Absage an all das, was in den letzten Jahren von uns bewußt gewollt worden ist. Sondern es handelt sich hier um eine Phase des Sich-Besinnens auf gemeinsame Werte selbst da, wo sie nicht eindeutig zu formulieren sind. Es heißt, Ja zu sagen zu dem Unbehagen, das in breiten Teilen der Öffentlichkeit vorhanden ist, die glauben, Schuldiskussionen nicht mehr durchschauen zu können. Es heißt eben, auch Ja zu sagen dazu, daß bei Schulreformen, wo sie Struktur- und Organisationsreformen waren, die Frage nach den Inhalten vielleicht nicht immer im Vordergrund gestanden hat. Es heißt zu erkennen, daß man, weil man Chancengleichheit durchsetzen wollte, weil man geburtenstarken Jahrgängen den Zugang zu den Universitäten verschaffen wollte angesichts des Numerus clausus und wo es um Zehntelpunkte ging, sicher normierter verfahren ist.

Ich bin erstaunt über die Wissenschaftsfeindlichkeit, die bei (C)
einigen Rednern hier zum Ausdruck kam. Sie wollen den allgemein gebildeten Menschen, Herr Dr. Lehmann-Brauns. Sie müssen aber auch die Explosion des Wissens sehen, das harte Ringen aller Wissenschaften um angemessene Berücksichtigung in den Lehrplänen, und müssen einsehen, daß der Fächerkanon nicht mehr so unbestritten dasteht, wie dies früher der Fall gewesen ist, daß hier in der Schule eine stärkere Konkurrenz eingetreten ist und daher ein Nachdenken über die zu vermittelnden Werte. Dem müssen wir uns stellen und uns bei der Auswahl und Gewichtung der konkurrierenden Inhalte beteiligen.

Die Sekundärtugenden Ordnung und Fleiß etc., von denen heute soviel gesprochen worden ist, allein in den Vordergrund zu rücken, halten wir für unzulässig. Sie sind wertvoll und wichtig. Allerdings ist es gerade wichtig, sie in der Diskussion vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit zu bewerten, mit dem Problembewußtsein, wo diese Tugenden auch hinführen können. Daß man sie dennoch bejahen sollte, haben wir wiederholt zum Ausdruck gebracht.

Ich wiederhole noch einmal: Ein Ja zur Wertediskussion, ein Ja zur Pädagogisierung der Schule. Glauben Sie aber nicht, daß damit für uns eine Kurskorrektur vom Reformkurs in der Bildungspolitik weg verbunden ist. Auch zum Reformkurs ein eindeutiges Ja.

< Beifall bei der SPD >

Stellv. Präsident Baetge: Nun hat für acht Minuten die Kollegin Frau Rick-Petry das Wort. Bitte, Frau Rick-Petry!

Frau Rick-Petry (F.D.P.): Das Positive am Anfang zu erwähnen, macht sich immer gut: Ich finde es gut, daß alle drei Fraktionen in diesem Hause offensichtlich bereitwillig über dieselbe Frage diskutieren wollen. Ich meine auch, daß wir in dieser Diskussion alle betroffen sind, nicht nur die Pädagogen, nicht nur die Berliner Schule, sondern dieses Probleme reicht weit über Berlin hinaus. Es ist für mich auch keine Frage von konservativ oder fortschrittlich.

Mein Standpunkt in dieser Frage ist: Ich begrüße außerordentlich die Auseinandersetzung über die 30 Thesen des Landesschulrats. Das heißt, daß ich zwar nicht in allen Punkten übereinstimme, daß ich aber, wenn ich die Thesen von einer positiven Grundstimmung her betrachte, die meisten voll unterschreiben kann. Herr Bath hat sich als freier Bürger in einem freien Staat zu diesen Thesen geäußert. Die einzige kritische Frage, die ich an ihn habe: Warum eigentlich erst jetzt? (D)

< Wronski (CDU): Die Frage ist gut! - Zemla (CDU): Na, bei dem Senator! >

Ich werte die Thesen als einen Versuch der Auslegung des allgemeinen Teils des Berliner Schulgesetzes. Und nun besinnen wir uns einmal auf einen Punkt, über den wir an anderer Stelle schon sehr lange und sehr kontrovers diskutiert haben: Wir alle wollen in der Schule demokratische Lehrer, das heißt, wir lehnen Lehrer mit extremistischen Auffassungen ab. Das heißt aber auch, daß wir alle einen demokratischen Grundkonsens haben.

< Boroffka (CDU): Dann stellt sie doch nicht ein; schmeißt sie doch raus! >

Diesen demokratischen Grundkonsens haben wir nicht, weil wir der Meinung sind, in der Schule muß Wissen und Können vermittelt werden, dieses wird in allen gesellschaftlichen Formen vermittelt, sondern wir meinen, daß die Schule, das Elternhaus, die gesellschaftlichen Gruppen dazu da sind, Werte zu vermitteln, und Werte, die die jungen Menschen bereit sein lassen, für diese Demokratie einzustehen.

< Vereinzelter Beifall bei der F.D.P. >

Ich vermisse in der Rede von Herrn Senator Rasch die Auseinandersetzung mit diesen 30 Thesen.

< Beifall bei der CDU >

Ich hatte mir vorgestellt, daß wir hier einmal ausdiskutieren – und dazu gibt ja eine Große Anfrage Zeit genug –, welche der 30 Thesen denn nun dem § 1 des Schulgesetzes widersprechen.

< Beifall bei der CDU >

Frau Rick-Petry

(A) und welche der Thesen damit übereinstimmen. Dann hätten wir sagen können, wir haben in der einen Frage Konsens, in der anderen Frage sind wir kontrovers. Aber nur immer diese Punkte Bildungs- und Erziehungsziele im Munde führen, das war eigentlich nicht Ziel der 30 Thesen; so habe ich sie jedenfalls nicht verstanden.

< Ulzen (CDU): Wir auch nicht! – Beifall bei der CDU >

Wir kommen ja alle aus demokratischen Parteien, und diese demokratischen Parteien leben vom Nachwuchs, und dieser Nachwuchs muß bereit sein, demokratische Tugenden zu verwirklichen. Wir können auf die Dauer in den Parteien nicht Leute brauchen, oder nicht nur brauchen, die wegen eines Postens, wegen ihrer Karriere, wegen Vereinsmeierei oder wegen welcher Faktoren auch immer in Parteien gehen. Wir brauchen Nachwuchs, der demokratisches Engagement hat.

< Beifall bei der CDU und bei Abg. Hitzigrath >

Das Niveau dieses Parlaments ist auch davon abhängig, welche Abgeordneten wir in den Parteien aufstellen und ob wir es uns leisten können, den sogenannten Ellenbogenmenschen die Oberhand in den Parteien zu lassen.

< Beifall – Wronski (CDU): Manometer! >

In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, daß vor noch nicht allzu langer Zeit ein Politiker der SPD verstorben ist, der weit über die Grenzen seiner Partei hohes Ansehen genoß, ich meine Herrn Carlo Schmid. Fragen wir uns mal kritisch, ob wir im Bundestag und in den Landtagen noch viele Abgeordnete haben, die ethisches Vorbild für die jüngere Generation sind.

< Vereinzelter Beifall bei der CDU >

Bildungs- und Erziehungsziele hängen auch davon ab, inwieweit der Lehrer in diesem Staate noch Ansehen genießt. Ich selber habe an der Pädagogischen Hochschule studiert – die meisten Männer, die heute an die Pädagogische Hochschule gehen, sind an den Universitäten gescheitert. Das ist kein guter Ausgangspunkt für die Diskussion, die wir heute führen.

(B) < Beifall bei der CDU >

Ich halte es auch für außerordentlich gefährlich, wenn zu viele Frauen diesen Beruf ergreifen, die ihn innerlich nur als bequemen Halbtagsjob begriffen haben. Mit diesen Menschen werden wir die Bildungs- und Erziehungsziele in der Schule nur schwer verwirklichen können.

< Beifall bei der CDU >

Und noch ein Wort – ich habe nur noch zwei Minuten: Es geht in dieser Diskussion – um das ganz klipp und klar zu sagen – nicht um die Frage Reform ja oder nein. Ich bin absolut dafür, daß mehr Chancengleichheit in der Schule eingekehrt ist, daß alle oder mehr Kinder als früher Gelegenheit haben, sich Bildung zu erwerben. Ich hielte es für eine Verkürzung, wenn dies auf die „Reformschiene" gebracht würde. Ich meine nur, wir alle, die Eltern, die Lehrer, die Parteien und andere Institutionen, die in dieser Stadt Verantwortung tragen, haben zu wenig Zeit für Erziehung. Alle Probleme, die wir hier schön diskutieren – beobachten wir uns einmal kritisch in den nächsten drei Jahren – werden immer darauf zurückgeführt, die Schule habe versagt, seien es nun Verkehrsfragen oder Fragen der Sexualität, da können Sie nehmen, was Sie wollen, alles wird auf die Schule abgeladen, die Schule soll alles machen. Aber die Schule soll nicht nur bilden und erziehen, sie soll für meine Begriffe auch ethische Werte vermitteln.

Und jetzt lassen Sie mich zum Schluß kommen – ich möchte hier ungern wegen einer Zeitüberschreitung gerügt werden –: Ich habe, als ich in der Schule war, es als oberstes Erziehungsziel angesehen, den Kindern Zivilcourage beizubringen. Und ich meine, daß Herr Bath mit seinem Bekenntnis zu seinen 30 Thesen Zivilcourage bewiesen hat.

< Starker Beifall bei der CDU >

In diesem Sinne möchte ich eine Lanze für den Beamten brechen. Diese Diskussion heute haben wir e i n e m Beamten zu verdanken; ich meine, wenn wir mehr solche Beamte hätten, könnten wir öfter mehr inhaltlich diskutieren.

< Beifall und Sehr gut! bei der CDU >

– Dies darf aber nicht von meiner Zeit abgehen! – In dieser (C) Zeit wird sehr viel über Preußen gesprochen. Ich halte es für eine urpreußische Tugend, Zivilcourage zu zeigen, und ich meine, der Senator kann und muß Zivilcourage beweisen, indem er sich vorurteilsfrei mit den 30 Thesen auseinandersetzt. – Ich danke Ihnen!

< Beifall >

Stellv. Präsident Baetge: Frau Kollegin Rick-Petry, ich habe Ihnen die Zeit des Beifalls nicht von der Redezeit abgezogen.

< Bravo! bei der CDU >

Damit haben die beiden Großen Anfragen ihre Erledigung gefunden.

Meine Damen und Herren, ich begrüße jetzt hier im Hause recht herzlich eine Delegation der Abgeordnetenkammer des Parlaments der Föderativen Republik Brasiliens

< Lebhafter Beifall >

unter Führung des Herrn Präsidenten Flávio Partela Marcilio.

< Beifall >

Die Delegation wird drei Tage in Berlin bleiben, und ich wünsche ihr im Namen des Hauses einen angenehmen Aufenthalt. Ich würde mich freuen, wenn Sie, Herr Präsident, und Ihre Kollegen interessante Eindrücke aus Berlin in Ihr Heimatland mitnehmen könnten. Außerdem bedanke ich mich ganz besonders, daß Sie auf Ihrer Reise durch die Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich auch nach Berlin gekommen sind. Ich kann kein Portugiesisch, aber ich kann immerhin drei Worte Spanisch: Buenas noches, Señor Presidente!

< Heiterkeit und Beifall >

– Ich weiß selbstverständlich, daß man in Brasilien portugiesisch redet.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf (D)

lfd. Nr. 5, Drucksache 8/297:

Bericht über die Finanzplanung von Berlin 1979 bis 1983 mit Investitionsplanung von Berlin 1979 bis 1983

Das Wort hat nun Herr Senator Dr. Riebschläger. Ich bitte um Aufmerksamkeit. Herr Dr. Riebschläger, Sie haben das Wort.

Dr. Riebschläger, Senator für Finanzen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Später als bislang üblich legt Ihnen der Senat die jährliche Finanzplanung vor. Die Aufstellung dieser Finanzplanung 1979 bis 1983 war Problemen besonderer Art ausgesetzt. Die Planungsarbeiten waren in außergewöhnlichem Ausmaß von aktuellen Entwicklungen und Vorgängen beeinflußt, deren haushaltsmäßige Folgerungen die mittelfristige Entwicklung unserer Finanzen ganz wesentlich beeinflussen.

< Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten >

Stellv. Präsident Baetge: Meine Damen und Herren, darf ich nun um Aufmerksamkeit bitten! Es handelt sich wirklich um ein wichtiges Problem, wie Sie gleich hören werden. Herr Senator, Sie haben weiter das Wort.

Dr. Riebschläger, Senator für Finanzen: Um ein verläßliches Urteil über die künftige Entwicklung und die sich daraus für die Politik des Senats ergebenden Bedingungen zu gewinnen, war es deshalb wichtig, die zum Teil erst in den letzten Monaten zum Tragen gekommenen Belastungen und Risiken in dieser Finanzplanung noch zu berücksichtigen. Daraus hat sich die Notwendigkeit einer zeitlichen Verschiebung des Vorlagetermins der Finanzplanung ergeben.

Das Ergebnis dieser Finanzplanung ist ernüchternd. Es läßt erkennen, daß die Perspektiven für den Berliner Haushalt sich verschlechtert haben. Wir stehen vor schwierigen, wenn auch nicht unlösbaren Problemen, und diese Finanzplanung ist der

Sen Dr. Riebschläger

(A) erste Schritt zur Lösung dieser Probleme. Die Gründe für die Verschlechterung unserer Finanzposition liegen in einer Kumulation von Belastungswirkungen, nämlich einer Schwächung unserer Einnahmebasis bei gleichzeitiger Zunahme des Ausgabedrucks infolge zusätzlicher Ausgabelasten. Diese Belastungswirkungen sind zu einem Teil allgemeiner Natur: Bund, Länder und Gemeinden werden sich ihnen ebenso stellen müssen wie wir; sie sind zu einem anderen Teil Ausdruck besonderer Entwicklungen in Berlin.

Unsere Einnahmen stehen unter dem Diktat von drei Entwicklungen, deren Wirkungen unsere Finanzmasse negativ beeinflussen:

- Der Verzicht auf die Lohnsummensteuer und der Abbau der Gewerbesteuer vermindern unsere kommunale Steuerkraft.

– die wachsende Abhängigkeit unseres Haushalts von der Bundeshilfe bekommt immer stärker eine politische Dimension mit der Folge, daß einer Ausweitung der Bundeshilfe immer engere Grenzen gesetzt sind,

– die in Aussicht gestellte Steuerreform für 1981 wird ein weiteres Loch in die Steuerkasse reißen, dem eine Finanzplanung bereits Rechnung tragen muß.

Leider sind es nicht nur die Einnahmen, die unter Druck geraten sind. Auch auf der Ausgabenseite haben wir uns erheblichen zusätzlichen Belastungen zu stellen: Ich nenne hier den Baupreisschub des Jahres 1979 und die anhaltenden Ölpreissteigerungen, die nicht nur unmittelbar auf den Haushalt durchschlagen, sondern uns auch zu besonderen Anstrengungen beim Energiesparen zwingen, Anstrengungen, die in dem kostenträchtigen Energiesparprogramm des Senats ihren Niederschlag gefunden haben. Neben der Bewältigung dieser neuen Herausforderungen, die Ausdruck von Verteilungskämpfen auf nationaler und internationaler Ebene sind und welche die öffentlichen Haushalte der 80er Jahre wesentlich beeinflussen werden, gilt es speziell für Berlin, die Chance für Stadtpolitik zu nutzen, die sich uns mit der Internationalen Bauausstellung bietet.

(B) Die genannten zusätzlichen Ausgabebelastungen sind in der Finanzplanung für die Jahre 1981 bis 1983 mit nahezu 1,2 Milliarden DM – zunächst in pauschaler Weise – berücksichtigt. Ein wesentlicher Teil dieser Lasten resultiert aus dem Baupreisschub, der die gesamte Breite der öffentlichen Bautätigkeit und Bauförderung bis hin zum Wohnungsbau und zur Wohnungsmodernisierung erfaßt hat. Ich habe meiner besonderen Sorge über die Baupreise in unserer Stadt, die sich zu einem echten Standortnachteil entwickelt haben, bereits in der Haushaltsrede 1980 Ausdruck gegeben.

Angesichts der dargestellten Probleme auf der Einnahme- wie auf der Ausgabenseite stellt sich die Frage, inwieweit diese durch eine stärkere Verschuldung der Stadt gemildert werden können. Doch auch dieser Finanzierungsquelle sind Grenzen gesetzt. Berlin kann und darf aus den bundesweiten Bemühungen um die Haushaltskonsolidierung nicht ausbrechen. Und gerade für den Haushalt 1980 haben das Hohe Haus wie auch der Deutsche Bundestag mit seinem Beschluß zur Bundeshilfe die Einschränkung der Berliner Netto-Kreditaufnahme zu einem besonderen Anliegen gemacht.

Lassen Sie mich einige Aspekte dieser finanzpolitischen Konstellation noch etwa näher beleuchten: Was das Problem der Steuerverzichte bei der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuer angeht, so will ich zu dieser wirtschaftspolitisch gewollten Akzentsetzung zunächst eine Zahl nennen: Dem Landeshaushalt gehen dadurch in den Jahren 1981 bis 1983 schätzungsweise 2 Milliarden DM an kommunalem Steueraufkommen verloren. Es ist zwar richtig: Wir erwarten, daß diese Steuerausfälle durch eine entsprechende Aufstockung der Bundeshilfe ausgeglichen werden. Bei der Lohnsummensteuer hat sich diese Erwartung im vereinbarten Umfang erfüllt, während der Ausgleich für den ersten Senkungsschritt bei der Gewerbesteuer nur mit Schwierigkeiten zu verwirklichen war. Für die weiteren Senkungsschritte stehen die Verhandlungen noch bevor. Ich sehe diesen mit Zuversicht entgegen; die Finanzplanung unterstellt bereits den vollen Ausgleich.

Aber wozu führt schließlich das Ganze? Auf der Grundlage der vorliegenden Finanzplanung steigt die Bundeshilfequote des Berliner Haushalts von 49,3 % im Jahre 1977, dem Jahr vor (C) Abschaffung der Lohnsummensteuer, auf 57,3 % im Jahre 1983. Diese wachsende Abhängigkeit Berlins von der Bundeshilfe ist ein Politikum und unser finanzpolitisches Zentralproblem, auf das ich immer wieder hingewiesen habe und immer wieder hinweisen werde. Es ist offenkundig, daß damit der Finanzierungsspielraum vergangener Jahre bei der Bundeshilfe künftig nicht mehr vorhanden ist. Wir müssen uns also darüber im klaren sein, daß wir hier auf Dauer eine grundsätzliche Schwerpunktsetzung zugunsten der Wirtschaftspolitik und damit zu Lasten der Kommunalpolitik vorgenommen haben. Ich habe Zweifel, daß diese unbequeme Wahrheit von jedermann schon erkannt ist. Dieser Druck auf die Kommunalpolitik wird solange anhalten, bis der Erfolg unserer Wirtschaftsförderung sich in der Staatskasse in Form höherer Ertragssteuern niederschlägt.

Unsere Kommunalpolitik steht aber noch vor einem anderen Zwang: Ich habe die Internationale Bauausstellung als Chance für die Stadtpolitik bezeichnet. Wenn wir diese Chance wahrnehmen wollen, dann bedeutet das, daß wir innerhalb unserer kommunalen Aufgaben Schwerpunkte anders setzen müssen.

< Landowsky (CDU): Aha! >

Denn die Bauausstellung kann mangels Masse nicht einfach auf die laufenden kommunalpolitischen Aufgaben „draufgesattelt" werden,

< Wronski (CDU): So ist es! >

um es einmal bildhaft auszudrücken. Es folgt daraus, daß auch innerhalb der Kommunalpolitik eine Umschichtung von Finanzmassen erforderlich wird.

Hinzu kommt, daß die anstehende Steuerreform 1981 finanziell verkraftet werden muß. Die Steuerausfälle, die dem Landeshaushalt auf der Grundlage des Reformkonzepts der Bundesregierung erwachsen, dürften sich für die Jahre 1981 bis 1983 auf rund 660 Millionen DM summieren. Da die Einzelheiten des Reformwerks noch nicht beschlossen sind – wobei der Bundesrat dies üblicherweise noch zu verteuern pflegt –, ist diese im Schätzwege ermittelte Größenordnung der Steuerausfälle in der Finanz- (D) planung als pauschale Mindereinnahme beim Steueransatz berücksichtigt worden.

Die neue Konstellation bei Einnahmen und Ausgaben hat – wen könnte das verwundern – für die Jahre 1981 bis 1983 erhebliche Deckungslücken sichtbar werden lassen. Der Senat stand und steht vor der Aufgabe, Ausgaben und Einnahmen miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Er hat vorgesehen, die zu Tage getretenen Deckungslücken einerseits durch eine Anhebung der bisherigen Linie der Netto-Neuverschuldung und andererseits durch Ausgabenkürzungen zu schließen.

Die Anhebung der Netto-Neuverschuldung ist insoweit eine finanzpolitische Kurskorrektur, als damit eine Reserve mobilisiert wird, die bislang mit Blick auf künftige Finanzierungsanforderungen, auch für konjunkturpolitische Steuerungsmaßnahmen, bewußt geschont worden ist. An dieser Stelle wird mit aller Klarheit auch der Zusammenhang zwischen Bundeshilfe und Verschuldung sichtbar: Jedes Bemühen um eine Stabilisierung des Bundeshilfeanteils am Haushalt führt zwangsläufig zu höherer Verschuldung, es sei denn, es werden Ausgaben eingespart.

Die in Aussicht genommenen Netto-Kreditaufnahmen bleiben im übrigen in einem Rahmen, der ein Ansteigen der sogenannten Zinslastquote, in der die Belastung der laufenden Einnahmen durch Zinsausgaben ausgedrückt ist, bisher vermeidet. Und auch mit dem Blick auf die vor allem aus gesamtwirtschaftlichen Gründen nach wie vor bestehende Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung ist die neue Verschuldungslinie der Finanzplanung noch vertretbar. Durch die Anhebung der Netto-Neuverschuldung konnte die Deckungslücke auf rund 445 Millionen DM im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1983 verringert werden.

Der Senat hat sich vorgenommen, diese verbliebenen Deckungslücken durch Ausgabekürzungen zu schließen. Er hat in dem ersten Schritt, der mit dieser Finanzplanung zu gehen war, bewußt davon abgesehen, diese Ausgabekürzungen, im Jahresdurchschnitt eine Verringerung des Ausgabevolumens um immerhin [illegible] in der Form konkreter, an einzelnen Haushaltsansätzen orientierter Kürzungen vorzunehmen. Er hat statt dessen Aus-

Sen Dr. Riebschläger

(A) gabenkürzungen in der Form pauschaler Ausgabenminderungen beschlossen, und zwar im Umfange von durchschnittlich jährlich 80 Millionen DM bei den konsumtiven Ausgaben und von 367 Millionen DM bei den Investitionsausgaben.

Der Grund für die pauschale Ausgabenminderung liegt darin, daß ein Teil der zusätzlichen Ausgabenlasten auf Vorgängen beruht, die sich auch jetzt noch im Fluß befinden, so daß die Schätzung der haushaltsmäßigen Auswirkungen mit erheblichen Risiken behaftet ist. Das gilt sowohl für die Öl- und Baupreise als auch für den Maßnahmenkatalog der Internationalen Bauausstellung. Angesichts dieser Unsicherheiten über das ganze Ausmaß der bestehenden Belastungen erschien es dem Senat noch nicht vertretbar, gezielte Eingriffe bereits mit dieser Finanzplanung vorzunehmen.

Damit hat der Senat mit dieser Finanzplanung die bestehenden Probleme aufzeigt und zugleich die voraussichtlichen Größenordnungen sichtbar gemacht, in denen Lösungen gefunden werden müssen. Diese Lösungen werden zwar Abstriche an bestimmten Planungserwartungen notwendig machen, sie werden aber die Ziele der Regierungserklärung nicht in Frage stellen, da von einer Einschränkung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus nicht die Rede ist.

Trotz der pauschalen Ausgabenkürzungen weisen nämlich die Gesamtausgaben nach der Finanzplanung ein jahresdurchschnittliches Wachstum von rund 6 % auf. Diese Zuwachsrate liegt immer noch höher als die der Finanzplanungen des Bundes und der anderen Bundesländer, die um die 5%-Marke schwanken. Ich befürchte daher, daß in den anderen Teilen der Bundesrepublik die Ausgabenprojektion Berlins keineswegs als restriktiv angesehen wird.

Die Entscheidungen des Senats über die Ausgabenanpassung im Rahmen der vorliegenden Finanzplanung haben Leitlinienscharakter für die Haushaltsplanung 1981 sowie für die Fortschreibung der Finanzplanung und der Investitionsplanung für den Planungszeitraum 1980 bis 1984; an der Investitionsplanung bis
(B) 1984 wird im übrigen bereits intensiv gearbeitet, wir sind im dritten Revisionsdurchgang. In dieser künftigen Planung sind die Konsequenzen im einzelnen zu ziehen, die mit dieser Finanzplanung in ihren Größenordnungen vorgezeichnet worden sind. Damit stehen für den Haushalt 1981 und die Finanzplanung bis 1984 wichtige Prioritätenentscheidungen an.

Im Mittelpunkt dieser Entscheidungen werden die Investitionsplanung und die Stellenplanung stehen.

Was die Investitionsplanung betrifft, so sind dort bedeutende – ich betone, bedeutende – Anpassungskorrekturen unausweichlich. Die vorgelegte Investitionsplanung spiegelt in ihrer Objektorientierung, der zeitlichen Einordnung der einzelnen Maßnahmen und hinsichtlich der Kostenangaben einen Planungsstand wider, der nahezu ein Jahr zurückliegt und der durch die zwischenzeitlichen Entwicklungen, die ich eingangs genannt habe, überrollt worden ist. Die Investitionsplanung 1979 bis 1983 muß im ganzen überarbeitet und an die neuen Bedingungen angepaßt werden. Wir werden dabei noch stärker als bisher darauf hinwirken, daß in die Investitionsplanung nur solche Vorhaben aufgenommen werden, deren Planungsstand die vorgesehene Realisierung, insbesondere die rechtzeitige Vorlage von Bauplanungsunterlagen, auch garantiert. Darüber hinaus werden aber auch voll durchgeplante, in den Jahren 1981 bis 1983 neu vorgesehene Vorhaben zeitlich hinausgeschoben werden müssen. Die Aufnahme zusätzlicher Vorhaben – über den Objektrahmen der vorliegenden Investitionsplanung hinaus – in die nächste Investitionsplanung dürfte damit als ausgeschlossen gelten. Wenn dennoch die Aufnahme derartiger Maßnahmen in die Planung erforderlich wird, so wird dies nur im Wege des Objektaustauschs gegen bereits geplante Maßnahmen realisiert werden können.

Der massivste Verdrängungsdruck dieser Art wird sich durch die Internationale Bauausstellung ergeben, denn ein Teil der öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen der Bauausstellung ist in der vorliegenden Investitionsplanung noch nicht berücksichtigt. Nach dem gegenwärtigen Stand der IBA-Planung ergeben sich aus diesen Maßnahmen für die Jahre 1981 bis 1983 noch nicht abgesicherte Ausgabenanforderungen im Umfang von rund 225 Millionen DM. Der Senator für Bau- und Wohnungswesen (C) verhandelt gegenwärtig mit den Bezirken und Fachressorts der Hauptverwaltungen über die zeitliche Verlagerung bereits geplanter Infrastrukturmaßnahmen zugunsten von Maßnahmen der Bauausstellung. Er wird dem Senat das Ergebnis dieses Abstimmungsprozesses im einzelnen darstellen. Der Senat wird also in einer vorgezogenen Prioritätendiskussion die grundsätzlichen Weichenstellungen für den Haushalt 1981 und die Investitionsplanung bis 1984 vornehmen. Er wird als Ergebnis dieser Entscheidungsrunde dem Hohen Hause eine Unterlage über die Maßnahmen der Internationalen Bauausstellung und deren Finanzierung zuleiten.

Auch für die Stellenplanung zeichnen sich für die kommenden Jahre schwierige Prioritätenentscheidungen ab. Bei der mit dieser Finanzplanung aufgezeigten Linie der Personalausgabenentwicklung verbleibt für zusätzliche Stellen nur ein minimaler Spielraum. Für die Stellenplanung erwächst daraus die Notwendigkeit, den Stellenbedarf in erster Linie und noch stärker als bisher aus dem vorhandenen Stellenbestand zu decken. Der Senat hat im übrigen erneut davon abgesehen, Anzahl und Verteilung der zusätzlichen Stellen im einzelnen darzustellen, weil die Zahl der Stellen, die in den kommenden Jahren durch Wegfall von Aufgaben, durch Rationalisierungsmaßnahmen als Folge der Entwicklung der Einwohnerzahlen oder aus anderen Gründen eingespart werden können, gegenwärtig nicht quantifizierbar ist. Nur wenn diese Stelleneinsparungen geringer ausfallen würden als erwartet, entstünde ein finanzielles Risiko. In einem solchen Falle müßten gegebenfalls Sachplanungen hinsichtlich des Stellenbedarfs entsprechend angepaßt werden. Die Dynamik der Bundeshilfequote und der anhaltend hohe Kreditbedarf unterstreichen im übrigen die fortbestehende Notwendigkeit von Eigenleistungen Berlins zur Verbesserung der Haushaltsstruktur. Hier hat die Anpassung von Tarifen, Gebühren und Entgelten an die Kostenentwicklung auf der Grundlage der bestehenden Tarifkonzepte ein hervorragendes Gewicht. Die durch die Tarifkonzepte vorgezeichneten Anpassungsmöglichkeiten werden mit dieser Finanzplanung ausgeschöpft. Um etwas hinzuzufügen: Viel Luft ist an dieser Stelle nicht drin!

Ich möchte den wesentlichen Inhalt meiner Ausführungen wie (D) folgt zusammenfassen:

– Bundesweite Entwicklungen, die die öffentlichen Haushalte belasten, treffen in Berlin mit neuen kostenträchtigen Akzentsetzungen der Wirtschafts- und Stadtpolitik zusammen.

– Aufgabe der Finanzpolitik ist es, die Ausgaben und Einnahmen an diese neue Konstellation anzupassen. Das erfordert politische Entscheidungen vom Senat und dem Hohen Hause.

– Wir müssen uns mit diesen Entscheidungen auf die Verwirklichung des wesentlichen Kerns der Regierungserklärung konzentrieren. Wir müssen den Mut haben, das Wünschbare hinter das Notwendige zurückzustellen.

< Wronski (CDU): Nun mal konkret! >

– Der Senat wird diese Aufgabe bewältigen. Er hat mit dieser Finanzplanung den ersten wichtigen Schritt hierfür getan. Mit dem Haushalt 1981 der Finanzplanung bis 1984 wird der Senat die notwendigen Einzelentscheidungen treffen.

< Wronski (CDU): Wo, wie und an welcher Stelle? >

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, die allerdings dem Thema und der Bedeutung der Ausführungen auch angemessen war!

< Beifall bei der SPD und der F.D.P. >

Stellv. Präsident Baetge: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Besprechung. Zunächst hat das Wort der Abgeordnete Diepgen.

Diepgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Uns ist hier eine mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung vorgelegt worden, die den Namen nicht verdient! Dennoch – und das wird den einen oder anderen erstaunen – möchte ich zu Beginn meiner Ausführungen dem Finanzsenator ein Lob aussprechen, der zwar für diese Finanz- und Investitionsplanung

Diepgen

(A) verantwortlich zeichnet, eine Finanz- und Investitionsplanung, die diesen Namen nicht verdient, der sich aber gleichzeitig das Verdienst erworben hat, der Öffentlichkeit sehr deutlich zu machen, wie der Stand der offentlichen Finanzen im Land Berlin wirklich ist.

< Hucklenbroich (F.D.P.): Er hat Courage! — Beifall bei der CDU >

Ich habe den Eindruck, Herr Finanzsenator, daß diese Rede — sie ist übrigens die kürzeste Einbringungsrede für eine mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung, die ich gehört habe, seitdem ich hier im Hause bin — weniger an die Öffentlichkeit, wahrscheinlich auch hier gar nicht an das ganze Haus, sondern vor allen Dingen an Ihre Kollegen im Senat gerichtet ist und wahrscheiniich auch an die wünschenden und immer wieder fordernden gesellschaftlichen Gruppen, aber auch an die Berliner Verwaltung in ihrer Zweistufigkeit.

Ich will mit diesem Lob durchaus noch einen Schritt weitergehen: Wenn man sich Ihre Rede genau anhört und durchliest, so kommt man zu dem Ergebnis, daß Sie in den Hauptsätzen immer sehr deutlich notwendige Akzente setzen, daß Sie aber dann in den Nebensätzen den Versuch machen, Ihren Zorn wieder ein wenig abzuwiegeln. Diese Nebensätze Ihrer Rede sind offensichtlich für Ihre Kollegen im Senat gedacht. Das sind die Formulierungen, in denen es dann heißt: Der Kern der Regierungserklärung bleibt erhalten, wir werden das Notwendige schaffen, wir werden — wie Sie es in Ihren Schlußbemerkungen dann zum Ausdruck gebracht haben — die Aufgabe bewältigen! Aber, meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, daß dieser Finanzsenator in bezug auf die Bewältigung dieser Aufgabe nicht sehr optimistisch ist angesichts der Anforderungen, die offensichtlich bei der Zusammenstellung dieser sogenannten mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung an ihn gerichtet worden sind. Trotz meiner Bemerkung, daß diese Finanz- und Investitionsplanung diesen Namen nicht verdient — deswegen mein Lob — stelle ich hier fest: Herr Finanzsenator, Sie werden die kritische Unterstützung, die in einzelnen Punkten von Ihrer Meinung vielleicht auch abweichende Position, aber im Kern die Unterstützung der Opposition gegen die (B) Ressortwünsche in den künftigen Finanzüberlegungen und Finanzplanungen des Landes Berlin erhalten, denn diese Unterstützung scheint unbedingt notwendig zu sein!

Nach diesen mehr lobenden Bemerkungen muß ich zu ein paar kritischen Bemerkungen kommen, nämlich zu der gesamtpolitischen Lage, die dieser Finanzplanung zugrunde liegt. Sie haben selbst ausgeführt, daß das Ergebnis der Finanzplanung ernüchternd sei. Wir haben uns bei den Haushaltsberatungen noch darüber unterhalten, ob nun stürmisch ist, was auf uns zukommt, oder ob wir uns schon mitten in einem Orkan befinden. Wir haben uns bei der letzten mittelfristigen Finanzplanung auch darüber unterhalten, ob denn das alles hinreichend abgesichert ist. Ich will den Kollegen Papenfuß zitieren, der am 7. Dezember 1978 ausgeführt hat, daß die damals vorgelegte Planung, die heute ganz offensichtlich zusammengebrochen ist — denn anders ist die jetzt vorgelegte mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung ja nicht mehr zu verstehen —, ein gutes Instrument zur Vorbereitung der politischen Arbeit sei. Er hat weiter gesagt, es sei selbstverständlich, daß in den nächsten Jahren bei der Planung eine Überarbeitung nach dem jeweiligen politischen Stand stattfinden muß. Er nannte das alles eine solide Vorplanung. Meine Damen und Herren, ich zitiere das deswegen, weil ich auf die Formulierung des Kollegen Papenfuß Bezug nehmen möchte, nach der selbstverständlich ist, daß eine mittelfristige Investitions- und Finanzplanung dem jeweiligen politischen Stand angepaßt werden muß, daß sie in diesem Sinne überarbeitet werden muß.

Wir haben uns zunächst einmal mit der Tatsache auseinanderzusetzen, daß die Finanzplanung erheblich verspätet vorgelegt wird. Ich kritisiere das nicht, dieses ist uns vorher mitgeteilt worden, und wir wußten ja — bei der Haushaltsberatung wurde es ja noch mit unterschiedlichen Akzenten zumindest erörtert —, daß es eine Reihe von Schwierigkeiten gibt. Aber wenn schon eine mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung verspätet vorgelegt wird, dann kann man erwarten, daß diese Finanzplanung in sich ausgeglichen ist! Wenn ich hier die Feststellung getroffen habe, es läge eigentlich keine Planung vor, die diesen Namen verdient, dann doch deswegen, weil es in der Geschichte der deutschen Länder, seit es das Instrument der mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung gibt, wohl erstmalig ist — ich hoffe, daß dies (C) im Rahmen der Reformdiskussion nicht etwa noch als ein besonderer Fortschritt des Landes Berlin bezeichnet wird —, daß in einer solchen Finanz- und Investitionsplanung mit dem Instrument von pauschalen Minderausgaben gearbeitet wird. Dies zeigt, genauso wie die Tatsache der verspäteten Vorlage, daß dieser Senat nicht in der Lage war, die tatsächlichen und notwendigen Bedürfnisse dieser Stadt vor dem Hintergrund der politischen Grundentscheidung, die dieses Abgeordnetenhaus und dieser Senat getroffen hat, zu erkennen und eine entsprechende Finanz- und Investitionsplanung vorzulegen.

< Beifall bei der CDU >

Im Grunde ist — und das muß, gerade weil ich den Finanzsenator hier gelobt habe, herausgestellt werden — diese mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung ein Beweis für den Zusammenbruch der gesamten Finanzpolitik und eines Zusammenbruchs der Politik des Senats!

Meine Damen und Herren, der eine oder andere wird jetzt sagen, nun hat er wieder mal ein bißchen übertrieben, sozusagen oppositionell notwendig.

< Hucklenbroich (F.D.P.): Bißchen schon! >

— Meine Damen und Herren, ich bestreite selbst den Zwischenruf des Kollegen Hucklenbroich, daß ich nur ein bißchen übertrieben habe. Denn was ist denn der Schwerpunkt, der von diesem Senat unter der Führung des Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe immer wieder herausgestellt wird? Es ist der Schwerpunkt der Stadtpolitik! Stadtpolitik, die dadurch gekennzeichnet ist, daß im innerstädtischen Bereich eine Reihe von kommunalen Maßnahmen durchgeführt werden sollen, daß wir eine Internationale Bauausstellung durchführen, daß wir eine Bundesgartenschau in dieser Stadt haben. Stadtpolitik im Vordergrund, und dann liegt uns eine Investitionsplanung mit Deckungslücken im kommunalen Sektor von erheblicher Größenordnung vor. Da hilft ja auch nicht etwa der Hinweis: Das müssen wir in der nächsten Zeit alles mit Objektaustausch sozusagen bereinigen. Die Lücke wird auch (D) nicht durch den Hinweis auf Ölkrise und insbesondere Internationale Bauausstellung erklärt.

Ich will nur einmal die Zahlen zusammenrechnen. Der Bausenator und der Finanzsenator haben vorgetragen — der Bausenator in seiner Pressekonferenz —, daß es bei der Internationalen Bauausstellung eine Deckungslücke gibt in einer Größenordnung von 225 Millionen DM. Der Herr Bausenator hat noch dargestellt, daß es eine Deckungslücke von etwas über 360 Millionen DM gab, wobei ein Teil schon abgedeckt ist durch bestimmte Umschichtungen. Bleiben wir einmal bei dem Betrag: 225 Millionen DM. Das ist zwar manch einem sein ganzes Geld, aber vor dem Hintergrund des Planungszeitraums für die Internationale Bauausstellung wäre dieses kein wirklich gravierendes Problem. Nur haben wir es nicht nur mit der Schwierigkeit zu tun, diese 225 Millionen DM zu finanzieren, sondern wir haben im Investitionsbereich — wie in der Planung ausgewiesen wird und wie der Herr Finanzsenator hier ausdrücklich bestätigt hat — eine Dekkungslücke von jährlich über 360 Millionen DM.

< Boroffka (CDU): Schon mehr! >

Nun muß man einmal die Vergleichszahlen heranziehen; die Vergleichszahl für diese Größenordnung ist ja nicht etwa der gesamte Etat, es ist das Investitionsvolumen

< Boroffka (CDU): Genau! >

— und davon vor allen Dingen der Bereich Hochbau. Das Gesamtvolumen des Hochbaues liegt bei über 850 Millionen DM. Damit haben Sie die wirkliche Größenordnung der Probleme in den vernünftigen Relationen dargestellt. Das bedeutet, daß gut ein Drittel der Investitionsmaßnahmen im Hochbau — und darum geht es im wesentlichen — nicht finanziert werden kann.

Meine Damen und Herren, Stadtpolitik steht angeblich im Vordergrund; Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur in Berlin; Wertausgleichsprogramm — so dargestellt in der Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe bei seinem Amtsantritt und auch bei Amtsantritt in dieser Legislaturperiode. Von einem Senat aber, der Stadtpolitik in den

Diepgen

(A) Vordergrund seiner politischen Arbeit setzt, hätte man erwarten müssen, daß er eine Finanzplanung vorlegt, die gerade in diesem Schwerpunkt der Stadtpolitik auch ausgeglichen ist.

< Beifall bei der CDU >

die klar sagt, mit welchen Investitionsmaßnahmen in der nächsten Zeit zu rechnen ist. Der Senat aber sieht sich gezwungen, auf jenen haushaltstechnischen Trick zurückzuweichen, mit dem der fehlende Ausgleich mit pauschalen Minderausgaben kaschiert wird. Mit dieser Investitionsplanung ist das Kernstück dessen, was jedenfalls dieser Regierende Bürgermeister immer als Kernstück seiner Regierungspolitik darstellt, die Stadtpolitik, als gescheitert anzusehen! Aber es ist nicht nur der Bereich der Investitionen, sondern auch im konsumtiven Bereich gibt es 80 Millionen DM jährlich pauschale Minderausgaben.

Der Finanzsenator hat auf die anderen Probleme hinsichtlich der Bundeshilfe hingewiesen; er hat hingewiesen auf die weiteren Haushaltsrisiken durch die Steuerreform und durch Preissteigerungen, die nicht in der unmittelbaren Verantwortung des Landes Berlin und der Länder liegen. Er hat dann gesagt: Wir werden das schon alles irgendwie in den Griff bekommen! Und er hat einige Lösungsvorschläge angedeutet: Verbesserung der Einnahmenseite im Bereich der Tarife, Gebühren usw. – doch das ist keine Größenordnung, die hilft, den Etat auszugleichen. Die Lösungsvorschläge zur Finanzierung der Internationalen Bauausstellung funktionieren schon nicht angesichts der simplen Zahlen, die ich vorgetragen habe: Deckungslücke 225 Millionen DM bei der Internationalen Bauausstellung, aber jährlich eine Deckungslücke von über 360 Millionen DM im investiven Bereich. Insofern wird doch ein Objektaustausch allein wahrscheinlich nicht ausreichen. Ich hätte daher eigentlich vom Finanzsenator erwartet, daß er noch einen Schritt weiter geht und mutig ist, nicht nur so deutlich klarmacht, welche haushaltsmäßigen Schwierigkeiten wir in der Zukunft haben werden, sondern daß er auch ein Wort dazu sagt, wie es eigentlich dazu kommen konnte. Dazu konnte es nur kommen, weil in Berlin – in Verantwortung des Senats – in der Vergangenheit eine Reihe von Planungen in Angriff genommen
(B) worden ist, eine Reihe von Objekten durchgeführt worden ist, bei denen man sich nicht hinreichend über die Folgekosten Gedanken gemacht hat, bei denen man sich nicht hinreichend Gedanken darüber gemacht hat, was wirklich auf die Stadt zukommt. Letztlich – vor der Schwierigkeit stehen wir doch – habe wir uns durch eine Reihe von Prestige-Objekten übernommen. Und ich rede jetzt nur von den Prestige-Objekten, die auf uns zukommen, deren Verwirklichung uns noch bevorsteht: Internationale Bauausstellung, Bundesgartenschau. Wahrscheinlich werden wir also auf diesem Sektor nicht nur Umgruppierungen vornehmen müssen, sondern wir werden eine Konzentration auf eine geringere Zahl von Maßnahmen vornehmen müssen – ohne dieses wird es einen Ausgleich des Etats nicht geben.

Dabei bin ich bei der Internationalen Bauausstellung und einigen Vorstellungen, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Es gibt so ein Gremium, das nennt sich Landesausschuß und wird dem kleineren Koalitionspartner zugeordnet. Dieser Landesausschuß ist zur Lösung der ganzen Probleme auf die Idee gekommen: Verschieben wir die Internationale Bauausstellung doch vom 1984 ein bißchen weiter zurück um zwei, drei Jahre! –

< Hucklenbroich (F.D.P.): Überholt! >

Ich möchte vor einem ganz entschieden warnen: Eine Verschiebung der Internationalen Bauausstellung, das heißt der Eröffnung der Internationalen Bauausstellung, die ja immer für einen längeren Zeitraum geplant war, wird jedenfalls zur Lösung unserer finanzpolitischen Probleme überhaupt nicht beitragen – im Gegenteil, ich behaupte, damit wird die Planung nicht beschleunigt, und die finanzpolitischen Probleme werden eher noch größer.

< Beifall bei der CDU >

Insofern habe ich doch die dringende Bitte, dieses alles ein bißchen vorsichtiger anzugehen.

Nun gibt es sicherlich auch innerhalb dieser Finanzplanung, die ja ein Jahr zurück ist, eine Reihe von Projekten, bei denen man gegebenenfalls auch durch Streichungen Einsparungen vornehmen kann; ich nenne nur einmal einige, wo man darüber nachdenken kann. Seitdem ich in diesem Haus bin, muß ich mich immer auseinandersetzen mit Planungen für den Neubau eines (C)
Polizeipräsidiums. Auch diesmal ist es wieder in der Investitionsplanung enthalten mit einem Kostenrahmen von insgesamt 200 Millionen DM. Nach dem, was man so aus der Verwaltung hört, soll dieser Betrag schon um beinahe 50 % überschritten werden – jedenfalls nach internen Planungen.

< Schmitz (CDU): So ist es! >

Ich glaube, hier sollte man nicht nur hinsichtlich der Planungen im einzelnen sehr viel Sparsamkeit walten lassen, sondern vielleicht auch das Projekt als solches in Frage stellen.

< Beifall bei der CDU >

Zur Überprüfung in der Investitionsplanung bietet sich der Neubau des Kammergerichts an; bei den Oberstufenzentren werden wir Reduzierungen vornehmen können; sicherlich werden die Planungen für das Institut für Leibeserziehung nicht in dem Zeitraum und in der Form durchgeführt werden können, wie sie in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten sind. Es gibt Rathaus-Neubauten, die jeweils noch einmal kritisch überprüft werden müssen. Aber auch dieser von mir angedeutete Rahmen reicht nicht aus zur Finanzierung der Gesamtdeckungslücke. Wir werden weitergehen müssen. Dabei muß ich kritisch noch einen weiteren Aspekt aufgreifen: Der Finanzsenator hat erklärt: Durch neuere Ereignisse ist diese Finanzplanung nicht mehr aktuell. Nun wurde uns in den letzten Jahren nie eine wirklich aktuelle Finanzplanung vorgelegt. In diesem Haushaltsjahr bzw. bei dieser Finanzplanung ist es allerdings besonders arg. Ich frage mich, warum in dieser mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung beispielsweise Beschlüsse des Abgeordnetenhauses im Zusammenhang mit dem Haushalt 1980 nicht enthalten sind. Das hätte doch nun mit Sicherheit geschehen können. Ich behaupte ja nicht, daß beispielsweise schon Aussagen hinsichtlich des Baues des Ephraim-Palais, wo es neuere Entscheidungen gibt, zu berücksichtigen waren. Das schaffe schon die Druckerei nicht. Anders bei den Maßnahmen hinsichtlich des Kammermusiksaals, wo in dieser mittelfristigen Finanzplanung nur für das Jahr 1980 ein Betrag von einer Million enthalten ist. 1980 soll geplant werden, und in den (D)
Jahren 1981 bis 1983 ist nichts vorgesehen. Das kann man nun wirklich nicht mehr damit begründen, daß die Zeit über den Planungsstand hinweggegangen ist. Hier zeigt sich, und dieses muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß geblockt wird, entgegen den Entscheidungen dieses Abgeordnetenhauses. Man hat sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, mit der mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung den neuesten Stand auf der Grundlage der Entscheidungen des Abgeordnetenhauses vorzulegen.

< Beifall bei der CDU >

Dieses dürfen wir uns als Parlament nicht bieten lassen. Ich muß dem Senat insgesamt, und in der Führungsverantwortung dem Regierenden Bürgermeister, insbesondere dem Regierenden Bürgermeister, den Vorwurf machen, daß diese Vorlage eine Zumutung für das Parlament ist. Ich will das gar nicht weiter ausformen.

Mit einem anderen Aspekt will ich mich noch auseinandersetzen. Der Finanzsenator hat es als Möglichkeit zur Lösung kommunaler Probleme dargestellt. Er hat im Zusammenhang mit all den Problemen um notwendige pauschale Minderausgaben argumentiert, wir könnten den Schwerpunkt der Stadtpolitik aufrechterhalten, so schlimm sei es mit den Einschränkungen nicht, denn wir erhöhten unsere Ausgaben doch noch insgesamt um durchschnittlich 6 Prozent. Der Finanzsenator weist andererseits aber selbst darauf hin, daß im Durchschnitt der Bundesländer der Ausgabenzuwachs nur bei 5 Prozent liegt. Er schließt die Bemerkung an, daß die anderen Bundesländer wahrscheinlich deswegen schon allein die Haushaltsgestaltung in Berlin nicht als besonders sparsam im Sinne der Konsolidierung öffentlicher Haushalte empfinden werden. Herr Finanzsenator, ich gehe sicherlich recht in der Annahme, daß dies eine verklausulierte Aufforderung zur Zurückhaltung an ihre Kollegen im Senat war.

Aber ich muß herausstellen, daß Sie angesichts der Gesamtprobleme Berlins, der Einnahmenseite, des Ansteigens der Bundeshilfe, alle Anstrengungen unternehmen müssen, eben nicht mehr Ausgabensteigerungen zuzulassen als andere Bundesländer.

Diepgen

(A) Es ist vielmehr ein Gebot der berlinpolitischen Vernunft, die Ausgabenzuwachsraten gegenüber anderen Bundesländern zu reduzieren. Wenn es hier überhaupt eine Begründung für zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Hand gibt, dann können es nur Maßnahmen zur langfristigen Absicherung der Wirtschaftskraft und zur Bevölkerungspolitik sein. Bis auf die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Lohnsummensteuer bzw. zur Gewerbesteuer gibt es in dieser mittelfristigen Finanzplanung unter dem von mir hier genannten Aspekt aber keine neuen Akzente. Gerade deswegen ist eine Ausgabensteigerung, die höher liegt als die der anderen Bundesländer, für Berlin nur sehr schwer zu verantworten, wenn sie überhaupt zu verantworten ist.

Ich fasse zusammen: Der Finanzsenator ist offensichtlich in einem sehr heftigen Abwehrkampf gegenüber Ressortwünschen. Er wird hierbei im wesentlichen die Unterstützung der Opposition finden. Er hat das Verdienst, sehr deutlich haushaltspolitische Probleme der Öffentlichkeit vorgetragen zu haben. Aber, er muß sich die Kritik gefallen lassen, daß er – sicherlich in der Gesamtverantwortung des Senats – eine mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung vorgelegt hat, die diesen Namen nicht verdient. Der Senat muß sich insgesamt ins Stammbuch schreiben lassen, daß mit der mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung deutlich wird, daß wir hier im Lande Berlin in seiner Verantwortung in den vergangenen Jahren über unsere Verhältnisse gelebt haben. In den nächsten Jahren werden wir dafür zahlen müssen. Das ist die Verantwortung, die der Senat auf sich genommen hat. Herr Regierender Bürgermeister, Sie müssen sich ins Stammbuch schreiben lassen, daß alles, was Sie von Stadtpolitik reden, leicht zu Schall und Rauch wird angesichts der Zahlen, die in Ihrem Senat als Planung lediglich zusammengestümpert worden sind. Vielen Dank.

< Beifall bei der CDU >

Präsident Lorenz: Das Wort hat der Abgeordnete Ehrke.

(B)

Ehrke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem vielen Schall und Rauch möchte ich den Versuch unternehmen, wieder zurückzukehren zur Finanz- und Investitionsplanung, von der Sie selbst, Herr Kollege Diepgen, wissen, daß sie Richtlinien für die Wirtschaftsplanung insgesamt enthält. Ich betone hier ausdrücklich, daß das, was der Kollege Papenfuß zur Investitionsplanung gesagt hat, damals absolut berechtigt war. Es war auch 1979 noch berechtigt, da wir zu diesem Zeitpunkt noch in ganz normalen Verhältnissen gelebt haben. Sie geben selbst zu und müssen auch zugeben, daß wir inzwischen in eine Entwicklung hineingekommen sind, und zwar alle Bundesländer, die nicht vorhersehbar war und die auch in ihrer Folge dazu geführt hat, daß wir zu spät zu dieser Vorlage gekommen sind, die eine Vorlage des Senats ist. Den Vesuch, hier zu differenzieren, halte ich natürlich seitens der Opposition für richtig, er ist aber im Grunde genommen Rauch, der wirklich nichts bringt.

Lassen Sie mich sagen, ganz selbstverständlich haben wir uns damit einverstanden erklärt – Herr Diepgen hat das sogar für die Opposition zugestanden –, daß wir die Finanz- und Investitionsplanung später bekommen, weil im Herbst und zum Ende dieses Jahres die entscheidenden finanziellen Veränderungen auf uns zugekommen sind, wie z. B. die Rohstoffverteuerung, die Verteuerung auf dem Bauinvestitionssektor; auf der anderen Seite gibt es die Einnahmenkürzungen aufgrund der Steuererleichterungen, die hier selbstverständlich mit einzuarbeiten waren. Und wer da so tut, als ob wir diese Finanzplanung verspätet, schlecht und auch noch falsch vorgelegt haben, der muß sich doch fragen, ob er noch ehrlich Finanzpolitik machen oder den Versuch unternehmen will, hier nur Positionen dagegen aufzubauen.

Natürlich ist durch diese Finanz- und Investitionsplanung auch klar, daß der Spielraum dem Bund gegenüber kleiner und enger geworden ist und auch noch enger wird. Dadurch, daß wir in diesen Bereich hineinkommen, müssen wir überdenken, ob wir die von der Regierung vorgesehenen Wachstumsraten erreichen können. Das ist aber eine Angelegenheit eines jeden Haushalts, bei dem wir immer wieder von vornherein zu überlegen haben, ob dies noch machbar ist oder nicht. Bei der Investitionsplanung (C)
können wir davon ausgehen, daß die Richtlinien der Regierungspolitik einzuhalten, auch mit dieser Investitionsplanung gewährleistet wird. Wenn der Kollege Diepgen so tut, als ob wir an keiner Stelle und nirgendwo etwas tun, dann würde ich also nur sagen: Die intensive Wirtschaftsförderung, die wir gerade in Berlin betreiben – und erste Anzeichen davon werden deutlich –, trägt doch dazu bei, daß auch von der Steuerseite ein bißchen zusätzlich in den Haushalt einfließt.

< Diepgen (CDU): Reden Sie doch mal von dem Neuen! >

– Ich rede ja auch von dem Neuen, was hier auf uns zukommt, das gehört doch auch zur Investitionsplanung bis 1983, wenn ich das mal freundlich so sagen darf. –

Natürlich werden wir Kurskorrekturen vornehmen müssen, wir werden in der Frage der Größenordnung der Neuverschuldung sehr vorsichtig zu debattieren haben. Wir werden uns miteinander zu unterhalten haben, wo und an welchen Stellen wir Ausgabenkürzungen vornehmen können. Das Zahlenspiel von Herrn Diepgen will ich jetzt hier nicht fortsetzen, weil ich glaube, es ist sinnlos, nur davon zu reden, daß die Bauinvestitionen die einzigen sind – sicherlich im Hinblick auf die IBA, auf die Bundesgartenschau, wenn Sie das auch noch wollen. Die Investitionsmasse ist doch noch ein bißchen größer und ein bißchen beweglicher. Daß wir uns über den Bereich IBA sicherlich unterhalten müssen, darüber, ob und an welchen Stellen wir hier Verschiebungen vorvornehmen müssen, um sie durchführen zu können, besteht kein Zweifel. Nur, nehmen Sie zur Kenntnis, das gilt für meine Fraktion, daß wir an dieser Vorstellung zur Stadtpolitik, für die uns die IBA Chancen gibt, festhalten werden. Ich bin schon dankbar für die Bemerkung, die Sie zu unserem Koalitionspartner hin gemacht haben, sonst hätte ich sie hier machen müssen. Verschieben hilft überhaupt nicht; es wird die Aufgabe sein, Vorstellungen zu entwickeln, wie wir diese IBA durchbekommen, wie wir sie als wirkliches Muster, so wie wir es gewollt haben, auch verkraften können. Dazu sei noch einmal gesagt, wir werden schon an einigen Stellen den Versuch unternehmen müssen, Schwerpunkte zu verändern. (D)

Ich glaube schon, daß wir auch, um dieses alles erreichen zu können, notwendigerweise an „geliebte Kinder" herangehen müssen. Sie haben eins dieser „geliebten Kinder" schon genannt, Herr Diepgen. Ich darf hier aber ganz deutlich sagen, daß wir uns mit dem Senat einig sind, daß es für uns nicht darum gehen kann, Stückwerk zu machen oder gar Wünsche vieler zu befriedigen. Wir wollen vielmehr den Versuch unternehmen, weiterhin – wie in der Regierungserklärung gesagt – die Chancen zur Stadtpolitik, die wir haben, die wir auch mit der IBA haben, voll zu nutzen. Wir werden zu überlegen haben, an welchen Stellen Baumaßnahmen heute notwendig sind oder verschoben werden können – nicht aus der IBA, ich sage das noch einmal. Und wir werden uns ganz ernsthaft zu überlegen haben, an welchen Stellen wir auch im Personalbereich an den Berg von Wünschen und Forderungen, die allenthalben – nicht nur aus den Senatsverwaltungen – vorliegen, herangehen. Herr Kollege Diepgen, darf ich das mal so deutlich sagen, insbesondere auch aus der Opposition kommen Forderungen auf uns zu. Sie fordern immer fein säuberlich, sagen nachher aber nicht, wie Sie es finanziell verwirklicht haben wollen, wie man es durchsetzen kann, ohne damit an der gewollten Politik zu knabbern.

Wir werden die Grundfragen, die Grundvoraussetzungen für die Fortsetzung dieser Politik mit dem Haushalt für 1981 im Herbst zu debattieren haben. Wir werden dann auch einen Teil der Einzelpositionen näher und detailliert beobachtet, kontrolliert und überprüft haben. Und wir werden notwendigerweise auch die eine oder andere politische Forderung, die noch in der derzeitigen Investitionsplanung liegt, die auch noch in den Wunschvorstellungen vieler, auch unserer Ausschüsse, herrscht, zu überprüfen haben. Ich gehe davon aus, daß wir die Investitionsplanung diesmal – im Gegensatz zu den Jahren vorher – auch im Hauptausschuß noch einmal debattieren werden, aber Konsequenzen werden wir daraus dann sicherlich erst in der Haushaltsberatung im Herbst einzeln und sehr ernsthaft durchführen können. Dann haben wir auch ein ganz kleines bißchen mehr Überblick über das, was sich wirtschaftlich in der Welt, nicht nur in der Stadt und in der Bundesrepublik, entwickelt hat. Dann werden wir in

Ehrke

(A) der Lage sein, auch für den nächsten Haushalt nachzuweisen, daß unser Grundziel, Stadtentwicklung voranzutreiben, machbar ist, auch mit den Richtlinien dieser Investitionsplanung.

< Beifall bei der SPD >

Präsident Lorenz: Das Wort hat der Abgeordnete Hucklenbroich!

Hucklenbroich (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Finanzsenator hat den Wert und die Bedeutung der Finanzplanung 1979 bis 1983 bereits selbst relativiert. Er hat im Hinblick auf die pauschalen Minderausgaben formuliert, wir müßten durch „Konsequenz im einzelnen" darangehen, sie zu konkretisieren. Und so warten wir also mit Interesse auf die Finanzplanung 1980 bis 1984, Herr Senator. Ich möchte nur darauf hinweisen: Diese Finanzplanung darf sich nicht auf eine Vorlaufaktion für den Haushalt 1981 beschränken. Wir möchten dann vielmehr konkret wissen, wo es an das Eingemachte geht. Was hier angekündigt worden ist, ist ja eine Notschlachtung! Klar ist nur noch nicht, wer von den zuständigen Mitgliedern im Senat das Messer wetzen darf.

< Boehm (CDU): Nee, wer geschlachtet wird! >

Ich will gleich auf das entscheidende Problem losgehen. Der Finanzsenator sagt, auf der Ausgabenseite stehen drei Risiken: der Ölpreisanstieg, den kann er kaum beeinflussen – vielleicht das Präsidium, wenn es jetzt in den Nahen Osten fährt –, die Frage des Baupreisschubes, da können wir vielleicht was tun, und der entscheidende Punkt, in dem wir es durchaus in der Hand haben, die Dinge zu steuern, das ist die Internationale Bauausstellung. Und damit Schweigen nicht als Zustimmung ausgelegt wird, möchte ich hier einige deutliche Worte zu diesem Komplex sagen. Das, was sich da ankündigt, ist eine Umwertung der Werte. Soziologisch nennt man so was, glaube ich, Revolution. Es ist eine Revolutionierung unserer Finanzplanung. Was wir in den letzten Jahren praktiziert und aufgebaut haben, unter anderem die letzten Finanzplanungen, das kann man ja nachlesen, wird jetzt in Frage gestellt – wird insbesondere in Frage gestellt durch die Ankündigung, daß die Bezirke zur Ader gelassen werden sollen.

(B)

Nun muß ich die Senatoren fragen: Wie denkt Ihr Euch das eigentlich? – In der Berliner Verfassung, im Artikel 73, ist der Grundsatz der Gleichbehandlung der Bezirke normiert. Dort steht auch geschrieben, daß die Bezirke, und zwar durch Beschlußfassung der Bezirksverordnetenversammlung, ihren Finanzbedarf anmelden. Die könnten wir ja nach Hause schicken, wenn das alles keine Bedeutung mehr haben soll, was wir in den letzten Jahren praktiziert haben. Die Bezirksämter haben doch das Recht aufgrund der haushaltsrechtlichen Bestimmungen, in Einwendungsverhandlungen für ihre Rechte zu streiten; schließlich haben wir seit Jahren überbezirkliche Dringlichkeitslisten für die verschiedenen Funktionsbereiche. Was soll denn ein Bezirksamt – nehmen wir als Beispiel Wilmersdorf, Charlottenburg –,

< Raasch (SPD): Schöneberg! >

dessen Grund- oder Hauptschule unstreitig die Rangposition eins hat, eigentlich tun, wenn der Senat kommt und sagt: Wir haben jetzt das geteilte Berlin noch einmal geteilt, in die WAP- oder IBA-Bezirke und die anderen, – wenn der Senat sagt: Ihr verschwindet jetzt mit Eurem Bauvorhaben aus der Liste, dafür kommt jemand aus der Dringlichkeitsliste mit der Position neun oder zehn nach vorn? – Die müssen ihre Rechte wahren und protestieren! Die haben ihre Wähler, die haben Eltern, die haben soziale Gruppen, die mit Recht darauf bestehen, daß der Gleichbehandlungsgrundsatz beachtet wird. Ich möchte also vor der Vorstellung warnen, wir könnten jetzt alles außer Kraft setzen. Ich wiederhole hier noch einmal: Wir waren uns immer darüber einig, daß im wichtigen Bereich des Wohnungsbaues eine Konzentration auf die Innenstadt erfolgen kann. Aber Ziel dieser Internationalen Bauausstellung kann doch nun nicht sein, daß sämtliche öffentlichen Bauvorhaben ohne Rücksicht auf Prioritäten auf einige wenige Bezirke konzentriert werden.

Ich habe mir diese Finanzplanung daraufhin angeguckt, wo die Kreuzchen stehen. Da fällt mir auf: Kreuzberg ist drin, Tiergarten ist drin. Warum ist da der Wedding nicht drin? (C)

< Beifall des Abg. Mertsch (SPD) >

Das ist mir völlig unverständlich. Ein sozial benachteiligter WAP-Bezirk fällt da einfach raus! Die müßten doch nach Hause gejagt werden, wenn sie nicht Protest von sich geben.

Ich muß dazu eine andere Frage stellen. Wir haben uns im letzten Haushaltsjahr – auf Druck des Bausenators – die Stellen für Baumittelkräfte angeschaut und gesagt, zwischen den ständig Beschäftigten und den sogenannten Baumittelkräften, also den nicht ständig Beschäftigten, sollen die Dinge besser geordnet werden Wir wollen auf der Grundlage eines Bauvolumens, das wir als realistisch ansehen, die Leute in Planstellen beschäftigen. – Endlich konnten die beruhigt schlafen. Und nachdem wir die Planstellen geschaffen haben, kommt jetzt der Senat und sagt: Wir nehmen die Investitionen in einigen Bezirken weit zurück. – Was ist denn die Folge? – Diese Planstellen sind erneut in Frage gestellt. Die Leute gehen von dort weg. Wann kriegen die Bezirke die Fachleute wieder, die ortsvertraut und ortsverbunden sind? – Ich weiß nicht, ob das alles berücksichtigt worden ist.

Und nun habe ich gestern zu der Frage, was denn nun mit der IBA geschieht, in der „Abendschau" gehört – beide Vorredner haben ja bereits die F.D.P. und ihren Landesausschuß angesprochen –, der Senator Ristock habe – so dpa – gesagt – ich nehme an, daß es stimmt –, daß nach der Berliner Verfassung die Entscheidung über den Termin der Bauausstellung beim Bausenator liege. – Nee, lieber Harry, so ist das eben nicht. Die liegt nicht einmal beim Senat – im Rahmen seiner Finanzplanung –, sondern die liegt bei diesem Parlament;

< Beifall bei der F.D.P. >

alles andere ist Amtsanmaßung. Und ein wichtiges und standfestes Mitglied dieses Hauses hat in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bau- und Wohnungswesen und des Hauptausschusses einmal darauf hingewiesen, daß die IBA-GmbH nicht dazu da sei – das sei auch nicht ihre Aufgabe –, sämtliche Projekte zu realisieren. Und dann heißt es weiter: „Die dafür in den einzelnen Haushaltsjahren bereitzustellenden Investitions- und Förderungsmittel können erst zu gegebener Zeit diskutiert werden." – Es war der Kollege Franz Ehrke, der das mit aller Deutlichkeit klargestellt hat. Ich möchte heute noch einmal darauf hinweisen, daß wir in dieser gemeinsamen Ausschußsitzung klargestellt haben, was wir wünschen: Wir wollten eine Aufschlüsselung und eine Konkretisierung der einzelnen Vorhaben danach, wollten wissen, wie weit sie in der Investitionsplanung enthalten sind, und zwar Hoch, Tief, Grün. Wir wollten wissen, inwieweit sie im ZIP aufgeführt sind. Wir wollten also vom Senat Auskunft darüber, was uns denn konkret ins Haus stünde. Und ich muß hier noch einmal sagen: Mit der Zustimmung zur Internationalen Bauausstellung dem Grunde nach ist nichts über die Finanzmasse ausgesagt worden. Es ist völlig klar: Das muß hier beschlossen werden, – und das kann nicht der zuständige eine Senator allein machen. Wir müssen uns die Frage stellen, wenn Konsolidierung die Parole der nächsten Jahre ist, ob wir uns dann nicht auch das Projekt der Bauausstellung genauer angucken müssen. Und wenn der Senator für Finanzen in seiner Rede am Schluß fordert: Wir müssen den Mut haben, das Wünschbare hinter das Notwendige zurückzustellen, möchte ich hinzufügen: Das gilt auch für die Häuptlinge der Stadtindianer vom Stamme der IBA. Auch die müssen sich dann kleiner setzen. Ich möchte den Senat freundschaftlich ersuchen, uns im Zusammenhang mit der Erledigung dieser Ausschußbeschlüsse – ich könnte da einiges vorlesen, aber es ist heute zu spät – nur Vorlagen vorzulegen, die mehrheitsfähig sind. Eine Vorlage im Stile der Bundesgartenschau sollte der Senat nicht noch einmal herausgehen lassen. Ich möchte das mit aller Deutlichkeit klarstellen! (D)

Nun zur Frage der Baupreisgestaltung: Ich stimme dem Senator für Finanzen hier vollauf zu und wiederhole: Angesichts der horrenden Baupreissteigerungen in Berlin im letzten Jahr – im Bund waren es nach den Mitteilungen der Institute etwa 8 oder 10 bis 12 %, bei uns fängt es bei 25 % überhaupt erst an –

Hucklenbroich

(A) müssen wir uns fragen, ob wir bei normalen Zuwachsraten von 6 oder 7 %, die wir im Haushalt voraussetzen können, überhaupt in der Lage sind, ein solches Preisverhalten auf höherem Niveau zu honorieren. Ich glaube, das geht nicht. Und auch wenn die Herren von der Fachgemeinschaft Bau uns Abgeordnete in die Pfanne hauen, muß ihnen deutlich gesagt werden: Bei den Zuwachsraten, wie sie der Finanzsenator vorsieht, müssen die Zahlen, die wir hier in der Finanzplanung sehen, zu einer Schrumpfung des realen Bauvolumens führen. Und wenn dann Betriebe sterben, dann hat das die Branche selbst vorprogrammiert. Das hat ihnen der Bundesbauminister gesagt, das hat der Vorsitzende der „Neuen Heimat" gesagt – und der weiß, was auf dem Baumarkt passiert –, und das hat auch der „Tagesspiegel" in einer netten Glosse den Beteiligten ins Stammbuch geschrieben, als er anmerkte, Jungsozialisten sind bei den Forderungen an den Staat heute zurückhaltender als die Baubranche. – Ich möchte meinen, gerade mit Rücksicht auf diese unverantwortliche Preispolitik werden wir überprüfen müssen, was bei den Investitionen drin sein kann. Und dem Finanzsenator als Zuspruch und Unterstützung: Ich finde es gut, daß wir nicht – wie in früheren Jahren – bei der neuen Investitionsplanung einfach die alten Ansätze und Vorausschätzungen für ein Bauvorhaben übernehmen und sie erst anpassen, wenn sie in den Haushalt übernommen werden, sondern daß wir die Zahlen Jahr für Jahr an die Wirklichkeit heranführen. Wenn der Gesundheitssenator seit Jahren über ein Krankenhausprogramm von drei Milliarden spricht, dann ist klar, daß das im nächsten Jahr schon vom Volumen her nicht mehr das gleiche sein kann wie 1978, und hier die Planung an die Realitäten heranzuführen, ist gerade in unserer schwierigen Situation von Bedeutung.

Ich glaube jedoch, daß wir auf einem Gebiete mehr tun müssen als bisher: bei der baulichen und der technischen Unterhaltung unserer alten Bausubstanz. Ich finde es unerträglich – und da nehme ich sogar diese besonders „geglückten" Mittelstufenzentren heraus, bei denen man nicht weiß, ob man sie abreißt oder nicht –, daß wir in Berlin erleben müssen, wie die alte Bausubstanz verfällt. Hier muß sich auch die Finanz-
(B) bürokratie Wege einfallen lassen, um Sondertatbestände wie das Herunterkommen von Decken in einer Wilmersdorfer Schule oder den Nachholbedarf von über 5 Millionen für die Paul-Natorp-Schule in Schöneberg auf vernünftigere Weise bald auszugleichen. Ich möchte das nicht allzu sehr vertiefen, aber deutlich sagen – und ich glaube, da sind alle Fraktionen einig –: Für die Erhaltung und Pflege der Altbausubstanz muß mehr geschehen als bisher.

Nun lassen Sie mich zu der Frage von Konjunkturprogrammen bei wirtschaftlichen Rückschlägen eine Anmerkung machen, nachdem ich die Bauinvestitionen angesprochen habe. Ich halte es nicht für klug, daß wir uns darauf beschränken, bei einem konjunkturellen Rückschlag immer nur die Bauansätze zu erhöhen. Bei einer ausgelasteten Branche – wir haben das ja erlebt – führt das nur zu Preissteigerungen und nicht zu einem Plus an realer Bauleistung. Wir sollten daher rechtzeitig überlegen, ob wir im Rahmen der Beschaffungen mehr tun können, um die Konjunktur zu stützen. Aus den Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuß eine Anregung: Wie wäre es zum Beispiel, wenn ein Programm für die Modernisierung der Betriebe der Behala vorbereitet in der Schublade liegen würde, Anlagen, die überaltert sind und nach Auskunft des Rechnungshofs nicht rentabel und optimal arbeiten? – Hier wäre die Möglichkeit gegeben, konjunkturell auf vernünftige Weise dagegenzuhalten und nicht nur immer auf die Baubranche zu zielen. Ich könnte mir denken, daß auch in anderen Bereichen ähnliche Überlegungen angezeigt sind; alle Mitglieder des Hauses sind aufgefordert, dabei zu helfen.

Ein Wort noch zu den Personalausgaben; um aktuell zu bleiben, lasse ich andere Beispiele weg und nehme Bezug auf die Schuldiskussion. Wir hatten ja heute eine große Erziehungsveranstaltung, vielleicht ein bißchen lang, aber sicher hilfreich für manche, die sich nicht dauernd mit diesem Gebiet beschäftigen. – Ich finde die Diskussion um die 25er Klassenfrequenz etwas gespenstisch. Ich frage mich: Was denken die Kollegen, die das fordern, eigentlich im Hinblick auf die Bundeshilfe? – Wir können doch angesichts günstigerer Klassenfrequenzen als in den übrigen Bundesländern nicht einfach sagen: Nun wollen wir auch da noch ein bißchen Schlagsahne drauf – und der Bund finanziert das (C) alles, was die in Bayern und Niedersachsen noch lange nicht haben.

< Diepgen (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage. >

Wir können – nein, Kollege Diepgen – nur damit rechnen, daß wir dann toleriert werden, wenn wir Sondertatbestände oder Modellversuche vorzeigen können, etwa die 15er Frequenz. – Da wollten Sie mich jetzt packen, nicht wahr?

Präsident Lorenz: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hucklenbroich (F.D.P.): Ja, bitte schön!

Präsident Lorenz: Herr Abgeordneter Diepgen!

Diepgen (CDU): Herr Kollege Hucklenbroich, ich möchte jetzt natürlich wissen, auf welchen Personenkreis, also auf welche Zahl, begrenzt Sie die 15er Frequenz als Modellversuch nach Ihrer neuesten Konzeption dann verwirklicht wissen wollen und auf welchen Zeitraum begrenzt Sie es dann wissen wollen.

Hucklenbroich (F.D.P.): Herr Kollege Diepgen, im Rahmen des finanziell Machbaren halte ich in der Einführungsphase die Verwirklichung des Programms „Kleine Kinder – kleine Klassen!" für ein vorbildliches Verfahren, an dem auch andere Bundesländer sich gern ein Beispiel nehmen werden. Es ist doch in früheren Jahren auch die CDU gewesen, die kleine Klassen und kleine Kinder gefordert hat.

< Zuruf des Abg. Diepgen (CDU) >

– Auf dem falschen Bein darf man sich nicht erwischen lassen. – Mir geht es um die grundsätzliche Aussage, daß wir angesichts der steigenden Bundeshilfe nicht so tun können, als brauchten wir uns nur Sondervorteile zu wünschen, um diese vom Bund (D) bewilligt zu bekommen.

Es gibt andere Bereiche, in denen nach meiner Ansicht trotz Konsolidierung etwas mehr getan werden kann. Im Bereich Kulturelle Angelegenheiten sehe ich eine Zuwachsrate von nur 1,8 %. Das halte ich für unterbewertet, denn Berlin ist nach seiner Verfassung Land und S t a d t zugleich. Der Vergleich mit den anderen Bundesländern – ich habe das dem Dr. Sauberzweig schon einmal gesagt, aber der ist jetzt offenbar in Kultur unterwegs – gibt ein schiefes Bild.

< Diepgen (CDU): Im Kultursektor ist die Rate minus 4,7! >

– Sogar ein Minus, wie Kollege Diepgen anmerkt! Dann ist das noch schlimmer! – Wir haben ja nicht nur die kulturellen Aufgaben zu finanzieren, die die Bundesländer und Flächenstaaten normalerweise übernehmen. Bei uns sind auch die kulturellen Aktivitäten der kommunalen Ebene durchzuführen und zu finanzieren, und das rechtfertigt meines Erachtens, das Notwendige hier etwas stärker zu berücksichtigen.

Allerdings möchte ich dazu eines sagen: Das geht natürlich nicht so, wie wir es beim Wechsel der Opernintendanz erlebt haben. Da wird mir vom Kultursenator gesagt, daß der bisherige Intendant seinen Haushalt um 500 000 DM überzogen hat und deshalb wohl nicht zu halten sei. Vom neuen Intendanten Götz Friedrich lese ich dann aber, daß er – dankenswerterweise ganz offen – die Erwartung ausgesprochen hat, daß eine Reihe von Ansätzen angehoben würden. Das bringt einen dann natürlich auf den „Palm", und da muß man offen darüber reden. Nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz geht das so nicht! Wenn der bisherige Intendant nicht über seinen Ansatz wirtschaften durfte, darf es der neue auch nicht. Über das „Theater des Westens" brauchen wir uns dann wohl gar nicht mehr zu unterhalten.

Aber es gibt im Bereich der kulturellen Angelegenheiten Dinge, die man sehr wohl vertreten kann – Kollege Diepgen, da hoffe ich auf Ihre Zustimmung. Der „Kleine Saal" der Philharmonie ist eine Sache, die uns auch die Bonner Verhandlungsführer gönnen. Auch die kommen gern hierher, um die „Berliner Philharmoniker"

Hucklenbroich

(A) zu hören. Es gibt Gottlob eine Reihe von Aktivitäten, die diese Stadt eine Reise wert sein lassen. Dabei wird man uns in Konkurrenz zum anderen Teil der Stadt höchstwahrscheinlich wohlwollender behandeln als bei anderen Forderungen.

Ein vorletzter Punkt: Sie werden natürlich fragen, wo das Geld für größere Aktivitäten herkommt. Herr Senator Riebschläger, Sie wissen sicher ebenso wie wir, daß es in Berlin Geld durchaus in großen Beträgen – mehr als die 235 oder 360 Millionen DM – gibt. Rund 500 Millionen DM an Liquidität haben allein die Berliner Eigenbetriebe angesammelt. Da liegt teures Geld, niedrig verzinst, und die öffentliche Hand muß sich verschulden! Sie müssen Mittel und Wege finden – notfalls schlachten Sie irgend eine Verordnung oder reden einmal mit dem Bundesgesetzgeber über die Fragen, die da zu regeln sind –, um diese finanziellen Mittel zu aktivieren und die Neuverschuldung niedrig zu halten. Da kann man nicht sagen, das sei eben so geregelt und zu ändern wäre das nicht. Denn dann besteht dieser mißliche Tatbestand weiter. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Kollege Boehm, weiß es auch: Seit Jahren stellen wir dort übermäßige Liquidität fest. Regelmäßig wird uns gesagt, diese Millionen würden gebraucht, um Investitionen zu bezahlen, obwohl die Firmen gar nicht zur Hand sind, die die erforderlichen Arbeiten ausführen können. Ich würde sagen: 'ran ans Nähkörbchen, und sorgen Sie dafür, daß diese Mittel vernünftig in den Bereich der öffentlichen Finanzen eingebunden werden.

Nun wäre es noch ganz reizvoll zu interpretieren, was das Parlament zur Bauausstellung rechtzeitig an Daten verlangt hat. Wir wollten einen finanziellen Datenfluß – ich habe übrigens gefragt, wer dafür verantwortlich ist –, wir wollten wissen, in welchen Phasen das Ganze abläuft; wir haben also sehr deutlich gesagt, worum es uns geht – wir wollten Transparenz und Übersichtlichkeit –, und ich muß sagen: Das Beispiel des ICC schreckt. Da sind wir einmal auf das Fließband gegangen, von dem wir nicht mehr heruntergekommen sind. Das werden wir nicht noch einmal mitmachen. Wir können uns nicht in ein
(B) finanzielles Abenteuer stürzen, bei dem die Grenzen oder die Machbarkeit nicht abzusehen sind.

Der letzte Punkt hängt auch mit der IBA zusammen und mit dem, was der Landesausschuß meiner Partei beschlossen hat. Wir sehen auch bei der IBA den Zusammenhang mit dem Wohnungsbau. Und ich werde wie der alte Cato – der war zwar ein bißchen älter, aber ich bin ja lange genug hier drin – mein „ceterum censeo" auch künftig wiederholen: In Berlin hängt alles an der Wohnungspolitik,

< Beifall der Frau Abg. Rick-Petry (F.D.P.) >

an der Baupolitik und der Modernisierungspolitik. Ich erlebe in der Praxis, daß junge Familien aus Berlin weggehen, weil wir einigen Maklern – ich brauche den mit „B" nicht besonders zu nennen – den Markt allein überlassen. Die jungen Familien gehen von Berlin fort, und wir sind hinterher aufgrund unserer Duldigkeit gezwungen, sie mit sehr viel Geld wieder zurückzuholen. Das ist kurzsichtig! Die Kollegen, die länger hier sitzen – Peter Lorenz weiß das z. B. auch –, wissen, daß diese Frage schon in den 50er Jahren diskutiert worden ist. Da hieß es, der Engpaß sei bald vorbei. Das Ergebnis war seinerzeit, daß viele junge Leute unserer Jahrgänge abgewandert sind. Jetzt erleben wir genau dasselbe. Ich meine, daß sich hier der Senat und auch die gemeinnützigen Gesellschaften endlich etwas überlegen müssen. Zum Beispiel – um nicht nur Forderungen vorzubringen –, ob der Einsatz der Mittel für Familiendarlehen umgestellt wird von der Darlehensgewährung entweder auf die Bereitstellung der Eigenleistung bei Bausparverträgen oder auf die Zinssubvention solcher Bausparverträge. Seit Monaten liegen hierzu Vorschläge des Beamtenheimstättenwerks vor. Kollege Landowsky kennt sie, wir haben schon einmal darüber diskutiert. Passiert ist nichts. Und deshalb sage ich erneut: In der Frage der Wohnungsversorgung wird sich zeigen, wen wir in Berlin halten können und was an Vertrauenswerbung für Berlin möglich ist.

< Beifall des Abg. Boroffka (CDU) >

Die Politiker, der Senat an der Spitze, werden nicht nach ihren Sprüchen beurteilt, sondern nur nach ihren konkreten Handlungen. Wir sollten hier im Hause bei jeder Gelegenheit auf diesen (C)
Punkt hinweisen und mit Nachdruck sagen, daß sich niemand aus der Verantwortung stehlen kann.

Ein kurzes Resümee zum Schluß: Die Vorlage des Senats ist eine Art Zwischenaktmusik. Interessant werden die Melodien im nächsten Akt. Und wenn der Vorhang – ich hoffe, noch vor den Sommerferien – aufgeht, rechnen wir damit, daß uns der Senat statt pauschaler Minderausgaben konkret sagt, wo gekürzt wird, wo er die Schwerpunkte setzt und wo das Geld herkommen soll. Das wird uns zwar nicht von der Verantwortung entbinden, im Ausschuß zu beraten und zu beschließen, aber diese Vorlage – darüber sind wir uns wohl alle einig; alle Vorredner haben es gesagt – kann nur eine Zwischenstation sein. Wir wollen hoffen, daß die nächste Vorlage von allen etwas positiver bewertet werden kann. Es liegt übrigens nicht am Finanzsenator, daß die Vorlage so aussieht. Daß der in Deckung geht, ist ganz verständlich. Jeder Politiker bekommt Prügel von seiner eigenen Partei. Was wir tun können, um dem Riebi das Geschäft zu erleichtern, um ihn gegen unkeusche Wünsche seiner Kollegen zu schützen, werden wir gern tun, denn wir sind als Haushaltsgesetzgeber in der Pflicht, nicht nur von Konsolidierung zu reden, sondern auch die dazu notwendigen unangenehmen Beschlüsse mitzutragen.

< Beifall aus allen Fraktionen >

Präsident Lorenz: Das Wort hat Senator Dr. Riebschläger.

Dr. Riebschläger, Senator für Finanzen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin für die Ausführungen der Vertreter der Fraktionen sehr dankbar. Ich muß zunächst zugeben, daß die kritischen Ansätze, die sich im wesentlichen auf die formale Ausfüllung der mittelfristigen Finanzplanung und auf den Zeitpunkt der Vorlage beziehen, in Ordnung gehen. Ich habe ja in einem sehr frühen Zeitpunkt mitteilen müssen, daß wir aus Gründen, die in der Schwierigkeit der Materie liegen, diesen Weg wählen mußten. Es geht selbstverständlich auch die Kritik in Ordnung, die den Weg der pauschalen Ansätze beklagt. Wir werden bemüht (D)
sein, diesen zugunsten konkreter Datensetzung für die Jahre 1980 bis 1984 aufzulösen, und uns nicht, wie Herr Abgeordneter Hucklenbroich kritisch fragend angemerkt hat, etwa darauf beschränken, den Haushalt 1981 konkret auszufüllen.

Ich will zu der Fülle der Argumente im einzelnen nicht Stellung nehmen, ich will nur eines sagen: Berlin ist natürlich von dieser Welt, und weil wir von dieser Welt sind und damit den allgemeinen Entwicklungen unterliegen, sollten wir uns vor Augen führen, daß der Datenkranz für die achtziger Jahre nun einmal ganz anders sein wird als der, mit dem wir uns in den siebziger Jahren – und zwar überwiegend freundlich – herumzuschlagen hatten. Dies ist kein Sparhaushalt und keine Sparfinanzplanung der Art, wie wir sie für ein Jahr mit dem Rückgang des realen Sozialprodukts wie 1975 vorzulegen hatten. Dies ist weiterhin eine mittelfristige Planung, die auf Zuwachsraten basiert. Nur – darf ich das Hohe Haus darauf aufmerksam machen –, wenn wir noch viele Jahre der Art haben, wo uns zum Beispiel die Ölpreise in einem Jahr um 65 % steigen, dann sind natürlich mittelfristige Projektionen, wie wir sie uns heute noch auf der Basis eines optimistischen Stabilitätsgesetzes vorzulegen trauen, das uns zu jährlicher Vorlage einer Finanzplanung zwingt, auch wenn wir einige Daten überhaupt noch nicht zu ermitteln vermögen, auf Sand gebaut, der sich in der Substanz sehr grundlegend verändert hat, nämlich auf Schwemmsand anstelle ziemlich festen märkischen Sandes, auf dem man gelegentlich auch Hochhäuser errichten kann.

Dies ist nicht etwa, wie einige Scharfzüngige meinen könnten, eine Anspielung auf die IBA. Daß aber vor allem die IBA von den Abläufen her die Vorlage von Daten für die Infrastrukturplanung der Bezirke schwierig macht, ist klar. Ich will das hier nicht als Verfassungsstreit deklariert sehen, wo etwa der Senat durch die Ankündigung des Kollegen Ristock, von mir und des Gesamtsenats auf dem Kriegspfade wäre gegen die Bezirke, unterstützt nur durch den „Stamm der IBA", wie das der Kollege Hucklenbroich – locker wie immer – auszudrücken pflegte. Wir werden Artikel 73 der Berliner Verfassung peinlichst beachten; das bringt ja gerade die Finanzierungsprobleme mit sich, daß wir in der Beachtung dieses Verfassungsartikels sehr wohl wissen, daß eine

Sen Dr. Riebschläger

(A) Neuauflage der Finanzierung wie mit dem Wertausgleichsprogramm mit dem IBA-Programm nicht verbunden sein kann. Das steht fest – das will ich hier auch festgehalten wissen, und da gibt es keine Unstimmigkeiten auf Senatsebene –, eine Ausstattungsveränderung, die zu einem Wertungsgleichgewicht zwischen den Bezirken führen würde, allein veranlaßt durch die IBA, müßte zu Folgemaßnahmen bei den folgenden ordentlichen Investitionsprogrammen führen. Also ist mindestens der Finanzsenator bei den Perspektiven, die wir jetzt für die achtziger Jahre vor uns haben, nicht in der Situation, eine solche Veränderung der Ausstattungspalette der Bezirke zuzulassen, die Anschlußforderungen dieser Art zuließe.

Wir werden uns im übrigen – damit möchte ich meinen Beitrag schon runden, weil ich glaube, daß das, was kritisch ist, schon vom Senat hier angemerkt wurde, zwar nicht in Form des „peccavi", aber in Form dessen, daß man es akzeptieren muß – noch um eine Angleichung der Sprache im Parlament und im Senat bezüglich des allgemeinen und besonderen Textes zur Finanzierungsplanung bemühen dürfen. Im allgemeinen habe ich heute nur volle Zustimmung zu der Linie der Finanz- und Investitionsplanung gefunden, bei manchen Kollegen im Parlament allerdings sehr zurückhaltend, weil man noch nicht weiß, was es konkret auch für den eigenen Bereich bedeutet. Aber im Konkreten muß ich feststellen, daß keine weiteren Sparvorschläge für die Überbrückung der Schwierigkeiten gemacht worden sind, daß dem Senat ans Herz gelegt worden ist, im Bereich der Kultur über 1,8 % hinaus zuzulegen, daß der Ansatz 519 00 besser dotiert werden müsse und ähnliches mehr. Ich hätte wirklich die herzliche Bitte an uns alle, damit das Geschäft – das wird nämlich schwierig – nicht allein bei mir verbleibt, daß man sich auf folgendes verständigt: Ob die Zuwachsraten 5 % betragen, ob sie 6 % betragen oder infolge eines stürmischen Wachstums, bei dem auch die OPEC-Länder sagen, in der Bundesrepublik soll es einmal wieder flott vorangehen, sogar mehr als 6 %, daß das jedenfalls eine Durchschnittsquote ist, die bedeutet, daß, wenn einzelne Haushalte um mehr als dieses gewogene Mittel ansteigen, es dann auch Haushalte geben muß, die nicht oder sehr
(B) viel weniger ansteigen. Und lassen Sie mich hier, ohne einen Hieb gegen den Kulturhaushalt austeilen zu wollen, sagen – ich weiß, daß dieser Hieb in der Retourkutsche bei mir landen würde bei der Bedeutung, die der Kulturteil in der Berliner Landschaft hat –, wenn ein solcher Haushalt von einem Jahr zum anderen unter besonderer Schwerpunktbesetzung um über 22 % angestiegen ist, dann finde ich es nicht unangemessen, irgendwo so etwas wie eine Konsolidierungsstrecke einzulegen und dann auch einmal untergewichtig zu fahren. Es würde ein Jahrzehnt brauchen, bis andere Haushalte, die gleichmäßig fortgeschrieben werden, das einholen, was dort mit der gewaltigen Niveauverbesserung von 22 % in einem Jahr – und dann allerdings geringerwertiger Fortschreibung – geschehen ist.

Ich will nur darauf aufmerksam machen: Die eigentliche Arbeit wartet noch auf uns. Der Senat wird Ihnen rechtzeitig zum nächsten Vorlagetermin das Ergebnis seiner Arbeiten mitteilen. Ich bin ganz sicher, Sie werden damit zufrieden sein. Ob es auch die Opposition – das kann ich mir nicht ersparen zu sagen – sein wird, weiß ich nicht; denn sie knüpft ja an die Lobrede in Richtung Finanzsenator im ersten Teil der Ausführungen von Herrn Diepgen ganz sicher die Erwartung, daß er mit seinen Vorstellungen da in der Realität scheitern möge und sich damit erweise, daß der Senat an der Stelle nicht handlungsfähig ist. Ich hoffe, Sie an der Stelle zu beunruhigen. Der Senat wird sich – wie auch sonst – als handlungsfähig erweisen. – Herzlichen Dank!

< Beifall bei der SPD und der F.D.P. >

Präsident Lorenz: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Besprechung des Berichts im Plenum beendet. Der Ältestenrat empfiehlt, die Besprechung im Hauptausschuß fortzusetzen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke, das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 6, Drucksache 8/308:

Wahl einer Person zum Mitglied des Verwaltungsrats der Berliner Pfandbrief-Bank

Es handelt sich um eine Ersatzwahl; vorschlagsberechtigte Fraktion ist die CDU. Vorgeschlagen wird Herr Abgeordneter Jürgen Wohlrabe. Wer dafür ist, den vorgeschlagenen Kollegen zu wählen, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke, das ist – soweit ich sehe – die Mehrheit. Damit ist der Vorgeschlagene gewählt. (C)

Lfd. Nr. 7, Drucksache 8/309:

Wahl einer Person zum Mitglied des Verwaltungsrats der Feuersozietät Berlin

Auch das ist eine Ersatzwahl; vorschlagsberechtigt ist ebenfalls die Fraktion der CDU. Vorgeschlagen wird Herr Abgeordneter Eberhard Diepgen. Wer den Vorgeschlagenen wählen will, den bitte ich um das Handzeichen. Danke, das ist die Mehrheit; er ist gewählt.

Lfd. Nr. 8, Drucksache 8/310:

Wahl einer Person zum Mitglied des Verwaltungsrats der Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin

Es handelt sich auch hier um eine Ersatzwahl; hier ist auch die CDU-Fraktion vorschlagsberechtigt. Vorgeschlagen wird Herr Abgeordneter Ulrich Rastemborski. Wer ihn wählen will, den bitte ich um das Handzeichen. Danke, das ist die Mehrheit; er ist gewählt.

Lfd. Nr. 9 bis 14:

Vorlagen – zur Kenntnisnahme – gemäß Art. 47 Abs. 1 der Verfassung von Berlin

und zwar

lfd. Nr. 9, Drucksache 8/298:

VO über die Beteiligung der Personalvertretung bei Prüfungen für den mittleren und gehobenen Steuerverwaltungsdienst (D)

lfd. Nr. 10, Drucksache 8/299:

VO über die Festsetzung des Bebauungsplans III-119

lfd. Nr. 11, Drucksache 8/300:

VO über die Festsetzung des Bebauungsplans III-164

lfd. Nr. 12, Drucksache 8/304:

VO über das Stimmrecht der sonstigen Mitarbeiter in Hochschulgremien

lfd. Nr. 13, Drucksache 8/313:

VO über die Festsetzung des Bebauungsplans XII-127

lfd. Nr. 14, Drucksache 8/314:

VO über die Festsetzung des Bebauungsplans XII-194

Folgende Überweisungsanträge liegen mir vor: Zur lfd. Nr. 10 an den Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen, lfd. Nr. 12 an den Ausschuß für Wissenschaft. Wird den Überweisungen widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß die beantragten Überweisungen beschlossen und die übrigen Verordnungen zur Kenntnis genommen sind.

Lfd. Nrn. 15 bis 17, Drucksachen 8/301 bis 8/303:

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Vermögensverwaltung vom 24. Januar 1980 zu Vorlagen – zur Beschlußfassung – gemäß § 38 GO Abghs von Berlin – (Nrn. 1 bis 3/1980 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

Wer den Beschlußempfehlungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke, das ist mit Mehrheit angenommen.

Präsident Lorenz

(A) **Lfd. Nr. 18, Drucksache 8/311:**

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Schulwesen vom 28. Januar 1980 zum Antrag der Fraktion der CDU über ausländische Kinder in der Berliner Grundschule

Zur Berichterstattung hat das Wort der Abgeordnete Longolius.

Longolius (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der CDU-Antrag über ausländische Kinder in der Berliner Grundschule war in den Ausschuß für Schulwesen überwiesen worden, der ihn in zwei Sitzungen beraten hat. Als Ergebnis liegt Ihnen eine Beschlußempfehlung vor, die von allen drei Ausschußfraktionen unterstützt wurde. Trotzdem bin ich aufgefordert worden, mündlich zu berichten, um so den hohen Stellenwert des Themas zu unterstreichen.

Ziel des Antrages vom 19. Oktober 1979 war es, einen Versuch „Türkisch als erste Fremdsprache" zu ermöglichen, der an Berliner Schulen mit geeignetem Standort zum Schuljahresbeginn 1980/81 eingeführt werden sollte. Die Senatsverwaltung für Schulwesen unterstützte diese Zielsetzung und konnte es um so leichter tun, als sie eine weitgehende Übereinstimmung mit den Leitlinien feststellte, die der Senat am 24. Oktober 1979 zur Ausländerpolitik beschlossen hatte. Auch auf Bundesebene hatte sich der Schulausschuß der Kultusministerkonferenz im September des Vorjahres dafür ausgesprochen, daß ausländische Schüler ihre Muttersprache als erste Fremdsprache wählen können. Die Minister übernahmen diesen Vorschlag am 26. Oktober 1979.

So war eine breite Zustimmung von Anfang an gegeben. Die Sprecher der Fraktionen betonten vor allem die Notwendigkeit, den ausländischen Schülern höhere Schulabschlüsse und damit eine bessere Berufsaufbildung zu ermöglichen. Wichtig sei es, mehr Chancengleichheit durch bessere Sozialchancen zu schaffen. Damit könne zum Abbau der Lebensbedingungen beigetragen werden, die die Integration von Ausländern erschweren oder sogar langfristig unmöglich machen.

(B) Nach einer grundsätzlichen ersten Beratungsrunde wurde der Senat aufgefordert, bis zum 31. Januar 1980 über konkrete Maßnahmenvorschläge zu berichten.

Der Bericht wurde am 28. Januar gegeben. Auf Antrag des Bezirksamtes Kreuzberg kann der Versuch in diesem Bezirk durchgeführt werden. An drei bis vier Grundschulen werden hundert bis hundertzwanzig Schüler daran teilnehmen. Sie werden dabei eventuell einen Klassenwechsel oder bei Beteiligung von türkischen Schülern aus anderen Schulen auch einen Schulwechsel hinnehmen müssen. Eine frühzeitige Information der Schüler und ihrer Eltern ist daher dringend erforderlich.

< Anhaltende Unruhe >

Der Versuch wird in der fünften Klasse beginnen und sechs Jahre dauern. Das Bezirksamt Kreuzberg muß daher prüfen, an welchen Schulen eine Fortsetzung in der Sekundarstufe I möglich ist. Die zweite Fremdsprache wird in jedem Fall Englisch sein.

Alle drei Fraktionen begrüßten diese Planung. Der Antrag konnte in die Ihnen vorliegende Fassung verändert werden, da der Senat dem im 2. Absatz vorgesehenen Berichtsauftrag bereits im Ausschuß entsprochen hatte.

Im Namen des Schulausschusses bitte ich Sie um Zustimmung zur vorliegenden Beschlußempfehlung.

< Beifall bei der SPD und der F.D.P. >

Stellv. Präsident Baetge: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Beratung. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich möchte sogleich auch über den Antrag der Fraktion der CDU in der Fassung der Beschlußempfehlung abstimmen lassen. Wer dem die Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Danke, es ist so beschlossen.

< Papenfuß (SPD): Einstimmig! >

Ich rufe auf (C)

lfd. Nr. 19, Drucksache 8/318:

Beschlußempfehlung des Hauptausschusses vom 6. Februar 1980 zum Antrag der Fraktion der CDU über Berlinwerbung durch Lizenzvereine

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Diepgen.

< Anhaltende Unruhe >

Diepgen (CDU), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Antrag der CDU-Fraktion über Berlin-Werbung für Lizenzvereine hatten sich nach dem Auftrage dieses Hauses insgesamt drei Ausschüsse zu befassen – der Wirtschaftsausschuß, der Ausschuß für Sport und der Hauptausschuß. Die Federführung lag in diesem Falle beim Hauptausschuß.

Die beiden mitberatenden Ausschüsse haben mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzulehnen. Diesem Votum hat sich der Hauptausschuß – ebenfalls mehrheitlich und ohne weitere Aussprache – angeschlossen.

< Anhaltende starke Unruhe – Hitzigrath (SPD): Lauter! – Zuruf von der CDU: Leiser! >

Die Mehrheit des Hauptausschusses, und zwar die beiden Koalitionsfraktionen, hat sich insoweit die Mehrheitsmeinung in den Ausschüssen für Wirtschaft und für Sport zu eigen gemacht. Meine Berichterstattung für den federführenden Hauptausschuß kann sich deshalb im wesentlichen nur darauf beschränken, das wiederzugeben, was in den beiden anderen Ausschüssen zu der Ablehnung geführt hat.

Insbesondere im Sportausschuß wurde von den Gegnern dieses Antrages damit argumentiert, daß der Berliner Lizenzsport bereits aus öffentlichen Mitteln gefördert werde, indem beispielsweise Fernsehmittel, Vergünstigungen in der Stadionbenutzung, Reisekostenersatz und auch einmalige finanzielle Hilfen zum Start in (D) einer der Bundesligen gewährt werden. Damit sei nach Meinung dieser Sprecher die Grenze hinsichtlich weiterer staatlicher Hilfsmaßnahmen erreicht. Auch ein Werbevertrag, etwa mit einem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen oder einem Eigenbetrieb, würde nach Auffassung der Nichtbefürworter der CDU-Initiative die finanziellen Schwierigkeiten der Vereine, die insgesamt ca. fünf Millionen Mark benötigten, nicht lösen. Die betroffenen Vereine seien daher nur auf die private Initiative zu verweisen bzw. sollten auch beim DFB auf ein Überdenken des Gesamtsystems hinwirken.

Ähnlich war das Meinungsbild, wenn auch nicht ganz so detailliert, im Wirtschaftsausschuß. Die F.D.P.-Fraktion, die seinerzeit mit etwa gleichartigen Überlegungen, wie sie jetzt in dem CDU-Antrag formuliert sind, an die Öffentlichkeit getreten ist, begründete ihr jetziges Verhalten zu dem CDU-Antrag mit der Erklärung, daß ihre Anregungen nicht für eine parlamentarische Initiative gedacht waren, sondern lediglich außerparlamentarische Denkanstöße für den Senat sein sollten.

< Wronski (CDU): Unverbindliches Gerede! >

Von seiten der antragstellenden Fraktion wurde dagegen erneut der Werbeeffekt für Berlin betont und unterstrichen, wenn hiesige Vereine in der Bundesliga mitwirken. Es wäre zugleich auch ein weiteres sichtbares Dokument für die Zugehörigkeit Berlins zum Bund, wenn dieser Gesichtspunkt gefördert und entsprechende Hilfen bzw. Mittel aus dem Etat für die Berlin-Werbung bereitgestellt würden.

Ich darf hierbei darauf hinweisen, daß die gegenwärtige Situation, das heißt der Tabellenstand der Vereine, jedenfalls im Hauptausschuß nicht erörtert worden ist;

< Hucklenbroich (F.D.P.): Doch . . . ! >

dieses Bemühen der CDU in den Ausschüssen fand aber keine Unterstützung, unter anderem auch mit dem Hinweis, daß für öffentliche Mittel andere Prioritäten bestünden und das Bestreben dahin gehen sollte, Lizenzvereine wie wirtschaftliche Unternehmen zu führen.

Diepgen

A) Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen hier kurz und in groben Zügen das Meinungsspektrum aus den Ausschüssen wiedergegeben. Die Ausschüsse empfehlen mehrheitlich die Ablehnung des CDU-Antrages.

Als Berichterstatter des federführenden Hauptausschusses muß ich Sie bitten – unabhängig von meiner eigenen Meinung –, den Beschlußvorschlag, der auf den Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse basiert, anzunehmen und damit die ursprüngliche Initiative abzulehnen. – Vielen Dank!

< Beifall aller Fraktionen >

Stellv. Präsident Baetge: Als erster Redner in der Beratung hat Herr Landowsky das Wort.

Landowsky (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 5. Juli, also vor sieben Monaten, haben wir den Antrag gestellt, daß in die Maßnahmen der Berlin-Werbung auch Berliner Lizenzvereine, die in der Bundesliga spielen, einzubeziehen sind. Damals gab es eine Mehrheit in diesem Parlament für diesen Antrag. Der Vorsitzende hat in dankenswerter Weise in seiner Berichterstattung darauf hingewiesen.

Schon damals bei der Begründung dieses Antrages haben wir uns gefragt, ob denn diese Mehrheit im Willen nachher auch effektiv werden würde. Das ist ja nicht der erste Fall gewesen; ich darf daran erinnern, daß wir in der Vergangenheit eine Vielzahl von politischen Sachverhalten hatten, die auch parlamentarisch relevant wurden. Da haben wir nun gedacht, wenn einer dieser Meinung ist, dann ist er auch bereit, sich dazu zu bekennen.

< Beifall bei der CDU >

Bei der Kabinenbahn, bei vielen anderen Dingen, auch hier bei diesem Antrag Profisport.

< Unruhe – Zurufe >

B) Der Kollege Hucklenbroich hat ja in dieser Legislaturperiode noch nie eine so gute Presse gehabt wie in der Frage der Trikotwerbung. Am 17. Juli 1979: „F.D.P. läßt nicht locker!" Und da lächelt er sogar vom Bild in der Zeitung! Nun wollen wir sehen; wir glauben immer noch nicht diese Begründung, die uns der Vorsitzende getreu vorgetragen hat, daß zwar daran gedacht war, die Vereine in die Werbemaßnahmen einzubeziehen, daß aber an eine parlamentarische Initiative nicht gedacht ist. Da frage ich mich nach der sachlichen Begründung. Entweder ist man dieser Meinung, dann muß man sich auch dazu bekennen, oder man ist nicht der Meinung, dann muß man das von Anfang an sagen.

< Beifall bei der CDU >

Es geht eben nicht, daß man laufend nur den Mund spitzt, aber wenn es ans Pfeifen geht, etwa die Luft wegbleibt, Herr Abgeordneter Dr. Kunze!

< Beifall bei der CDU >

Das haben wir in der letzten Legislaturperiode schon öfter gesagt. Wissen Sie, wenn Sie gute Anregungen haben und meinen, aufgrund der Koalitionsvereinbarungen nicht formal einen solchen Antrag einbringen zu können – mein Gott, da sind wir ganz locker –, dann bringen wir ihn ein. Das einzige, was wir von Ihnen zum Schluß verlangen, ist, daß Sie sich zu Ihrer Idee bekennen. Das ist eine ganz normale Sache – an sich. Das verlangt man von jedem Menschen, und Sie werden uns heute sicherlich klarmachen, warum Sie zu Ihrer Idee nun nicht mehr stehen. Der Kollege Hucklenbroich ist vorsichtshalber rausgegangen, der Kollege Oxfort, der damals auch eine gute Presse hatte, ist auch nicht mehr da, nur der Kollege Dr. Dittberner sitzt noch da. Der wird nachher sicher eine Variante haben, um klarzumachen, warum das nun nicht klappt. Vielleicht hat er auch den Vorschlag, man muß erst warten, bis wir einen Großverein in Berlin gegründet haben – so Hertha und Tennis, alle zusammen, und vielleicht noch Wacker dabei. Und wenn die dann alle zusammengefaßt sind, dann kann man so etwas machen. Herr Professor Dr. Dittberner, ich hoffe nur, Sie bringen hier nicht ernsthaft einen solchen Vorschlag.

< Diepgen (CDU): Das weiß man bei dem nie! >

– Ja, da hat mir vorhin jemand zugeflüstert, es käme ein solcher Vorschlag. Ich wollte darauf eingehen, weil ich nachher dazu nicht mehr reden will. – Herr Professor Dr. Dittberner, so etwas sollte jetzt vom Tisch bleiben; in die Struktur der Vereine wollen wir nicht eingreifen. Aber ich glaube nicht, daß das eine Variante ist, um diesen Antrag abzulehnen. (C)

Und im übrigen, meine Damen und Herren, der Profisport genießt ja auch bei den Politikern dieses Landes immer großes Ansehen, wenn viele tausend Menschen bei den Veranstaltungen sind, dann sieht man sie. Wenn das Olympiastadion halb voll ist, dann sieht man den Regierenden Bürgermeister, dann sieht man andere, dann sieht man auch Sozialdemokraten, obwohl die schon immer dagegen gewesen sind – bis auf wenige –, und diese wenigen sind heute zum Teil in Urlaub. Wenn es mal 30 000 oder 40 000 Besucher sind, dann sieht man sie auch, weil das ja Wähler sind, und man da gesehen wird.

< Zurufe von der SPD >

– Aber wissen Sie, dann bekennen Sie sich doch klar zu Ihren Interessen und sagen Sie deutlich in diesem Parlament: Der überregionale Profisport, der auch internationale Ausstrahlung hat, ist für diese Stadt im Grundsatz als positiv zu bewerten, positiver als manche Veranstaltung, die Sie sogar mit Steuermitteln subventionieren.

< Beifall bei der CDU >

Ich habe mich immer gegen ein gewisses elitäres Bewußtsein gewandt und – damit komme ich zum Antrag zurück – daß man hier hochgeistige Ansprüche zu stellen versucht, ja gar nicht materiell stellt, und sagt, das ist Freizeit, die wir auch fördern und subventionieren. Gucken Sie sich mal die Theaterlandschaft an und vieles andere mehr; Kongresse werden subventioniert – –

< Papenfuß (SPD): Wir subventionieren doch jetzt schon! – Das ist ja eine Frage der Größenordnung! >

– Herr Kollege Papenfuß, ich weiß, da treffe ich bei Ihnen immer auf einen schlimmen Punkt. Natürlich, für ein relativ kleines Publikum werden in dieser Stadt dreistellige Millionenbeträge jährlich ausgegeben – wenn ich mich recht erinnere, für die Oper 86 DM pro Platz und Tag. Aber ich will das gar nicht ausweiten. Ich meine nur, und seien Sie einmal selbstkritisch, es wird in dieser Stadt ja nicht nur Anspruchsvolles gefördert und nicht nur Kunst, sondern banale Freizeitunterhaltung, und zwar mit Recht, weil die Menschen ja auch ein Recht auf vernünftige Freizeitgestaltung haben. Nun kommen wir mit dem Vorschlag, die Lizenzvereine – das sind zur Zeit drei Vereine, es könnten eines Tages mehr sein – in die Berlin-Werbung einzubeziehen, sie also nicht mit öffentlichen Mitteln zu fördern, nicht mit Steuergeldern, sondern über die Werbemaßnahmen. Ich weiß, daß es mit einem Kreditinstitut zu einer Absprache gekommen ist, das ist eine Sache, die ich persönlich gut finde; wenn Sie das bejahen, dann können Sie doch auch nicht gegen diesen Antrag sein. Ich meine, wenn die breite Masse Freizeitgestaltung hat, die Sie persönlich interessiert – – (D)

< Dr. Kunze (F.D.P.): Die breite Masse im Olympiastadion! >

– Ach, Herr Dr. Kunze, Ihnen traue ich selbstverständlich nicht zu, daß Sie zum Fußball gehen, das ist mir völlig klar, ich brauche Sie nur anzusehen. Das ist auch nicht für die Intellektuellen gedacht, sondern für die ganz normalen Menschen, die ja früher zu 80 000en, zu 90 000en hingegangen sind, das weiß ich selber, Herr Dr. Kunze. Ich gehe auch zu Profisportveranstaltungen.

< Dr. Kunze (F.D.P.): Und trotzdem Intellektueller! >

Viele internationale Spiele, die diese Mannschaften bereits durchgeführt haben und, so hoffe ich, noch durchführen werden, haben für Berlin einen größeren Werbewert als viele Veranstaltungen, die Sie hier mit hohen Steuermitteln, auch als Pilotprojekte, finanzieren. Darin liegt eine elitäre Arroganz, Herr Dr. Kunze, das will ich Ihnen einmal sagen. Ich glaube, daß für den Mann, der zum Fußballplatz geht, das Fußballspiel von der Qualität her gleichwertig ist mit manchen Kulturveranstaltungen, sofern das Wort Kultur überhaupt noch gerechtfertigt ist, so daß es für mich keinen vernünftigen Grund gibt, hier auch noch eine intellektuelle Differenzierung vorzunehmen.

Landowsky

(A) Wenn wir in dieser Meinung – ich sehe Nicken auf allen Seiten – einig wären, dann spricht doch nichts dagegen, unserem Antrag hier auch eine Mehrheit zu geben, er verpflichtet den Senat ja noch nicht, man macht dem Senat damit aber eine positive Handreichung, wie er in manchen Dingen vielleicht vorgehen sollte. Kollege Diepgen hat vorhin schon richtig gesagt, die Diskussion wird immer beeinflußt vom Tabellenstand.

< Hucklenbroich (F.D.P.): Das ist leider so! >

– Ja, ich weiß das, und das ist schade. Hätten Sie mal damals, Herr Hucklenbroich, am 19. Juli den Antrag gleich mit verabschiedet, da war der Tabellenstand noch besser, dann wären wir die Sorge los gewesen.

< Zuruf des Abgeordneten Hucklenbroich (F.D.P.) >

– Herr Kollege Hucklenbroich, Sie können doch nicht ernsthaft mit mir darüber diskutieren, daß Sie eine solche Werbemaßnahme davon abhängig machen wollen, auf welchem Tabellenplatz die eine oder andere Mannschaft im Augenblick steht, das kann doch nicht Ihr Ernst sein. – Wir hoffen jedenfalls, daß Berlin in den Sparten, in denen Berlin jetzt vertreten ist, ein Lizenzverein aus sportlichen Gründen erhalten bleibt. Wovor wir immer gewarnt haben, Herr Hucklenbroich, ist, daß, wenn die sportliche Qualifikation gelingt, es für Berlin ein immenser Schaden wäre, wenn dann aus finanziellen Gründen diese Mannschaft aus der Bundesliga und damit aus dem Verein der Bundesrepublik insgesamt auf diesem Sportgebiet ausscheiden müßte.

< Zuruf des Abgeordneten Fröhner >

– Herr Fröhner, mit Ihnen brauche ich darüber nicht zu diskutieren; Sie laufen zu den Hertha-Spielern hin, sagen, Sie seien dafür, und wenn es hier im Parlament zur Abstimmung kommt, heben Sie an der falschen Stelle die Hand.

< Fröhner (SPD): Das habe ich noch nie gemacht, Herr Kollege! – Beifall bei der CDU >

(B) Hier wird doch zum Teil, gerade bei den Sozialdemokraten, etwas ideologisiert argumentiert, das wissen wir. Das haben wir aus der Begründung gehört. Ich finde, Sie sollten da viel lockerer sein und einem solchen Antrag, der so allgemein formuliert ist, daß es auch Ihnen möglich ist zuzustimmen, Ihre Zustimmung geben. Ich möchte jedenfalls nicht, daß durch eine restriktive Haltung der Mehrheit in dieser Koalition eines Tages eine Situation eintritt, die einen Bundesligaverein von der Bildfläche verschwinden läßt.

< Papenfuß (SPD): Kunstfeind! >

Denn viele Veranstaltungen, ob durch Fernsehübertragung oder Berichterstattung, erreichen gerade Bevölkerungsschichten, die für eine politische Argumentation, was Berlin betrifft, sonst nicht zugänglich sind. Das ist doch das Problem! Relativ unpolitische Bevölkerungsschichten werden erreicht, und hier wird unbewußt signalisiert, Berlin gehört dazu. Dieses Bewußtsein auch nur für eine und zwei Saisons auszuschalten, wäre ein Schaden für die Stadt, darin bin ich, so hoffe ich, auch heute noch mit der F.D.P. einig. Sie als Sozialdemokraten sollten sich fragen, ob Sie das mitverantworten könnten.

< Beifall bei der CDU >

Stellv. Präsident Baetge: Nächster Redner ist der Abgeordnete Stach. Bitte schön, Herr Stach, Sie haben das Wort.

Stach (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eben redete hier in diesem Hause noch jeder vom Sparen, vor allem Herr Diepgen, und jetzt will uns der Herr Landowsky dazu animieren, mit vollen Händen Geld auszugeben.

< Papenfuß (SPD): Sehr gut! – Beifall bei der SPD >

Da ich unterstelle, daß Sie beide noch derselben Fraktion angehören, muß ich sagen, dieses ist eine eigenartige, gespaltene Haltung.

< Buwitt (CDU): Das ist doch Quatsch! – Diepgen (CDU): Unerhört! >

Eine zweite Bemerkung: Ein Sportler ist grundsätzlich redlich. (C Wenn ich aber sehe, welche Attacken der Kollege Landowsky gegen die Kultur reitet, dann möchte ich ihm zurufen „Reiter bleib bei Deinen Pferden!"

Vor genau sieben Monaten haben Sie, Herr Kollege Landowsky, Ihren Antrag hier begründet. Sie haben Ihre Prämisse – damals sprachen Sie von einer Prämisse – etwas modifiziert und etwa gesagt, der Profisport sei besonders hinsichtlich der Werbung positiv für diese Stadt. – Und Sie sagten weiter, der Senat müsse nun endlich einmal eine Werbung, die Berlin habe und die seit Jahrzehnten unentgeltlich von diesen Vereinen geleistet werde, prämieren.

Ich finde, das ist eine ganz eigenartige Haltung, lateinisch würde man da sagen „do ut des" oder „Ich gebe, damit Du gibst".

Überdies möchte ich noch sagen, daß dieser Denkansatz, daß der Profisport eine ganz besondere Werbefunktion eingenommen hat – auch vor Langerwehe –, einen ziemlichen Schlag ins Gesicht der Amateursportvereine darstellt, die unentgeltlich jahrzehntelang eine ganz hervorragende Werbung für Berlin betrieben haben,

< Beifall bei der SPD >

ohne auch nur ein einziges Mal zu kommen und zu sagen: Und wir tun dies nur, wenn Du, Staat, gibst.

Ich finde, wir sollten hier an dieser Stelle einmal allen Amateursportvereinen danken, und ich bin immer noch der Meinung, daß die Amateure, die Verbindung haben zu den Sportvereinen in Westdeutschland, im Grunde genommen durch den persönlichen Kontakt, den ich den Profifußballern abspreche, viel werbewirksamer für Berlin sind als diese Profivereine.

< Beifall bei der SPD >

Eine zweite Bemerkung: Sie sprechen in Ihrer Prämisse und Ihrem Antrag von der Einbeziehung der Lizenzsportvereine in die Werbemaßnahmen. Sie sagen zwar „Lizenzsportvereine", meinen aber doch, wenn ich das richtig verstehe, nur den Profifußball.

< Landowsky (CDU): Nein, auch den Schlittschuhclub! > (D

Meine Damen und Herren, ich möchte hier an dieser Stelle auch mal denjenigen Lizenzsportvereinen danken, die auch, ohne ständig nach dem Staat zu rufen, eine ganz hervorragende Werbung für Berlin betrieben haben, ich denke hier nur einmal an die Wasserballer.

< Beifall bei der SPD >

In der gleichen Sitzung, die Herr Landowsky auch zitierte, passierte es, daß der Herr Lummer sagte: Prüfen Sie doch einmal dieses Begehren unter dem Gesichtspunkt, was die Mehrheit der Repräsentanten und die Mehrheit der Bürger will. – Herr Lummer, wir haben Ihren Auftrag und Ihre Anregung sehr ernst genommen. Ich darf Ihnen sagen: Was die Mehrheit der Repräsentanten dieses Hauses will, das wird – ich unterstelle es einmal – die Abstimmung zeigen. Aber wenn Sie einmal den Bürger fragen, was er will, dann finde ich, ist es politisch unverantwortlich zu unterstellen, daß die Mehrheit der Bürger die Subventionierung dieses Lizenzsports, den wir Fußball nennen, noch weiter will.

< Beifall bei der SPD – Lummer (CDU): Dann machen Sie doch mal bei der Oper dasselbe! Dann können Sie den Laden gleich zumachen! >

– Ich bin Sportler, ich reite nicht gegen die Kultur! – Wenn Sie jetzt die Einbeziehung der Lizenzsportler in die Werbemaßnahmen gefordert haben, dann kann ich mich erinnern, daß der Kollege Rebsch – genau wie Sie heute – wie man so schön sagt „die Katze aus dem Sack gelassen hat". Er hat nämlich gesagt: Es geht hier eindeutig darum, daß wir mehr Geld für den Profisport brauchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen genau, um welche Summen es sich handelt, die wir hier durch die Trikotwerbung dem Profisport geben. Und ich möchte Ihnen sagen, 250 000 DM sind ein großer Betrag, wenn man ihn richtig einsetzt, sind aber ein kleiner Betrag, wenn man ihn nicht richtig einsetzt, und wir alle wissen hier, daß diese 250 000 DM für Trikotwerbung den betroffenen Vereinen überhaupt nicht aus der Misere helfen.

< Beifall bei der SPD >

A) **Stellv. Präsident Baetge:** Herr Kollege Stach, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Stach (SPD): Bitte schön!

Stellv. Präsident Baetge: Herr Diepgen, bitte schön, Sie haben das Wort.

Diepgen (CDU): Herr Kollege, stimmen Sie mir zu, daß es auch aus finanziellen Gründen Schwierigkeiten mit dem Klassenerhalt gibt?

Zweitens: Haben Sie sich einmal durchgerechnet, welchen Verlust an Einnahmen das Land Berlin erleiden würde, wenn der weitere Erhalt von Lizenzvereinen in der Bundesliga nicht gesichert wird,

a) an Mehrwertsteuer,

b) an Einkommensteuer?

< Widerspruch bei der SPD – Ehrke (SPD): Kein Referat, bitte! >

Stach (SPD): Sehr geehrter Kollege Diepgen, zum zweiten Teil Ihrer Frage möchte ich sagen, von Wirtschaft verstehe ich herzlich wenig. Aber zum anderen: Wenn Sie diese Schwierigkeiten sehen, dann müssen Sie mir doch zugeben, daß diese Schwierigkeiten, die in der Tat bestehen, doch nicht berlinspezifisch sind, und wir sie nicht von hier aus oder staatlicherseits lösen können, und daß es sich um Probleme handelt, die in der Struktur des Berufsfußballs generell zu sehen sind und nirgendwo anders.

< Lebhafter Beifall bei der SPD >

Das heißt also, wenn ich noch einmal zurückkommen darf: Dem Auftrag von Herrn Lummer sind wir nachgegangen, und wir haben
B) auch gefragt, was der Bürger sagt: wir sind der Meinung: Wer glaubt, man könne es den Sportlern und den Bürgern dieser Stadt gegenüber verantworten, diesem Antrag der CDU zuzustimmen, der möge ihm zustimmen. Meine Fraktion wird das nicht tun, sondern der Beschlußempfehlung des Ausschusses folgen. – Schönen Dank!

< Beifall und Bravo-Rufe bei der SPD >

Stellv. Präsident Baetge: Als nächster, meine Damen und Herren, hat nun das Wort Herr Professor Dr. Dittberner. Bitte schön, Herr Dittberner, Sie haben das Wort.

Dr. Dittberner (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorlage, die uns hier beschäftigt, hat einen sachlichen und einen parteipolitischen Aspekt, wie ich meine.

Der sachliche Aspekt ist jedem, der die Entwicklung der Lizenzvereine in Berlin verfolgt hat, bekannt. Die F.D.P.-Fraktion hat am 7. Juni 1979 einen Vorschlag unterbreitet, wie man dazu beitragen könne, daß der bezahlte Lizenzsport in Berlin stärker als bisher unterstützt wird, weil wir der Meinung waren und weiterhin der Auffassung sind, daß es für Berlin – insbesondere in der derzeitigen politischen Lage – wichtig sei, möglichst viele Vereine in Bundesliga und im bezahlten Lizenzsport zu haben.

Die Initiative der F.D.P.-Fraktion hat dann, wie Sie wissen, dazu geführt, daß Hertha BSC finanziell geholfen werden konnte. Aber leider sind die sportlichen Leistungen – und dafür können wir nicht, dies konnten wir auch nicht verhindern – so schlecht, daß dies auch nicht weiter geholfen hat. Wir bedauern im übrigen, daß die Initiative, die von uns eingeleitet worden ist, zum Beispiel dem Fußball-Bundesligaclub in der 2. Liga, Tennis Borussia, bisher noch keine konkrete Hilfe gebracht hat. Und es ist in der Tat zu befürchten, daß dieser Verein nicht aus sportlichen Gründen, sondern aus finanziellen Gründen demnächst aus der 2. Liga verschwinden wird.

< Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten >

Stellv. Präsident Baetge: Eine Sekunde bitte, Herr Abgeordneter. – Meine Damen und Herren, lassen Sie doch dem Kollegen wenigstens die Chance, so laut zu sprechen, daß die Presse ihn verstehen kann. Es ist unfair, so laut dazwischenzureden. Wer unbedingt reden will, mag es draußen in der Lobby tun. Ich bitte um Verständnis für diese Zwischenbemerkung. (C)

< Heiterkeit >

Dr. Dittberner (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Präsident, ich nenne das eine sehr hilfreiche Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen.

Wir haben also gegenwärtig eine Situation, in der von der sportlichen Leistung – insbesondere der beiden Fußballvereine – her nicht erwartet werden kann, daß die Werbewirksamkeit Berlins besonders zum Ausdruck kommt.

In der seinerzeitigen Beratung des Antrags der CDU haben wir aber schon darauf hingewiesen, daß es hier um einen Vorschlag der F.D.P.-Fraktion gehe, der letzten Endes darauf abzielte, eine leistungsbezogene, am Werbewert zu bemessende Unterstützung aus dem Landesetat an den bezahlten Lizenzsport zu geben, sofern dieser entsprechende Angebote unterbreite. Außerdem haben wir gesagt, daß vorausgesetzt werde, daß die Vereine wirtschaftlich geführt würden und leistungsbezogene, das heißt an den bezahlten Zuschauerkarten orientierte Gehälter zahlten, und drittens haben wir gefordert, daß nach spätestens zwei Jahren der bezahlte Lizenzsport als juristische Person organisiert werden müsse, um echte Wirtschaftsunternehmen zu bekommen. Dies alles ist nicht in Gang gekommen aufgrund unserer Diskussionen, und die CDU-Fraktion hat ja auch nur einen ganz kleinen Teil der Initiative mit aufgenommen.

Und, Herr Landowsky, ich muß Ihnen sagen, im Augenblick kann man den noch vor einem Jahr diskutierten konkreten Weg überhaupt nicht gehen, sondern man muß davon ausgehen, daß wir in der nächsten Spielsaison – wenn es gut geht! – zwei in der (D) zweiten Bundesliga spielende Berliner Fußballvereine haben werden. Ich meine, der Vorsitzende des VBB hat durchaus recht, wenn er sich darüber Gedanken macht, ob man die dann dort in der zweiten Bundesliga spielenden Berliner Vereine nicht eventuell zusammenfassen kann. Dies ist im übrigen ja kein neuer Vorschlag, sondern ein sehr alter, allerdings sehr sinnvoller Vorschlag. Und wenn es zu dieser Entwicklung innerhalb des Verbandes kommt, dann muß man darüber reden, wie man hier eventuell Starthilfen geben kann.

Nun hat doch der Antrag der CDU und die ganze Diskussion auch noch einen parteipolitischen Aspekt. Das hat Herr Landowsky in der damaligen Debatte wie auch heute reichlich deutlich gemacht. Im Grunde geht es gar nicht um das eigentliche Thema, sondern es geht darum, daß die Koalition ein Eigentor schießen soll, wie ich es schon damals formuliert habe.

< Landowsky (CDU): Das machen Sie heute! >

Aber diesen Gefallen werden wir Ihnen nicht – – Im übrigen, Herr Landowsky, sind Ihre Hinweise auf Koalitionsvereinbarungen und auf die Bereitschaft, sich zu dem zu bekennen und auch das umzusetzen, was man hier sagt, relativ unglaubwürdig, wenn man das vergleicht, was Sie hier im Abgeordnetenhaus zu diesem Thema gesagt haben und was Sie dann in Ihrer beruflichen Eigenschaft bei der Berliner Pfandbriefbank nicht getan haben. Ich glaube, das ist der beste Beweis dafür, daß es hier im Grunde nur um ein parteipolitisches Techtelmechtel geht, das Sie mit uns austragen möchten. Uns aber ist die Sache, der bezahlte Lizenzsport in Berlin zu wichtig, um uns auf solche Dinge einzulassen.

< Beifall bei der F.D.P. und der SPD >

Stellv. Präsident Baetge: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage? – Herr Kollege Lummer, Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage.

(A)

Lummer (CDU): Herr Kollege Dittberner, teilen Sie meine Auffassung, daß die Koalitionsvereinbarungen, die Ihnen abverlangen, entgegen Ihrer Meinung zu votieren, ein schlechter Beitrag zum Thema „Erziehung zum Mut" sind?

< Beifall bei der CDU – Papenfuß (SPD): Falsch informiert! >

Dr. Dittberner (F.D.P.): Herr Kollege Lummer, ich teile Ihre Auffassung nicht. Sie werden es immer wieder erleben, daß Mitglieder der F.D.P.-Fraktion mehr Mut aufweisen können, als manch einem in diesem Hause recht ist.

< Beifall bei der F.D.P. – Lummer (CDU): Indem Sie gegen Ihr Gewissen stimmen, ja? >

Stellv. Präsident Baetge: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Die Beratung ist damit beendet. Der Hauptausschuß empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Wer dem Antrag der CDU-Fraktion, Drs 8/79, seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Das letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, die lfd. Nr. 20, Drs 8/317, zu vertagen.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Ich hoffe, Sie hatten einen guten Valentinstag hier. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, dem 28. Februar 1980, um 13 Uhr statt. Ich bedanke mich für Ihre Mitarbeit und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Die Sitzung ist geschlossen.

< Schluß der Sitzung: 20.34 Uhr >

(B)

(C)

(D)

Druck: Verwaltungsdruckerei Berlin, Kohlfurter Straße 41-43, 1000 Berlin 36